
Internationale Wissenschaftliche Konferenz

„Der gemeinsame Kampf
der Arbeiterbewegung
und der nationalen Befreiungsbewegung
gegen Imperialismus,
für sozialen Fortschritt“

Rede von

Jannis T o l i o s ,

Mitarbeiter des Zentralkomitees der
Kommunistischen Partei Griechenlands

Yun.

Berlin, 20. Oktober 1980 bis 24. Oktober 1980

TÜRKİYE SOSYAL TÜSTAV
TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

Liebe Genossen,

durch die Verschärfung der allgemeinen Krise des kapitalistischen Systems in unserer Zeit sieht sich der Imperialismus gezwungen, immer raffiniertere Methoden zur Ausbeutung der abhängigen Länder zu suchen. Wie sehr sich die imperialistische Ausbeutung auch wandeln mag, ihr Wesen bleibt das gleiche. Diese Feststellung kann auch durch die Erfahrungen unseres Landes bestätigt werden.

In wirtschaftlich-sozialer Sicht unterscheidet sich Griechenland zwar wesentlich von den jüngst befreiten asiatischen und afrikanischen Ländern, doch wie diese, so ist auch unser Land Objekt imperialistischer Ausbeutung: unser Volk kämpft für die Beseitigung der Abhängigkeit und für die Entwicklung gleichberechtigter Beziehungen zu allen Ländern.

Tatsächlich machte Griechenland nach dem Krieg eine relativ rasche kapitalistische Entwicklung durch und wurde ein Industrie-Agrarland. In den letzten 20 Jahren erhöhte sich das Bruttonationalprodukt um durchschnittlich 6 % jährlich: auch seine Zusammensetzung änderte sich wesentlich. Wichtige Veränderungen fanden auch in den übrigen Bereichen der Wirtschaft statt, vor allem auch im Außenhandel. Der Anteil der exportierten Industrieprodukte beträgt heute 65 % des gesamten Exports.

Doch der Preis für diese Entwicklung war sehr hoch. Griechenland gelang es im Endeffekt nicht, über die Gruppe der Länder mit mittlerem Entwicklungsniveau hinauszukommen. Es geriet in noch größere ökonomisch-technische und politisch-militärische Abhängigkeit vom Imperialismus.

Mit den kolonialen Vorrechten, die sich das ausländische Kapital sicherte, konnte es tief in die griechische Wirtschaft eindringen und kontrolliert heute mehr als 1/3 der Industrieanlagen, steckt ungefähr 40 % der Industrieprofite ein, kontrolliert den Großteil der Bodenschätze und beherrscht dadurch fast vollständig die Schlüsselbranchen der Wirtschaft.

Anstatt zur Lösung der Probleme des Landes beizutragen, ist die rapide wissenschaftlich-technische Revolution zum Ausgangspunkt für neue Abhängigkeitsformen geworden, da der eigentliche Träger dieser Fortschritte im Grunde genommen die fremden Monopole waren.

Bezeichnend für die Aktivität der Monopole ist, daß nahezu keine ihrer Investitionen in die Produktion moderner technischer Ausrüstungen ging. Heute deckt Griechenland den Großteil seines Bedarfs an technischen Ausrüstungen aus Importen aus den imperialistischen Ländern. Der Import von Technologie und die Art, wie die Errungenschaften der wissenschaftlich-technischen Revolution nutzbar gemacht wurden, führte zu einer stärkeren Anbindung an die Zentralen des Imperialismus und stärkte die Stellung der ausländischen und griechischen Monopole innerhalb der griechischen Wirtschaft. Das fremde Kapital übte außerdem entscheidenden Einfluß bei der Orientierung in den Auslandsbeziehungen, vor allem im Handel, aus.

Der Großteil des Außenhandels mit den imperialistischen Ländern des Westens geht unter ungleichen Bedingungen vor sich und verursacht eine defizitäre Handelsbilanz. Die Exporte decken nicht einmal 40 % der Importe. Das Ergebnis dieser Beziehungen ist eine ständige Vergrößerung des Zahlungsbilanzdefizits und eine große Verschuldung des Landes im Ausland.

Es wird heute eingeschätzt, daß die Summe der Auslandsverschuldung ca. 35 % des Bruttonationalprodukts beträgt (zum Vergleich: 1960 war das Verhältnis 7 %!) Die vielseitige Abhängigkeit vom Imperialismus schränkt damals wie heute die Möglichkeiten einer rationalen Wirtschafts- und Gesellschaftsentwicklung ein. Die bisherige Entwicklung war besonders ungleichmäßig und konnte nicht zu einer entsprechenden Verbesserung des Lebensstandards des Volkes führen. Der Unterschied zwischen dem Lebensstandard der griechischen Werktätigen und der Werktätigen anderer kapitalistischer Länder des Westens nahm in Wirklichkeit nicht ab. Wenn wir z. B. die Zahl 100 als durchschnittliche Lohnhöhe in den EG-Ländern ansetzen, so ergibt sich eine Lohnverminderung von 44 % (1964) auf 41 % (1977).

Die einzigen Gewinner waren die ausländischen Monopole und die griechische Oligarchie. Aufgrund der harten Ausbeutung der griechischen Bevölkerung konnten sich Monopolgruppen bilden, die vom ausländischen Kapital abhängig sind oder mit ihm zusammenarbeiten.

Auf der Grundlage der großen wirtschaftlichen Abhängigkeit entwickelte sich die immer größer werdende politisch-militärische Abhängigkeit. Die Mitwirkung Griechenlands am aggressiven NATO-Pakt, die Einrichtung von amerikanischen Militärstützpunkten, die Aufrechterhaltung eines USA-freundlichen Apparates, die Versorgung mit Kriegsmaterial, sind einige Grundmerkmale dieser Abhängigkeit, die wiederum ein mächtiges Mittel in den Händen der Imperialisten ist, die auf diese Weise die allgemeinen Richtlinien der Außen- und Innenpolitik vorschreiben können. Dieses Mittel erlaubt ihnen, zu intervenieren, zu hemmen, wann immer es um progressive Maßnahmen auf irgendeinem Sektor oder gar um allgemeinere politische Veränderungen geht. Die ganze Geschichte unseres Landes, sowohl die Vorkriegs- wie vor allem die Nachkriegszeit, ist voll von Fällen unentwegter imperialistischer Interventionen, die die Volksbewegung zerschlagen wollen, um die Macht der herrschenden Klasse zu sichern.

Aus der Klassensicht her ist das System der Abhängigkeit ein Ausdruck des Bündnisses zwischen der griechischen Monopoulbourgeoisie und dem internationalen Imperialismus, mit dem Ziel, gemeinsam das griechische Volk auszubeuten und es politisch zu unterdrücken.

In den letzten Jahren bemühte sich die herrschende Klasse Griechenlands und der internationale Imperialismus, insbesondere der westeuropäische, mit allen Mitteln um die Eingliederung Griechenlands in die Europäische Gemeinschaft. Wir wollen uns hier nicht im Einzelnen über die Auswirkungen dieses Beitritts auf das ökonomische, gesellschaftliche und politische Leben äußern. Die Erfahrungen aus der EG selbst beweisen, daß es heute, anstelle von Proklamationen über Vollbeschäftigung, 7 Mio Arbeitslose gibt, und anstelle einer gleichmäßigen Entwicklung sieht man eine Zuspitzung der Ungleichheit der peripheren Regionen.

Im Fall Griechenland muß unterstrichen werden, daß der EG-Beitritt das gesamte Netz der vielseitigen ökonomischen und politisch-militärischen Abhängigkeiten lediglich auf höherer Ebene reproduzieren wird. Die Eingliederung in die EG bedeutet nicht, Demokratisierung und nicht Abschaffung der nicht-gleichberechtigten Beziehungen zu den imperialistischen Ländern, sondern im Gegenteil, die Institutionalisierung dieser nichtgleichberechtigten Beziehungen. Der Außenhandel des Landes wird in noch höherem Maße unter die totale Kontrolle der westeuropäischen Monopole geraten. Die EG-Monopole werden letzten Endes bestimmen, was Griechenland ein- oder ausführen darf, wohin und in welcher Menge. Man wird versuchen, die bilateralen Abkommen, die Griechenland auf der Grundlage der "Gleichberechtigung mit vielen, vor allem mit sozialistischen Ländern, unterzeichnet hat, auf Eis legen". Selbstverständlich fordert die EG in Wirklichkeit nicht so sehr die Einstellung jeder Beziehung mit den sozialistischen Ländern, sondern will vielmehr diese Beziehungen kontrollieren und entsprechend den Interessen der EG-Monopole nutzen.

Es ist nicht zu bezweifeln, daß sich mit dem EG-Beitritt die ungleichmäßige und entstellte Wirtschaftsentwicklung weiter verschärfen wird. Offiziell wurde verkündet, daß sich die griechische Entwicklungspolitik in Zukunft im Rahmen des sogenannten "Ergänzungsprinzips" bewegen werden soll. Was bedeutet dieses Prinzip? Es bedeutet, daß die griechische Wirtschaft nur jene Produkte erzeugen dürfen, die "Ergänzen"; d. h. keine Konkurrenzprodukte sein werden: Das heißt, daß Art und Menge der griechischen Produktion nicht von den Möglichkeiten und Bedürfnissen des Landes, sondern von den Interessen der EG-Monopole und einer Gruppe griechischer Monopole, besonders jener, die mit dem Auslandskapital enger verbunden sind, bestimmt sein werden.

Der imperialistische Charakter der EG, das Entwicklungsniveau der griechischen Wirtschaft (ihre durchschnittliche Produktivität beträgt nicht einmal die Hälfte der Produktivität der EG-Mitgliedsstaaten) sowie die bisherigen Erfahrungen unseres Landes aus der EG, erlauben uns mit Sicherheit zu behaupten, daß die EG-Eingliederung den Interessen des griechischen Volkes völlig entgegengesetzt ist.

Von der Eingliederung werden insbesondere die Arbeiterklasse, die Bauern und die Mittelschichten betroffen. Die Eingliederung nützt nur den multinationalen Unternehmen und den griechischen Monopolen. Die herrschende Klasse bezweckt damit, ihre Machtstellung auszubauen und das Abhängigkeitssystem den neuen Bedingungen anzupassen.

Diese Tatsache versuchen die bürgerlichen Ideologen mit verschiedenen Argumenten zu verschleiern. Sie wollen das griechische Volk überzeugen, daß der Beitritt zur EG die gleichberechtigte Teilnahme "an einer großen Völkergemeinschaft" bedeutet, daß Griechenland damit aus "der Isolation herauskomme", daß "die wirtschaftliche Entwicklung beschleunigt werde". Auch wird der Beitritt als ein "unumgängliches" und gesetzmäßiges Ergebnis der gesellschaftlichen Entwicklung dargestellt.

Die Teilnahme Griechenlands an der EG sichert ihm keinerlei "Gleichberechtigte" Behandlung, weder formell noch faktisch. Die undemokratisch aufgebauten und arbeitenden EG-Institutionen, die "übernational" gefaßten Beschlüsse führen zur Einschränkung der nationalen Souveränität und sichern weder die nationalen Interessen noch die Volksherrschaft. Auch in den Fällen, wo sich Griechenland formal nachteiligen Maßnahmen widersetzen kann, wird es doch in der Praxis wegen der vielfachen wirtschaftlichen und politischen Macht seiner Hauptpartner und der daraus resultierenden großen Abhängigkeit seine Interessen keineswegs verteidigen können. Mit anderen Worten, die bürgerliche Gleichberechtigung unter ungleich starken "Partnern" führt zu ungleichen Beziehungen. Doch beschränken sich die griechische Oligarchie und die westeuropäischen Imperialisten nicht nur auf die EG-~~verbäremendem~~ Argumente: sie vertreten Meinungen und Theorien, die eine "kritische Haltung" zur EG vortäuschen sollen, aber faktisch den Beitritt unterstützen. Von diesen Theorien wollen wir hier die sogenannte "Nord-Süd-Theorie" erwähnen, die in Griechenland in etwas modifizierter Form propagiert wird. Sie behauptet, daß der Beitritt Griechenlands und anderer südeuropäischer Länder das Kräfteverhältnis zwischen dem entwickelten "europäischen Norden" und dem weniger entwickelten "Süden" ausgleichen werde. Letzterer werde auf ersteren einen Druck ausüben, um die Dispositionen im Wachstum und im Einkommen zu beseitigen.

Es ist offensichtlich, daß diese Theorie sowohl in ihrer allgemeinen als auch in ihrer variierten Form bei der Analyse der gesellschaftlichen und ökonomischen Erscheinungen die Klassenkriterien durch geografische, klassenneutrale Argumente ersetzen will. Die Produktionsverhältnisse und die Bewegungsgesetze des Kapitalismus werden nicht als die Quelle der gesellschaftlichen Widersprüche anerkannt. Der Hauptwiderspruch zwischen Arbeit und Kapital im Rahmen der EG wird von einer "Nord-Süd-Theorie" ersetzt und führt schließlich zur Desorientierung der Werktätigen bei der Ausarbeitung einer richtigen Strategie und Taktik. Die Anwendung dieser Theorie in der Praxis beseitigt aber in Wirklichkeit die volksfeindliche Natur des Monopol-Wachstums, wo immer es auch stattfinden mag, nicht. Es führt bestenfalls zu bestimmten Reformen und Modernisierungsmaßnahmen im Rahmen des Kapitalismus, wobei weder die Herrschaft der Monopole noch die staatsmonopolistische Regulierung der internationalen Beziehungen in Frage gestellt werden. Auch die Auffassung über die Umwandlung der "EG der Monopole" in eine "EG der Werktätigen" führt zur Desorientierung. Diese Losung ist eine Utopie, weil sie die objektiven Gesetzmäßigkeiten des Monopolkapitalismus und den revolutionären Kampf als Mittel zu seiner Bestätigung und zum Aufbau des Sozialismus ignoriert.

Das griechische Volk kämpfte und kämpft auch heute gegen die Politik der Abhängigkeit, gegen die nicht gleichberechtigten Beziehungen zu den imperialistischen Ländern. Immer breitere Massen von Werktätigen fordern immer bewußter gleichberechtigte Beziehungen zu allen Ländern, besonders zu den sozialistischen. Die griechischen Werktätigen koordinieren in immer stärkerem Maße ihre Aktivitäten mit denen der Völker der anderen Länder, insbesondere der Entwicklungsländer, gegen die multinationalen Monopole und die imperialistische Abhängigkeit.

Liebe Genossen,

unsere Partei, die Kommunistische Partei Griechenlands, verwirft die Theorien, die staatsmonopolistische Methoden zur Regelung der internationalen Beziehungen und besonders der imperialistischen Integration vertreten. Sie kubisiert alle diese desorientierenden Theorien die internationalen Beziehungen nicht vom Klassenstandpunkt aus behandeln und bemüht sich gleichzeitig um die Entwicklung des gemeinsamen Kampfes mit allen Kräften, die die Monopole und den Imperialismus auf irgendeine Weise bekämpfen wollen. Die KPG unterstützt im Maß ihrer Möglichkeiten die Realisierung der UNO-Resolutionen, der Schlußakte von Helsinki, aller Resolutionen von internationalen Organisationen und Körperschaften, die gegen den Neokolonialismus sind und für eine neue Wirtschaftsordnung auf der Grundlage der Gleichberechtigung und der beiderseitigen vorteilhaften Zusammenarbeit eintreten.

Die KPG kämpft heute in Griechenland für:

- die Loslösung Griechenlands von der EG und den anderen imperialistischen Organisationen
- die Entwicklung von gleichberechtigten Wirtschaftsbeziehungen mit allen Ländern der Welt
- die Verstaatlichung der ausländischen Monopole und der griechischen Monopolunternehmen von nationaler Bedeutung
- den Schutz der nationalen Produktion und die Nutzung der Bodenschätze im Interesse des Volkes und des Landes
- die Erweiterung der multilateralen Zusammenarbeit mit den sozialistischen Ländern, den Handel mit den Entwicklungsländern, die Zusammenarbeit mit dem ausländischen Kapital unter Bedingungen, die für beide Teile vorteilhaft sind.

Es ist Tatsache, daß der Kampf für die Demokratisierung der internationalen Beziehungen für unsere Partei und für andere fortschrittliche Kräfte heute unter weit besseren Bedingungen geführt werden kann. Die Veränderung des Internationalen Kräfteverhältnisses zu ungunsten des Imperialismus erfüllt uns mit Optimismus und mit der Überzeugung, daß wir siegen werden.

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

Internationale Wissenschaftliche Konferenz

„Der gemeinsame Kampf
der Arbeiterbewegung
und der nationalen Befreiungsbewegung
gegen Imperialismus,
für sozialen Fortschritt“

Rede von Robert Mandebvu
Leiter der Delegation der
Afrikanischen Nationalunion von Simbabwe
- ZANU - PF

Berlin, 20. Oktober 1980 bis 24. Oktober 1980

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI
TÜSTAV

Genosse Vorsitzender,
verehrte Delegierte,
Genossen und Freunde !

Für die Einladung zu dieser internationalen wissenschaftlichen Konferenz, um hier Gedanken und Erfahrungen unseres gemeinsamen Kampfes gegen Imperialismus und für sozialen Fortschritt zu beraten, möchte ich namens der ZANU-PF meinen herzlichsten Dank zum Ausdruck bringen. Dieser Dank richtet sich insbesondere an die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands. Wir betrachten es als eine große Ehre, uns in einem Land aufzuhalten, das für seinen traditionellen und kompromißlosen Kampf gegen Imperialismus und für seine unermüdliche Unterstützung der um ihre Unabhängigkeit ringenden nationalen Befreiungsbewegungen bekannt ist.

Vor allem gestatten Sie mir, Genosse Vorsitzender, die herzlichsten Grüße und besten Wünsche des Präsidenten der ZANU-PF und Ministerpräsidenten von Simbabwe, Gen. Robert Mugabe, für einen erfolgreichen Verlauf dieser Konferenz zu übermitteln.

Wir kommen zu dieser Konferenz aus Afrikas jüngster Republik, die aus dem langen und harten Kampf des Volkes von Simbabwe gegen die Kräfte des Imperialismus, Kolonialismus, Rassismus und der Reaktion hervorgegangen ist. Der herausragende Wahlsieg unserer Partei, der einen unabhängigen Staat Simbabwe zur Folge hat, war ein konkreter Beweis für das solide politische Fundament, das unser Volk in den Jahren des bewaffneten Kampfes gelegt hat. Dieser Sieg wäre zu diesem Zeitpunkt nicht möglich gewesen, hätten uns nicht die demokratischen Kräfte der ganzen Welt unterstützt.

Ich möchte daher den heldenhaften Völkern Mozambiques, Tansanias, Sambias, Angolas und Botswanas für ihre solide, materielle und politische Unterstützung danken, dafür, daß sie echte Stützen unseres nationalen Kampfes um Unabhängigkeit waren.

Besonderen Dank möchte ich auch den sozialistischen Ländern,

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI
TÜSTAV

den fortschrittlichen Staaten und Organisationen für die materielle, politische und finanzielle Hilfe sagen, die sie dem Volk von Simbabwe über das Bündnis der Patriotischen Front gewährten.

Die von uns in Anspruch genommene Unterstützung ist Ausdruck für den konkreten Aspekt des Mottos dieser Konferenz, unser Sieg kann daher auch nicht isoliert betrachtet werden. Er ist ein Sieg aller demokratischen Kräfte der Welt.

Genosse Vorsitzender ! Was wir seit dem 18. April 1980 in Simbabwe errungen haben, ist die politische Macht für unser Volk, die wir kontinuierlich stärken. Was wir bisher noch nicht vermocht haben, ist, die sozialökonomischen Strukturen so zu verändern, daß sie der Mehrheit unseres Volkes dienen. Im Augenblick gestatten wir das Nebeneinanderbestehen von staatlichen und privaten Unternehmen. Unsere Prioritäten gelten gegenwärtig dem Wiederaufbau, der Rücksiedlung und der Schaffung angemessener Voraussetzungen, damit diese Prioritäten baldmöglichst verwirklicht sind. Damit werden wir in die Lage versetzt, die wirtschaftlichen und sozialen Probleme des Landes effektiver zu lösen.

Ungeachtet des kurzen Zeitraums, der seit dem Unabhängigkeitstag verstrichen ist, wurden nunmehr jedoch ungeheure Anstrengungen unternommen, um die Lebensbedingungen unseres Volkes zu verbessern. Ein kostenloses Bildungs- und Gesundheitswesen wurde eingeführt, ein Mindestlohngefüge festgelegt und der Boden zur kollektiven Nutzung oder Einzelbewirtschaftung neu verteilt. Die Regierung hat ein großzügiges Programm des gesellschaftlichen Fortschritts im Lande in Angriff genommen.

Die Unabhängigkeit Simbawwes schuf auch günstige Voraussetzungen für die Wirtschaftskooperation der Region. Das Hauptziel besteht dabei darin, die Abhängigkeit unserer Wirtschaften von Südafrika abzubauen und gemeinsam wirtschaftliche Strategien zu erarbeiten, um den Lebensstandard unserer in der Region ansässigen Völker anzuheben.

TÜRKİYE SOSYAL TÜRSTAV
TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

Im Gegensatz zu diesen edlen Zielen und Bemühungen stehen die beharrlichen Bemühungen der Imperialisten und ihnen Verbündeter Kräfte, das zu vereiteln und zu zerstören, um dessen Aufbau wir uns bemühen. Südafrika hat es sich zu einer unverkennbaren Gewohnheit gemacht, in seinen Nachbarländern (Moçambique, Angola und Sambia) politisch, wirtschaftlich und militärisch zu intervenieren. Wir haben unwiderlegbare Beweise dafür, daß das südafrikanische Regime Tausende ehemalige Helfershelfer und "Selous Scouts" ausbildet, damit sie in Simbabwe Sabotage verüben.

Der Grund dafür liegt eindeutig auf der Hand. Der Imperialismus möchte unsere Anstrengungen, ein sozialistisches System in unserem Lande zu errichten, vereiteln. Er möchte eine Situation schaffen, in der wir unsere Menschen- und natürlichen Ressourcen von der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung trennen, so daß es zu wirtschaftlicher Stagnation oder Bedingungen des Neokolonialismus kommt.

Natürlich handelt es sich hierbei eindeutig um die Zielrichtung der Aktion der Kräfte des Imperialismus. Angesichts dessen wird es immer zwingender, daß die gesamte Bewegung der Arbeiterklasse ihre Kräfte im Kampf gegen Imperialismus und Reaktion zusammenschließt. Wir appellieren an die sozialistischen Länder und alle demokratischen Kräfte, dem jungen Staat Simbabwe konkrete materielle Unterstützung zu gewähren, damit unsere Wirtschaft wieder auf eigenen Füßen steht und damit gewährleistet ist, daß der Prozeß des sozialen Fortschritts unumkehrbar wird und wir noch wirksamer die Prozesse der nationalen Befreiung im südlichen Afrika unterstützen können.

Für Namibia erhoffen wir die Wiederherstellung friedlicher Bedingungen, und zwar über die Verwirklichung der UN-Resolution 435, in der von der UNO überwachte Wahlen vorgesehen sind.

Erst wenn die Wünsche des namibischen Volkes erfüllt sind, wird es Frieden in Namibia geben. Eine andere Möglichkeit gibt es nicht. Wir verurteilen die vom südafrikanischen Regime bewußt

TÜRKİYE SOSYAL TÜSTAV
TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

verfolgte Politik der Verzögerung des demokratischen Prozesses, der unvermeidlich zur Unabhängigkeit Namibias unter der Führung der SWAPO führen wird.

In Südafrika zeigt sich die Lage in zunehmendem Maße instabil und potentiell explosiv. Die Befreiungskräfte Südafrikas, insbesondere der ANC, führen wirkungsvollere Schläge gegen die südafrikanischen Streitkräfte und gegen wirtschaftliche Zentren. Ihre Aufgabe bedarf größerer Unterstützung und Solidarität seitens der gesamten Arbeiterbewegung. Unsere Regierung hat es sich zur Aufgabe gemacht, über die OAU und andere internationale Foren alle nur mögliche Hilfe zu gewähren und Solidarität zu üben.

Was den Nahen Osten anbelangt, so sind wir in gleicher Weise über die fortgesetzte Unnachgiebigkeit Israels in der Palästina-Frage beunruhigt. Wir unterstützen vorbehaltlos die PLO und ihren gerechten Kampf um ihr Mutterland. Das Abkommen von Camp David hat sich als Täuschung und Fehlschlag erwiesen. Neue Initiativen sollten eingeleitet werden, um eine Lösung zu finden, die den Erwartungen des palästinensischen Volkes entspricht.

Wir haben großes Interesse daran, Erfahrungen des Kampfes gegen den Imperialismus auszutauschen, da wir ein Teil der gesamten Bewegung der Arbeiterklasse sind. Die ZANU-PF ist bestrebt, enge Beziehungen zu allen kommunistischen, Arbeiter- und revolutionären Parteien sowie nationalen Befreiungsbewegungen zu pflegen, um sich mit Erfahrungen und Standpunkten vertraut zu machen und gemeinsame Strategien im Kampf gegen Imperialismus und Reaktion zu erarbeiten.

Vor diesem Hintergrund möchte ich im Namen von Gen. Robert Mugabe als dem Präsidenten der ZANU-PF den Generalsekretär und das Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei zur Organisation dieser Konferenz beglückwünschen, die bessere Kontakte, den Erfahrungsaustausch und die Annahme eines gemeinsamen Standpunktes der fortschrittlichen Kräfte der Welt gestattet.

TÜRKİYE SOSYAL TÜSTAV
TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

Ich möchte mich für den herzlichen Empfang, der unserer Delegation zuteil wurde, sowie die ihr gewährte Gastfreundschaft bedanken.

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI
TÜSTAV

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI
TÜSTAV

Internationale Wissenschaftliche Konferenz

„Der gemeinsame Kampf
der Arbeiterbewegung
und der nationalen Befreiungsbewegung
gegen Imperialismus,
für sozialen Fortschritt“

Rede von Pieter Keunemann,
Stellvertretender Vorsitzender
des ZK der Kommunistischen Partei Sri Lankas

Berlin, 20. Oktober 1980 bis 24. Oktober 1980

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI
TÜSTAV

Berlin, 10. Oktober 1980 bis 24. Oktober 1980

Liebe Genossen!

Die Delegation der Kommunistischen Partei Sri Lankas möchte den Organisatoren dieser bedeutsamen wissenschaftlichen Konferenz für ihre Initiative und der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands für ihre hervorragende Organisation und Gastfreundschaft danken.

Das zentrale Thema dieser Konferenz ist gerade in der Gegenwart von großer Bedeutung. Diese Konferenz, die nicht von ungefähr Anfang der 80er Jahre durchgeführt wird, wird uns helfen, die neuen Tendenzen und Erscheinungen herauszustellen, die sich im vergangenen Jahrzehnt, in dem sich die weltweite Krise des Kapitalismus weiter verschärft hat, die nationale Befreiungsbewegung eine neue Qualität erreichen konnte und in dem der US-Imperialismus, der Pekinger Hegemonismus und deren Verbündete eine Gegenoffensive gestartet haben, um die Errungenschaften der internationalen Entspannung rückgängig zu machen, herauskristallisiert haben. Das wird auch dazu beitragen, daß wir unsere Arbeit künftig effektiver planen können.

Das Unterthema der 2. Sektion dieser Konferenz - "Der Kampf gegen Neokolonialismus und die Notwendigkeit einer demokratischen Umgestaltung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen" - wird dazu beitragen, viele dieser neuentstandenen Erscheinungen, die sich auf die Völker der sogenannten "Entwicklungsländer" auswirken, näher zu beleuchten.

Im Weltmaßstab gesehen, ist die erste Etappe der nationalen Befreiungsbewegung nach dem Krieg im wesentlichen abgeschlossen. Der Zusammenbruch des imperialistischen Kolonialsystems hat, wie von Lenin vorausgesagt, Millionen von Menschen in den ehemaligen Kolonien die Möglichkeit gegeben, in der politischen Weltarena ein entscheidendes Wort mitzureden und so das Kräfteverhältnis weiter zu Gunsten des Friedens und des sozialen Fortschritts zu verändern.

Doch trotz der Erringung der politischen Unabhängigkeit in vielen Ländern, haben fast eine Milliarde der 2,6 Milliarden Menschen nicht genug zu essen. Und noch mehr Menschen haben kein richtiges oder festes Obdach. Fast 40 % der Menschen haben keine geregelte Arbeit. 900 Millionen Menschen verdienen weniger als 30 US-Cent pro Tag. 800 Millionen Menschen können weder lesen noch schreiben. Täglich verhungern 10 000 Menschen.

Die "Entwicklungs"-Länder nannte man früher "unterentwickelte" oder sogar "nichtentwickelte" Länder. Diese Beziehungen ließ man jedoch fallen, um das Selbstbewußtsein dieser Länder nicht noch weiter zu untergraben. Doch nicht einmal diese Bezeichnungen widerspiegeln die wahre gegenwärtige Lage. In den meisten dieser Länder ist eher ein RÜCKSCHRITT als eine wirtschaftliche Entwicklung, ganz gleich, wie diese aussehen mag, zu verzeichnen. Er ist in den 70er Jahren zur Regel geworden, als sich die weltweite Krise des Kapitalismus in bisher nicht gekanntem Ausmaß verschärft und ausgedehnt hat.

In ihrem im August 1980 herausgegebenen Bericht über die Entwicklungstendenzen in der Welt sagt die Weltbank für die 80er Jahre eine Verschlechterung der Lage voraus. So wird nach ihren Angaben die jährliche wirtschaftliche Wachstumsrate in den Entwicklungsländern, die in den 60er und 70er Jahren bei durchschnittlich 3 % lag, auf 2 % sinken und in den noch ärmeren Ländern 1 % und weniger erreichen.

In den 70er Jahren war die zunehmende Verelendung ein allgemeines Merkmal aller Entwicklungsländer. Sie hatten 22 % mehr für ihre Importe zu zahlen, während ihre Exporterlöse für alle Waren außer Lebensmitteln im gleichen Zeitraum um 22 % und bei Nichteisenmetallen sogar um 37 % zurückgingen. Ihre Zahlungsbilanzen wiesen demzufolge ein Anwachsen des Defizites um mehr als 100 Mrd. US-Dollar aus, während sie aufgrund der verschlechterten Handelsbedingungen 36 Mrd. US-Dollar einbüßten. Die Auslandsschulden dieser Länder verdoppelten sich nahezu und übersteigen zur Zeit 200 Mrd. US-Dollar.

Die Massen in den Entwicklungsländern waren diejenigen, die am schwersten unter dieser ökonomischen Regression zu leiden hatten. Zunehmende Arbeitslosigkeit, galoppierende Inflation, drastischer Rückgang der Reallöhne und Einkommen sowie massive Kürzungen der Subventionen bei Konsumgütern und Sozialleistungen wurden zur alltäglichen Erscheinung. Damit nicht genug, erfolgte außerdem ein Angriff auf die demokratischen Rechte, und autoritäre Regimes sowie Militärdiktaturen schossen wie Pilze aus der Erde. Damit hat sich die Anfälligkeit gegenüber imperialistischen Zwangsmaßnahmen erhöht.

Durch die Festigung des sozialistischen Weltsystems und die politischen Erfolge der nationalen Befreiungsbewegung sah sich der Imperialismus gezwungen, unter Beibehaltung seiner Hauptzielsetzung und wenn möglich mit der althergebrachten Methode der Ausbeutung, die Gegenstrategie des Neokolonialismus zu entwickeln. Innerhalb der zurückliegenden zwei Jahrzehnte entwickelte sich der Neokolonialismus unaufhörlich zu einem weitverzweigten und ausgeklügelten System, dessen Mechanismen ständig verfeinert, erweitert und vervollkommen werden. Im Rahmen des Neokolonialismus ist der von Lenin vorhergesagte "kollektive Kolonialismus" mehr und mehr zur Wirklichkeit geworden.

Der Neokolonialismus tritt heute in den verschiedensten Bereichen und Formen zutage. Militärisch gesehen operiert er mit Hilfe sogenannter "Verteidigungsabkommen", regionaler Militärpakte, der Erweiterung des Stützpunktssystems sowie dem verstärkten Absatz von Militärtechnik an die Entwicklungsländer, damit diese sie gegeneinander einsetzen. Politisch gesehen bedient er sich Marionetten- und Kollaborationsregierungen, schafft neue "Föderationen" und arbeitet mit Mitteln, die von manipulierten Wahlen und Destabilisierungsversuchen bis zu politischen Morden und Staatsstreichern reichen. Auf kulturellem Gebiet breitet er seine Fangarme aus mit Hilfe unzähliger "Stiftungen" und Agenturen, durch einflußreiche Positionen innerhalb des Bildungs- und Informationswesens

sowie unter Einbeziehung der Massenmedien. Während er einerseits rückständige Elemente innerhalb der Nationalkulturen fördert, wird andererseits die Weltoffenheit propagiert. An erster Stelle rangiert jedoch die Verbreitung des Antisowjetismus.

Am weitverzweigtesten und ausgeklügeltsten zeigt sich der Neokolonialismus aber vermutlich auf wirtschaftlichem Gebiet. Während er weiterhin die Weltmarktpreise manipuliert und einem ungleichen Handel das Wort redet, hat er in Gestalt sogenannter Hilfsprogramme in Form von Nahrungsmitteln, technischer Unterstützung sowie von Krediten für Handel und Industrie neue Formen der Ausbeutung ersonnen. Eine Reihe von Einrichtungen sind zu diesem Zweck entstanden, zu denen unter anderen Finanzagenturen wie der Internationale Währungsfonds (IMF), die sogenannte Weltbank (IBRD) und deren regionales Pendant wie die "Asian Development Bank" gehören. In rund 60 Staaten sind sogenannte Freihandelszonen und Zonen der industriellen Förderung geschaffen worden, die zu einem neuerlichen System ausländischer imperialistischer Enklaven führten. Ein ausgeklügeltes System von Vorzugszöllen und -tarifen, Währungspools, in die Höhe getriebenen Frachtgebühren und Schutzgarantien für neokolonialistische Investoren ist entstanden. Zu alledem kommt noch hinzu, daß 270 mächtige transnationale Monopole (TNCs) existieren, die heute eine äußerst starke Schlagkraft für den Neokolonialismus darstellen. Ihre ungeheure Macht spiegelt sich in der Tatsache wider, daß von den 100 größten Wirtschaftsunternehmen der Welt 48 transnationale Monopole und lediglich 52 nur im Mutterland angesiedelt sind. In den 70er Jahren hat sich der Anteil der TNCs an den gesamten kapitalistischen Auslandsinvestitionen in den Entwicklungsländern ständig erhöht, die sogenannte Hilfe seitens der Regierungen der kapitalistischen Industriestaaten dagegen nicht.

Die Monopole der entwickelten kapitalistischen Staaten haben sich unter den Bedingungen des Neokolonialismus schadlos gehalten. Ihre jährlichen Renditen sind fünf bis zehnmal höher

als ihre Gesamtausgaben. Ein Beispiel dafür zeigt das Jahr 1975, als Angaben der UNO zufolge die Entwicklungsländer Kredite und Darlehen in Höhe von insgesamt 9,4 Mrd. US-Dollar empfangen, an die kapitalistischen Länder des Westens jedoch 11,5 Mrd. US-Dollar als Schuld- oder Zinszahlungen leisten mußten. Ausländische Tochterunternehmen der TNCs, die über 15 % der gesamten Weltproduktion ausmachen, streichen Netto-profite von durchschnittlich rund 20 Mrd. US-Dollar pro Jahr ein. Diese Summe soll sich nach Aussage der UNCTAD in diesem Jahr sogar auf 23 Mrd. Dollar erhöhen.

Die gemeinsamen Zielstellungen all dieser neokolonialistischen Institutionen bestehen in folgendem:

1. Fortsetzung der Abhängigkeit der Entwicklungsländer von den ehemaligen Kolonialmächten;
2. Steuerung ihrer Finanz-, Handels- und Wirtschaftspolitik;
3. Verhinderung der Ausdehnung der politischen Unabhängigkeit auf die wirtschaftliche Unabhängigkeit;
4. Blockierung jeglicher Versuche zur Herstellung von Beziehungen mit der Welt des Sozialismus;
5. Feste Einbindung der unabhängigen Nationalstaaten in das internationale kapitalistische Wirtschaftssystem und eine dem Kapitalismus genehme innerstaatliche Entwicklung.

Für sich selbst streben sie nach der Maximierung ihrer Profite, die über einen langen Zeitraum und ein möglichst großes Gebiet ausgedehnt werden soll.

Eine der Hauptursachen dafür, daß der Neokolonialismus in den letzten Jahrzehnten einen gewissen Fortschritt verzeichnen konnte, ist darin zu sehen, daß die Mehrheit der ehemaligen Kolonien nach Erlangung der politischen Unabhängigkeit nicht nur weiterhin im Bestand des internationalen kapitalistischen Wirtschaftssystems verblieben und damit hinsichtlich ihrer Absatz- und anderer Beziehungen ungeheuer abhängig von ihm sind, sondern daß sie ihrerseits auch weiterhin den kapitalistischen Entwicklungsweg beschreiten. Denn abgesehen von den

dem Kapitalismus innewohnenden Widersprüchen und seiner Unfähigkeit, die Bedürfnisse des Volkes zu befriedigen bzw. die als Erbe übernommene Rückständigkeit in genügendem Tempo zu überwinden, unternehmen die neu entstandenen Staaten, die ihren eigenen kapitalistischen Entwicklungsweg beschreiten wollen, dies zu einem Zeitpunkt, da sich der internationale Kapitalismus in einer tiefgreifenden Krise befindet und sein geschichtlicher Abtritt nicht mehr fern ist.

Die neokolonialistischen Kräfte haben die sich ergebende Anfälligkeit und Abhängigkeit der jungen Nationalstaaten geschickt ausgenutzt, um nicht nur - wie in der Vergangenheit - Anpassungs- und übereinstimmende Formen hinsichtlich der Kompradorenbourgeoisie und spekulativer Teile der Bevölkerung dieser Länder zu konzipieren, sondern in vielen Staaten (und besonders in den kleineren und ökonomisch schwächeren) sind sie dazu übergegangen, diese Formen auch in Bezug auf ehemals antikoloniale Teile der nationalen Bourgeoisie anzuwenden. Das geschah zum einen dadurch, daß sie deren grundlegende Klasseninteressen ins Spiel brachten und ihnen illusorische Aussichten auf neue Quellen ihrer Kapitalanlagen und des technischen "Know-how" vorgaukelten und zum anderen durch Versprechungen hinsichtlich des Zugangs zu neuen Exportmärkten. Im Ergebnis dessen sind in verschiedenen Ländern die antiimperialistischen Kräfte, die derartige Teile der nationalen Bourgeoisie in den 50er Jahren und davor potentiell darstellten, in den nächsten beiden Jahrzehnten ständig zurückgegangen.

Übrigens versuchen die neokolonialistischen Kräfte auch, die sich in diesen Staaten entwickelnde Arbeiterbewegung zu zersetzen und zu beeinflussen. Sie bedienen sich dabei der verschiedenartigsten "Stiftungen" und legen besonderes Augenmerk auf reformistische Führer innerhalb der Gewerkschaften. Sie machen sich die noch ungenügende Entwicklung der Proletarisierung und der Klassenerfahrung zunutze.

Die Neokolonialisten legen heute eine größere Flexibilität und Manövrierfähigkeit an den Tag als früher. Sie haben neue Mechanismen entwickelt, die es ihnen ermöglichen, sich den Veränderungen der Lage und des Kräfteverhältnisses anzupassen. Sie haben gelernt, Unterschiede zwischen den Entwicklungsländern auszunutzen, regionale Zwistigkeiten hervorzurufen und neue Erscheinungen in der dritten Welt, wie das Entstehen von Elitestaaaten, auszunutzen, die aufgrund ihrer reichen Vorkommen an Erdöl versuchen, den Feudalismus im Lande mit ihren Bemühungen in Einklang zu bringen, sich einen Platz im System des internationalen Finanzkapitals zu erkaufen. In einigen Ländern, in denen den Neokolonialisten der private Sektor als zu schwach erscheint, streben sie die Zusammenarbeit mit dem öffentlichen Sektor an, vor allem dort, wo dieser staatskapitalistischen Charakter trägt und von einer bürokratischen Elite geleitet wird, die zwar einen beträchtlichen Teil der Produktionsmittel kontrolliert, diese aber nicht besitzt und deshalb bereitwillig auf Risikogeschäfte, Kompromisse sowie Korruptionen eingeht.

Die Forderung der Entwicklungsländer nach einem von ihnen als "neue internationale Wirtschaftsordnung" bezeichneten System nahm Mitte der 70er Jahre Gestalt an, als nämlich die Wirtschafts- und Finanzkrise des Kapitalismus bedrohliche Ausmaße anzunehmen begann. Zu dieser Forderung wurde 1974 von der VI. UNO-Sondertagung ein Beschluß gefaßt, der auf nachfolgenden Tagungen der "Gruppe der 77", der UNCTAD, der Bewegung der Nichtpaktgebundenen und auf der UNO-Sondertagung im August dieses Jahrs weiter präzisiert und vervollkommenet wurde.

Wenn auch die von den Entwicklungsländern vorgebrachte Forderung keinen unmittelbar antikapitalistischen oder revolutionären Charakter trägt, so ist doch ihre potentielle Bedeutung im Kampf gegen den Imperialismus und Neokolonialismus nicht zu unterschätzen. Nicht zu vergessen ist auch die Tatsache, daß diese Forderung zu einem Zeitpunkt erhoben wurde, als der Kampf um wirtschaftliche Unabhängigkeit in der nationalen Be-

freiungsbewegung vorrangige Bedeutung erlangte und daß sie in umfangreichem Maße von Kräften unterstützt wird, die für den Triumph des revolutionären Weltprozesses von enormer Bedeutung sind.

Geht es um eine neue internationale Wirtschaftsordnung, so vernachlässigt die Mehrzahl der Regierungen in den Entwicklungsländern die Gesamtheit der ökonomischen Beziehungen in der Welt. Oftmals übersehen sie die sozialistischen Länder und die Rolle, die diese spielen, und konzentrieren sich auf ihre Beziehungen mit den entwickelten kapitalistischen Staaten. Unterzieht man ihre Konzeption einer objektiven Prüfung, so treten drei wichtige Aspekte zutage. Der erste beinhaltet die Notwendigkeit der Schaffung von zwischenstaatlichen Mechanismen, um den destruktiven Einflüssen der kapitalistischen Weltwirtschaft entgegenzuwirken und diese zu regulieren, der Gewährleistung einer möglichst großen Stabilität und der Versorgung der Entwicklungsländer mit einem ständigen Zustrom von Investitionsgütern und Anlagewerten sowie mit technischem Wissen. Der zweite Aspekt beinhaltet die Notwendigkeit der Demokratisierung der zwischenstaatlichen Wirtschaftsbeziehungen. Und der dritte Aspekt sieht die Schaffung von Mechanismen vor, nach denen das Weltprodukt mehr zu ihren Gunsten verteilt wird.

Wenn auch die Dokumente und Deklarationen der Entwicklungsländer bereits von einer "Umgestaltung" der internationalen Wirtschaftsbeziehungen sprechen, so zeigt doch die Art und Weise, in der sie diese Forderung verwirklichen, daß es ihnen gegenwärtig mehr darum geht, Veränderungen im Regelmechanismus der weltweiten kapitalistischen Beziehungen zu bewirken, als echte strukturelle Veränderungen durchzusetzen. Oft vernachlässigen sie auch die demokratische Komponente der Forderung und beschränken diese auf eine Neuverteilung zu ihren Gunsten, oder, anders ausgedrückt, sie wollen nur ein größeres Stück vom kapitalistischen Kuchen. So konzentrieren sich ihre Forderungen oft auf die Stabilisierung der Preise, bes-

sere Handelsbedingungen, verbesserte Möglichkeiten für den Absatz ihrer Erzeugnisse in den entwickelten kapitalistischen Ländern, die Verringerung der Frachtraten, die Verringerung der Kosten für technische Kenntnisse, für die die Entwicklungsländer jährlich fast 5 Milliarden US-Dollar aufwenden müssen, eine Reformierung des Währungssystems sowie die Überarbeitung der Schuldenrückzahlungsbedingungen und die Senkung der Zinssätze. Gegenwärtig lassen sich ihre Forderungen mit den wirtschaftlichen Forderungen von Gewerkschaften in den kapitalistischen Ländern vergleichen. Obwohl sie dem System des Neokolonialismus nicht den Kampf ansagen, schränken sie dennoch seine Manövrierfähigkeit ein und führen zu einer Einengung und Untergrabung seines Operationsgebietes.

Doch gleichzeitig werden im Ergebnis einer zunehmenden Polarisierung der Klassen in den Entwicklungsländern und durch den Druck der aktiven Massenbewegungen grundsätzlichere Fragen aufgeworfen. Dazu gehören der Kampf gegen die transnationalen Monopole, das Recht auf Nationalisierung ausländischer Investitionen sowie auf den Besitz und die Kontrolle der eigenen Rohstoffe, die Beseitigung neokolonialistischer Einrichtungen und die Erweiterung der Beziehungen zu den sozialistischen Staaten. In zunehmendem Maße wird hervorgehoben, daß die Schaffung einer wirklich gerechten neuen internationalen Wirtschaftsordnung unmöglich ist, solange die Abhängigkeit vom kapitalistischen Weltsystem besteht und eine sozialökonomische Umgestaltung des eigenen Landes auf Ablehnung stößt.

Diese neuen Entwicklungserscheinungen und die Herausforderung seitens der sozialistischen Gemeinschaft, die die Bestrebungen der Entwicklungsländer in jeder ihr nur möglichen Form unterstützt, haben die neokolonialistischen Kräfte gezwungen, offene Konfrontationen und den Bruch mit den Entwicklungsländern hinsichtlich dieser Forderung zu umgehen, da das zumindest zu einem Verlust von Absatzgebieten und Investitionsbereichen führen würde. Daher trachten sie danach, diese Fragen auf ein Nebengleis zu schieben und stattdessen zeitlich unbe-

grenzte und unfruchtbare Diskussionen wie den sogenannten Nord-Süd-Dialog zu führen. Sie sind sogar bereit, geringfügige Veränderungen zu akzeptieren, die dazu beitragen, die zwischenstaatlichen kapitalistischen Beziehungen auf einer stabileren Grundlage zu festigen. Wie jedoch die jüngste UNO-Sondertagung gezeigt hat, besteht ihre Haupttaktik darin, Zeit zu gewinnen und dadurch jegliche gemeinsame Front der Entwicklungsländer untereinander zu zerstören.

Ungeachtet der Verschwommenheit und des einschränkenden Charakters der gegenwärtig von den Entwicklungsländern vorgebrachten Forderung sollten alle revolutionären Kräfte deren demokratische und antiimperialistische Potenzen anerkennen, sich mit ihr solidarisch erklären und dazu beitragen, sie in Richtung auf eine grundlegendere Umgestaltung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen zu lenken und zu entwickeln.

Wie weit und wie schnell das gehen wird, hängt von vielen Faktoren ab. Einer besteht darin, wie sich die kapitalistische Weltwirtschaft in den 80er Jahren entwickeln wird. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß die Aussichten finster sind. Dadurch wird die Fähigkeit des Neokolonialismus für Manöver und Zugeständnisse eingeschränkt werden. Die Welle des Neoprotektionismus, die gegenwärtig die kapitalistischen Industriestaaten erfaßt, hat beispielsweise bereits negative und kritische Reaktionen in der Welt der Entwicklungsländer hervorgerufen. Die sogenannten Geberländer des Westens haben auch schon deutlich zum Ausdruck gebracht, daß die künftige "Hilfe" auf der Grundlage weiterer Beschränkungen und Einschränkungen erfolgen und an Vorbedingungen geknüpft sein wird, die selbst für unterwürfige Regierungen der Entwicklungsländer nahezu unannehmbar sein dürften.

Die Entwicklungsländer werden auf der staatlichen Ebene einheitlichere allgemeine Positionen einnehmen und diese in ein Aktionsprogramm einfließen lassen müssen. Obwohl die Notwendigkeit dafür bereits im Jahre 1974 erkannt worden ist, war das Nichtvorhandensein dieses Programms eine Ursache der Schwäche, die der Neokolonialismus für sich ausschachtete.

Auch umfassende engere Beziehungen zur Welt des Sozialismus sind unerlässlich.

Eine ganze Reihe verwirrender Theorien, die der Imperialismus und der Maoismus - oft unter hochtrabenden oder attraktiven Bezeichnungen - verbreiten, müssen zurückgewiesen und bekämpft werden. Der 1969 von der Lester-Pearson-Kommission herausgebrachte Slogan, die imperialistischen Mächte und ihre ehemaligen Kolonien müßten zu sogenannten "Entwicklungspartnern" werden, erlebt gegenwärtig eine Renaissance, indem unter dem Vorwand einer scheinbaren "gegenseitigen Abhängigkeit" doch nur die unveränderte Fortsetzung der althergebrachten Beziehungen angestrebt wird, bei denen wenige imperialistische Mächte einen großen Teil der Welt beherrschen und ausbeuten. Oder nehmen wir das Schlagwort vom "Selbstvertrauen". So wird dieses nur dazu benutzt, um die ökonomische Rückständigkeit zu glorifizieren und zu erhalten, um die Entwicklungsländer von ihren natürlichen Verbündeten - den sozialistischen Ländern - zu isolieren, ihre Zusammenarbeit zu unterbinden und sie so hilflos dem Imperialismus auszuliefern. Eine Theorie, die vielleicht die größte Verwirrung gestiftet hat, versucht in willkürlicher und vereinfachender Weise, die Welt in sogenannte "reiche" und "arme" Länder einzuteilen, wobei die historische Entwicklung sowie Klassengegensätze völlig außer acht gelassen und imperialistische Ausbeuter und sozialistische Freunde gleichsam in einen Topf geworfen werden; dadurch soll die alleinige Verantwortung des Imperialismus für Armut und Rückständigkeit in den Entwicklungsländern verschleiert werden.

Letztendlich wird die Entwicklung der Kämpfe der Volksmassen in den Entwicklungsländern von ausschlaggebender Bedeutung sein. Dazu gehören verstärkte Kämpfe gegen alle Formen der imperialistischen und neokolonialistischen Ausbeutung, gegen herrschende Kreise und Regierungen, die diese Ausbeutung unterstützen, für engere Beziehungen mit den sozialistischen Staaten und für die Umwandlung der sozialökonomischen Verhältnisse in einzelnen Ländern entsprechend den Bedingungen der wirtschaftlichen Unabhängigkeit, für demokratischen und sozia-

len Fortschritt und, wenn möglich, für einen Entwicklungsweg mit sozialistischer Orientierung.

Dieser Kampf muß eine enge Beziehung zum Kampf für Frieden, Abrüstung und Entspannung haben. Er erfordert eine sehr enge Zusammenarbeit zwischen den drei Bestandteilen des revolutionären Weltprozesses. Wie die Brandt-Kommission bereits feststellte, würde jede weitere Verschlechterung der wirtschaftlichen Bedingungen der Dritten Welt die Zahl der Arbeitslosen in den entwickelten kapitalistischen Ländern um weitere drei Millionen Menschen ansteigen lassen. Die Entspannung wird Mittel freisetzen, die sowohl den Menschen in den Entwicklungsländern wie auch denen in den Industrienationen zugute kommen werden. Die Stärke, die Friedenspolitik und die allseitige Unterstützung der sozialistischen Länder für den nationalen Befreiungskampf ist der grundlegende Garant für den Erfolg. Je enger sich diese Kräfte zusammenschließen, um so schneller kann der Neokolonialismus besiegt und eine echte Umgestaltung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen in Angriff genommen werden.

TÜRKİYE SOSYAL TARİHİ

Internationale Wissenschaftliche Konferenz

„Der gemeinsame Kampf
der Arbeiterbewegung
und der nationalen Befreiungsbewegung
gegen Imperialismus,
für sozialen Fortschritt“

Rede von
Seydan Cissoko,
Generalsekretär der Afrikanischen Unabhängigkeitspartei
(Senegal)

Berlin, 20. Oktober 1980 bis 24. Oktober 1980

TÜRKİYE SOSYAL TÜSTAV
TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

Der gemeinsame Kampf der Arbeiterbewegung und der nationalen Befreiungsbewegung gegen Imperialismus, für sozialen Fortschritt, so lautet letztendlich die Bündnisfrage der drei Hauptströmungen des revolutionären Weltprozesses. Es ist dies eine grundsätzliche Frage, die durch die Entwicklung der Welt, in der wir leben, mit immer größerer Schärfe gestellt wird.

Der Kampf für sozialen Fortschritt ist untrennbar mit dem Kampf für den Weltfrieden verbunden.

I

Der Imperialismus als eine aggressive und auf Ausbeutung beruhende gesellschaftliche Kraft stellt sich der Schaffung einer Welt stabilen Friedens entgegen. Seine beharrlichen Versuche, das Kräfteverhältnis in der Welt zu seinen Gunsten zu verändern, um die Entspannung zu torpedieren, die der Ausweitung des kalten Krieges Einhalt geboten hat, stellen für die Sicherheit aller Völker eine große Bedrohung dar.

Die Weltöffentlichkeit konnte dies feststellen, als der amerikanische Senat sein Veto gegen die Ratifizierung des sowjetisch-amerikanischen Vertrages über die Begrenzung der strategischen Offensivwaffen einlegte und als die NATO den Beschluß faßte, in Europa neue amerikanische Raketen zu stationieren, die gegen die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Länder gerichtet sind.

Gegenwärtig wird diese Entwicklung erneut deutlich. Die "neue Nuklearstrategie" der Vereinigten Staaten, die ein neues Rüstungssystem sowie eine Ausweitung des Netzes ihrer

Militärbasen in der Welt mit sich bringt, ist ein neuer wahnwitziger Schritt auf dem Wege des Wettrüstens.

Kaum ist es erforderlich, die spitzfindige Lüge von der "sowjetischen Bedrohung" zurückzuweisen, hinter der sich die aggressivsten Kreise des Imperialismus verbergen, um diesen gefährlichen Kurs zu rechtfertigen. Die allgemein bekannte friedliche Außenpolitik der UdSSR und der anderen sozialistischen Länder zeugt von den Anstrengungen und den zahlreichen Friedensinitiativen seitens der sozialistischen Gemeinschaft.

Das Anwachsen der ökonomischen Kraft und der militärischen Verteidigungsmacht der Sowjetunion sowie der gesamten sozialistischen Gemeinschaft dient dem Frieden. Es bildet das Haupthindernis für die abenteuerlichen militärischen Aktivitäten der imperialistischen Mächte. Gäbe es den Einfluß des Weltsozialismus in den internationalen Angelegenheiten nicht, so hätten jene imperialistischen Mächte die Menschheit erneut in einen Weltkrieg gestürzt.

Es reicht aus, an die Stützpunkte sowie die politischen und militärischen Blöcke des Imperialismus auf allen Kontinenten zu erinnern, um die Gefahr deutlich zu machen, die aus dieser kriegslüsternden Politik für alle Völker der Welt erwächst.

Die Vereinigten Staaten gehen so weit, eine "schnelle Eingreiftruppe" zur Verteidigung dessen aufzustellen, was sie als "ihre Lebensinteressen" in den einzelnen Regionen der Welt bezeichnen.

Die Küsten Irans und des Persischen Golfes verbleiben somit unter Aufsicht der Kriegsflotte, die auf diesen Wasserwegen zusammengezogen worden ist. Der Marinestützpunkt von Diego Garcia, den Großbritannien auf illegale Weise der nationalen

Souveränität Mauritius' entzog, dient dabei als vorgeschobener Posten im Indischen Ozean, wo zu allem Überfluß auch die französische Flotte kreuzt, deren Aktivitäten gegen Madagaskar, Mauritius und andere Völker dieses Gebiets gerichtet sind.

Mit den Verträgen über die Schaffung amerikanischer Stützpunkte auf dem Hoheitsgebiet von Oman und Kenia sowie dem mit Somalia geschlossenen Vertrag über die Abtretung der Luft-Marine-Basis von Beria richten die Vereinigten Staaten und die NATO neue vorgeschobene Aggressionsposten auf dem afrikanischen Kontinent ein, wo es schon mehr als genug Stützpunkte sowie politische und militärische imperialistische Gruppierungen gibt; die in der Welt im Überfluß vorhandenen Flugzeugträger, Raketen, Stützpunkte und Atomwaffen zeugen von der gleichen Politik, die auf die materielle Vorbereitung eines Krieges gerichtet ist.

Die angeführten Verträge liegen weder im nationalen Interesse der Länder des Indischen Ozeans, noch entsprechen sie deren regionalen Interessen. Sie sind schlicht und einfach unvereinbar mit den Interessen der Festigung des Weltfriedens, wovon das Wiederaufflammen der durch sie geschürten somalischen Aggression gegen das äthiopische Volk zeugt, das einen sozialistischen Entwicklungsweg beschritten hat.

Der Indische Ozean und das "Horn von Afrika" sind jedoch nicht die einzigen Angriffspunkte der imperialistischen Militärstrategie auf unserem Kontinent. Deren atlantische Aktivitäten führten auch zur Schaffung neuer politisch-militärischer Gruppierungen auf den Trümmern der zusammengestürzten Blöcke. So finden wir den Ost-Pakt, der sich auf das antinationale Regime Sadats in Zusammenarbeit mit dem zionistischen

Staat Israel stützt, die Südatlantik-Organisation, die auf ein militärisches Bündnis zwischen den reaktionären latein-amerikanischen Diktaturen und dem Rassistenregime in Südafrika abzielt, sowie die militärische Gemeinschaft der Staaten Westafrikas unter Einschluß der ehemaligen französischen Kolonien.

Während das militärische Interventionsstreben von der französischen Regierung unter Giscard d'Estaing zum Prinzip erhoben wurde, ist die Außenpolitik dieser Regierung so stark in die Globalstrategie des Imperialismus integriert, daß sie gegenwärtig danach strebt, Frankreich mit der Neutronenbombe auszurüsten.

Diese Aufgabenverteilung unter den imperialistischen Mächten zeigt deutlich, daß unser Kontinent in die weltweite aggressive Militärpolitik des Imperialismus eingebettet ist und daß ihn folglich die von den friedliebenden Staaten vorgelegten Pläne zur Entmilitarisierung, zur Entnuklearisierung sowie zur Beseitigung der Kriegs- und Spannungsherde in der Welt direkt angehen.

Die Verbindung, die zwischen der Bedrohung durch die in Europa stationierten amerikanischen Raketen und der Gefahr besteht, die sich aus den imperialistischen Stützpunkten sowie den politisch-militärischen Blöcken überall in der Welt ergibt, kennzeichnet wie ein roter Faden die militärischen Aktivitäten der Westmächte. Hier fügt sich ein Glied ans andere. Die von dem sich auf kubanischem Hoheitsgebiet befindlichen Stützpunkt Guantanamo ausgehenden amerikanischen Provokationen gegen das sozialistische Kuba und die vom Stützpunkt Diego Garcia aus unternommene Aggression gegen Iran sind vom gleichen Schrot und Korn wie die militärischen

Fallschirmjäger-Interventionen des französischen Imperialismus in Afrika, wobei sich dieser unter anderem seiner Militärbasen in Senegal und Gabun bediente.

In den Konferenzthesen heißt es deshalb, daß der Kampf gegen die Schaffung neuer imperialistischer Militärstützpunkte und die Ausweitung der bereits bestehenden, gegen neue Militärbündnisse sowie gegen eine Vergrößerung des von der NATO beanspruchten Territoriums in der heutigen Zeit immer größere Bedeutung erlangt.

Dieser solidarische Kampf der Werktätigen und Völker kann zahlreiche kühne und wirkungsvolle Initiativen hervorbringen. Hierzu gehören auch die gegenwärtig stattfindende Konferenz sowie das Pariser April-Treffen der kommunistischen und Arbeiterparteien Europas für Frieden und Abrüstung, das sowohl in Europa als auch weltweit ein sehr breites Echo fand. Das bevorstehende Madrider Treffen als Fortsetzung der historischen Konferenz von Helsinki über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa geht letztlich die gesamte Menschheit an. Dank der Entfaltung solcher Initiativen kann die Bewegung für Frieden und friedliche Koexistenz unter der Öffentlichkeit noch an Breite gewinnen.

Gegenwärtig erkennen die Völker immer deutlicher, wer zu den Anhängern des Friedens gehört und wer die Feinde der internationalen Sicherheit sind. Dies ist insbesondere der weiten Verbreitung der Friedensinitiativen der UdSSR und der anderen sozialistischen Länder sowie ihren gemeinsam mit den anderen antiimperialistischen Kräften unternommenen Anstrengungen zur Darlegung der Gründe für die Verschlechterung der internationalen Lage zu danken.

Die historische Verantwortung des Sozialismus bei der

Lösung der umfassenden Probleme unserer Zeit ergibt sich aus dessen konstruktiven Schritten.

Diejenigen, die ihre Hoffnungen auf eine Torpedierung der Entspannung setzen, die das Wettrüsten beschleunigen wollen, die nach einer Neuauflage der nuklearen Erpressung streben und den Weltfrieden aufs Spiel zu setzen bereit sind, stehen im Lager des Imperialismus; es sind dies die am meisten kriegslüsternden, mit dem militärisch-industriellen Komplex verbundenen Kreise, der seinerseits Interesse an einer Verschlechterung der internationalen Lage hat.

Die "Position der halben Schritte", welche darin besteht, "gleichen Abstand" vom amerikanischen Imperialismus und von der Sowjetunion zu wahren, um letzterer einen Teil Verantwortung am Wettrüsten anzulasten, führt zu der konfuse These von den "Supermächten", die von den bürgerlichen Ideologen sowie von der auf Irrwegen begriffenen chinesischen Führung vertreten wird.

Gerade die chinesische Führung ist es, die sich unter Verzicht auf ein klassenmäßiges Herangehen an die Erscheinungen des internationalen Lebens zu einer Unterstützung der Politik der aggressivsten Kreise des Imperialismus entschlossen hat, einer Politik, die ihren eigenen hegemonistischen Zielen entspricht. Die Völker in den Entwicklungsländern erkennen dies an den chinesischen Aktionen und Stellungnahmen angesichts sämtlicher Hauptfragen der Welt, in der wir leben, am abenteuerlichen Charakter der chinesischen Außenpolitik, der in der militärischen Aggression gegen das sozialistische Vietnam zum Ausdruck kam, an den Beziehungen Chinas zu den reaktionärsten Kräften immer dann, wenn der Imperialismus gegen die Sache der Unabhängigkeit der Völker zu Felde zieht.

Diese Politik, bei der es sich um ein Hindernis für den gemeinsamen Kampf der revolutionären Kräfte in der Welt handelt, gilt es ebenso anzuprangern wie die aggressive Militärpolitik des Imperialismus.

Die gefährliche Wende in Richtung auf eine Konfrontation mit dem Sozialismus, die der internationale Imperialismus in der Weltlage herbeizuführen sucht, ist jedoch nicht die beherrschende Tendenz bei der Entwicklung des internationalen Kräfteverhältnisses. Die Gesetze des Kapitalismus regieren nicht länger unumschränkt in den internationalen Beziehungen, und der Imperialismus kann den Lauf der Weltereignisse nicht mehr nach Gutdünken diktieren.

Gegenwärtig gibt es auf allen Kontinenten einflußreiche politische und gesellschaftliche Kräfte, die sich den Kriegszielen des Imperialismus entgegenstellen und diesen zu Maßnahmen zur Festigung von Entspannung und Abrüstung zwingen können. Diese machtvolle Massenbewegung umfaßt eine ganze antiimperialistische und antikapitalistische Kampffront, die für eine Neugestaltung der Welt eintritt.

II

Eine der bedeutsamsten Erscheinungen der gegenwärtigen Klassenschlachten gegen das Joch der Monopole und die imperialistische Ausbeutung ist der Kampf für eine Neugestaltung der Weltwirtschaftsbeziehungen.

Während der wachsende internationale Austausch von Waren und Technologien, der zunehmende Kapitaltransfer zwischen den Ländern und die Internationalisierung der industriellen Tätigkeit es gegenwärtig mit sich bringen, daß jeder Staat von der Wirkungsweise der Weltwirtschaft betroffen wird, mißachtet die bestehende internationale Wirtschaftsordnung

die Interessen zahlreicher Länder und Völker.

Ein Land existiert nicht losgelöst von den anderen, sondern gehört jeweils zu einem System, und diese Tatsache verleiht heutzutage den Wechselbeziehungen von inneren und äußeren Faktoren besonderes Gewicht.

Die Zugehörigkeit der meisten Entwicklungsländer zum kapitalistischen Weltsystem, von dem sie bereits sehr stark abhängig sind, verschärft darüber hinaus ihre Abhängigkeit von der Konjunktur des kapitalistischen Weltmarktes in dem Maße, wie die sich Krise zuspitzt, die das Räderwerk der kapitalistischen Wirtschaft in Unordnung versetzt. Trotz Erlangung der Unabhängigkeit verbleiben die jungen Staaten der Dritten Welt noch weitgehend im Stadium von Rohstofflieferanten für die ehemaligen "Mutterländer".

Angesichts dieser Bedingungen der Weltwirtschaft wird das Eindringen von imperialistischem Fremdkapital in die Wirtschaft dieser Länder zu einem der Hauptinstrumente für deren Ausbeutung; dies meinte auch Lenin, wenn er in seinem Werk "Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus" davon sprach, daß der Kapitalexport eine der Hauptgrundlagen des Imperialismus sei.

Auf anderer Ebene verfälscht die Verzerrung der internationalen Arbeitsteilung unter dem Einfluß der Politik der imperialistischen Mächte und ihrer ökonomischen Gruppierungen die Grundlagen eines gleichwertigen Austauschs zwischen den westlichen und den sozialistischen Ländern, die zwar außerhalb des kapitalistischen Wirtschafts- und Währungssystems stehen, jedoch nicht gegen alle Auswirkungen von dessen allgemeiner Krise vollständig geschützt sind.

Der positive Einfluß der sozialistischen Gemeinschaft

auf die Weltwirtschaft wächst, jedoch beträgt der Anteil der sozialistischen Länder am internationalen Austausch noch immer nur 10 Prozent.

Die Gründe für eine Neugestaltung der gegenwärtig bestehenden Weltwirtschaftsordnung ergeben sich folglich aus der Notwendigkeit einer Umstrukturierung der internationalen Verteilungsmechanismen für Einkommen aus dem internationalen Austausch.

Für die Entwicklungsländer bedeutet der Kampf um eine neue Weltwirtschaftsordnung gleichzeitig die berechtigte Hoffnung auf Erlangung und Festigung ihrer politischen und wirtschaftlichen Unabhängigkeit, auf eine wirkliche Entwicklung.

Diese Länder fordern die volle Souveränität über ihre Naturreichtümer und ihre Wirtschaftstätigkeit, um die Unterentwicklung zu überwinden, sie fordern eine Ausbalancierung der Hauptkräfte innerhalb des kapitalistischen Systems im Interesse der ökonomisch zurückgebliebenen Staaten. Anders ausgedrückt geht es ihnen um eine Beseitigung der offensichtlichsten Formen der Ausbeutung, was gegenüber der derzeitigen Lage der Dinge ein beachtlicher Schritt nach vorn wäre.

Auch wenn dieses Kampfprogramm keine radikalen Zielstellungen enthält, die über den Rahmen des Kapitalismus als System hinausgehen, ist es doch in seinen Grundzügen durchaus antiimperialistisch.

Die gemeinsame Front der Länder, die sich um dieses Programm zusammengeschlossen haben, besitzt trotz mancherlei Gegensätze gleichfalls einen bestimmten antiimperialistischen Klasseninhalt.

Dieser macht aus ihrem Zusammenschluß einen bedeutsamen Faktor der Bestandteile des internationalen Kräfteverhältnisses und aus diesem, das sich ja gegenwärtig zugunsten des Sozialismus und der Völker entwickelt, wiederum eine Errungenschaft, die es beständig auf allen Ebenen (Wirtschaft, Gesellschaft, Politik) gegen den Imperialismus zu festigen gilt. Es geht darum, den Imperialismus zunächst zum Zurückweichen zu zwingen, um ihn anschließend vernichtend zu schlagen.

Der Kampf für eine neue internationale Wirtschaftsordnung kann also nur die Form eines solidarischen Vorgehens der Werktätigen und Völker an allen Fronten der antiimperialistischen und antikapitalistischen Auseinandersetzung annehmen, eines Vorgehens, dessen Erfolge während eines ganzen historischen Zeitabschnitts unmittelbar von den Fortschritten im internationalen Kräfteverhältnis abhängen werden.

Dieser Kampf bleibt auch in Zukunft unauflöslich mit dem revolutionären Weltprozeß verbunden und wird auf diese Weise vor allem zu einem Kampf für fortschrittliche soziale Umgestaltungen und für die Mobilisierung der inneren Möglichkeiten des ökonomischen Aufschwungs.

Wie bedeutsam die äußeren Faktoren auch sein mögen, die die Bewegung zur Neugestaltung der Weltwirtschaftsbeziehungen und die Notwendigkeit zur Schaffung der hierfür erforderlichen Bedingungen begünstigen, so müssen doch die Haupttriebkkräfte der Entwicklung ein Ergebnis der inneren Bedürfnisse sein; ebenso wie die Haupttriebkkräfte einer Revolution, denen die äußeren Bedingungen zwar einen Angriffspunkt bieten können, zunächst im Lande selbst heranreifen müssen.

Räumt man den äußeren Faktoren der Entwicklung den Vorrang ein, so ruft man die illusionäre Vorstellung hervor, als könnte man mit den angestrebten Verbesserungen bei der Umgestaltung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen allein schon die Unterentwicklung überwinden und eine moderne Wirtschaft aufbauen.

Gerade diese Illusion nähren die drei Zentren des Weltkapitalismus (Vereinigte Staaten, EWG, Japan), indem sie Schlagworte wie "wechselseitige Abhängigkeit" oder "Schicksalsgemeinschaft" zwischen Entwicklungsländern und imperialistischen Staaten verwenden und auf diese Weise die Notwendigkeit einer Stabilisierung der Lage in den entwickelten kapitalistischen Ländern als Garantie für eine stabile und steigende Nachfrage seitens jener industriellen Zentren darstellen.

Die neokolonialistische Interpretation der neuen internationalen Wirtschaftsordnung bietet somit allen möglichen utopischen Projekten Raum, deren Ziel es ist, die Entwicklungsländer von den unmittelbaren Aufgaben ihrer nationalen und sozialen Befreiung abzulenken. Diese Lesart findet ihre Anhänger unter den Vertretern rechtssozialer Anschauungen in gewissen Ländern, zu denen auch Leopold Senghor, der Präsident der Republik Senegal und Vizepräsident der Sozialistischen Internationale, gehört, einer der wichtigsten Fürsprecher neokolonialistischer Interessen in der Dritten Welt.

Demgegenüber berücksichtigt die antiimperialistische Konzeption der neuen Weltwirtschaftsordnung den Platz und die wachsende Rolle des Weltsozialismus im Prozeß der Umgestaltung des allgemeinen ökonomischen Kräfteverhältnisses.

Die konstruktive Haltung des Sozialismus ergibt sich aus der ständigen Unterstützung, die dessen Repräsentanten den Entwicklungsländern im Rahmen der internationalen Organisationen sowie überall dort leisten, wo es um die Probleme der Neugestaltung der Weltwirtschaftsbeziehungen geht. Die sozialistischen Staaten unterstützen sämtliche Forderungen der Entwicklungsländer, nämlich den Grundsatz des vollen Eigentumsrechts an den Naturreichtümern bis hin zur Nationalisierung des Besitzes der imperialistischen Monopole, zur

Festlegung angemessener Preise für Exporterzeugnisse, zu einem freieren Zugang zu den Märkten der entwickelten Länder, zu einem nicht vom Neokolonialismus diktierten Modus bei der Weitergabe von Technologien sowie ^{zu} einer Reform des Währungssystems und des internationalen Handelssystems.

Auch die sozialistischen Länder stellen Forderungen, die es zu berücksichtigen gilt. Ihnen geht es um eine vollständige Normalisierung der Ost-West-Beziehungen und um die Beseitigung aller Formen von Diskriminierung im Handel zwischen den beiden Systemen.

Sozialistische Länder und Entwicklungsländer verfolgen die gleichen Ziele hinsichtlich der Forderung nach einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung.

Um dieser natürlichen Interessenübereinstimmung zwischen der Arbeiterbewegung und der nationalen Befreiungsbewegung entgegenzutreten, versuchen die kapitalistischen Mächte und ihre neokolonialistischen Bevollmächtigten auf verschiedene Weise, jegliche historische Verantwortung des Imperialismus für den Rückstand der ehemals kolonisierten Länder vergessen zu machen. Zu diesem Zweck erheben sie die gleichen Forderungen an alle industrialisierten Länder un-

abhängig von deren Gesellschaftsordnung, als ob die sozialistischen Länder andere Völker auszuplündern und aus den Wirtschaftsbeziehungen zu ihnen einseitige Vorteile zu erlangen suchten, und bringen die Frage einer gleichmäßigen Verteilung der Hilfeleistung auf sozialistische Länder und kapitalistische Staaten auf die Tagesordnung.

In diesem Zusammenhang muß man auch die gewaltigen Summen erwähnen, die der Imperialismus aus den Entwicklungsländern herauspreßt und die durch seine Hilfeleistung nicht ausgeglichen werden. In Wirklichkeit kommt der Imperialismus nämlich nicht einmal seinen internationalen Verpflichtungen bezüglich einer verstärkten Hilfe für jene Länder nach. So erfüllten die imperialistischen Mächte nicht ihr Engagement anlässlich der ersten UNO-Entwicklungsdekade, nämlich ein Prozent ihres Bruttosozialprodukts den Entwicklungsländern zur Verfügung zu stellen; statt der 0,7 Prozent während der zweiten Entwicklungsdekade brachten sie es mit knapper Not auf 0,3 Prozent; ihre Verpflichtung, der Dritten Welt jährlich zehn Millionen Tonnen Getreide zum Kampf gegen den Hunger zu liefern, wurde gleichfalls nicht eingehalten. Diese Tatsachen sprechen eine beredte Sprache.

Demgegenüber kann man auf einfache und unzweideutige Art Wesen und Ziele der Hilfe seitens der sozialistischen Länder darlegen.

Die Erfahrung zeigt, daß diese in vielfältiger Form geleistete Hilfe in der Tat zu einer unabhängigen, nichtkapitalistischen Entwicklung der befreiten Länder beiträgt. Am Beispiel des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (ROW) der sozialistischen Länder beweist sie auch, auf welche Weise eine angemessene internationale Arbeitsteilung zur Heraus-

bildung und Festigung gegenseitig vorteilhafter Wirtschaftsbeziehungen beitragen kann. Diese Zusammenarbeit neuen Typs, die auf vollständiger Unabhängigkeit und freier Zustimmung der Partner zu gemeinsam gefaßten Beschlüssen beruht, schließt auch Länder wie die Mongolei, Vietnam und Kuba ein, deren ökonomische Probleme mit denen zahlreicher Entwicklungsländer übereinstimmen und die diese Probleme dank des Beistandes der Organisation im Interesse ihrer Völker lösen.

Es ist dies ein überzeugender Beweis für die Fähigkeit des Sozialismus, die Völker einander näherzubringen, und für die dem Bündnis von Arbeiterbewegung und nationalen Befreiungsbewegungen innewohnenden revolutionären Möglichkeiten; es ist der Beweis dafür, daß die Aktionseinheit der sozialistischen Länder und der Entwicklungsländer im Hinblick auf die Schaffung einer neuen Weltwirtschaftsordnung zum Triumph ihrer gleichgelagerten Forderungen führen kann.

Betrachtet man das Erreichte, so ergibt sich eine eindeutig positive Bilanz der Aktionen zur Verwirklichung dieses Ziels. Der Kampf ist jedoch längst noch nicht abgeschlossen. Es handelt sich dabei um einen langfristigen historischen Prozeß. Ebenso wie bei der Sicherung des Friedens in der Welt gibt es auch auf diesem Gebiet politische und soziale Kräfte, die den Sieg über den Imperialismus davontragen können.

Der Weg der jungen Staaten zur Neuorientierung ihrer Außenwirtschaftsbeziehungen beinhaltet eine allmähliche Beseitigung der Abhängigkeitsverhältnisse von den kapitalistischen Industriestaaten sowie die Schaffung neuer, auf gegenseitigem Vorteil beruhender Verhältnisse, einen Ausbau der ökonomischen und technischen Beziehungen zu den sozialistischen Ländern und eine Verstärkung der Kooperation

zwischen den einzelnen Entwicklungsländern selbst.

Der Kampf für eine neue Weltwirtschaftsordnung ist gleichbedeutend mit dem Kampf gegen Neokolonialismus.

III

Nach Erlangung der Unabhängigkeit schlugen mehrere befreite Länder den kapitalistischen Entwicklungsweg ein.

Die außerordentlich starke Ungleichmäßigkeit ihrer ökonomischen und sozialen Entwicklung bekräftigt die Gültigkeit des von Lenin formulierten Grundgesetzes des Kapitalismus.

Kapitalistische Modernisierung und Wachstum als Ergebnisse dieses Prozesses kommen letztendlich den imperialistischen Monopolen zugute, die in allen Fällen das Wirtschaftsleben dieser Länder beherrschen.

Auch hierbei führt die Fähigkeit des Kapitalismus unserer Tage, sich an die neue Weltlage anzupassen, zu einem Rückgriff auf neue Formen der Einmischung. So stellen sich die internationalen Monopole und die sie unterstützenden imperialistischen Staaten einer Industrialisierung unserer Länder nicht länger entgegen, obwohl sie diese bisher als eine Bedrohung ihrer Herrschaft ansahen. Der Grund für diese veränderte Haltung liegt darin, daß die Konkurrenz, die sich im Rahmen der wissenschaftlich-technischen Revolution zwischen den einzelnen imperialistischen Ländern entwickelt, diese dazu zwingt, diejenigen Industriezweige, die einen umfangreichen und billigen Arbeitskräfteeinsatz erfordern und deren Erzeugnisse anschließend ins Stammland exportiert werden können, in die Dritte Welt in unmittelbare Nähe der Rohstoffquellen zu verlagern. Selbst in den seltenen Fällen, in denen es sich dabei um moderne und hochproduktive Anlagen

handelt, bleibt die Tatsache bestehen, daß die Technologien und das Organisationsmodell der betreffenden Arbeit rentabilitätsmäßig in den entwickelten kapitalistischen Ländern bereits voll ausgeschöpft worden sind.

Die befreiten Länder brauchen jedoch finanzielle Ressourcen und technologisches Wissen, um ihre Entwicklung voranzutreiben.

Sie können und dürfen diese Mittel nicht ausschließlich von den sozialistischen Ländern erwarten, die gegenwärtig auch gar nicht in der Lage sind, sie vollständig zur Verfügung zu stellen.

Der objektiv vorhandene Bedarf unserer Länder an Kapital und moderner Technologie trifft sich jedoch nicht mit dem neokolonialistischen Bestreben, ihnen mittels Technologietransfers eine neue Form der Abhängigkeit aufzuzwingen.

Eine kapitalistische Entwicklung der befreiten Länder beinhaltet jetzt und in der Folgezeit auch diesen anderen Aspekt des Problems.

Um ein anderes Beispiel zu nehmen, führen wir uns die Grundzüge der gegenwärtigen Lage der Landwirtschaft in den befreiten Ländern mit kapitalistischer Orientierung vor Augen; es ist unschwer zu erkennen, daß der Kapitalismus auch auf diesem Gebiet die Interessen unserer Völker mit Füßen tritt.

Dies führt zu einem ständigen Nahrungsmitteldefizit, das, wie in Senegal, eine Widerspiegelung des chronischen Lebensmittelmangels ist, wobei doch die Landwirtschaft nur ein grundlegendes Ziel verfolgt, nämlich die Befriedigung der Bedürfnisse des Landes auf dem Nahrungsmittelsektor.

Die inneren Ursachen, aus denen dies nicht möglich ist,

ergeben sich aus den sozialen Verhältnissen in der Landwirtschaft, wo man neben vorkapitalistischen, für die vielfach gegliederten Gesellschaftssysteme Afrikas typischen Produktionsverhältnisse auch einer intensiven Ausbeutung der Landarbeiter begegnet, nämlich auf den großen Latifundien Lateinamerikas. Kapitalistische Entwicklung in der Landwirtschaft bedeutet Verzerrungen im Wirtschaftsgefüge.

Die äußeren Ursachen liegen in den multinationalen Monopolen begründet, die Landwirtschaft und Industrie in ihrer Gesamtheit zu beherrschen suchen. Landwirtschaftliche Betriebe, die sie zu diesem Zweck schaffen, sind in Wirklichkeit nichts anderes als Enklaven kapitalistischer Landwirtschaft unter den im Land herrschenden allgemeinen Bedingungen der Unterentwicklung.

Die Widersprüche dieses ausländischen Kapitalismus, der mit Hilfe des nationalen Kapitals herrscht, das in Stadt und Land zwar nur eine untergeordnete Rolle spielt, sich jedoch "von unten auf" zu organisieren sucht, um sich in nationalem Rahmen Einfluß zu verschaffen, entwickeln sich vor dem Hintergrund einer immer stärkeren Differenzierung in soziale Klassen, wie dies bereits seit Anfang der siebziger Jahre in Afrika zu beobachten ist.

Im Verlaufe dieses Prozesses gelangen bestimmte bürgerliche Kreise zu einer gewissen nationalen Bewußtseinsbildung bezüglich dieser Problematik, indem sie sich dem Druck des Imperialismus widersetzen und zuweilen entsprechende staatliche Maßnahmen durchsetzen. Hieraus ergibt sich die Möglichkeit einer Erweiterung der antiimperialistischen Kampffront.

Angesichts des kapitalistischen Entwicklungswegs wählen jedoch immer mehr junge Staaten Afrikas und Asiens die Orien-

tierung auf den Sozialismus. Entsprechend ihrer jeweiligen konkreten Situation schaffen diese Länder die politischen, ökonomischen und sozialen Voraussetzungen für eigentliche sozialistische Umgestaltungen und machen sich bestimmte Grundthesen des Marxismus-Leninismus zu eigen.

Die Möglichkeit einer solchen Entwicklung, die Lenin mit seiner Theorie über die sozialistische Revolution wissenschaftlich begründete und die seit Oktober 1917 immer wieder von der Erfahrung bestätigt wird, ist gegenwärtig zu einer weltumspannenden Realität geworden und greift in die umfassende Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Kapitalismus ein. Ihre Entwicklungsperspektiven bleiben auch weiterhin mit der Notwendigkeit einer Stärkung des Bündnisses mit dem Weltsozialismus und der internationalen Arbeiterbewegung verbunden.

Die Aktionen mit gleicher Zielstellung, die die Arbeiterklasse der kapitalistischen Länder und die Werktätigen unserer Länder, die oftmals durch die gleichen transnationalen Monopole und das gleiche imperialistische Kapital ausgebeutet werden, gemeinsam führen, werden unter diesem Blickwinkel betrachtet zu einer täglichen Notwendigkeit.

Eine Modernisierung in kapitalistischem Sinne der befreiten Staaten, die diese Entwicklung gewählt haben, überträgt somit sämtliche Auswirkungen der kapitalistischen Entwicklung auf unsere Epoche, die von bisher nie gekannten revolutionären Veränderungen gekennzeichnet ist, Veränderungen, die alle Bereiche betreffen: Wirtschaft, Wissenschaft und Technik, Kultur, soziale Verhältnisse, Innen- und Außenpolitik sowie Ideologie.

An allen diesen Abschnitten des Kampfes für eine Neugestaltung der Welt muß der Imperialismus Rückschläge und Niederlagen hinnehmen; jedoch verfügt er noch über innere Reserven. Das internationale Kräfteverhältnis entwickelt sich zugunsten des Sozialismus und der Kräfte eines Wandels.

Der Reformismus sozialdemokratischer Prägung, dessen Ziel gegenwärtig in einer Verbindung von "demokratischem Sozialismus" und "nationalen" Sozialismen besteht und der in mehreren Entwicklungsländern angepriesen wird, ist unfähig, die Ursachen der ökonomischen Rückständigkeit zu beseitigen. Ebenso wie die Sozialdemokratie noch nirgendwo in Europa den Sozialismus errichtet hat, obwohl ihre Vertreter jahrzehntelang an der Macht waren und noch immer an der Spitze mehrerer Staaten stehen, ebenso findet ihre Ideologie in unseren Ländern keinen wirklichen Nährboden.

Westeuropa brauchte vierhundert Jahre, um den gegenwärtigen Stand der kapitalistischen Entwicklung zu erreichen, errichtet auf dem Blut und dem Schweiß der Völker. Unsere Länder, die ihre nationale und soziale Befreiung anstreben, sind nicht bereit, diesen Leidensweg zurückzulegen.

In unserer Epoche, in der das Tempo der gesellschaftlichen Entwicklung rascher geworden ist, wird ihr Entwicklungsweg historisch kürzer sein und nichtkapitalistischen Charakter tragen. Es wird dies der Weg des Sozialismus als Befreier sein.

Die Entspannung festigen und vertiefen, um das Wetttrüsten zu stoppen und einen thermonuklearen Krieg zu verhindern, die antiimperialistische und antikapitalistische Solidarität an allen Abschnitten der Kampffront für eine Umgestaltung der Welt stärken - so lautet eine umfangreiche

alle Kräfte des Fortschritts.

Unsere Konferenz, die auf dem Boden der sozialistischen DDR stattfindet, jenes Staates, der in der vordersten Reihe des Kampfes für den Frieden in Europa und in der Welt steht, der an der Nahtstelle der großen politischen und militärischen Bündnisse der beiden Weltsysteme liegt, wird ohne Zweifel zur Festigung des Gedankens der revolutionären Solidarität bezüglich der Hauptfragen unserer Zeit beitragen.

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA MERKEZİ
TÜSTAV

Internationale Wissenschaftliche Konferenz

„Der gemeinsame Kampf
der Arbeiterbewegung
und der nationalen Befreiungsbewegung
gegen Imperialismus,
für sozialen Fortschritt“

Rede von
Ananias Maidana
Mitglied des Politbüros der
Paraguayischen Kommunistischen Partei

Berlin, 20. Oktober 1980 bis 24. Oktober 1980

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI
TÜSTAV

Lieber Genosse Erich Honecker, Generalsekretär des ZK der SED
und Vorsitzender des Staatsrates der DDR !

Liebe Parteifunktionäre der SED !

Liebe Genossen der Delegationen der Bruderparteien !

Werte deutsche Genossen !

Verehrte Gäste !

Im Namen der KPP möchte ich unseren herzlichen und brüderlichen
Gruß an die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, an den
Generalsekretär und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Ge-
nossen Erich Honecker und an das tapfere deutsche Volk der
DDR, das den Sozialismus in diesem Lande erbaut hat und Vor-
hut des Weltfriedens ist, überbringen. Wir wollen Euch gleich-
zeitig mitteilen, liebe Genossen, daß wir sehr froh über Eure
Einladung sind, denn an dieser Konferenz nehmen die wahren
und echten Vertreter aller revolutionären und demokratischen
Kräfte der Welt teil, die das Leben lieben, die um Frieden,
Demokratie, Sozialismus und um die Rettung der Menschheit vor
einem nuklearen Weltkrieg konsequent kämpfen.

Wir sind davon überzeugt, daß diese Konferenz mit solch hohem
Niveau eine sehr große politische und internationale Bedeutung
haben wird. Sie wird in die Geschichte als ein Beweis für die
unverbrüchliche Entschlossenheit der Völker eingehen, massiv
und unermüdlich zu kämpfen und den imperialistischen Kräften,
besonders dem nordamerikanischen Imperialismus, die Krieg und
Weltherrschaft anstreben, den Kurs der friedlichen Koexistenz,
der Entspannung, der Beendigung des Wettrüstens und der Ag-
gression oder der Aggressionsdrohung aufzuzwingen.

Unsere Partei ist gleichfalls der Meinung, daß wir eine extreme
Verschärfung des Klassenkampfes erleben, in dessen Verlauf der
nordamerikanische Imperialismus offen und provokatorisch in
verschiedenen Teilen der Welt mit Manövern und der Stationie-
rung von Streitkräften reagiert, weil er fühlt, daß es ihm zu
heiß unter den Füßen wird. Er mußte zur Kenntnis nehmen, daß
seine strategischen Positionen in der Welt schwächer geworden
sind und sieht mit Besorgnis, daß der Kampf der Völker um die

Errichtung neuer sozial-ökonomischer Formationen, um nationale und soziale Befreiung, um Demokratie, gegen faschistische Reaktion, große qualitative Fortschritte erreicht hat, die deutlich den Lauf der Geschichte erkennen lassen.

Daher messen wir dieser Konferenz außerordentliche Bedeutung bei, auf der sich die verantwortungsbewußtesten und hervorragendsten Vertreter der Menschheit mit dem wichtigsten Problem, mit dem sich alle Völker in der Gegenwart konfrontiert sehen, befassen: Wie kann der Frieden gesichert werden, und wie kann die Gefahr eines nuklearen Vernichtungskrieges verhindert werden.

Wir sind davon überzeugt, daß auf diesem Forum konkrete Schritte eingeleitet werden, um den gegen den Krieg gerichteten Bestrebungen der Massen in gemeinsamen Aktionen von Hunderttausenden von Arbeitern Ausdruck zu verleihen. An diesen Aktionen gegen das Wettrüsten, gegen die "neue Strategie" des begrenzten Nuklearkrieges und gegen die Herrschafts- und Unterdrückungspläne des nordamerikanischen Imperialismus in der Welt nehmen auch die Bauern, Studenten, Ingenieure, Ärzte, Wissenschaftler, Schriftsteller und Künstler teil.

Offensichtlich muß die Arbeiterklasse in diesem Kampf um den Frieden in vorderster Front stehen und die Mehrheit des Volkes gewinnen, um die jeweiligen Regierungen zur Beendigung des Wettrüstens zu zwingen, um diese Mittel für die hungernden Menschen in der Welt zu verwenden und neue Arbeitsplätze für Millionen Arbeitslose zu schaffen, um Schulen für die Analphabeten, Krankenhäuser für die Kranken zu bauen, um Wissenschaft und Kultur zu entwickeln und andere Bedürfnisse der Völker der Welt zu befriedigen.

Liebe Genossen und Freunde !

Bekanntlich herrscht in Paraguay ein diktatorisches Regime mit permanentem Ausnahmezustand, mit grausamsten Folterungen, Massenmord an Patrioten, ob es nun schwangere Frauen oder Kinder

sind, mit Konzentrationslagern, Repressionsgesetzen faschistischer Prägung, und das seit über 40 Jahren. Die Hauptstütze der Diktatur im Ausland war und ist hauptsächlich der nordamerikanische Imperialismus und in letzter Zeit der westdeutsche Imperialismus. Die schlimmste Zeit dieser vier Jahrzehnte Diktatur waren die 26 Jahre unter der Herrschaft des Massenmörders und Nazigenerals Stroessner, der den Ausnahmezustand mehr als 105 Mal für jeweils drei Monate verlängert hat. Alle fünf Jahre wird dieser Ausnahmezustand aufgehoben, um die allgemein bekannte Wahlfarce durchzuführen.

Dennoch konnte der massive Terror, den der Tyrann Stroessner im Auftrag des Pentagon und der CIA gegen unser Volk entfesselt hat, den Kampf der Massen, der studentischen Jugend, der Intelligenz, der Frauen, der verschiedenen sozialen, politischen und religiösen Kreise für ökonomische und demokratische Rechte, gegen die verräterische Politik des Ausverkaufs, gegen die antinationalen Verträge und Abkommen mit den imperialistischen Monopolen.

Ein weiteres wichtiges Kennzeichen der politischen Lage unseres Landes ist die Tendenz zur Einheit der gegen die Diktatur orientierten Kräfte und die zunehmende Isolierung der Stroessner-Diktatur.

Angesichts dieser Situation haben die herrschenden Klassen und der Imperialismus keinen anderen Ausweg gefunden als die Fortsetzung der Achse USA-Stroessner mit Hilfe von Scheinwahlen.

Die Kandidatur zur "Wiederwahl" des Nazityrannen ist von einer Minderheit junger Anhänger der Colorado-Partei, vom Innenminister und vom sadistischen Henker Pastor Coronel, Chef der Geheimpolizei, schon drei Jahre vor der Wahl unterstützt worden.

Was verbirgt sich hinter einer solchen Eile bei der "Wiederwahl" des blutgierigen Tyrannen, der mit Hilfe des Gesetzes über den ständigen Ausnahmezustand seit 26 Jahren Paraguay in einen

Kerker verwandelt hat?

Die neue fortgesetzte Wahlfarce ist Bestandteil des Plans des nordamerikanischen Imperialismus für den ganzen Kontinent, um die reaktionärsten und volksfeindlichsten Regimes aufrecht zu erhalten, damit die nordamerikanischen Monopole die grausame Ausbeutung unserer Arbeiter und Völker fortsetzen können, damit die räuberischen Erdölverträge und weitere Privilegien der Herren aus dem Norden weiterexistieren können, damit die Abhängigkeit unserer Länder immer größer wird, damit die nationale Souveränität und Würde von denen, die heute Hubschrauberpunkte auf unserem Territorium besitzen, weiter mit Füßen getreten werden, damit die faschistische Stroessner-Diktatur die Rolle des Knechtes weiterspielen kann und nicht nur den Kampf unseres Volkes, sondern auch den der anderen Brudervölker unterdrückt, so wie zum Beispiel bei der Intervention in Santa Domingo, bei der gemeinsamen Intervention der Diktaturen von Garratazú und Stroessner in Bolivien, um die antiimperialistische Regierung von General José Torres zu stürzen. Später hatte die Stroessner-Diktatur aktiven Anteil am Sturz der revolutionären Regierung von Salvador Allende. Sie konspirierte ebenfalls gegen die fortschrittliche Regierung in Peru. Sicher haben Stroessner und sein Regime den faschistischen Elementen in der argentinischen Regierung aktiv geholfen, um den heroischen Kampf des bolivianischen Volkes zu unterdrücken. Sie haben sich mit anderen faschistischen Regierungen des Kontinents zusammengetan, um den Befreiungskampf unserer Völker gewaltsam aufzuhalten und zu unterbinden.

Die Kampagne zur "Wiederwahl" Stroessners hat eine gewaltige Unzufriedenheit unter der Arbeiterklasse, den Kreisen der nationalen Bourgeoisie und sogar unter den Angestellten des öffentlichen Dienstes und der Streitkräfte hervorgerufen. Die Arbeiter und das Volk haben schon bittere Erfahrungen gemacht. Sie wissen, daß die faschistische Tyrannei nur eine ständig wachsende Ausbeutung und Misere zu bieten hat: eingefrorene Löhne und niedrige Preise für Agrarprodukte, Verfolgung,

Folterungen, politische Morde, Ausplünderung durch die nord-amerikanischen Monopole und die nationale Erniedrigung sowie die Förderung des Schwarzhandels unter staatlichem Schutz, Massenverdummung und größeres Leid für die werktätigen Massen.

Angesichts der Kampagne zur "Wiederwahl" Stroessners und der Gefahr eines Staatsstreichs von Seiten der Militärs, ein weiterer Trumpf des Imperialismus, ruft die KPP zur Intensivierung und Koordinierung der Aktionen unter Berücksichtigung aller mächtigen Oppositionskräfte in einer breiten, gegen die Diktatur gerichteten Front auf, die die Voraussetzungen schafft, um die Diktatur zu stürzen und sie durch eine provisorische Militär- und Zivilregierung der demokratischen und patriotischen Einheit zu ersetzen, die den Weg für grundlegende demokratische, landwirtschaftliche und antiimperialistische Veränderungen bahnt. Wir glauben, daß diese Veränderungen zur weiteren Entwicklung unseres Volkes auf dem Wege zum Sozialismus beitragen werden.

Unser Volk nimmt, ebenso wie andere Völker, an der gigantischen Bewegung teil für den Frieden, die allgemeine und vollständige Abrüstung, für das Verbot der Herstellung dieses monströsen Instrumentes zur Massenvernichtung, der Neutronenbombe.

Liebe Genossen und Freunde!

Der Patriotismus der Kommunisten ist mit dem Blut und den Opfern vieler ihrer Männer und Frauen besiegelt, die unbestechlich und treu der Sache der nationalen und sozialen Befreiung ergeben sind. Für diese edle Sache fielen heldenhaft die Genossen Emiliano Paiva, Perfecto Ibarra, Felix H. Agüero, Alberto Condia, Julia Solalinde, Wilfrido Alvarez, Antonio Alonso und viele andere. Seit 1975 gelten als verschwunden die Genossen Miguel Angel Soler, Sekretär der Paraguayanischen KP, Dérliz Villagra, Sekretär des Kommunistischen Jugendverbandes, Rubén González Acosta, Arbeiterführer, und viele andere Demo-

kraten und Patrioten der übrigen politischen Parteien.

Der Massenmörder Stroessner foltert, mordet und entführt die Patrioten nicht nur innerhalb unseres Territoriums, sondern auch außerhalb der Grenzen unseres Landes. Dabei kann er auf die Unterstützung und Mithilfe der Regierungen der Nachbarländer rechnen, wie das bei der brutalen Entführung von Antonio Maidana, Erster Sekretär des ZK der Paraguayischen KP am 27. August in Buenos Aires und des Arbeiterführers Emilio Roa, bzw. am 3. Oktober bei der Verhaftung des Genossen Alfredo Alcorta, 2. Sekretär des ZK der Paraguayischen KP, der Fall war.

Der ganzen Welt ist bekannt, daß Professor Antonio Maidana und Alfredo Alcorta 19 Jahre lang in den Kerkern der Stroessner-Tyrannie geschmachtet haben und im Jahre 1977 durch den Kampf unseres Volkes und durch die mächtige internationale Solidarität befreit werden konnten. Diese beiden Genossen waren 19 Jahre lang das Symbol der permanenten Niederlage der faschistischen Stroessner-Diktatur und des Imperialismus, die versuchten, diese Genossen in die Knie zu zwingen, sie geistig zu brechen, mit dem Ziel, das paraguayische Volk zu entmutigen und einzuschüchtern. Aber alle ihre Versuche sind an der eisernen Moral dieser beiden Helden des antifaschistischen Widerstandes gescheitert.

Wie wir aus den Meldungen internationaler Presseagenturen erfuhren, sollen Antonio Maidana, Emilio Roa und Alfredo Alcorta der blutgierigen Stroessner-Regierung ausgeliefert worden sein. Es gibt keinen Zweifel darüber, daß diese drei Patrioten den grausamsten Folterungen ausgesetzt werden, so lange, bis ihr Leben ausgelöscht sein wird, wenn die internationale Solidarität sich nicht stärker bemüht, um Stroessner und den amerikanischen Imperialismus zu zwingen, dieses erneute Verbrechen zu unterlassen.

Wir richten einen glühenden Aufruf an alle hier anwesenden

Personen und Delegationen, uns die größtmögliche Solidarität zuteil werden zu lassen, um das Leben dieser großen paraguayischen Patrioten zu retten und von der paraguayischen Regierung die sofortige Beendigung der Folterungen zu fordern, ebenso eine Garantie für ihr Leben und die dringende Freilassung von Antonio Maidana, Alfredo Alcorta, Emilio Roa und aller politischen Gefangenen, von denen einige bereits seit 18 Jahren in Haft sind, sowie die Klärung des Verbleibs der verschwundenen politischen Gefangenen.

Danke

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA MERKEZİ
TÜSTAV

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI
TÜSTAV

Internationale Wissenschaftliche Konferenz

„Der gemeinsame Kampf
der Arbeiterbewegung
und der nationalen Befreiungsbewegung
gegen Imperialismus,
für sozialen Fortschritt“

Rede von

Albano Nunes,
Mitglied des ZK der
Portugiesischen Kommunistischen Partei

Berlin, 20. Oktober 1980 bis 24. Oktober 1980

TÜRKİYE SOSYAL TÜSTAV
TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

Liebe Genossen!

Gestatten Sie mir, daß ich dem Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, das uns so brüderlich empfangen hat, sowie allen Teilnehmern an dieser Konferenz die herzlichen Grüße der portugiesischen Kommunisten übermittle.

Das Thema dieser Konferenz ist zweifellos von großer Aktualität.

Wir wünschen, daß der Erfahrungs- und Meinungsaustausch, den wir uns vorgenommen haben, ausgehend von der gemeinsamen Sorge, den Kampf gegen den Imperialismus und für den gesellschaftlichen Fortschritt voranzutreiben, für die Festigung der Freundschaft, Zusammenarbeit und Solidarität der Arbeiterbewegung und der nationalen Befreiungsbewegung und aller revolutionären und antiimperialistischen Kräfte beitragen möge.

Die portugiesische Revolution, die am 25. April 1974 mit dem Sturz des Faschismus eingeleitet wurde, kam in weitreichenden und bedeutungsvollen historischen Errungenschaften für die Arbeiterklasse und das portugiesische Volk zum Ausdruck.

Der Faschismus wurde gestürzt, und umfassende demokratische Freiheiten wurden errungen. Die ökonomische und politische Macht der (mit dem Imperialismus verbündeten) Monopole und der Latifundisten wurde beseitigt. Das Bankwesen, die Versicherungen, die Stahlindustrie und alle Schlüsselbereiche der Wirtschaft wurden nationalisiert. Die Agrarreform wurde auf mehr als einer Million Hektar Land in der Zone der Latifundien nach der Losung "Der Boden denen, die ihn bearbeiten" durchgeführt, wobei sich ungefähr 550 Kollektive Produktionseinheiten und Kooperativen herausbildeten, die völlig von den Werktätigen geleitet werden. Die Arbeiterkontrolle ist eingeführt worden.

Mit dem Kolonialkrieg wurde Schluß gemacht und die Völker Angolas, Moçambiques, Guinea-Bissaus, der Kapverden und von São Tomé und Príncipe errangen ihre Unabhängigkeit.

Es wurde der Weg für eine Politik der nationalen Unabhängigkeit, des Friedens und der Freundschaft mit allen Völkern geebnet, die vollständige Unterwerfung Portugals unter den Imperialismus wurde erschüttert.

Mit der Beseitigung des staatsmonopolistischen Kapitalismus, der Erringung umfassender Freiheiten, der Beendigung der Kolonialkriege und des Kolonialismus, der Schwächung der Bande der Abhängigkeit vom Imperialismus, eröffneten sich vor dem portugiesischen Volk reale Perspektiven der wirtschaftlichen Entwicklung, des Wohlstandes und sozialen Fortschritts. Das in der Verfassung verankerte demokratische Regime faßt die großen revolutionären Umgestaltungen zusammen und weist als Perspektive und Ziel der portugiesischen Revolution auf den Sozialismus.

Jedoch wurden diese tiefgreifenden strukturellen Umwälzungen und revolutionären Errungenschaften im wesentlichen nicht so sehr durch eine homogene revolutionäre Macht, die niemals existierte, sondern durch die eigene Initiative, Stärke, Organisation und Entschlossenheit einer breiten und kraftvollen Arbeiter- und Volksbewegung der Massen errungen und verteidigt.

Die portugiesische Revolution weist damit gleich von Anfang an auf diesen spezifischen Zug hin, der von entscheidender Bedeutung ist: Die tiefgreifenden revolutionären Umgestaltungen wurden durchgeführt, obwohl die Revolution nicht an der Macht war und sich sogar in offenem Konflikt mit einem sehr wichtigen Teil der politischen Macht befand.

Das ist die Hauptursache für die ständige Instabilität der Lage in Portugal und der Gefahren, denen die Errungenschaften der Revolution und das demokratische Regime ausgesetzt gewesen sind. Diese Instabilität und Gefahren nahmen jetzt nach den

jüngsten Wahlen vom 5. Oktober, bei denen die reaktionären Parteien durch die Manipulierung des Staatsapparates und der Massenkommunikationsmittel sowie durch Druck und Gewalt verschiedenster Art ihre Positionen in der Versammlung der Republik und in der Regierung stärken konnten, noch zu. Von diesen Positionen ausgehend versuchen sie, ihren subversiven Plan der Restauration der ökonomischen und politischen Macht der Monopole und der Latifundisten und der Errichtung einer neuen Diktatur fortzusetzen und bis zum Ende durchzuführen.

Unter diesen neuen Bedingungen werden die portugiesischen Kommunisten den Kampf zur Verteidigung der Errungenschaften der Revolution und des demokratischen Regimes fortführen. Das ist zweifellos eine komplizierte, schwierige und sehr gefährliche Situation, in der mächtige gesellschaftliche und politische Kräfte ihren Einfluß ausüben, die in der Lage sind, sich siegreich der Offensive der reaktionären Kräfte zu widersetzen.

Die Arbeiter- und Volksbewegung hat eine große Dynamik und Kampfkraft bewiesen. Die Gewerkschaftsbewegung, die Kommissionen der Werktätigen, die Einheitsorganisationen der Frauen, der Jugend, der Bauern, der Rentner, der Intellektuellen und andere, stellen eine wachsende machtvolle Kraft dar. Die Portugiesische Kommunistische Partei, die über eine starke und kämpferische Organisation verfügt, deren Vorschläge bei den letzten Wahlen von mehr als 1 Million Wähler unterstützt wurden, die wachsendes Ansehen und Einfluß auf das Leben der Gesellschaft genießt, wird ihre ganze Energie für die Stärkung der Einheit und der Aktion der Volksmassen und der demokratischen und antifaschistischen Kräfte zur Verteidigung des Portugals des April einsetzen. Der Erfolg des Kampfes in unserem eigenen Land stellt den größten Beitrag dar, den wir für unseren gemeinsamen Kampf gegen den Imperialismus und für den gesellschaftlichen Fortschritt leisten können.

Die portugiesische Revolution, die das Werk der Arbeiterklasse und der werktätigen Massen Portugals ist, macht gleich-

zeitig deutlich, wie wichtig internationale Faktoren sind, die man nicht außer acht lassen kann. Da sie im kapitalistischen Europa, in einem Mitgliedsland der NATO, das der Herrschaft des Imperialismus unterworfen ist, stattgefunden hat, kam der portugiesischen Revolution das neue Kräfteverhältnis in der internationalen Arena und die durch die Wende zur Entspannung und friedlichen Koexistenz geprägte günstige Lage zugute, die weiterhin charakterisiert war durch eine breite Bewegung der internationalen Solidarität und vor allem durch den heldenhaften bewaffneten Befreiungskampf der Völker von Moçambique, Angola, Guinea-Bissau, den Kapverden und São Tomé und Príncipe - den direkten Verbündeten des portugiesischen Volkes im gemeinsamen Kampf gegen den faschistischen und kolonialistischen Feind.

Wir portugiesischen Kommunisten betrachteten unsere nationalen Aufgaben stets untrennbar mit unseren internationalistischen Pflichten verbunden. Die portugiesische Revolution ist gleichzeitig Produkt und Faktor des revolutionären Weltprozesses. Unser Kampf ist eingebettet in den allgemeinen Kampf der Werktätigen und der Völker der ganzen Welt für ihre nationale und soziale Befreiung. Die portugiesische Revolution bestätigt die enorme Wichtigkeit der Stärkung des Bündnisses zwischen der Arbeiterbewegung und der nationalen Befreiungsbewegung für den Erfolg des revolutionären Kampfes. Es geht in unserem Fall um eine direkte in der Geschichte des Kampfes der Werktätigen und der portugiesischen Revolution verwurzelte Erfahrung, die an den engen Banden der internationalistischen Solidarität sichtbar ist, die zwischen dem portugiesischen Volk und den ehemals dem portugiesischen Kolonialjoch unterworfenen Völkern im Verlaufe vieler Jahre gemeinsamen Kampfes geknüpft wurden und die ihren höchsten Ausdruck in den Beziehungen der Zusammenarbeit und kämpferischen Solidarität, die seit langem zwischen der PKP und der MPLA-P.d.A, der FRELIMO, der PAIGC und der MLSTP bestehen, finden.

Die portugiesische Revolution, die einmal mehr deutlich machte, "daß ein Volk, das andere Völker unterdrückt, selbst nicht frei

sein kann", nahm einen patriotischen, antiimperialistischen Charakter an, den Charakter der nationalen Befreiung. Das kolonialistische Land Portugal war gleichzeitig ein kolonial abhängiges, vom Imperialismus beherrschtes Land.

Die Bande der ökonomischen, militärischen und politischen Abhängigkeit Portugals vom Imperialismus haben zwar einen Schlag erlitten und sind geschwächt worden, wurden jedoch niemals vollkommen gelöst und sind vom ersten Tag an für die aktive Konspiration gegen die Revolution benutzt worden.

Der Kampf gegen Druck und Einmischung seitens des Imperialismus und für eine wahre nationale Unabhängigkeit stellt somit eine Hauptrichtung im Kampf der Werktätigen und des portugiesischen Volkes zur Verteidigung der revolutionären Errungenschaften dar. Und umgekehrt sind die Versuche der reaktionären Kräfte und ihrer Regierung zur Restauration der Macht der Monopole und der Latifundisten einhergegangen mit einer Politik der wachsenden Unterwerfung Portugals unter den Imperialismus und der aktiven Beteiligung an ihrer Strategie der Konfrontation und Verschärfung der internationalen Spannung. Eine solche Politik zielt darauf ab, Portugal einerseits in das "übernationale" Gewerbe des Imperialismus zu verstricken (NATO, EWG, IWF), mit dem Ziel, zu unterbinden, daß das portugiesische Volk seinen Willen frei zum Ausdruck bringen kann, und andererseits zielt sie darauf ab, unser Land zu einem wichtigen Stützpunkt für die Kriegsstrategie des Imperialismus (vor allem des nordamerikanischen) gegen das sozialistische Lager und für die neokolonialistische Politik der Monopole (vor allem des Gemeinsamen Marktes) gegen die nationale Befreiungsbewegung zu machen.

Der Kampf zur Verteidigung der Errungenschaften der Revolution, zur Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit und für eine Außenpolitik des Friedens und der Freundschaft mit allen Völkern stellt den größten Beitrag des portugiesischen Volkes für den Kampf anderer Völker und insbesondere für den Kampf zur Verteidigung des Friedens und der internationalen Entspannung dar, der gegenwärtig lebenswichtigen Aufgabe aller revolu-

tionären und antiimperialistischen Kräfte.

Der Imperialismus, der mit der nuklearen Erpressung spielt, versucht unter den Kräften, die ihn bekämpfen, die Idee zu verbreiten und zu infiltrieren, daß die Entspannung und friedliche Koexistenz den "Status quo" implizieren würden, daß die Verteidigung des Friedens das Abgehen von der Revolution und die Akzeptierung der Unterwerfung unter ihre Politik der Ausbeutung und Unterdrückung implizieren würde.

Wir denken natürlich das Gegenteil.

Die portugiesische Revolution bestätigt einmal mehr, daß der Kampf für den Frieden unlösbar mit dem Kampf für die Beseitigung des Faschismus, des Kolonialismus und des Imperialismus durch die Formen und Wege, die jedes Volk für seine Befreiung wählt, verbunden ist, Die nationale und soziale Befreiung der Völker ist nicht nur ein unveräußerliches Recht, sondern ein direkter Beitrag für die Verbreiterung der Front der Kräfte des Friedens und des sozialen Fortschritts und für ihre Stärkung. Der Frieden begünstigt den sozialen Fortschritt, der soziale Fortschritt stärkt das Lager des Friedens.

Die in der letzten Zeit festgestellte Verschärfung der internationalen Lage und der Fortbestand gefährlicher Spannungsherde in zahlreichen Regionen der Welt, resultiert natürlich nicht aus der Aktion der revolutionären und antiimperialistischen Kräfte, sondern aus dem hartnäckigen Widerstand der Reaktion und des internationalen Imperialismus beim Vormarsch der nationalen und sozialen Befreiungsbewegung der Völker und aus dem Versuch, ihre inneren Widersprüche, die die Zuspitzung der allgemeinen Krise des Kapitalismus vertiefen, zu überwinden.

Die PKP schätzt die Lage und die Perspektiven der gegenwärtigen internationalen Lage optimistisch und zuversichtlich ein.

Die Entwicklung des revolutionären Prozesses verläuft nicht geradlinig, er bringt Fortschritte und Rückschläge. Neben großen Siegen gibt es zeitweilige Niederlagen, entstehen miteinander Widersprüche und sogar Konflikte zwischen Kräften, die übereinstimmende Grundinteressen haben. Jedoch allgemein wird unserer Meinung nach weiterhin die internationale Lage wirklich durch den Vormarsch im Sinne der Demokratie, der nationalen Unabhängigkeit, des gesellschaftlichen Fortschritts und des Sozialismus charakterisiert.

Die vom Imperialismus, in erster Linie vom USA-Imperialismus und den abenteuerlichsten und aggressivsten Kreisen der NATO, entfesselte Gegenoffensive bringt zweifellos ernste Gefahren und Bedrohungen für den Frieden, die Sicherheit, die Freiheit und die Unabhängigkeit der Völker. Sie bedeutet bei weitem nicht, daß sich die soziale und politische Basis des Imperialismus erweitert oder sich das Kräfteverhältnis in der internationalen Arena zugunsten seiner Pläne der Ausbeutung und Unterdrückung entwickelt hatte, sondern widerspiegelt im Gegenteil die sehr ernste Krise, mit der sich der Kapitalismus herumschlägt, im Gegensatz zur Realität der sozialistischen Länder, den Versuch, die Positionen der ökonomischen, politischen und militärischen Herrschaft, die ihm durch den Befreiungskampf der Völker aller Kontinente entrissen werden und wurden, aufrechtzuerhalten und zurückzugewinnen.

Wir meinen unsererseits, daß das ökonomische Potential, die militärische Macht und das Arsenal der politischen und ideologischen Diversion, über die der Imperialismus verfügt, nicht unterschätzt werden darf.

Gleichzeitig unterstreichen wir, daß in unseren Tagen die revolutionären und antiimperialistischen Kräfte heute stärker und mächtiger sind und daß sie geeint in der Lage sind, die aggressiven Pläne des Imperialismus zu zerschlagen, den Frieden zu verteidigen, den Weg der Demokratie, der Unabhängigkeit und des sozialen Fortschritts fortzusetzen.

Die PKP war stets der Meinung, daß es für den Erfolg des revolutionären Kampfes innerhalb jedes Landes, auf jedem Kontinent und im Weltmaßstab von größter Wichtigkeit ist, die Zusammenarbeit und Einheit der drei großen revolutionären Kräfte der gegenwärtigen Epoche zu stärken: die sozialistischen Länder, die Arbeiterbewegung der kapitalistischen Länder und die nationale Befreiungsbewegung. Die PKP hat stets in ihrer Politik und internationalen Aktivität darauf hingearbeitet, daß ein einheitliches Vorgehen dieser drei Kräfte im Kampf gegen den Imperialismus seinen Ausdruck findet in der weiteren Vertiefung der Bande der Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Solidarität.

An dieser Konferenz nehmen Vertreter von revolutionären Parteien, Bewegungen und Kräften teil, die unter sehr unterschiedlichen Bedingungen kämpfen und vor sehr verschiedenartigen unmittelbaren Problemen und Aufgaben stehen.

Die stürmische Entwicklung und die Ausweitung des nationalen und sozialen Befreiungskampfes der Völker auf alle Kontinente führt zur wachsenden Vielfalt des revolutionären Prozesses und der Besonderheiten, der Ziele und taktischen Wege jeder Revolution, die sich aus der Vielfalt der historischen Etappen, der ökonomischen, sozialen und politischen Bedingungen ergeben, sowie aus den äußeren Umständen, unter denen sich der revolutionäre Kampf entwickelt. Die portugiesische Revolution selbst hat bewiesen, daß die Revolutionen neben allgemeinen sich aus den historischen Entwicklungsgesetzen und dem revolutionären Prozeß ergebenden Zügen spezifische und eigenständige Züge haben, die oft unvorhergesehen und unvorhersehbar sind, selbst für die Kräfte der Avantgarde, die direkt in den Prozeß der Umgestaltung eingreifen.

So wie die reiche eigene Erfahrung der portugiesischen Revolution uns beweist, stellt die Realität bei weitem nicht die Prinzipien des Marxismus-Leninismus, die unsere Partei leiten, in Frage, sondern bestätigen sie und verleihen ihnen noch mehr Stärke und Lebenskraft. Vor allem, wenn neue Parteien aus

der Entwicklung der revolutionären, demokratischen und nationalen Befreiungsbewegungen hervorgehen, die sich am Marxismus-Leninismus orientieren, eine Tatsache, die von großer Transzendenz und historischen Bedeutung ist.

Die Ausweitung des revolutionären Weltprozesses selbst, die geographische Ausdehnung und Vertiefung durch die Massen, die sich auch im Reichtum und in der Vielfalt der Bedingungen und Besonderheiten äußert, unter denen sich die konkreten revolutionären Bewegungen entfalten, und in der eigenständig geschaffenen Realität, bringen unserer Meinung nach gerade den Fortschritt im Zusammengehen der drei großen revolutionären Kräfte der Gegenwart in einem einzigen Strom zum Ausdruck, bringen erneuernde Umgestaltungen hervor, die sich an diesen Kräften selbst zeigen.

Das können wir an den Völkern beobachten, die, noch vor kurzem der Kolonialherrschaft unterworfen, den Weg radikaler sozial-ökonomischer Umgestaltungen wählen, in massiver, begeisternder und schöpferischer Form die Gestaltung ihres Schicksals in die eigenen Hände nehmen, sich den Sozialismus als Ziel stellen und diese Forderung im materiellen Leben und im Bewußtsein der Massen Fuß faßt. Das beobachten wir auch an der Umwandlung revolutionärer Befreiungsbewegungen in neue Parteien der Avantgarde, die die historische Mission und Befreiungsideale der Arbeiterklasse anerkennen und sich auf die Ideologie des Marxismus-Leninismus orientieren und unter den konkreten Bedingungen ihrer Völker und ihrer Länder neue Wege des Vormarsches für den sozialen Fortschritt und den Sozialismus suchen.

Diese Überlegungen stellen wir nicht darum an, weil wir den Anspruch erheben, unsererseits über diese neuen und reichen Erfahrungen zu theoretisieren, sondern weil unsere Partei als Bestandteil der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung und unerschütterlicher Verteidiger ihrer Einheit auf der Grundlage der Prinzipien des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus sich zutiefst mit den

revolutionären Parteien und Bewegungen identifiziert, die sie (und die uns) als Bruderparteien ansieht. Aus der Hochachtung und Bewunderung heraus, die wir für ihre revolutionäre Tätigkeit empfinden, denken wir, daß diese Parteien am besten ihre Realität kennen und für sie direkte Verantwortung tragen, daß sie am besten zu ihrem theoretischen Verständnis beitragen und einen lebendigen und schöpferischen Beitrag zu unserer gemeinsamen Erarbeitung neuer Fragen, vor denen die revolutionäre Entwicklung steht, leisten können.

Wir sind zutiefst davon überzeugt, daß im Gegensatz zu dem, was jene anführen, die den Antikommunismus und Antisowjetismus als Instrument der Schwächung und Spaltung der revolutionären Kräfte benutzen, wachsende Vielfalt und größerer Formenreichtum im revolutionären Prozeß nicht nur kein Hindernis für die Zusammenarbeit und Einheit der revolutionären Kräfte darstellt, sondern auch neue, für die Stärkung dieser Zusammenarbeit und Einheit günstige Elemente beisteuert. Mit dieser Überzeugung wird die PKP weiterhin ihren Beitrag für die Stärkung des Kampfbündnisses zwischen der Arbeiterbewegung und der nationalen Befreiungsbewegung leisten und den Kampf zur Verteidigung der Interessen der Werktätigen und der Errungenschaften der Revolution fortsetzen, um aus Portugal einen Faktor des Friedens, der Freundschaft und internationalen Zusammenarbeit zu machen.

Internationale Wissenschaftliche Konferenz

„Der gemeinsame Kampf
der Arbeiterbewegung
und der nationalen Befreiungsbewegung
gegen Imperialismus,
für sozialen Fortschritt“

Intervention de
Mahamane Sidi,
Membre du Conseil National
de l'Union Démocratique du Peuple Malien

Berlin, 20. Oktober 1980 bis 24. Oktober 1980

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI
TÜSTAV

SECTION 3

"Les expériences et les problèmes de la lutte pour l'émancipation nationale et sociale"

Le Peuple malien comme tout autre peuple, ne saurait être totalement indépendant de son passé et c'est pourquoi notre Parti s'engage résolument à rester fidèle aux meilleures traditions de nos ancêtres en œuvrant inlassablement pour que le Mali soit et demeure un Etat démocratique doté d'une économie nationale indépendante fondée sur le respect de la souveraineté du peuple, du principe de la justice sociale et du bien être pour tous.

Cette ferme volonté transmise de génération en génération a fait de notre pays le berceau de grands Empires dont le prestige a largement dépassé les frontières de l'Afrique, déjà à une période où beaucoup d'Etats reconnus aujourd'hui comme grandes puissances n'étaient que des groupements disparates de fiefs sans liens organiques. C'est dire que le Peuple Malien a une longue tradition de vie politique et surtout de lutte pour défendre une Patrie, des valeurs socio-culturelles, un patrimoine dont tous les éléments de la population se réclament avec une égale fierté. La prospérité, le rayonnement et le prestige des grands Empires du Ghana, du Mali et du Songhaï souvent connu au delà des limites du continent africain depuis le Moyen Age ont constamment suscité convoitises et agressions étrangères qui n'ont pas manqué d'influer sur leur développement.

La désagrégation de ces grands Empires, leur division en royaumes plus ou moins indépendants à la suite des guerres intestines et fratricides l'absence de grands arrangements ont constitué des facteurs déterminants qui ont favorisé la colonisation de notre peuple. Les royaumes conquis les uns après les autres très souvent par la ruse, ont fait perdre à notre peuple son indépendance et sa liberté et l'ont entraîné dans la nuit sombre de la colonisation. Depuis, en dépit des actions de résistance et des mouvements de révolte organisés ici et là et réprimés dans le sang, notre peuple a subi et souffert de la domination coloniale française pendant près de 80 ans avec tout

**TÜRKİYE SOSYAL TÜSTAV
TARİH ARAŞTIRMA VAKFI**

te qu'elle comporte d'humiliation, de dépersonnalisation, de répression de la culture nationale, d'exploitation et de misère. Les structures de division et l'appareil de répression mis en place par le régime colonial rendaient illusoire toute forme organisée de lutte de libération nationale.

A la faveur du courant d'émancipation créé en France à la suite de l'avènement au pouvoir des forces progressistes, les Syndicats nationaux à travers les revendications de salaires et d'améliorations des conditions de travail, ont entrepris des doléances à caractère juridique et politique. L'action syndicale était renforcée par celle des Partis politiques qui ont vu le jour en 1945-46 dans notre pays.

A partir de 1946, les événements qui ont profondément marqué l'évolution de notre pays se sont succédé à un rythme accéléré. Il y a lieu de noter que les intrigues de l'Administration coloniale et les rivalités de clan avaient réussi à empêcher la création du Parti unique. Un an plus tard en 1947 les travailleurs du Soudan réunis pour la première fois en Congrès créèrent l'Union des Syndicats. La lutte politique pour l'émancipation du pays était désormais engagée à deux niveaux : d'une part entre les deux partis politiques de l'époque (P.S.P. et l'U.S.R.D.A.) et d'autre part entre les cadres politiques et les représentants de l'administration coloniale dont les abus jusqu'alors subis par les populations avec une révolte et une indignation intérieure continues, devenaient désormais insupportables. En raison de l'analphabétisme des populations, les luttes entre le P.S.P. et l'U.S.R.D.A. ont créé au sein du Peuple de profondes divisions exacerbées et exploitées par l'administration coloniale animée d'un esprit partisan et répressif, expression de la politique de diviser pour régner.

Le développement de la lutte d'émancipation et de libération nationale, l'union de toutes les forces vives du pays s'est progressivement imposée à toutes les consciences comme un impératif majeur. ceci a permis l'accession du pays à son indépendance malgré, les tentatives de "balkanisation" entrepris par le régime colonial.

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI
TÜSTAV

Notre génération qui a été tantôt témoin, tantôt artisan des nombreux événements et transformations dont le siècle présent a été fertile, doit asseoir les bases de la nouvelle société malienne à l'intérieur de laquelle chaque citoyen se sentira, libre, concerné et confiant. En tirant donc les leçons du passé politique de notre pays nous avons voulu en 1978 bâtir un parti de tout le peuple d'une alliance harmonieuse des intellectuels salariés et des travailleurs manuels des villes et des campagnes. Ceci est une nécessité conforme à notre idéal de justice sociale dans la construction d'un Etat dont nos enfants pourront être fiers. Notre objectif est de libérer les hommes de l'inégalité sociale et de toutes les formes d'exploitation et d'oppression, de garantir la satisfaction des besoins matériels, moraux et intellectuels, sans cesse croissants des membres de la société, de permettre le libre épanouissement des facultés humaines de chacun, d'instaurer en un mot, un système où les richesses reviennent effectivement à ceux qui les créent, où les producteurs de biens décident effectivement des affaires qui les concernent, où le but est la satisfaction des besoins de l'immense majorité et non d'une minorité.

Cela ne peut se concevoir et se réaliser que si le Parti l'Union Démocratique du Peuple Malien et notre administration collaborent avec franchise et loyauté, convergent leur pensée et leur action vers les mêmes objectifs. Pour ce faire, il est important que soient définis les objectifs, que soient décadés les domaines d'intervention et d'autorité des deux structures. Mais il faut partir du postulat de la primauté du Parti qui ne constitue pas un frein à l'initiative créatrice, à l'élan novateur dans la mesure où sont comprises et acceptées comme, fondées en des décisions prises par les élus du peuple pour le bonheur du peuple. Cette primauté signifie que les organismes du Parti qui conçoivent et orientent les grandes actions pour le Gouvernement sont tenus en retour de favoriser l'exécution de ces tâches. L'objectif final est d'éduquer le peuple, d'encadrer le peuple, d'organiser le peuple pour lui insuffler l'élan nécessaire à acquérir les instruments pour son mieux être, un mieux être qui doit profiter d'abord à ceux qui produisent les biens matériels, à l'immense majorité des couches laborieuses des campagnes et des villes.

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI
TÜSTAV

Car notre parti étant le parti de tout le peuple, il est clair que sa survie tient à l'alliance étroite des travailleurs salariés avec les paysans sur lesquels repose jusqu'à présent l'essentiel de notre prospérité.

Somme toute, le Parti a su obtenir l'intégration en son sein de nos différentes organisations démocratiques (les travailleurs, les jeunes, les femmes) de manière à mobiliser toutes les forces productives du pays pour la promotion socio-économique de notre nation.

Les difficultés rencontrées dans cette voie se situent dans le cadre de notre position géographique, et des aléas climatiques persistants aggravés par la crise énergétique mondiale.

Voilà camarades brièvement résumées les différentes formes de lutte engagées par le peuple malien à travers son histoire, celle d'un pays qui a connu une longue période de colonisation et qui connaît encore des difficultés comme tous les pays en voie de développement en général et singulièrement ceux de la zone soudano-sahélo-saharienne.

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMALARI
TÜSTAV

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI
TÜSTAV

Internationale Wissenschaftliche Konferenz

„Der gemeinsame Kampf
der Arbeiterbewegung
und der nationalen Befreiungsbewegung
gegen Imperialismus,
für sozialen Fortschritt“

Intervention de
Monzon Keita,
Membre du Conseil National
de l'Union Démocratique du Peuple Malien

Berlin, 20. Oktober 1980 bis 24. Oktober 1980

La paix, élément essentiel à toutes formes d'existence humaine, à la confluence de toutes recherches du bonheur, apparaît aussi d'une précarité attestée par la flambée constante de violences qui menace dangereusement l'équilibre mondial. Au sein d'une nation, entre les nations il a existé et il existe encore des raisons de conflits, à savoir la lutte des classes, les visées d'expansion capitalistes à l'origine de cette panique qui tenaille le monde entier et maintient l'humanité au bord du gouffre sous une tension explosive. Et le bonheur, suprême aspiration des peuples du monde semble sérieusement compromis, alors que dans tous les domaines scientifiques, des découvertes réalisées tous les jours permettraient largement cette marche de l'humanité vers de lendemains meilleurs. On est en droit de se demander alors, le pourquoi de cette hystérie collective qui menace d'anéantissement l'humanité.

La défense de la paix, sous toutes ses formes, apparaît comme la principale tâche des régimes démocratiques, et l'on ne sera que peu surpris que cette conférence internationale qui nous réunit, ici, à Berlin justement, comme pour achever d'exorciser les fantômes d'un passé récent dont on se souvient, se tienne sous l'égide du système mondial du socialisme, seule véritable bastion de la paix, et des forces de paix de tous les pays.

A la lumière de cet idéal de paix, nous devons faire la critique des idéologies, identifier la nature des deux formes de lutte qui se partagent le monde, rechercher le moyen le plus adéquat de garantir la paix universelle.

SOCIALISME ET PAIX

Dans le processus d'émancipation des peuples, le socialisme en tant que système socio-économique a prouvé que la voie pour une paix juste et durable passe inévitablement par l'avènement d'un monde de justice et de démocratie exempt d'opresseurs et d'opprimés.

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI
TÜSTAV

En effet cet objectif ne peut et ne pourra être atteint dans une société de classes où les souffrances, les misères des uns constituent la base des richesses des autres.

Dans le système capitaliste, où les travailleurs sont asservis, les valeurs humaines tant au niveau national qu'international sont baffouillées ; en dépit des slogans comme la "liberté individuelle", la "liberté d'expression", les "droits de l'homme", la "démocratie".

L'histoire depuis déjà deux siècles, nous a enseigné que le socialisme lutte pour la restauration de ces valeurs humaines aussi bien chez l'ouvrier que chez les peuples opprimés. Cette lutte ne peut aboutir que dans un climat de paix et l'on comprend dès lors l'importance que la classe ouvrière et les peuples opprimés attachent à cette paix. Ils sont conscients que le succès de leurs luttes pour le progrès social et le développement est subordonné à l'avènement d'une paix garantie par les travailleurs de tous les pays. Cette quête est une exigence essentielle du socialisme.

Déjà en 1862, Karl Marx s'adressant aux ouvriers américains disait, "vous avez le glorieux devoir de prouver au Monde que la classe ouvrière entre en fin dans l'arène de l'histoire non plus en exécuteurs dociles, mais en force indépendante, consciente de ses responsabilités et capables d'imposer la paix là où ses prétendus maîtres crient que la guerre est imminente".

S'inscrivant dans la même optique, la Présidence du Conseil de la R.D.A. au cours de sa session élargie déclarait : "Au début des années 80 nous réaffirmons notre volonté d'apporter notre contribution pour préserver l'humanité d'une guerre mondiale meurtrière. Le socialisme s'engage de toute son autorité, de toute sa force et de toute son influence pour cet objectif élevé. La paix du monde et la coopération entre les peuples correspondent profondément à sa nature et s'inscrivent parmi ses hautes valeurs".

Nous pouvons donc relever que de Marx à nos jours, en passant par Lénine et ses collaborateurs la paix a été et demeure un souci permanent du socialisme.

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI
TÜSTAV

LA LUTTE POUR L'INDEPENDANCE NATIONALE CONTRE L'IMPERIALISME

La lutte pour l'émancipation des travailleurs et la lutte pour la libération des peuples opprimés sont indissolublement liées. En effet Marx disait : "Abolissez l'exploitation de l'homme par l'homme et vous abolirez l'exploitation d'une nation par une nation".

Nous, peuples anciennement colonisés, savons d'expérience ce qu'est l'exploitation d'une nation par une autre nation : l'exploitation impérialiste.

L'impérialisme se caractérise fondamentalement par la soumission et l'exploitation des peuples en vue de réaliser des superprofits. De ce fait il se soucie peu des méthodes lui permettant d'atteindre ces objectifs. Pour lui tous les moyens sont bons : mensonges, guerres, assassinats. Ainsi pendant que les impérialistes chantent de jour la liberté, l'égalité, les droits de l'homme, l'autodétermination, le désarmement, de nuit ils prient le dieu capital de les aider à asservir les autres peuples, à les humilier, à compromettre leur stabilité. L'impérialisme n'a pas d'amis, il veut des serviteurs. Il n'a aucune idée de l'égalité, il veut des esclaves.

Etant donné la nature de l'impérialisme, les peuples opprimés ne pouvaient en attendre la réalisation de leurs aspirations. Aussi, l'impérieuse nécessité de rejeter un tel système s'imposait-il aux peuples sous domination. On comprend alors qu'ils aient engagé une lutte implacable contre l'exploitation et l'oppression impérialistes.

Ils luttent pour reconquérir leur souveraineté politique, c'est à dire leur dignité, leur personnalité. Cette souveraineté serait illusoire sans un contrôle effectif des richesses et des moyens de production.

Aussi ont-ils inscrit au premier plan la lutte pour l'indépendance économique. Cette indépendance économique est plus que jamais nécessaire pour corriger les séquelles de l'exploitation coloniale en vue d'édifier une économie nationale puissante qui tende à la satisfaction des besoins de larges couches sociales du peuple enrayant la famine, la misère, l'analphabétisme, la maladie, afin de réaliser la restauration de l'Homme, de chaque homme dans sa pleine dignité.

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI
TÜSTAV

Pour atteindre un tel objectif les jeunes nations, dès les premières heures de leur indépendance, croient fermement en la nécessité d'un climat de paix, d'où leur indéfectible attachement aux principes du non alignement, de la coexistence pacifique, de la lutte contre la course aux armements.

C'est de la nécessité même de cette indépendance politique et économique pour le progrès social que naissent les rapports entre ces deux formes de lutte.

Les rapports entre "la lutte pour la paix et le socialisme" et la "lutte d'indépendance nationale contre l'impérialisme" s'expliquent :

1°/ - Par l'identité de la nature de leurs luttes et leur finalité.

Qu'il s'agisse du socialisme luttant ^{pour} l'instauration de la paix dans le monde ou des pays dominés luttant pour la conquête de leur souveraineté nationale, il importe de retenir que, dans l'un et l'autre des cas, ce sont des luttes contre des formes d'oppression.

Pour imposer la paix socialiste, l'U.R.S.S. et le camp socialiste ont dû opposer à la menace militaire, la menace fondée sur un arsenal tout aussi sophistiqué seul capable, en réalisant l'équilibre militaire, d'obliger l'impérialisme à observer la paix socialiste. Le camp socialiste a dû également intensifier sa production dans tous les secteurs de développement pour contrebalancer la suprématie impérialiste et garantir par l'édification d'une puissance économique table la possibilité aux pays sous domination de revendiquer.

2°/ - Par l'identité de la nature de l'opresseur les socialistes, comme les pays sous domination ont, pour réaliser leurs idéaux de paix et d'indépendance, à lutter contre un seul et même ennemi : les forces de guerre ou l'impérialisme.

C'est fort de tout cela que la République du Mali dès le lendemain de son indépendance a souscrit aux principes de la coexistence pacifique, du respect mutuel et de la coopération dans l'avantage réciproque. Aujourd'hui l'Union Démocratique du Peuple Malien poursuit la politique d'un non alignement intrépid. Il est hostile à toutes guerres qui ne visent pas à l'émancipation des peuples opprimés.

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI
TÜSTAV

La lutte opiniâtre contre l'impérialisme menée par les peuples pour promouvoir une société indépendante juste, libre et prospère a bénéficié de tous temps du soutien des socialistes et de toutes les forces de progrès. Nous n'en voulons pour preuve que l'attitude de Marx et Engels en faveur de l'Irlande opprimée, par l'Angleterre, la prise de position sans équivoque de Lénine en faveur de l'auto-détermination des peuples; prise de position qui prend une signification pratique dans le Décret sur la paix du 26 Octobre 1917.

Si dans la lutte commune contre l'impérialisme, des succès incontestables ont été enregistrés, il n'en demeure pas moins qu'il reste beaucoup à faire dans la mesure où des peuples de par le monde subissent encore le joug de régimes colonialistes rétrogrades (apartheid), l'exploitation et l'humiliation savamment organisées par l'impérialisme international.

Alors, tous les peuples épris de paix et de progrès social se doivent désormais de serrer les rangs pour la construction d'un monde de prospérité et de fraternité dans le respect mutuel.

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARASTIRMA VE
TÜSTAY

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI
TÜSTAV

Internationale Wissenschaftliche Konferenz

„Der gemeinsame Kampf
der Arbeiterbewegung
und der nationalen Befreiungsbewegung
gegen Imperialismus,
für sozialen Fortschritt“

Intervention de
Sidiki Diarra,
Membre du Conseil National
de l'Union Démocratique du Peuple Malien

Berlin, 20. Oktober 1980 bis 24. Oktober 1980

**TÜRKİYE SOSYAL TÜRSTAV
TARİH ARAŞTIRMA VAKFI**

SECTION 2 .

La lutte contre le néo-colonialisme, pour une organisation démocratique des relations économiques internationales.

- Camarade Secrétaire Général du Parti Socialiste Unifié d'Allemagne
- Camarades membres du Comité Central
- Camarades délégués.

En intervenant à cette conférence scientifique internationale organisée par le Comité Central du Parti Socialiste Unifié d'Allemagne, je voudrais au nom du Secrétaire Général de l'Union Démocratique du Peuple Malien, adresser à tous les militants du S.E.D. et à son prestigieux Secrétaire Général, le Camarade Erich Honecker, aux délégués de tous les Partis amis, le salut amical des militants de l'U.D.P.M. et de son Secrétaire Général, le Général Moussa TRAORE. Si j'interviens, c'est également pour rendre hommage au Comité Central du Parti Socialiste Unifié d'Allemagne pour l'organisation de cette conférence scientifique internationale autour du thème :

"La lutte commune du mouvement ouvrier et du mouvement de libération nationale contre l'impérialisme et pour le progrès social".

Pour l'Union Démocratique du Peuple Malien, la tenue de cette conférence revêt valeur de symbole, car elle traduit avec pertinence la constance d'une réalité, à savoir la lutte des classes à l'échelle mondiale. En effet, plus personne ne conteste ce système mondial d'oppression de classes, d'asservissement et de domination d'autres peuples. L'impérialisme exploite les peuples économiquement, les opprime moralement, les domine socialement et culturellement. Système politique, structure sociale, l'impérialisme change de forme et de technique au long de l'histoire.

Quelle est la forme, quelles sont les techniques de l'impérialisme auxquelles nous sommes confrontés aujourd'hui ?

La deuxième guerre mondiale a marqué la fin d'une époque, celle de l'impérialisme colonialiste, et l'issue de cette guerre a marqué le début d'une autre ère historique, celle de la désintégration des empires coloniaux. Le continent Africain, qui ne comptait que deux Etats indépendants à cette époque, en compte plus de cinquante aujourd'hui.

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI
TÜSTAV

Dans la lutte des classes au sein de la Société Internationale, il s'agit déjà incontestablement d'une grande victoire, d'une victoire historique des forces populaires en lutte. Mais cette victoire, bien que marquant un progrès décisif, n'a pas détruit au sein de la Société Internationale l'exploitation, l'oppression et la domination des Peuples ; elle n'a pas détruit radicalement l'impérialisme qui, dès nos premières victoires dans la lutte de libération nationale, a inventé des techniques nouvelles pour prendre les formes nouvelles devant assurer sa pérennité : la forme néo-colonialiste. En effet, pour l'impérialisme, la Société Internationale doit être structurée en deux grands constituants :

- d'une part, les Etats métropoles, noyaux centraux dominant sur tous les plans
- d'autre part, les Etats néocolonisés, Etats périphériques dominés sur tous les plans et dont les intérêts ne sont considérés que pour autant qu'ils concourent prioritairement à assurer la prospérité des noyaux centraux.

Force nous est de constater ici, que non seulement la périphérie travaille pour le centre, mais elle ne doit exister que pour faire vivre et prospérer le centre. De plus, en raison de cette division internationale, de cette fonction imposée à la périphérie, toute velléité d'un pays est une tentative d'échapper aux exigences des Etats Métropoles. Ainsi, si le nouvel Etat, né d'un ancien territoire colonial ayant conquis son indépendance politique essaie de se donner une économie nationale sauvegardant les intérêts du peuple, une culture libre de toute sujétion étrangère, s'il engage une politique faisant du Peuple le maître absolu de tout à l'intérieur de la Nation devenant par là même un pays déterminé à ne pas se laisser dans la périphérie au service de l'impérialisme et à ne pas assumer le statut que l'impérialisme lui a réservé, lorsque le nouvel Etat veut s'imposer comme Etat indépendant et souverain à tous égards, alors l'impérialisme recourt aussitôt aux techniques de déstabilisation. Il investit le pays sur tous les plans de la vie du Peuple : plan de l'économie, plan de la

**TÜRKİYE SOSYAL
TÜSTAV
TARİH ARAŞTIRMA VAKFI**

science et de la technologie, plan socio-culturel - - - - ; dans certains cas, c'est une véritable agression armée qui est dirigée contre le pays.

Certes, il est aberrant de penser qu'aujourd'hui, un pays, quelque soit son régime politique et quelles que soient ses richesses puisse vivre en autarcie sur le plan économique. La coopération au plan de l'économie, de la science, de la technique et de la technologie entre le camp socialiste et le camp impérialiste est là pour justifier cette assertion. En effet, cette coopération n'est plus occasionnelle, elle est un fait systématique, méthodique. Ce qui est en cause, ce n'est pas la coopération, mais la nature de cette coopération qui doit servir de point d'appui à la libération de nos peuples, à leur développement ; elle doit constituer un puissant moyen de notre lutte d'éradication de toute exploitation de l'homme par l'homme. Normalement la science, la technique et la technologie constituent les plus grandes conquêtes de l'homme pour les biens des Peuples et quelle que soit la nature du régime du pays où elles fleurissent, elles devraient constituer un bien, donc il est criminel d'en priver les peuples. Fort de ce principe, notre Parti, l'Union Démocratique du Peuple Malien est déterminé à établir une coopération avec tous les Partis dans tous les domaines sur la base de l'égalité totale et de l'avantage mutuel.

En effet, depuis son Congrès Constitutif tenu en Mars 1976 l'Union Démocratique du Peuple Malien a résolument engagé le Peuple Malien dans la voie de la réalisation d'une société démocratique et juste, une nation ouverte au progrès et à la coopération, mais fermement décidée à consolider son indépendance et à préserver sa souveraineté. C'est dans ce cadre, que l'Union Démocratique du Peuple Malien a opté pour une économie nationale indépendante et planifiée et un Etat de Démocratie Nationale, qui est par essence, le pouvoir politique organisé des masses laborieuses acquises à un développement indépendant et progressiste.

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI
TÜSTAV

Convaincu de cette vérité, qu'on ne peut pas vouloir d'une chose et renoncer aux moyens d'y accéder, notre Parti sera amené à déterminer scientifiquement les étapes nécessaires pour l'application de son programme, à identifier objectivement et à aider toutes les forces sociales intéressées à la réalisation de chaque étape, à localiser et neutraliser les forces sociales opposées à la réalisation des tâches démocratiques. Notre lutte contre le néo-colonialisme, pour une meilleure organisation des relations économiques internationales s'inscrit dans cette optique. Il s'agit, sur le plan intérieur, de la conquête de l'indépendance économique (qui ne veut pas dire autarcie) et l'émancipation sociale, c'est à dire l'amélioration des conditions économiques et culturelles des masses populaires, la liquidation de la misère, la participation des travailleurs à la gestion de l'Etat. Soucieuse de coller ses actions aux réalités, l'Union Démocratique du Peuple Malien a créé les conditions politiques, économiques et sociales qui permettent des transformations profondes.

c Camarade Secrétaire Général du Parti Socialiste Unifié
d'Allemagne
Camarades délégués,

Il y a deux semaines, précisément le 7 Octobre 1980, le Peuple de la République Démocratique Allemande fêtait son 31eme anniversaire. A cette occasion, le Secrétaire Général de l'Union Démocratique du Peuple Malien, le Général Moussa TRAORE, a adressé, au nom du Peuple du Mali, de son Parti et de son Gouvernement, un message de félicitation au Camarade Erich Honecker, Secrétaire Général du Parti Socialiste Unifié d'Allemagne et à tout le Peuple de la République Démocratique Allemande. Au même moment, toutes les organisations démocratiques de la République du Mali, (Syndicat, Jeunes, Femmes) saluaient avec bonheur l'heureux événement. Qu'est ce à dire, sinon l'excellence des rapports qui unissent nos deux Peuples, nos deux Partis et nos organisations démocratiques depuis l'accession de notre pays à l'indépendance.

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI
TÜSTAV

Notre Parti, l'Union Démocratique du Peuple Malien, se félicite de cette unité d'action avec le Parti Socialiste Unifié d'Allemagne pour bâtir une société plus juste, plus équitable, plus viable, une société pour l'homme.

Il apprécie hautement les principes sur lesquels reposent les relations entre la République Démocratique Allemande et les Etats d'Afrique, d'Asie et d'Amérique Latine, à savoir :

- droit de chaque peuple à choisir lui-même son système politique
- non-recours à l'emploi ou à la menace de la force
- respect de la souveraineté et inviolabilité des frontières
- non-ingérence dans les affaires intérieures
- l'aide et le soutien solidaire ainsi que la coopération dans le domaine économique et autres sur la base de l'égalité totale et de l'avantage mutuel.

Ces principes constituent, pour notre Parti et pour tous les Partis présents à cette conférence, le cadre d'une coopération juste et équitable, les bases d'une organisation démocratique des relations économiques internationales.

Au moment où notre Parti se lance dans la lutte pour la conquête de la science, de la technique et de la technologie par l'institution d'un enseignement technologique liant intimement l'école et son environnement, notre Parti souhaite que la coopération qui existe déjà entre nos deux pays dans le système éducatif se renforce et s'étende à d'autres activités de la vie de notre peuple.

Camarade Secrétaire Général

Camarades membres du Comité Central du Parti Socialiste Unifié d'Allemagne,

En vous remerciant une fois de plus de votre aimable invitation je puis vous assurer, au nom du Secrétaire Général de l'Union Démocratique du Peuple Malien, de la totale disponibilité de notre Parti pour une meilleure organisation des relations économiques mondiales pour la paix et le progrès social.

Nous souhaitons que des débats larges et féconds puissent s'instaurer pour nous permettre d'appréhender tous les aspects de la lutte contre le néo-colonialisme.

- Vive le Parti Socialiste Unifié d'Allemagne

- Vive la lutte contre l'impérialisme et pour le progrès social.

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI
TÜSTAV

Internationale Wissenschaftliche Konferenz

„Der gemeinsame Kampf
der Arbeiterbewegung
und der nationalen Befreiungsbewegung
gegen Imperialismus,
für sozialen Fortschritt“

Rede von Joaquín Payán Solorzano,
Mitglied der Politischen Kommission und
Sekretär des ZK für Internationale Verbindungen
der Kommunistischen Partei von Honduras

Berlin, 20. Oktober 1980 bis 24. Oktober 1980

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI
TÜSTAV

Vortrag der Vertreter der Kommunistischen Partei von Honduras auf der internationalen wissenschaftlichen Konferenz zum Thema "Der gemeinsame Kampf der Arbeiterbewegung und der nationalen Befreiungsbewegung gegen Imperialismus und für sozialen Fortschritt".

Die sozialistische Revolution in Kuba leitete eine neue Periode des revolutionären Befreiungskampfes in Lateinamerika ein. Unter ihrem Einfluß erfahren die Völker des Subkontinents Momente des Aufschwungs in ihrem Kampf gegen die imperialistische Herrschaft, gegen ihre Oligarchien und für den sozialen Fortschritt.

Beispiele für die Erfolge dieses Kampfes sind der außergewöhnliche Triumph der sandinistischen Revolution in Nicaragua und die Machtübernahme durch die New Jewel - Partei in Grenada, die ebenfalls sofort und direkt die fortschrittlichen, antiimperialistischen und revolutionären Kräfte in Mittelamerika und im karibischen Raum beeinflusst haben. Diese neue Phase, in die der Klassenkampf dieser Region eingetreten ist, läßt sich durch eine große Komplexität von Perspektiven und einer Art Tücke der Geschichte charakterisieren, die sich dort Bahn bricht, wo man es manchmal weniger erwartet und in Form von revolutionären Prozessen, die wir wegen ihrer Originalität analysieren müssen.

Aus diesem Grunde kam es, wenn auch von Fall zu Fall mit unterschiedlicher Intensität, zum Ausbruch der angehäuften Widersprüche in einer Region wie Mittelamerika und der Karibik, die aus ganz bestimmten Gründen, wie der lang andauernden imperialistischen Herrschaft, der Präsenz von tyrannischen Regimes, gegen die sich der Haß des Volkes richtet usw., gegenwärtig die empfindlichste Stelle in der Kette der imperialistischen Herrschaft in Lateinamerika darstellt.

Das sind die Gründe dafür, daß in dieser Region seit 1978 die revolutionären Veränderungen in einer so offenen Form zutage getreten sind. Und diese revolutionäre Volksbewegung

ist im Ansteigen begriffen, obwohl noch ungleich in bezug auf Zielstellung, Modalitäten und Tiefe, je nach der konkreten Situation eines jedes Landes. In dieser Situation wachsen und erstarben die kommunistischen Parteien und andere revolutionäre Kräfte. Sie organisieren den Kampf gegen den Imperialismus und die Oligarchien und suchen den Weg der Einheit, um das Endziel schneller zu erreichen.

Unterstrichen werden sollten die Erfolge der revolutionären Kräfte von El Salvador, die heute in der Front "Farabundo Martí" für die Nationale Befreiung zusammengeschlossen sind, deren Vereinte Revolutionäre Führung uns, ebenso wie die Sandinistische Front der Nationalen Befreiung von Nikaragua, Beispiel für politische Reife und politische Weitsicht sind. Zweifellos wird die salvadorianische Revolution wegen der hohen Zuspitzung der Klassenwidersprüche opferreicher sein als die Revolution in Nikaragua. Wir vertrauen jedoch - ebenso wie unsere salvadorianischen Genossen - auf den entgeltigen Sieg. Es ist die Pflicht der Kommunisten und Revolutionäre in der ganzen Welt, im Rahmen ihrer Möglichkeiten zum Sieg des salvadorianischen Volkes beizutragen.

Seit mehr als einem viertel Jahrhundert ist das Brudervolk Guatemalas einer grausamen Unterdrückungspolitik der verschiedenen oligarchischen und proimperialistischen Regierungen unterworfen, einer Politik, die bereits die Form von Massenmord angenommen hat. Zehntausende der besten Söhne dieses Landes sind Opfer der Armee, der Polizei und der Terrorbanden geworden. Jedoch die brutalen Verbrechen zur Eindämmung des Kampfes des guatemalteckischen Volkes haben ihren Zweck nicht erreicht. Heute werden die revolutionären Organisationen im Lande des Quetzal - des Symbols der Freiheit - immer stärker und versetzen dem Klassenfeind harte Schläge.

Angesichts der Ereignisse in Mittelamerika und der Karibik und des revolutionären Vormarschs in anderen Teilen der Welt, ist der nordamerikanische Imperialismus zu den Posi-

tionen des "kalten Krieges" zurückgekehrt, gefährdet er den Weltfrieden und bereitet die Konterrevolution vor.

Am 1. Oktober 1979, als die "Minikrise in der Karibik" entlarvt war, verkündete der Präsident der Vereinigten Staaten in großen Zügen den von seinen Beratern für diese Region ausgearbeiteten Plan an: Verstärkung der "Wachsamkeit" in dieser Zone, regelmäßige Durchführung von Manövern, Schaffung einer schnellen Eingreiftruppe für die direkte Intervention und Unterstützung für die Regierungen, die es wünschten, den - wie er es nannte - "sozialen Störungen und der möglichen kommunistischen Beherrschung" zu widerstehen. Als Rechtfertigung führte Carter an, daß die Nationen in der Karibik ein "gemeinsames Schicksal" mit den Vereinigten Staaten hätten.

Dieser Plan findet seinen konkreten Ausdruck in der politischen und ökonomischen Unterstützung, die die USA den reaktionären Regierungen der Region zuteil werden läßt, in der erneuten Ausstattung ihres Militär- und Unterdrückungsapparates und in der beschleunigten Aktivität der Central Intelligence Agency, die zahlreiche Verunsicherungskampagnen startet, um die revolutionären Regierungen zu stürzen und neue Siege der Volksbewegungen zu verhindern.

Im Hinblick auf Nicaragua, dessen revolutionäre Regierung der Imperialismus als auch die reaktionären Regierungen der Region seit langem gestürzt sehen wollten, werden Tausende von ehemaligen Angehörigen der Somoza-Garde organisiert, trainiert und ausgerüstet. Diese befinden sich heute in Guatemala und in unserem Land, von wo aus sie in nikaraguanisches Gebiet eindringen, um Alphabetisatoren und Grenzsoldaten umzubringen.

In El Salvador scheut der nordamerikanische Imperialismus weder ökonomische noch militärische Mittel, um die verbrecherische christlich-demokratische Militärjunta an der Macht

zu halten. Angesichts der Perspektive der Niederlage ihrer Marionetten, hervorgerufen durch die salvadorianischen revolutionären Kräfte, bereitet er die direkte militärische Intervention oder eine indirekte Intervention vor, wobei er sich hierfür der Armeen Guatemalas und Honduras' bedient.

Im mittelamerikanischen Raum gibt es nur eine Konterrevolution. Eine besondere Rolle spielen dabei die reaktionären Regierungen von Guatemala, El Salvador und Honduras unter der Führung des Pentagon und der Counter Intelligence Agency. Parallel dazu ist die Revolution in Mittelamerika ein einheitlicher Prozeß, obwohl dieser Merkmale aufweist, die der politischen und sozialen Situation eines jeden Landes in den verschiedenen Entwicklungsetappen entsprechen. Eine der allgemeinen Merkmale der mittelamerikanischen revolutionären Bewegung besteht darin, daß an ihr nicht nur die kommunistischen Parteien mit ihrer auf den Marxismus-Leninismus begründeten wissenschaftlichen Interpretation beteiligt sind. Die Zuspitzung des revolutionären Kampfes hat dazu geführt, daß andere Organisationen mit eigener Struktur, Strategie und Taktik entstanden sind. Die honduranischen Kommunisten haben zu diesen Organisationen Beziehungen der Brüderlichkeit und der aktiven Solidarität im Kampf um die gemeinsamen Ziele des antiimperialistischen Kampfes.

Wir meinen, die Zeit ist herangereift, daß die Völker - was in Nikaragua bereits geschehen ist - mit der Waffe in der Hand und geführt von einer revolutionären Vorhut, die über eine entsprechende Organisation verfügt und bereit ist, bis zum Sieg zu kämpfen, Mittelamerika von der verhaßten Präsenz des Imperialismus und der Reaktion befreien. Zu dieser Schlußfolgerung gelangte das Zentralkomitee unserer Partei auf seiner Plenartagung im Februar d. J. Das ist auch die allgemeine Linie, von der sich die gesamte Tätigkeit der honduranischen Kommunisten leiten läßt; wir bereiten uns darauf vor, unsere Pflicht vor der Geschichte zu erfüllen.

Der Aufschwung des revolutionären Kampfes in unseren Nachbarländern hat auch die herrschenden Klassen in Honduras beunruhigt. Sie sind entschlossen, ihre Interessen und Privilegien mit allen Mitteln zu verteidigen und widersetzen sich jeder Veränderung, so gering diese auch sein mag. Sie organisieren die reaktionäre Offensive gegen die Volksbewegung, bilden paramilitärische Banden aus, um Führer und Aktivisten der revolutionären und demokratischen Parteien sowie der Massenorganisationen zu ermorden. Sie verstärken die Armee und die Polizei. Sie organisieren Staatsstreich, um Wahlergebnisse, die ihnen nicht genehm sind, zunichte zu machen u. a. Dieses politische Gesamtbild, dessen wesentlichste Merkmale wir hier anführen, brachte unsere Partei zu der Schlußfolgerung, daß revolutionäre Veränderungen nur auf dem Wege des bewaffneten Kampfes durchgesetzt werden können. Sie nahm daher die Strategie an, sich auf diesen Kampf vorzubereiten.

Sowohl die Kommunisten als auch die anderen revolutionären Parteien in Honduras stimmen über den Weg des Zugangs zur Macht überein. Dies ist die objektive Grundlage, von der wir uns im Ringen um die Einheit leiten lassen. Unsere Partei ist der Auffassung, daß sie ihre Rolle als revolutionäre Vorhut in dem Maße ausüben kann, wie wir es schaffen, diese Einheit für den Kampf zu schmieden. Hierbei lassen wir uns von dem Gedanken leiten, daß die Revolution niemandes Monopol ist, sondern das gemeinsame Werk des ganzen honduranischen Volkes.

Unsere Einheitsbestrebungen sind jedoch nicht nur auf die Linkskräfte gerichtet. Wir suchen die Verständigung auch mit anderen politischen Parteien, die, wie die Christdemokraten, konsequente Positionen im nationalen und regionalen politischen Geschehen vertreten. In diesem Sinn ist unsere Arbeit so umfassend wie möglich, denn "als revolutionäre Partei der Arbeiterklasse müssen wir fähig sein, die verschiedensten Bündnisse zu schließen oder die verschiedensten Kompromisse mit diesen oder jenen Kräften einzugehen - seien

diese von längerer oder vorübergehender Dauer, von strategischer oder taktischer Bedeutung - in dem Bemühen, die Einheit des breiten Spektrums der demokratischen und revolutionären Kräfte, die im Lande bestehen oder entstehen zu erreichen ..." (Bericht an das Plenum des ZK der Honduranischen KP, vom 10. Februar 1980). Dieser Haltung entspricht auch unsere Teilnahme an der Honduranischen Patriotischen Front (Frente Patriótico Hondureño), der auch die Sozialistische Partei, die Christlich-Demokratische Partei und die Marxistisch-Leninistische Kommunistische Partei von Honduras sowie über 80 Massenorganisationen angehören.

In dieser Richtung arbeiten wir auch, um die Spaltung der Arbeiter- und Bauernbewegung zu überwinden, eine unerlässliche Bedingung, um das Bündnis zwischen Arbeitern und Bauern schmieden zu können. Zur Erfüllung dieser Aufgabe, die wegen der großen Verschiedenheit der ideologischen und politischen Auffassungen in diesen organisierten Bewegungen schwierig ist, müssen wir noch sehr viel tun.

In engem Zusammenhang mit diesen Fragen der politischen Linie haben wir Kommunisten und marxistischen Revolutionäre von Honduras die Aufgabe, zu verhindern, daß unser Land zu einem Waffendepot und zu einem Stützpunkt für Provokationen gegen die nikaraguanische Revolution oder gegen die revolutionären Bewegungen in El Salvador und Guatemala wird.

Um die hier genannten Ziele voll erfüllen zu können, haben wir honduranischen Kommunisten die Pflicht, unsere Partei zu entwickeln und zu stärken, ihr eine hohe organisatorische und ideologische Geschlossenheit zu geben und sie auf das engste mit den Massen zu verbinden.

Internationale Wissenschaftliche Konferenz

„Der gemeinsame Kampf
der Arbeiterbewegung
und der nationalen Befreiungsbewegung
gegen Imperialismus,
für sozialen Fortschritt“

Rede von

Vishnu Sharma

Mitglied des Exekutivkomitees und des
Politischen Komitees der
Kommunistischen Partei Großbritanniens

Berlin, 20. Oktober 1980 bis 24. Oktober 1980

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI
TÜSTAV

Sehr geehrter Genosse Vorsitzender und sehr verehrte Gäste der Konferenz!

Gestatten Sie mir bitte im Namen der Kommunistischen Partei Großbritanniens, dem Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und der Redaktion der Zeitschrift "Probleme des Friedens und des Sozialismus" zu gratulieren, die gemeinsam diese hervorragende internationale Konferenz veranstalten, die zweifellos die drei Hauptsäulen der anti-imperialistischen Bewegung auf dem gesamten Erdball stärken wird.

Im Namen unserer Partei haben wir eine gekürzte Fassung des letzten theoretischen Beitrages von unserem verstorbenen Genossen Jack Woddis vorgelegt, der in der August-Ausgabe 1980 unserer Zeitschrift "Marxism Today" in vollem Wortlaut veröffentlicht worden ist.

Da dieser Artikel nach unserer Meinung genau zu dem Thema unserer heutigen Konferenz in Beziehung steht und wir dies als einen Beitrag zum Gedanken eines hervorragenden marxistischen Theoretikers auf diesem Gebiet betrachten, besteht meine heutige Aufgabe einfach darin, auf einige Gedanken hinzuweisen, die Jack Woddis in seinem Beitrag ausgedrückt hat.

In ihrem Kampf um die Beseitigung des Kolonialismus, Abschaffung neokolonialistischer Kontrolle und Unterdrückung und Beendigung der imperialistischen Ausbeutung haben die Entwicklungsländer Afrikas, Asiens, Lateinamerikas und des Nahen Ostens viele Erfahrungen gesammelt.

Erstens: Die offensichtlichste Tatsache zeigt sich in dem schnellen Zerfall des alten imperialistischen Systems der direkten kolonialen Herrschaft, mit der die Armeen, Polizeiorgane, Richter und Zivilverwaltungen der westlichen Mächte früher die direkte Kontrolle über weite Gebiete der Welt

ausübten.

Zweitens: Man kann ganz deutlich die sehr großen Schwierigkeiten erkennen, die die Entwicklungsländer durchmachen, wenn sie bei der Erringung der nationalen Unabhängigkeit ihre eigene Befreiung von der imperialistischen Vormundschaft und Ausbeutung erkämpfen und damit in eine bessere Lage kommen, um die Armut und das Elend zu überwinden, wovon immer noch so viele ihrer Bürger betroffen sind.

Drittens: Trotz dieser Schwierigkeiten hat sich insbesondere in den letzten Jahren ein Prozeß angebahnt, wo mehrere Länder von der Unabhängigkeit zu revolutionären Veränderungen übergegangen sind, in deren Folge Diktatoren und soziale Schichten herausgefordert oder in einigen Fällen entmachtet wurden, die bis dahin als innere Verbündete des Imperialismus gewirkt haben. Die offensichtlichsten Beispiele der neueren Zeit sind dafür Iran und Nikaragua.

Das vierte auffallende Merkmal ist die große Verschiedenheit der Wege, die von diesen vielen einzelnen Staaten beschritten werden, die man zuweilen die Dritte Welt nennt. Die Bedeutung der unterschiedlichen nationalen Wege in der Entwicklung beschränkt sich nicht auf Europa. Die Entwicklungen z. B. in Iran, Äthiopien, Nikaragua, El Salvador, Jamaika, Jemen, Grenada, Irak, Indien und Tanzania zeigen nur zu deutlich die reiche Vielfalt der Bedingungen, politischen und sozialen Bündnisse, der Formen des Kampfes, der Institutionen und Organisationen, wie sie in diesen Ländern auftauchen.

Die Veränderungen, wie sie in der Dritten Welt auftreten, zeigen sehr deutlich, daß die Tendenz, diese Länder auf einen fortschrittlichen Weg zu führen in diesem oder jenem Grade zwar bestehen bleibt, jedoch auf sehr große Hindernisse stößt. Diese ergeben sich aus den imperialistischen Hinterlassenschaften und dem fortgesetzten imperialistischen Druck. Sie ergeben sich auch aus der Natur dieser Gesellschaften und aus

deren Entwicklungsstand. Viele brennende Probleme entstehen aber auch infolge von Schwächen innerhalb der Reihen der Befreiungskräfte - Schwächen also, die ihrerseits eine Folge des Klassencharakters ihrer Organisationen, ihrer Führer und ihrer politischen Erfahrungen sind.

Das ökonomische Erbe des Imperialismus

Zunächst geht es um das Problem der Beendigung der imperialistischen Ausbeutung und der Überwindung der Verzerrungen in der Wirtschaft, die sich aus der jahrelangen kolonialen und feudalen Vorherrschaft ergeben. Diese ökonomische Aufgabe und der Aufbau einer wettbewerbsfähigen Wirtschaft, die in der Lage ist, mit der Überwindung der Armut und der sozialen Rückständigkeit, wie sie von der imperialistischen Herrschaft ererbt worden ist, zu beginnen, bildet in gewissem Sinne die zentrale politische Frage, der sich die Entwicklungsländer gegenübergestellt sehen. Falls dieses ökonomische Problem nicht gelöst wird, ergeben sich scharfe politische Spannungen und Widersprüche in der gesamten Struktur der Gesellschaft mit ernstesten Folgen. Unstabile Regierungen und militärische Machtergreifungen gehören zu den schwierigen Ergebnissen solcher Versäumnisse.

Die Ausbeutung und die Ausplünderung durch die transnationalen Gesellschaften werden fortgesetzt, manchmal zugegebenermaßen in neuen Formen. Die Nationalisierung unter solchen Bedingungen, wo die Regierung 51 % der Aktien übernimmt, führt dazu, daß das vorherige Monopol weiterhin die Leitung, die technischen Fachleute, den Kundendienst, die Handelsaufsicht und weitere Einrichtungen in seinen Händen behält, wofür es gut bezahlt wird und wodurch ihm trotz seiner 49 % Aktien immer noch ein hohes Maß an tatsächlicher Kontrolle über die gesamte Industrie verbleibt. Auf diese Weise werden weiterhin hohe Profite abgeschöpft, und zwar ohne die zusätzliche Verantwortung für die Lenkung der Arbeitskräfte, was nunmehr zu einer Aufgabe für die Regierung wird. Dieses fortgesetzte Abschöpfen von Mehrwert in großem Rahmen bedeutet,

daß die gesamte Wirtschaft darunter leidet. Selbst dort, wo z. B. neue Verarbeitungsstufen für Rohstoffe in die örtliche Wirtschaft eingeführt werden oder wo die Entwicklung von Sekundärindustrien vor sich geht, wird durch den Einfluß der Monopole sichergestellt, daß ein ständiger Profitstrom erhalten bleibt. Das wird noch verstärkt durch die ungleichen Handels- und Preisrelationen, wie sie zwischen den Entwicklungsländern und den größeren kapitalistischen Wirtschaften bestehen.

Ein demokratischer Staat

Damit ergibt sich ein weiteres Problem, dem sich die Entwicklungsländer gegenüber sehen, nämlich das Fehlen der politischen Macht in den Händen des Volkes, das Fehlen seiner direkten Einbeziehung und Teilnahme bei der Entscheidung über die Angelegenheiten seines Landes, das Fehlen einer demokratischen Organisation und Initiative von unten. Es ist aber nicht nur dies. Viele Entwicklungsländer haben Ein-Parteien-Systeme, die sich auf die Verweigerung der demokratischen Freiheiten für die Mehrzahl der Arbeiter und Bauern stützen. (Dem steht die Existenz von Staaten mit einem Ein-Parteien-System gegenüber, wo die Partei in erster Linie die Bestrebungen der Arbeiter und Bauern ausdrückt, wie z. B. in Angola, Mocambique und Guinea-Bissau.)

Staaten von Entwicklungsländern, wo sich die politische Macht in den Händen des Bürgertums oder des Kleinbürgertums befindet, sind nicht in der Lage, ihr Volk zum Sozialismus zu führen, selbst dann nicht, wenn einzelne Führer aus diesen Klassen und Schichten den aufrichtigen Wunsch dazu verspüren.

Das Staatseigentum an Unternehmen, ein staatlicher Sektor der Wirtschaft läßt Fragen darüber aufkommen, welcher Art dieser Staat ist, welche Klassen und gesellschaftlichen Kräfte diesen beherrschen, welcher Macht sich die Mehrheit des Volkes erfreuen kann, um seine eigene Zukunft und die Entwicklungsrich-

tung zu bestimmen.

Die meisten Entwicklungsländer verfolgen einen kapitalistischen Entwicklungsweg, was gar nicht weiter überraschend ist, wenn man den Klassencharakter ihrer Staaten und Regierungen betrachtet. Wenn sich für die Völker von Angola, Mocambique und Guinea-Bissau zum Beispiel eine andere Perspektive eröffnet hat, so ist dies sicherlich darauf zurückzuführen, daß die Völker und Bewegungen dieser drei Staaten keine neue Staatsmacht und keine Regierungsvertreter aus dem Bürgertum oder dem Kleinbürgertum geschaffen haben, sondern schon während ihres Kampfes um die Unabhängigkeit danach getrachtet haben, die nationale Befreiung mit der gesellschaftlichen Befreiung zu verbinden.

Die nationale Frage

Das dritte Problem, mit dem ich mich befassen will, ist die nationale Frage, die sich als besonders kompliziert und akut in Afrika und im Nahen Osten erweist, aber auch in Asien von großer Bedeutung ist. Wir brauchen nur das Problem der Tamils in Sri Lanka, den Kampf des Volkes von Bangladesh um seine Befreiung von Pakistan, die vielen nationalen Probleme, die in Indien unter der Oberfläche schmoren, das Problem der Kurden in Irak, Iran und der Türkei zu betrachten; dort können wir erkennen, warum es so wichtig für die Entwicklungsländer ist, Lösungen für diese kritischen Herausforderungen zu finden, die ihre neuen Staaten zu zerreißen drohen.

In Afrika erweist sich die nationale Frage als besonders kompliziert und drängend. Es gibt mehr als 40 unabhängige afrikanische Staaten, einige davon mit einer sehr kleinen Bevölkerung. Die meisten Länder besitzen eine beträchtliche Anzahl von unterschiedlichen Nationalitäten und ethnischen Gemeinschaften. Zuweilen werden Völker derselben Nationalität oder desselben ethnischen Ursprungs durch Grenzen getrennt, die ursprünglich von europäischen imperialistischen Mächten will-

kürlich festgelegt wurden, als diese vor hundert Jahren den afrikanischen Kontinent aufgeteilt haben.

Politische Bündnisse

Neuere Erfahrungen in mehreren Ländern machen es erforderlich, dieser Frage einen breiten Raum zu gewähren. Für die Befreiung vom Imperialismus als auch für den Marsch zum Sozialismus muß das Volk eines Entwicklungslandes unbedingt die konsequente Einheit in der Zielstellung, Organisation und Kampfführung herstellen. Im Kampf um die Unabhängigkeit zielt diese Einheit auf die Arbeiterklasse, die Bauernschaft, die Mittelschichten (Handwerker, Intellektuelle, Kleinhändler, Fachleute und Techniker, einschließlich Verwaltungspersonal und Offiziere der Streitkräfte) und auf Teile des Bürgertums. Trotz ihres vereinten und gemeinsamen Wunsches nach Unabhängigkeit haben all diese Klassen und Schichten unterschiedliche Ziele und Ansichten in bezug auf den unabhängigen Staat, den sie errichtet sehen möchten. Folglich wird unmittelbar nach der Unabhängigkeit ein Kampf beginnen, der im Grunde ein Klassenkonflikt ist, selbst wenn er zuweilen in sehr wortlosen Formen ausgetragen wird.

Sowohl das Bündnis als auch der Konflikt werden in politischen Begriffen ausgedrückt; die Form aber, in der diese politischen Bündnisse und Konflikte auftreten, unterscheiden sich beträchtlich von Staat zu Staat. Es gibt besondere Probleme in denjenigen Ländern, wo die Kommunistische Partei neben starken Parteien des nationalen Bürgertums oder solchen Parteien besteht, die die Interessen und Standpunkte der anderen Schichten und politischen Richtungen ausdrücken. Für die Kommunistischen Parteien ergeben sich aus diesen Situationen sehr ernste Fragen.

Für die vollständige Befreiung eines Entwicklungslandes und für seinen Weg zum Sozialismus sind die demokratischen Rechte des arbeitenden Volkes von entscheidender Bedeutung. Damit diese Rechte ihren richtigen Sinn erhalten, müssen sie das

Recht des arbeitenden Volkes einschließen, seine eigene revolutionäre Partei zu organisieren, die sich auf den wissenschaftlichen Sozialismus stützt, und das Recht, seine volle politische Freiheit zu genießen, normal am politischen Leben des betreffenden Landes teilzuhaben, öffentlich seine eigenen Ansichten zu vertreten und die Möglichkeit zu haben, öffentlich Unterstützung für seine politischen Ziele und Ansichten zu gewinnen. Ein Staat, in dem die herrschende Partei eine Kommunistische Partei beschränkt oder gar unterdrückt, kann sein Volk nicht von der Befreiung zum Sozialismus führen.

Wir leben in einer Epoche, wo die Menschen der Entwicklungsländer in verstärktem Maße ihre Forderungen nach einer Lösung ihrer ewigen Probleme der Ausbeutung, Armut und Unterdrückung erheben. In ihrem Kampf zur Überwindung dieser Hinterlassenschaften der imperialistischen Vorherrschaft sehen sie sich einem gewaltigen Feind gegenüber. Um zum Erfolg zu gelangen, brauchen sie die aktive Solidarität aller fortschrittlichen Kräfte in der Welt. Vor allem aber brauchen sie die umfassende Entwicklung ihrer eigenen inneren Bewegung, die sich auf die feste Einheit all jener stützt, die mit der Vergangenheit brechen wollen.

Die vier Probleme, die ich hier kurz berührt habe, zielen alle in diese Richtung. Darüber hinaus beleuchten sie die Wichtigkeit der Massen, die demokratische Einbeziehung und Teilnahme des Volkes, und zwar auf allen Stufen und in allen Bereichen, bei Entscheidungen über ihr Leben und die Zukunft ihres Landes, auf die Möglichkeit der Ausübung ihrer politischen Macht zur Erreichung der Ziele, die nach ihren Entscheidungen festgelegt worden sind.

In einem umfassenden und langfristigen historischen Sinne befinden sich die Entwicklungsländer auf dem Wege von der Unabhängigkeit zur vollständigen Befreiung und von der Befreiung zum Sozialismus.

Aber das Voranschreiten auf diesem Wege erfordert eine unendliche Entfaltung ihrer demokratischen Aktivitäten, aber auch eine Entfaltung in ihrer Freiheit, am politischen Leben ihres Landes teilzuhaben.

TÜRKIYE SOSYAL TÜSTAV TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

Internationale Wissenschaftliche Konferenz

„Der gemeinsame Kampf
der Arbeiterbewegung
und der nationalen Befreiungsbewegung
gegen Imperialismus,
für sozialen Fortschritt“

Rede von

Dr. Hamid Safari,

Mitglied des Politbüros und
Sekretär des ZK der
Volkspartei Irans

Berlin, 20. Oktober 1980 bis 24. Oktober 1980

**TÜRKİYE SOSYAL TÜSTAV
TARİH ARAŞTIRMA VAKFI**

Teure Genossen und Freunde!

Im Namen des Zentralkomitees der Volkspartei Irans (Tudeh-Partei) danke ich dem Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und dem Redaktionskollegium der Zeitschrift "Probleme des Friedens und des Sozialismus" für die Einladung zur Teilnahme an dieser Konferenz. Unserer Meinung nach sind die auf der Konferenz zur Diskussion stehenden Probleme von lebenswichtiger Bedeutung für alle antiimperialistischen und patriotischen Kräfte, ganz besonders in den Entwicklungsländern.

In den zurückliegenden mehr als drei Jahrzehnten, in deren Verlauf viele Länder der "dritten Welt" ihre politische Selbständigkeit errungen haben, wurden genügend Erfahrungen gesammelt, die überzeugend beweisen, daß die Erringung der politischen Unabhängigkeit allein noch nicht die völlige Befreiung von imperialistischer Vorherrschaft gewährleisten kann.

Eine Analyse der sozialökonomischen und politischen Entwicklung Irans in den letzten zwanzig Jahren ergibt, daß ohne die endgültige und unwiderrufliche Beseitigung der ökonomischen, politischen, ideologischen, kulturellen und militärischen Abhängigkeit vom Imperialismus kein einziges Entwicklungsland (über welche finanziellen Ressourcen, Naturreichtümer und Arbeitskräfte es auch immer verfügen mag) in der Lage ist, das materielle und kulturelle Niveau der werktätigen Massen entscheidend anzuheben sowie eine echte Industrialisierung und gesellschaftlichen Fortschritt zu erreichen.

Gleichzeitig zeugen die Erfahrungen Irans davon, daß die ernstesten Probleme bei der Verwirklichung der sozialökonomischen Befreiung nicht durch das vom Imperialismus geförderte Wettüben gelöst werden können.

Die Vorgänge in Iran haben sowohl in der Vergangenheit als auch in der Gegenwart sehr klar und eindeutig die dialektische Wechselwirkung zwischen dem Kampf für nationale Befreiung und der Entspannung widerspiegelt.

Während es dem Imperialismus durch den "kalten Krieg" möglich war, die sozialökonomische Entwicklung des Landes zu hemmen, die Rechte der Werktätigen mit Füßen zu treten, Iran in einen aggressiven Militärblock hineinzuziehen, dem Land ein Wettrüsten aufzuzwingen und es in ein militärstrategisches Aufmarschgebiet gegen die Sowjetunion und zur Unterdrückung der nationalen Befreiungsbewegung im Gebiet des Persischen Golfes zu verwandeln, wurden dank der durch die zielstrebigsten Aktionen der Länder der sozialistischen Gemeinschaft erzielten realen Fortschritte bei der Sicherung des Weltfriedens und der Gewährleistung der allgemeinen Sicherheit günstige Voraussetzungen für den Sieg der antimonarchistischen und antiimperialistischen Revolution geschaffen.

Wenden wir uns den Tatsachen zu:

Vor dem Sieg der Revolution in Iran wurde in der Westpresse viel über die schnelle wirtschaftliche Entwicklung des Landes geschrieben, man sprach vom "iranischen Wunder", das angeblich durch die Unterstützung der imperialistischen Länder, allen voran der Vereinigten Staaten, vollbracht worden sei. Es wurde vorausgesagt, daß Iran in den nächsten Jahren zu einer selbständigen entwickelten Industriemacht aufsteigen würde.

Was jedoch in Iran vor sich ging, hatte nichts zu tun mit einer unabhängigen wirtschaftlichen Entwicklung. Ja, es war ausgesprochen naiv, in einem Land, in dem sich in verstärktem Tempo ein mit dem sozialen und ökonomischen Fortschritt unvereinbarer Prozeß der Militarisierung der Wirtschaft vollzog, eine derartige Entwicklung zu erwarten.

In Wirklichkeit war es den Vereinigten Staaten nach der Niederlage der nationalen Befreiungsbewegung Anfang der fünfziger Jahre, welche in hohem Maße eine Folge des "kalten Krieges" gewesen war, möglich geworden, das Land in ein Labor zu verwandeln, in dem der Imperialismus neue Methoden des "kollektiven Neokolonialismus" erprobte, angefangen mit der Einführung der "Montageindustrie" bis hin zur Militarisierung der Wirtschaft durch den Verkauf moderner Waffen und die Errichtung einiger Rüstungsindustrieobjekte.

Dem Imperialismus ist es gelungen, Hand in Hand mit der Großbourgeoisie Irans unserem Volk eine vom internationalen Monopolkapital abhängige kapitalistische Entwicklung aufzuzwingen, die man in unserem Land als "abhängigen Kapitalismus" bezeichnete. Der Vorstoß der internationalen Monopole erlangte ein derartiges Ausmaß, so daß diese in kürzester Frist es vermochten, sich alle gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Institutionen des Landes zu unterstellen.

1978 waren in Iran über 1900 ausländische Gesellschaften und Banken tätig, unter ihnen alle führenden internationalen Monopole und Großbanken der USA, der BRD, Großbritanniens, Frankreichs, Japans, Italiens und anderer industriell entwickelter kapitalistischer Länder. Mit Hilfe der so entstandenen "gemischten Gesellschaften" in der Produktion, im Handel, im Bauwesen und in anderen Branchen erlangten sie die völlige Kontrolle über die Volkswirtschaft.

Die Politik des kollektiven Neokolonialismus zielte auf eine immer stärkere Festigung der Vorzugsstellung der imperialistischen Mächte in Iran, um das Land weiter auszubeuten.

In einem Sonderbericht des statistischen Zentrums der Zentralbank Irans, der aufbauend auf einer Befragung der Direktoren von Industriebetrieben entstand und im Oktober 1979 veröffentlicht wurde, heißt es, daß über 80 Prozent der irani-

schen Industrie vom Rohstoffimport aus den imperialistischen Hauptländern, d.h. aus den USA, Japan, der BRD, Frankreich, Großbritannien, Italien und den anderen industriell entwickelten kapitalistischen Ländern, abhängen.

Es muß hervorgehoben werden, daß in dem Bericht lediglich die Rohstoffabhängigkeit berücksichtigt ist. In Wirklichkeit aber war durch das Fehlen einer Produktion von Produktionsmitteln im Lande der gesamte Industrialisierungsprozeß voll und ganz dem Reproduktionsmechanismus der westlichen Länder untergeordnet. In jedem konkreten Fall diktierten die ausländischen Monopole die Wahl der Technik und der Technologie, welche ihren neokolonialistischen Zielen entsprachen.

Somit hängen über 57 Prozent der Bauindustrie, 60 Prozent der Papierindustrie, 78 Prozent der Nahrungsmittelindustrie und 80 Prozent der Automobilindustrie, der elektrotechnischen, der Gummi- und der Textilindustrie vom Import von Rohstoffen, Halbfertigerzeugnissen, fertigen Baugruppen und Ersatzteilen aus den industriell entwickelten kapitalistischen Ländern ab. In einigen Zweigen der Industrie wie zum Beispiel in der pharmazeutischen und chemischen Industrie beträgt diese Abhängigkeit 90 bis 100 Prozent.

Es wird offensichtlich, daß die vom Monopolkapital vorgeschlagenen Industrialisierungsmodelle darauf abzielten, den Reproduktionsprozeß in Iran immer mehr den Bedürfnissen der westlichen Welt unterzuordnen.

Das Versprechen, eine Industrie aufzubauen, die die Einfuhr ausländischer Waren ersetzen und den Import reduzieren würde, hat sich als Hirngespinnst erwiesen. Mit dem Bau jedes neuen Industrieobjektes vergrößerte sich die technologische und technische Abhängigkeit des Landes noch mehr, was zu einer schwindelerregenden Preissteigerung für Importwaren führte. Iran war nicht in der Lage, ein kontinuierliches Wachstum

der produktionstechnischen Basis der Volkswirtschaft zu gewährleisten und wurde zu einem ständigen Importeur sowohl für Energie- und Produktionsanlagen als auch für Rohstoffe und Halbfertigprodukte sowie für Erzeugnisse, die keiner weiteren Bearbeitung bzw. Montage im Lande bedurften.

Der Import Irans (außer Waffen) erhöhte sich von knapp 4 Milliarden Dollar in den Jahren 1973/74 auf 14,5 Milliarden Dollar in den Jahren 1977/78. Während sich in den Jahren 1967/68 die Kosten für importierte Rohstoffe, Halbfertigerzeugnisse und Ersatzteile auf 850 Millionen Dollar beliefen, betragen die Kosten für diese Waren 1977/78 etwa 8 Milliarden Dollar bei einem Gesamtimport im Wert von 14,5 Milliarden Dollar.

Im eingangs erwähnten Bericht der Zentralbank Irans unterstrichen die Direktoren der Industriebetriebe bei der Aufzählung der Schwierigkeiten, mit denen sie nach dem Sieg der Revolution zu kämpfen hatten, besonders das Fehlen hochwertiger Rohstoffe und deren Verteuerung, den Mangel an Ersatzteilen und qualifizierten Arbeitskräften sowie die Nachfrage nach ausländischen Arbeitern, Fachleuten und Managern auf allen Gebieten von Produktion und Absatz.

In dem Bericht wird hervorgehoben, daß die multinationalen Gesellschaften Iran einige Produktionsphasen erst dann überließen, wenn sie moralisch veraltete Technik oder Technologien verkaufen wollten, die in den entwickelten kapitalistischen Ländern schon aus der Produktion gezogen worden waren. In den Fällen, da sie Iran neue Technik verkauften, so heißt es in dem Bericht, verfolgten sie das Ziel, die Wirtschaft des Landes noch fester an die Wirtschaft der westlichen Länder zu binden.

Seit dem Beginn der siebziger Jahre zwangen die imperialistischen Mächte Iran im Zusammenhang mit der rapiden Erlössteigerung durch den Erdölabsatz über 140 kostspielige

Projekte auf. Für viele dieser Projekte waren schon mit multinationalen Gesellschaften Realisierungsabkommen abgeschlossen worden. Unseren Berechnungen nach beliefen sich die Kosten für allein fünfundzwanzig dieser Projekte auf über 50 Milliarden Dollar.

Im Vorwort zum Haushaltsplan 1978/79 wurde festgestellt, daß die genannten Projekte Ausbeutungscharakter trugen und nicht den Bedürfnissen der Volkswirtschaft entsprachen, und betont, daß eine Analyse vieler Projekte beweist: Den Hauptnutzen zogen die Warenexporteure, Berater - Ingenieure und ausländischen Arbeiter. Nach dem Sieg der Revolution schrieben die Presseorgane des Monopolkapitals mit Bedauern, daß die "Handelsverluste" der ausländischen Gesellschaften in Iran bis zu 38 Milliarden Dollar betragen.

Einen besonderen Platz bei der Unterdrückung des iranischen Volkes nahm der sich ständig vergrößernde Verkauf militärischer Ausrüstungen und die Entsendung Zehntausender amerikanischer Militärexperten nach Iran ein. Das militärische Eindringen der Vereinigten Staaten in Iran wurde besonders gegen Ende der sechziger Jahre verstärkt, als sich die Entspannung noch nicht ausreichend konsolidiert hatte, um sich effektiv auf alle Sphären der neokolonialistischen Strategie des Imperialismus auswirken zu können. Die imperialistischen Kreise spekulierten darauf, Iran in eine sogenannte "regionale Supermacht" zu verwandeln, die in der Lage wäre, jede Veränderung des Kräfteverhältnisses zuungunsten der langfristigen Interessen der westlichen Länder zu verhindern.

Von 1958 bis 1978, d.h. im Laufe von 20 Jahren, erwarb das ehemalige Regime Waffen im Wert von über 36 Milliarden Dollar, von denen über die Hälfte in den USA gekauft worden war. Diese gegen das Volk gerichtete Politik, die die Abhängigkeit des Landes von den industriell entwickelten kapitalistischen Mächten noch verstärkte, mußte ganz einfach einen negativen Einfluß auf die sozialökonomische Sphäre haben.

Mit der verstärkten Abhängigkeit des Landes von den entwickelten kapitalistischen Ländern wurden die Widersprüche zwischen dem Volk und dem Imperialismus immer deutlicher sichtbar.

Die Bedingungen des Friedens und der Entspannung ermöglichten es den politischen, gesellschaftlichen und religiösen Organisationen und Gruppen in Iran, ihre Kräfte zu mobilisieren und sich gegen den Schah und all diejenigen zu vereinen, die das Land zum Vorteil des Imperialismus regierten.

Ohne Zweifel wäre der Sieg der antimonarchistischen und anti-imperialistischen Revolution unter den Bedingungen des "kalten Krieges" unmöglich gewesen. Man weiß auch nicht, welches Schicksal der Revolution ohne die rechtzeitige moralische Unterstützung seitens der Sowjetunion beschieden gewesen wäre. Es ist allgemein bekannt, daß im schwierigsten und entscheidenden Augenblick der Revolution die klare und unmißverständliche Warnung des Generalsekretärs des ZK der KPdSU und Vorsitzenden des Obersten Sowjets der UdSSR, Genossen L.I. Breshnew, im Interview für die "Prawda" die mögliche direkte Einmischung des USA-Imperialismus, die tragische Folgen hätte haben können, verhinderte.

Davon ausgehend kann man mit Gewißheit bekräftigen, daß der Kampf der Sowjetunion und der anderen Länder der sozialistischen Gemeinschaft für Entspannung eine revolutionierende Ausstrahlung auf die Völker, die der neokolonialistischen Ausbeutung unterworfen sind, hat.

Jetzt haben die bedeutenden Ereignisse, die sich sowohl innerhalb des Landes als auch über seine Grenzen hinaus vollziehen, den progressiven Kräften Irans die Aufgabe gestellt, gegen die Herrschaft des Monopolkapitals, für den ökonomischen Fortschritt und die soziale Befreiung einen Kampf in schärferen und schwierigeren Formen zu führen.

Die imperialistischen Anschläge gegen Iran reißen nicht ab. Die USA und ihre Verbündeten wollen sich mit dem Verlust ihrer ökonomischen, politischen und militärstrategischen Positionen in Iran nicht abfinden.

Ein anschaulicher Beweis dafür sind die Konzentration von mehr als 30 USA-Kampfschiffen, darunter zwei Flugzeugträgern, am Zugang zum Persischen Golf und der amerikanische Plan zur Schaffung einer "internationalen Flottille".

Selbstverständlich richtet sich die amerikanische Aggressionsdrohung nicht nur gegen Iran.

Die tiefe Wirtschafts-, Währungs-, Finanz- und ideologische Krise, die den Kapitalismus in seinen Grundfesten erschüttert, und die Unfähigkeit der Führer des Westens, der Krisenerscheinungen Herr zu werden, wurden zur Ursache für den Drang des Imperialismus zur Expansion nach außen, zur Verschärfung der internationalen Situation.

Die chinesischen Führer, die mit dem Marxismus-Leninismus gebrochen haben, verfolgen gemeinsam mit den aggressivsten Kreisen des Westens eine Politik, die den Interessen der Entwicklungsländer zuwiderläuft. Von Peking inspirierte maoistische Gruppierungen in Iran führen die gewaltigen Seestreitkräfte der USA im Raum des Persischen Golfs, die eindeutig die aggressiven, gegen die Souveränität der Länder der Region gerichteten Pläne Washingtons demonstrieren, auf den "Kampf der Supermächte um die Erdölquellen" zurück. In der Hauptsache zielt die Politik der chinesischen Führer und ihrer Handlanger in Iran auf den Kampf gegen die Festigung der Freundschaft und Zusammenarbeit Irans mit der Sowjetunion und den anderen Ländern der sozialistischen Gemeinschaft ab. Verstärkt wird mit der sogenannten "sowjetischen Bedrohung" und der imperialistischen Erfindung, daß die UdSSR angeblich den Zugang zu den Meeren dieser Region und die Kontrolle über die Erdöllagerstätten erlangen wolle, Propaganda getrieben.

Es wäre ein unverzeihlicher Fehler zu meinen, daß die Zuspitzung der internationalen Lage, worauf von den aggressiven Kreisen des Westens gemeinsam mit der chinesischen Führungsspitze Kurs genommen wurde, lediglich die Beziehungen zwischen Ost und West betreffe und daß man leicht zu sozialökonomischer Unabhängigkeit kommen könne, wenn man sich davon distanzieren.

Der Imperialismus braucht das Schüren von Spannung und von Konflikten, um seine infolge des Kampfes der Völker für Frieden und sozialen Fortschritt eingebüßte politische und ökonomische Herrschaft über die Entwicklungsländer wiederzuerrichten. Er beansprucht wie in der Zeit des kalten Krieges immer noch das Recht, über die Energie- und Rohstoffressourcen der Länder der "dritten Welt" zu verfügen.

Die tragischen Ereignisse im Nahen Osten bestätigen erneut, daß sich das aggressive Wesen des Imperialismus nicht geändert hat und daß er stets bereit ist, Konflikte zwischen den Völkern der Region zu schüren und die Konterrevolution, auch die bewaffnete, direkt zu exportieren.

Wem dient der gegenwärtige anhaltende militärische Konflikt zwischen den Nachbarstaaten Iran und Irak, der durch die Schuld des irakischen Regimes begann? Unbestreitbar zieht aus diesem Krieg, der zweifellos die Spannung im Nahen Osten verstärkt, nur der Imperialismus Gewinn.

Deshalb sind wir der Meinung, daß am Kampf um die internationale Entspannung alle Völker der Welt gleichermaßen interessiert sind. Zur Gewährleistung eines dauerhaften Friedens gewinnt der Kampf der revolutionären Kräfte um die Verbreitung der Entspannung auf allen Kontinenten und um den Ausbau der politischen und ökonomischen Grundlagen der friedlichen Koexistenz, die zur Lösung von Streitfragen auf friedlichem Wege, ohne militärische Auseinandersetzungen, beiträgt, außerordentlich große Bedeutung.

Es ist allgemein bekannt, daß ohne den konsequenten Kampf gegen den Imperialismus, ohne die Ausmerzung neokolonialistischer Ausbeutungsmethoden die politisch-ökonomischen und sozialen Voraussetzungen für den gesellschaftlichen Fortschritt nicht geschaffen werden können. Und die Erfahrungen Irans bezeugen, wie wir bereits feststellten, daß sich der antiimperialistische Kampf unter den Bedingungen der Entspannung erfolgreich entwickelt. Das beweist, daß zwischen Entspannung und sozialem Fortschritt eine tiefe Kausalbeziehung besteht.

Eine unabdingbare Voraussetzung für das erfolgreiche Voranschreiten der Völker auf dem Weg des sozialen Fortschritts besteht unter den spezifischen Bedingungen der Welt von heute folglich darin, dafür zu kämpfen, daß die Entspannung zur führenden Tendenz der weltweiten Entwicklung wird.

Der Erfolg des Kampfes für dauerhaften Frieden, Freiheit und Fortschritt hängt von der engen Zusammenarbeit der revolutionären Kräfte aller Kontinente und in der Hauptsache vom Zusammenwirken der antiimperialistischen Kräfte der Entwicklungsländer und der entwickelten kapitalistischen Länder mit der Sowjetunion und den anderen Staaten der sozialistischen Gemeinschaft ab.

Die Notwendigkeit einer solchen Einheit erklärt sich aus der unbestreitbaren Tatsache, daß es die Sowjetunion ist, die sich als Hauptkraft jeder imperialistischen Vorherrschaft entgegenstellt und einen kompromißlosen Kampf gegen militaristische und hegemonistische Kreise führt. Die Sowjetunion als Großmacht hat in der Praxis bewiesen, daß sie gegen die Errichtung jeglicher Form von ökonomischer, politischer oder militärischer Kontrolle über ein beliebiges Land ist.

Die Völker der Entwicklungsländer sehen, daß gerade die Sowjetunion Pionierarbeit leistet bei der Verwirklichung eines qualitativ neuen Typs internationaler Beziehungen, die sich auf Gleichheit, gegenseitigen Nutzen und Unabhängigkeit gründen.

Diese Beziehungen helfen vielen jungen Staaten, in Frieden und Sicherheit ihre Selbständigkeit zu behaupten, die Volkswirtschaft und Nationalkultur zu entwickeln und die von Kolonialismus und Neokolonialismus bewirkte jahrhundertelange Rückständigkeit zu überwinden.

Im Unterschied zu den imperialistischen Mächten stellen die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Länder bei der Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen mit der "dritten Welt" keinerlei politische Vorbedingungen und wenden keine diskriminierenden Maßnahmen an.

Die Entwicklungsländer können - und unserer Überzeugung nach müssen sie sich in ihrem Kampf für sozialen Fortschritt und wirtschaftliche Unabhängigkeit auf den Beistand der Länder der sozialistischen Gemeinschaft stützen.

Das ist die realistische Betrachtungsweise des Problems der nationalen Unabhängigkeit und des sozialen Fortschritts. Sie dürfen nicht losgelöst von dem beharrlichen und zielstrebigem Bemühen der sozialistischen Gemeinschaft im Kampf für den Weltfrieden behandelt werden. Leider haben sich die breiten Massen in den Entwicklungsländern die Wahrheit über die Notwendigkeit des Zusammenschlusses aller antiimperialistischen Kräfte im Kampf für den Frieden und über dessen Wechselbeziehung mit dem Kampf für soziale Gerechtigkeit noch nicht in genügendem Maße angeeignet. Außerdem verwirklicht bekanntlich der Imperialismus seine Politik gegenüber den Entwicklungsländern, u. a. auch durch das diesen Ländern aufgezwungene Wettrüsten und die Politik der Militärblöcke, die ihre wirtschaftliche, politische und soziale Entwicklung hemmen, oft unter dem Deckmantel verleumderischer Behauptungen reaktionärer kapitalistischer Kreise und Maoisten über die angeblich existierende "Bedrohung" der Sicherheit der Entwicklungsländer durch die Sowjetunion. Und Behauptungen dieser Art haben noch einen gewissen Einfluß auf einige nationalistische Staatsmänner oder eine bestimmte Gruppe von Politikern.

Es ist ständige Aufklärungsarbeit erforderlich, damit der Kampf um soziale Befreiung und die unmittelbar mit ihm verbundene Forderung nach Festigung und Vertiefung der Entspannung und ihre Wechselwirkung in den Augen der Völker einen einzig realen Sinn erhalten.

Der Kampf gegen das Wettrüsten und für Abrüstung, für die Beseitigung der Militärstützpunkte und für eine friedliche und unabhängige Außenpolitik sind wirksame Mittel, um den Einfluß des Imperialismus zu durchkreuzen. Gerade unter den Bedingungen der Entspannung bieten sich den Völkern neue Möglichkeiten für ein beschleunigtes Voranschreiten auf dem Weg der ökonomischen und sozialen Gerechtigkeit.

Angesichts der wachsenden Aktivität der Entspannungsgegner und der zunehmenden antisowjetischen und antikommunistischen Propaganda gewinnt die weitere Festigung der Einheit und Geschlossenheit der kommunistischen und Arbeiterbewegung und in erster Linie der sozialistischen Länder - des entscheidenden Faktors für Frieden, Freiheit und sozialen Fortschritt der Völker, besondere Bedeutung.

TÜRKIYE SOSYAL TARİHİ RAŞTIRMA VAKFI

Internationale Wissenschaftliche Konferenz

„Der gemeinsame Kampf
der Arbeiterbewegung
und der nationalen Befreiungsbewegung
gegen Imperialismus,
für sozialen Fortschritt“

Rede von Roberto Cigana
Kommission zur Organisierung der Partei
des Werktätigen Volkes Äthiopiens

Zky

Berlin, 20. Oktober 1980 bis 24. Oktober 1980

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI
TÜSTAV

Der internationale Kampf gegen den Imperialismus - Bedeutung, Inhalt und Entwicklung

Ich möchte diese Gelegenheit wahrnehmen, um Ihnen die herzlichen Kampfesgrüße sowie die besten Wünsche des Zentralkomitees der Kommission zur Organisierung der Partei des Werktätigen Volkes Äthiopiens, des Volkes sowie der Regierung des sozialistischen Äthiopiens zu überbringen und gleichzeitig dieser außerordentlich bedeutsamen Konferenz bestes Gelingen zu wünschen.

Wie wir alle wissen, hat die Menschheitsgeschichte große und einzigartige Zivilisationen hervorgebracht, die einander ablösten oder aber in einer Art Koexistenz nebeneinander lebten. Berühmte Länder und Völker, die mit Stolz auf eine glorreiche Vergangenheit in Frieden, Fortschritt und Wohlstand zurückblicken, müssen doch zur gleichen Zeit die Last der Schuld und Angst tragen, die eine solche Vergangenheit mit sich bringt. Dort, wo Fortschritt und Wohlstand den Weg begleiteten, war dieser gleichzeitig immer von Kriegen und Untergang überschattet.

Die große Leistung der materialistischen Geschichtsauffassung besteht darin, daß sie die Gesetze und Kräfte aufgedeckt hat, die den gesamten gesellschaftlichen Entwicklungsprozeß bestimmen.

Auch unser historischer Optimismus und unser Glaube an die Menschheit entspringen dieser wissenschaftlichen Geschichtsauffassung. Mit diesem Optimismus und dieser Zuversicht kämpfen wir alle heute für den Zusammenschluß aller Menschen auf der Basis ihrer legitimen, objektiven und historischen Interessen. Natürlich kann man seine Interessen nur realisieren, wenn man sie richtig erkannt hat.

Aber worin besteht dieses "legitime, objektive und historische Interesse" der Menschheit? Es besteht, kurz gesagt, in der Beseitigung des Imperialismus, der Quelle allen Übels, der Quelle von Krieg und Vernichtung, die die Menschheit noch immer bedrohen. Die Wissenschaftlichkeit und die Richtigkeit dieser Antwort ergeben sich aus einer gründlichen

marxistisch-leninistischen Analyse der gegenwärtigen geschichtlichen Epoche, Dazu gehört vor allem, daß wir die Klasseninteressen erkennen, die gleichzeitig die wichtigsten und umfassendsten Interessen der Menschheit darstellen, deren Verwirklichung die Beseitigung des Imperialismus voraussetzt.

Eine Einschätzung des Wesens und Inhalts unserer Epoche ist gleichzeitig eine Einschätzung ihres grundlegenden Widerspruchs, ihrer gesellschaftlichen Kräfte sowie deren verschiedener Formen des Kampfes im Hinblick auf dessen grundlegende Entwicklungstendenzen.

Der Sieg der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution hat eine neue Ära, eine neue historische Epoche in der gesellschaftlichen Entwicklung der Menschheit eingeleitet. Seit Oktober 1917 befindet sich die Welt in einer Periode des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus und vollzieht dabei eine sozialistische Umwälzung. Über diese grundlegende Wende sagte W.I. Lenin: "Die Beseitigung des Kapitalismus und seiner Überbleibsel und die Schaffung der Grundlagen der kommunistischen Ordnung bilden den Inhalt der neuen Ära, in die die Menschheitsgeschichte eingetreten ist." (W.I. Lenin, Ges. Werke Band 31, S. 392)

Diese wissenschaftliche Einschätzung durch Lenin wurde in umfassender Weise von anderen historischen Ereignissen bestätigt, die die internationale kommunistische Bewegung in ihren auf den Beratungen 1960 in Den Haag und 1969 in Moskau erarbeiteten programmatischen Dokumenten analysiert und zusammengefaßt hat.

Der Entwicklungsprozeß dieser neuen historischen Epoche zeugt vom ständigen Anwachsen der Kräfte des Sozialismus, der nationalen Befreiungsbewegung und der Demokratie und rückt so auf wirksame Weise der Vorherrschaft des internationalen Kapitals zu Leibe. Es zeigt sich ganz deutlich, wie mit dem weiteren Vormarsch der gegen den Imperialismus kämpfenden Kräfte dieser weiter am Boden verliert. Die Fortsetzung und weitere Vertiefung dieser Krise brachten weitere Krisen hervor, jedoch unter anderen Bedingungen.

Die Herausbildung des sozialistischen Weltsystems hat

das internationale Kräfteverhältnis vollständig zu Ungunsten des Imperialismus verschoben. Die Kriege, die der Imperialismus an seiner Peripherie oder in den von ihm abhängigen Gebieten führte, endeten immer mit einer totalen Niederlage und leiteten einen neuen Abschnitt der Krise ein. Der größeren Klarheit wegen möchte ich hier auf einen Umstand aufmerksam machen, und zwar auf die Bedingungen und das Niveau des Kampfes der nationalen Befreiungsbewegungen sowie ihren festen Platz im gesamten revolutionären Weltprozeß und im Kampf gegen den Imperialismus.

Dieser antiimperialistische Kampf wurde erst im Ergebnis der durch das sozialistische Weltsystem geschaffenen günstigen Bedingungen möglich. Seit der Gründung des jungen Sowjetstaates und dem Beginn einer neuen historischen Epoche besteht zwischen den zwei antagonistischen Gesellschaftsordnungen, dem Sozialismus und dem Kapitalismus, der Hauptwiderspruch dieser Epoche. Dieser Hauptwiderspruch bleibt so lange bestehen, bis der Sozialismus im Weltmaßstab triumpht, was gleichzeitig den Abschluß dieser Epoche bedeutet. Daher sind bis zu diesem Zeitpunkt alle anderen Widersprüche der Art und Weise der Lösung des Grundwiderspruchs untergeordnet. Wir sind davon überzeugt, daß wir diesen Widerspruch ohne Weltkrieg und atomare Massenvernichtung lösen werden.

In diesem Licht und in diesem konzeptionellen Rahmen muß man das Wesen des Kampfes gegen den Imperialismus und seine Lakaien sehen. Sowohl objektive wie auch subjektive Faktoren wirken sich zum Schaden des Imperialismus aus und bewirken letztendlich seinen Untergang. Die internationale Arbeiterklasse und die internationale kommunistische Bewegung und darauf aufbauend die Erfolge des weltweiten Kampfes gegen den Imperialismus nehmen ihren Ausgangspunkt nicht zuletzt direkt in der Krise des Imperialismus.

Die russische Arbeiterklasse unter der Führung ihrer Partei und ihres großen Führers W.I. Lenin nutzte die tiefe Krise des Imperialismus, deren Ausdruck der erste Weltkrieg war. Der großartige Sieg der Oktoberrevolution, die eine neue Ära in der Menschheitsgeschichte einleitete, war auch der Ausgangspunkt für die erste weltweite Krise des Impe-

rialismus. Der erste große Sieg der Arbeiterklasse auf einem Sechstel der Erde bedeutete zugleich die erste große Niederlage, die das internationale Kapital hinnehmen mußte.

Von da an begann sich der revolutionäre Prozeß des weltweiten Übergangs zum Sozialismus im Fortschreiten der Krise des Imperialismus und ständigen Anwachsen der Kräfte des Sozialismus konkret zu manifestieren.

Unter der Führung des deutschen Faschismus unternahm der Imperialismus mit seinem Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion einen letzten Versuch, um den Sozialismus auszurotten. Jedoch vergeblich. Die Sowjetunion schlug den Aggressor nicht nur zurück und trug den Sieg davon, sie gab damit auch der Arbeiterklasse und deren Parteien in den Ländern Osteuropas die Möglichkeit, die Staatsmacht zu übernehmen, wodurch der Sozialismus zu einem Weltsystem werden konnte. Dieser Sieg über den Faschismus leitete die zweite Etappe der Krise des Imperialismus ein, der seinen Kampf um Vorherrschaft weiter verstärkte.

Heute stärkt die internationale antiimperialistische Bewegung ihre Reihen durch ihre Zusammenarbeit mit Menschen unterschiedlicher Auffassungen in der ganzen Welt. Unter der Führung des sozialistischen Weltsystems verstärken die Arbeiterklasse, Demokraten, gegen die Vorherrschaft der Monopole gerichtete Kräfte sowie linke Sozialdemokraten ihren Kampf gegen die transnationalen Monopole und die nationale Monopololigarchie direkt in den Hochburgen des Imperialismus.

Die nationalen Befreiungsbewegungen haben ebenfalls bedeutende Siege über den Imperialismus errungen. Das Ende der 50er Jahre und der Anfang der 60er Jahre waren Jahre des Triumphes und der Freude für die nationalen Befreiungsbewegungen in Asien und Afrika. Danach hat der Kampf in diesen Ländern neue Dimensionen angenommen und eine neue Qualität erreicht.

Eine richtige Einschätzung dieser Entwicklung gab die Internationale Beratung der Kommunistischen und Arbeiterparteien 1969 in Moskau. Sie stellte fest: "In den vergangenen zehn Jahren hat die Bedeutung des antiimperialistischen Kampfes der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas im re-

volutionären Weltprozeß weiter zugenommen. In einigen Ländern nimmt diese Bewegung antikapitalistischen Inhalt an." (Internationale Beratung der Kommunistischen und Arbeiterparteien, Moskau 1969, S. 27).

Die großen Siege, die die nationalen Befreiungsbewegungen Mitte der 70er Jahre errungen haben, sind ein klarer Beweis für diese neue Phase der Entwicklung. Hier an dieser Stelle macht es sich jedoch erforderlich, einen groben Abriß über die tiefe Krise zu geben, in die der Imperialismus geraten ist.

Eine eingehende Betrachtung der besonderen Merkmale der ökonomischen Krise Mitte der 70er Jahre ermöglicht uns eine Einschätzung der Bedingungen in der Welt, die den internationalen Kampf gegen den Imperialismus im allgemeinen und die nationalen Befreiungsbewegungen im besonderen günstig beeinflußt haben.

In den ersten Monaten des Jahres 1974 traten alle entwickelten kapitalistischen Staaten, die ja schließlich Vertreter des imperialistischen Weltsystems sind, in eine neue Phase der ökonomischen Krise ein. Das Ausmaß dieser Krise, die mit einer weiteren Vertiefung der allgemeinen Krise des Kapitalismus begann, war in der Nachkriegszeit ohne Beispiel. Den Ernst der Situation mußten selbst bürgerliche Ökonomen eingestehen, die einen Vergleich zur Krise der 30er Jahre zogen.

Wie Genosse L.I. Breshnew im Bericht des Zentralkomitees an den XXV. Parteitag der KPdSU feststellte, ist "die gegenwärtige Krise von ungewöhnlichem Ausmaß", und das gilt auch für die "starken Erschütterungen der kapitalistischen Weltwirtschaft, wie die Währungs-, Energie- und Rohstoffkrise zeigen. Die Inflation hat den Verlauf der Krise besonders verschärft." (L.I. Breshnew, Bericht des Zentralkomitees an den XXV. Parteitag der KPdSU, S. 34-35).

Die Tiefe und Schwere dieser Krise läßt sich mit Hilfe einiger ökonomischer Kennziffern weiter verdeutlichen.

Diese Gesamtindustrieproduktion in den entwickelten kapitalistischen Ländern fiel um 11,6 % unter den vor der Krise erreichten Stand. Die Krise erfaßte alle Industriezweige mit Ausnahme des Kohleabbaus und der Stromerzeugung.

Nach einigen uns zur Verfügung stehenden Angaben gingen im Ergebnis der Krise in den zehn führenden kapitalistischen Staaten mehr als 121 000 Unternehmen mit einem Kapital von jeweils über einer Million Dollar bankrott.

Das führte dazu, daß mit der Wirtschaftskrise von 1974/75 in den kapitalistischen Ländern der größte Anstieg der Arbeitslosigkeit seit dem letzten Krieg zu verzeichnen war. Nach Schätzungen der IAO stieg die Zahl der Arbeitslosen in den entwickelten kapitalistischen Staaten auf 18,5 - 20 Millionen Menschen.

Im gleichen Krisenzeitraum erzeugte die galoppierende Inflation einen gewaltigen Anstieg der Lebenshaltungskosten um durchschnittlich 45,4 %, wodurch sich die Lage der werktätigen Massen weiter verschlechterte. In den entwickelten kapitalistischen Ländern stiegen in dieser Zeit die Preise für Lebensmittel und wichtige Konsumgüter um durchschnittlich 18,7 %, wohingegen in den USA, in Japan, Großbritannien und einigen anderen Ländern die Reallöhne um 1-5 % sanken.

Gerade vor dem Hintergrund der Krise des Imperialismus kann man die großen Erfolge der für Frieden, Demokratie und Sozialismus kämpfenden Kräfte am besten verstehen. So hat der beharrliche Kampf des Volkes 1974 die seit vielen Jahren bestehenden Militärdiktaturen in Portugal und Griechenland zu Fall gebracht. Die weltweite Krise des Imperialismus führte auch dazu, daß der Kampf der tapferen Völker von Vietnam, Laos, Kampuchea, Moçambique, Angola, Guinea-Bissau und den Kapverdischen Inseln siegreich endete. Und nicht zuletzt hat sich im Februar 1974 das Volk von Äthiopien einmütig gegen die Imperialisten und ihre Handlanger in unserem Land erhoben und damit die demokratische Volksrevolution eingeleitet.

Genossen!

Das äthiopische Volk, das in die Struktur des imperialistischen Weltmarktes und der Arbeitsteilung integriert war, unterlag notwendigerweise auch deren Gesetzen. So wirkte sich die Krise von 1974-75 durch den Import von Brennstoffen, Industrierzeugnissen usw. zu erhöhten Preisen auch auf Äthio-

pien aus und löste dort wiederum einen Preisauftrieb für einheimische Erzeugnisse aus.

Kein Wunder also, daß einige der negativen Einflüsse der zu jener Zeit zugespitzten Krise des Imperialismus die unmittelbaren Ursachen für den Sturz der Herrschaft von Kaiser Haile Sellassie waren.

Die äthiopischen Kommunisten und die revolutionären Demokraten bewiesen den Volksmassen erfolgreich, daß der Imperialismus die Hauptursache und die Hauptstütze für den Despotismus im Lande waren. So nahm unsere Revolution, von einigen Monaten abgesehen, unbeirrbar Kurs auf eine antiimperialistische Entwicklung mit demokratischem und sozialistischem Inhalt.

Das heldenhafte und tapfere Volk von Äthiopien erfüllt heute unter der entschlossenen und klugen Führung des Genossen Vorsitzenden Mengistu Haile Mariam seine historische Pflicht im Kampf gegen den Imperialismus in einem seiner strategisch wichtigen Gebiete.

Ich möchte hier einige der Erfolge nennen, die wir im Kampf gegen den Imperialismus errungen haben und die in verschiedenen politischen Maßnahmen des Provisorischen Militärischen Verwaltungsrats sowie in von ihm erlassenen Gesetzen ihren Ausdruck finden.

Vor allem kommt der eindeutig antiimperialistische Kurs unserer Revolution in der politischen Arena zum Ausdruck. Seit dem 20. Dezember 1974, dem Tag, an dem der Provisorische Militärische Verwaltungsrat offiziell erklärte, daß der Sozialismus die Grundlage seiner Politik bildet, wurden bedeutsame Schritte in diese Richtung getan. Natürlich mußte zunächst ein gewaltiger Berg von Unklarheiten abgetragen werden, bevor ein hohes Maß an Klarheit und Stärke erreicht werden konnte, von dem die Veröffentlichung des Programmes des Provisorischen Militärischen Verwaltungsrats zeugt. Gegenwärtig führen die Kommunisten und die werktätigen Massen Äthiopiens einen entschlossenen Kampf zur Schaffung einer sie führenden Organisation.

Auch hier ist wieder die entschlossene und kluge Führung durch unseren Genossen Vorsitzenden Mengistu Haile Mariam her-

vorzuheben, unter der eine Organisation, und zwar die Kommission zur Organisierung der Partei des Werktätigen Volkes Äthiopiens (COPWE), Gestalt angenommen hat. Diese Organisation hat die Aufgabe, die führende Partei zu schaffen, die nunmehr im Entstehen begriffen ist.

Es muß klar sein, weshalb wir den politischen Aspekt unserer Revolution hervorheben. Um konsequent am antiimperialistischen Kampf teilnehmen zu können, braucht unsere Revolution die Arbeiterklasse und ihre Partei als Vorhut.

Alle weiteren Maßnahmen ergänzen nur diesen grundlegenden politischen Kampf sowie diese Entwicklung bzw. leiten sich daraus ab. Trotzdem sollte hier jedem klar sein, daß diese Maßnahmen, die der Provisorische Militärische Verwaltungsrat zur Umgestaltung der sozial-ökonomischen Grundlage ergriffen hat, nicht nur wirksam realisiert werden, sondern daß sie auch die günstigsten Bedingungen zur Verwirklichung der Volkdemokratie in Äthiopien geschaffen haben.

Darüberhinaus widerspiegeln sich die Erfolge und Errungenschaften unserer Revolution ganz klar in unserer Außenpolitik sowie unseren internationalen Beziehungen. Die imperialistische Hetzpropaganda und die bewaffnete Intervention durch Handlanger des Imperialismus schrecken das äthiopische Volk und seine provisorische Regierung nicht ab. Sie bleiben ihren antiimperialistischen Idealen treu.

Die äthiopischen Kommunisten, die revolutionäre Regierung und die Volksmassen sind sich der gegenwärtigen wütenden Aktionen des Imperialismus voll bewußt. Das äthiopische Volk versteht durchaus, daß die gegenwärtig geschürte Kriegshysterie sowie die verschiedenen Versuche, im Bereich der internationalen Beziehungen zum Klima des kalten Krieges zurückzukehren, böswillige und verzweifelte Machenschaften des Imperialismus sind. Außerdem haben sie praktische Lehren aus der hegemonistischen und chauvinistischen Politik der Pekinger Führung gezogen. Die Pekinger Führung hat sich im Verein mit den imperialistischen Kräften gegen die äthiopische Revolution gestellt, indem sie Somalia militärische Hilfe (Waffen und Personal) gewährt.

Genossen !

In der jüngsten Vergangenheit mußte der Imperialismus und vor allem der US-Imperialismus in zahlreichen Ländern und auf verschiedenen Ebenen große Niederlagen hinnehmen. Zu den Niederlagen Mitte der 70er Jahre kommen die Niederlagen des Imperialismus in jüngster Zeit: die historische Aprilrevolution in Afghanistan, die Ereignisse in Nicaragua und der Umschwung in Iran. Diese Ereignisse haben den Herrschaftsbereich des Imperialismus weiter zusammenschrumpfen lassen.

Aus Verärgerung über diese Reihe von Verlusten hat sich der US-Imperialismus auf die Ereignisse in Afghanistan gestützt und singt nun das alte Lied von der "kommunistischen Verschwörung" und der "sowjetischen Expansionspolitik" und verschärft dadurch die Spannungen in der Welt.

Die Regierung der Vereinigten Staaten hat jetzt eine gefährliche militärstrategische Theorie zur Ausweitung des Werrüstens entwickelt. Das zeigt sich ganz deutlich in der Billigung der "Direktive 59" durch Präsident Carter, die eine neue amerikanische Nuklearstrategie verkündet. Dieser äußerst gefährliche militärische Aufschwung beruht auf der Theorie des begrenzten Kernwaffenkrieges, die sich gegenwärtig bei den Monopolen des militärisch-industriellen Komplexes großer Beliebtheit erfreut. Der Staatshaushalt sieht für militärische Zwecke wie dieses großangelegte Projekt des Pentagon 130,4 Mia Dollar vor, während die geplanten Mittel für das Gesundheits-, das Transport- und das Bildungswesen stark gekürzt wurden.

Genossen !

Das ist - in kurzen Worten - die Globalstrategie des Imperialismus, die sich gegen alle Revolutionen, fortschrittlichen Bewegungen sowie gegen den Weltfrieden und den Wohlstand richtet.

Ohne Zweifel geschehen diese militärische Hochrüstung und die

Erweiterung der Militärstützpunkte aus wohlüberlegten regionalen Erwägungen heraus. Das trifft insbesondere auf die Stärkung des amerikanischen Militärpotentials im Indischen Ozean und im Persischen Golf zu, wo neue Militärbasen in Somalia, Oman und Kenia errichtet werden, um damit die USA in die Lage zu versetzen, ihren Würgegriff an dieser Region fester zu ziehen. Auf der anderen Seite stellen die Bemühungen der USA, die Staaten Südafrika, Ägypten, Israel und andere zu regionalen Gendarmen zu verwandeln, indem sie mit ungeheuren Mengen todbringender Waffen versorgt werden, die zweite Seite der Medaille dar, aus der die militaristische und abenteuerliche Politik dieses Staates deutlich hervorgeht.

Genossen !

Die Verwirklichung dieser Militärstrategie hat einen direkten Einfluß auf die äthiopische Revolution.

Der Imperialismus, der ständig alles getan hat, um unsere Revolution zu unterminieren, setzt nun das reaktionäre Regime in Mogadishu gegen uns in Bewegung. Die Tatsache, daß sich die Vereinigten Staaten ihren Weg nach Somalia erkauft haben und sich Stützpunkte in Berbera und Kisimayu sichern konnten, hat bei allen friedliebenden, fortschrittlichen und demokratischen Kräften Besorgnis erregt. Die Einrichtung dieser Stützpunkte durch die USA und die Präsenz ihrer Streitkräfte in Somalia bedrohen nicht nur unsere Unabhängigkeit und Souveränität, sondern bedeuten zugleich eine große Herausforderung für den Frieden in der Welt und die internationale Sicherheit. Das revolutionäre Äthiopien hat alle verantwortungsbewußten Regierungen und Völker auf die Gefährlichkeit dieser Situation aufmerksam gemacht, und wir sind nun der Meinung, daß es an der Zeit ist, diese schändliche Verschwörung aufzudecken, anzuprangern und zu verurteilen.

Trotz der zahlreichen Verschwörungen und Sabotageakte, die der Imperialismus gegen unsere Revolution unternommen hat, stellen

wir mit Dankbarkeit fest, daß die friedliebende internationale Öffentlichkeit stets im Geist der internationalen Solidarität auf unserer Seite stand. Entsprechend unseren internationalistischen Prinzipien haben auch wir den nationalen Befreiungskräften stets diplomatische und materielle Unterstützung gewährt. In der festen Überzeugung, daß der Kampf des revolutionären Äthiopien ein fester Bestandteil des weltweiten Kampfes für Frieden, Unabhängigkeit und Sozialismus ist, möchte unser Volk einmal mehr seiner festen Entschlossenheit Ausdruck verleihen, stets an der Seite aller Kräfte und Völker für Freiheit und Frieden zu kämpfen.

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMALARI
TÜSTAV

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI
TÜSTAV

Die Nachbarinseln im Süden sind: Dominica, Martinique, Santa Lucia, Sankt Vincent, Barbados, Grenada und weiter dann der südamerikanische Kontinent. Im Norden sind im wesentlichen zu nennen: Puerto Rico, Haiti, Santo Domingo, Jamaika und Kuba.

Zur Geschichte: Vor der Landung der französischen Kolonisatoren war unser Land von den Kariben bewohnt, die grausam ausgerottet wurden. Die Franzosen betrieben dann den Neger-Sklavenhandel, und erst im Februar 1948 wurde in Guadeloupe die Sklaverei offiziell abgeschafft. Unser Land ist immer eine Quelle großer Profite für den französischen Kolonialismus gewesen, der es im 18. Jahrhundert sogar gegen das riesige Kanada eintauschte.

Was die Staatsordnung anbetrifft, so gab Frankreich Guadeloupe wie auch Martinique, Guyana und der Insel Réunion die Bezeichnung eines überseeischen Departements.

Damals bestand die kommunistische Bewegung Guadeloupes als Departementsorganisation der Französischen Kommunistischen Partei gerade erst zwei Jahre. Sie lenkte und organisierte die Kämpfe um gleiche Rechte für die französischen Werktätigen und die Werktätigen Guadeloupes. Durch die großen Arbeiterkämpfe dieser Zeit konnte eine ganze Reihe sozialer Errungenschaften durchgesetzt werden, die eine merkliche Verbesserung der allgemeinen Lebensbedingungen in Guadeloupe mit sich brachten. Gleichzeitig trugen sie dazu bei, daß sich die Klassengegensätze verschärften und daß ein nationales Bewußtsein im Volk von Guadeloupe heranreifte.

So wurde unsere Partei 1958 von der Französischen Kommunistischen Partei unabhängig und steckte die Ziele eines nationalen und sozialen Befreiungskampfes ab. Ausgehend von der spezifischen Situation des Landes forderte sie die Autonomie im Rahmen einer Union mit Frankreich, wobei sie gleichzeitig die Forderung nach einer Entwicklungshilfe stellte, und zwar

in keiner Weise als Almosen, sondern als rechtmäßige Rückgabe der Reichtümer, die über Jahrhunderte aus dem Land herausgepreßt worden waren.

Die französische Kolonialmacht setzte alles ein, um das Volk daran zu hindern, diesen Weg der Entkolonialisierung zu beschreiten: Unterdrückung, Korruption, Manipulierung der Maoisten und anderer Abenteurer. Unsere Partei dagegen setzt ihre Anstrengungen fort, um die nationale Bewegung durch den politischen Kampf und Massenaktionen voranzubringen, und strebt die Bildung einer Nationalen Front an, um die Selbstbestimmung zu erzwingen.

Heute ist es für einen großen Teil unseres Volkes klar geworden, daß der Status eines Übersee-Departements nur dazu angeht, das Kolonialregime auf ewig zu halten und zu verschleiern. Es ermöglicht, die Einwohner Guadeloupes ihres Grunds und Bodens sowie ihrer Bodenschätze "legal" zu berauben.

Unsere Partei ringt um die Anerkennung unseres Rechts auf Selbstbestimmung durch die französische kolonialistische Regierung. Es handelt sich hier um ein sehr bedeutsames demokratisches Vorgehen.

Ausgehend von den objektiven und subjektiven Realitäten unseres Landes, fordern wir die volksdemokratische Autonomie, eine Etappe auf dem Weg einer Unabhängigkeit sozialistischen Inhalts, wie es auf unserem 7. Parteitag im Mai 1980 formuliert wurde.

Die Hauptaufgabe für die Kommunistische Partei Guadeloupes besteht darin, die Volksmassen an diese Position heranzuführen. Das ist der einzige Weg, um mit der kolonialen Ausplünderung Guadeloupes Schluß zu machen.

Die Wirtschaft Guadeloupes ist allerdings von einer echten Regression gekennzeichnet, die auf den systematischen Abbau

der Produktivsphäre des Landes, zurückzuführen ist. Innerhalb von 15 Jahren ging die Produktion des Haupterzeugnisses, des Zuckers, um die Hälfte zurück. Im gleichen Zeitraum sind die anderen traditionellen Kulturen wie Kaffee, Kakao, Maniok fast ganz verschwunden, und mit dem allmählichen Ruin der kleinen Bananenproduzenten wird dieser Wirtschaftszweig über kurz oder lang auch untergehen. Parallel dazu versuchen die Kolonialisten verbissen mit allen Mitteln, einschließlich der Korruption, dem Volk Guadeloupes jede Würde dadurch zu nehmen, daß sie künstlich eine auf der Konsumtion beruhende Wirtschaft schaffen, die durch ein übermäßiges Wachstum des Dienstleistungssektors gekennzeichnet ist, ohne Schaffung produktiver Tätigkeiten.

Das alles führt dazu, daß die Arbeiterklasse das Hauptopfer dieser ökonomischen Lage ist. 50 Prozent der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter sind von der Arbeitslosigkeit betroffen. Das erklärt, warum viele nach Frankreich emigrieren, wobei die Emigration von der französischen Regierung gefördert und organisiert wird: Die Zahl der Auswanderer wird auf ein Drittel der im Lande verbliebenen Bevölkerung Guadeloupes geschätzt.

Trotz gegenteiliger Behauptungen erzielt der französische Imperialismus enorme Profite aus seiner Herrschaft über Guadeloupe.

Er benutzt unser Land als Ausgangsbasis, von der aus das Monopolkapital die Region durchdringt. Er bereitet die Ausbeutung der Reichtümer unseres Meeresbodens vor. Auf militärischem Gebiet dient unser Land schon als Stützpunkt für Einschüchterungsmanöver und Aggressionsakte gegen die nationale Befreiungsbewegung sowohl in Guadeloupe als auch in den Nachbarländern.

Deshalb üben wir unerschütterliche Solidarität mit der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung seit 1960 (Moskauer Konferenz) sowie mit den Völkern der Karibik.

Diese Solidarität gewährt uns gegenwärtig eine wichtige politische Unterstützung und kann uns morgen helfen, die Unterentwicklung auf technischem und ökonomischem Gebiet wirklich zu überwinden.

Wir bemühen uns unsererseits bei jeder Gelegenheit, unsere Solidarität mit den anderen Abteilungen der kommunistischen und Arbeiterbewegung zu bekunden. Wir lassen KEINEN Angriff gegen die Bruderparteien vor allem gegen die, die sich in der ersten Reihe befinden, ohne Erwiderung. Wir betrachten diese Angriffe als gegen uns selbst, gegen unsere Zukunft gerichtet.

Wir, die Führung der P.C.G. vertreten die Auffassung, daß es von grundlegender Bedeutung ist, daß ALLE Opfer und ALLE Gegner des Imperialismus, jeder auf seinem Posten, einen energischen, systematischen und einheitlichen Kampf führen, damit die imperialistischen Bestrebungen zum Scheitern gebracht werden und der soziale Fortschritt beschleunigt wird.

Dieser Kampf muß vollständig und allumfassend sein: ökonomisch, politisch, diplomatisch, ideologisch, kulturell. Vor allem ist es angesichts der durch heimtückische Raffinesse gekennzeichneten ideologischen Aggression des Imperialismus notwendig, eine geeignete und konzentrierte Gegenreaktion zu organisieren.

Es ist ebenfalls unerlässlich, der Ausplünderung der Welt durch den Imperialismus durch die Errichtung einer neuen Wirtschaftsordnung ein Ende zu setzen.

Schließlich muß den kriegerischen Aktionen des Imperialismus ein Riegel vorgeschoben und der Frieden verteidigt werden. Der Kampf muß auf harmonische Weise koordiniert werden.

Wir müssen den Völkern folgendes klar aufzeigen:

- die Ursache und die Verantwortlichen ihres Elends, ihrer Leiden

- das zu deren Überwindung zu verfolgende Ziel
- die bestehenden Klassenkräfte und die Wechselwirkung zwischen ihnen
- die Wege und Mittel, um dieses Ziel zu erreichen.

In dieser Hinsicht gibt es keinen Zweifel, daß die Konferenz den Teilnehmern, und vermittelt durch sie allen anti-imperialistischen Kämpfern, das Rüstzeug liefern wird, die Wirksamkeit und die Resultate ihrer Aktivitäten zu erhöhen.

Deshalb möchte ich am Schluß meiner Ausführungen im Namen unserer Partei den Initiatoren dieser Konferenz, und vor allem den Genossen der SED, den Dank der Kommunisten Guadeloupes zum Ausdruck bringen und allen Teilnehmern brüderliche Grüße übermitteln.

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMALARI
TÜSTAV

TÜRKİYE SOSYAL TÜSTAV TARIH ARAŞTIRMA VAKFI

Internationale Wissenschaftliche Konferenz

„Der gemeinsame Kampf
der Arbeiterbewegung
und der nationalen Befreiungsbewegung
gegen Imperialismus,
für sozialen Fortschritt“

Rede

von

José Eduardo Barbosa

Mitglied des Nationalrates der
Afrikanischen Unabhängigkeitspartei ^{Guineas} Guineas und
der Kapverden (PAIGC)

Berlin, 20. Oktober 1980 bis 24. Oktober 1980

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI
TÜSTAV

Genosse Präsident !

Genossen Teilnehmer der Internationalen Wissenschaftlichen Konferenz !

Gleich zu Anfang möchten wir zum Ausdruck bringen, daß wir es als große Ehre empfinden, an dieser Konferenz teilzunehmen, die, da sind wir uns sicher, einen bedeutenden Beitrag leisten wird zur Analyse der vielfältigen und komplexen Probleme, die heute im Rahmen des Kampfes gegen Imperialismus, für Frieden und gesellschaftlichen Fortschritt auftreten.

Wir möchten auch die sich uns bietende Möglichkeit nutzen, um all jene zu grüßen, die mit dem bereichernden Beitrag ihrer Erfahrungen zu diesem Forum kamen, um so zum von allen gewünschten erfolgreichen Abschluß beizutragen.

Gleichzeitig begrüßen wir besonders herzlich die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands und ihr Zentralkomitee, denen es in ihrer Eigenschaft als Gastgeber gelungen ist, mit brüderlicher Herzlichkeit und in einer Art und Weise, die für sich spricht, alle notwendigen Bedingungen für die Durchführung dieser Zusammenkunft und die Erreichung der von uns allen angestrebten Ziele zu schaffen.

Unser Volk von Guinea und den Kapverden, geführt durch unsere Partei, die Afrikanische Unabhängigkeitspartei Guineas und der Kapverden, unter der erklärten Führung des unsterblichen Führers unseres Kampfes und Begründers der Nationalität, Genossen Amílcar Cabral, ist stolz darauf, durch ihren gewaltigen Kampf gestern gegen die Krallen des portugiesischen Kolonialismus und heute für den nationalen Wiederaufbau und die Errichtung einer neuen, gerechten Gesellschaftsordnung, frei von Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, einen festen, obwohl bescheidenen Beitrag geleistet zu haben und weiter zu leisten für das Voranschreiten der progressiven Kräfte der Welt, für die Schaffung einer Welt in Frieden, Fortschritt und wahrer Solidarität zwischen den Menschen,

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI
TÜSTAV

ohne Raum für irgendein Unterdrückungssystem.

Wir sind sicher, daß unsere Anwesenheit hier einen wertvollen Beitrag im weltweiten Kampf gegen Not, Ungerechtigkeit und Unterdrückung darstellen wird. Da unser Kampf ein Teil des allgemeinen Kampfes gegen den Imperialismus, für die Selbstbestimmung und Unabhängigkeit der Völker und für die Förderung der sozialen Gerechtigkeit ist, stellt unsere Teilnahme eine erneute Bestätigung der Gefühle der Solidarität dar, die uns mit allen hier Anwesenden verbindet. Gleichzeitig sind wir bestrebt, den größtmöglichen Nutzen aus den Lehren zu ziehen, die jeder von Euch mit der Erfahrung von vielen Jahren des Kampfes gegen Unterdrückung und für den gesellschaftlichen Aufbau hat sammeln können.

Genosse Präsident !

Während unseres langen nationalen Befreiungskampfes, der Guinea-Bissau den Charakter eines langanhaltenden Volkskampfes gegen den portugiesischen Kolonialismus annahm, konnten wir feststellen, daß dann, wenn sich die imperialistischen Länder um den kolonialen Unterdrücker scharten und ihn durch alle ihnen zur Verfügung stehenden Formen unterstützten, das Volk, obwohl es weiterhin in erster Linie hauptsächlich auf seine eigenen Kräfte gestellt war, allen Machenschaften des Feindes widerstehen konnte. Dank der Unterstützung der sozialistischen Länder und aller progressiven Kräfte der Welt isolierte es ihn auch auf diplomatischer Ebene und erzielte immer größere politische und militärische Siege.

Der Sieg der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, die erste große Niederlage des Imperialismus, stellte für uns eine große Lehre dar und sicherte uns für die wirksame Entwicklung unseres Kampfes die ganze Hilfe des Vaterlandes, der Sowjets und der übrigen sozialistischen Länder.

Infolge des zweiten Weltkrieges, der die Widersprüche und

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI
TÜSTAV

Schwächen des Imperialismus ganz deutlich zeigte, und durch die Erlangung der Unabhängigkeit vieler kolonialisierter Länder konnte unser Volk sich über die Ziele seines langen Widerstandes gegen die koloniale Unterdrückung klar werden und die Partei schaffen, die es im erfolgreichen Kampf für die nationale und soziale Befreiung führen sollte.

Der Kampf des portugiesischen Volkes, der Werktätigen, der Bauern und Arbeiter gegen das kolonialfaschistische System sowie der Kampf der Werktätigen und Arbeiter der mit Portugal verbündeten Länder haben ebenfalls einen beachtlichen Beitrag zum Umsturz des Faschismus in Portugal und zur Schaffung der Bedingungen geleistet, die die schnelle Erlangung der Unabhängigkeit der ehemaligen Kolonien Portugals ermöglichen sollten.

Deshalb hat unsere Partei in ihren Analysen immer die Freunde von den Feinden zu unterscheiden gewußt und hat die bestehende Wechselwirkung zwischen der nationalen Befreiungsbewegung einerseits, den sozialistischen Ländern andererseits und schließlich der internationalen Arbeiterbewegung als der drei dynamischsten Kräften unserer Epoche verstanden im Kampf gegen Imperialismus und alle Arten von Unterdrückung und Ausbeutung des Menschen durch den Menschen.

Die Analyse der Erfahrungen der Länder, die die Unabhängigkeit erlangt haben, insbesondere im Rahmen Afrikas, ermöglicht es uns, wie Cabral sagte, von den positiven und negativen Erfahrungen, von den Erfahrungen der wahrhaften und falschen Unabhängigkeit zu sprechen.

Deshalb leitet die P.A.I.G.C., die zuverlässig die legitimsten Wünsche der Volksmassen Guineas und der Kapverden interpretiert, einen revolutionären Prozeß, der einen nichtkapitalistischen Entwicklungsweg unserer Länder verfolgt, der kompromißlos die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen zu bekämpfen und die soziale Gerechtigkeit in unseren Ländern

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI
TÜSTAV

zu schaffen sucht.

Genosse Präsident !

Das Wirken des Imperialismus, über das wir hier keine historische Rückschau halten wollen, hat die Welt in eine Situation ständiger Unruhe geführt, in der die Völker, besonders diejenigen, die legitim für ihre Unabhängigkeit oder für die Bewahrung ihrer revolutionären Errungenschaften kämpfen, unter ständiger Kriegsgefahr leben.

Mehr denn je liegt heute das Leben der Mehrheit der Menschen, die auf unserem Planeten leben, in den Händen einer Minderheit, und es droht die Gefahr eines nuklearen Krieges, den Millionen und Abermillionen von friedliebenden und gerechtigkeitsliebenden Menschen zurückweisen.

Andererseits sehen wir mit wachsender Besorgnis, wie die Rüstungskosten erschreckend ansteigen, während Millionen von Menschen weiterhin zum Hunger, zum Elend und zu den unmenschlichsten Lebensbedingungen verurteilt sind. Wir verurteilen das Klima der Spannungen, das heute existiert, und bringen unsere Überzeugung zum Ausdruck, daß es dringend notwendig ist, Maßnahmen voranzutreiben zur schrittweisen allgemeinen und vollständigen Abrüstung und zur Verwendung der ungeheuren Mittel, die für den Krieg verschwendet werden, im Dienste der Förderung des Fortschritts und des sozialen Wohlstandes der Menschheit.

Genosse Präsident,
Genossen Konferenzteilnehmer !

Die gegenwärtige Weltlage ist gekennzeichnet durch die Existenz einer allgemeinen Krise des kapitalistischen Systems, das sein Wesen jeden Tag deutlicher enthüllt.

Die Kluft, die die reichen und hochindustrialisierten Länder

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI
TÜSTAV

von den armen Ländern trennt, wird immer größer, und die Ungleichheit in den internationalen Austauschbeziehungen nimmt immer mehr zu.

Die Rohstoffe und die Produkte der Entwicklungsländer haben immer weniger Gewicht gegenüber der wachsenden Verteuerung der Technik und Technologie, die sie nur in den reichen Ländern kaufen können. Die Auswirkungen der Energiekrise werden für die unterentwickelten Länder immer deutlicher spürbar, besonders für diejenigen, die nicht über eigene Energiequellen verfügen.

Aus diesem Grund schließt sich jeden Tag eine ständig wachsende Zahl von Ländern der Bewegung des Kampfes um gleichberechtigte internationale Wirtschaftsbeziehungen an, als unerläßliche Voraussetzung zur Schaffung einer Welt des Friedens und zur Entwicklung aller Völker, damit sie die Errungenschaften der Wissenschaft und Technik gleichberechtigt nutzen können und diese nicht nur einigen wenigen zugute kommen, während die Mehrheit offenkundig zum tiefsten Elend verurteilt ist.

Genosse Präsident !

Im Bewußtsein der ungeheuren Gefahren und Probleme, die die heutige Welt durchlebt, übt unsere Partei seit 1956 eine Politik der friedlichen Koexistenz und der Nichtpaktgebundenheit aus und achtet streng auf die Unabhängigkeit ihres Denkens und Handelns im Sinne der Verwirklichung einer eigenen Lösung unter unseren konkreten Bedingungen, ohne dabei zu vergessen, daß sich unser Kampf im Rahmen eines größeren Kampfes vollzieht, der das Glück der ganzen Menschheit und die Entwicklung brüderlicher und solidarischer Bande anstrebt, die alle Völker der Welt vereinen.

Trotz des Sieges von Simbabwe, den wir alle voller Freude als eine der interessantesten Erfahrungen der Befreiung der Völker und als einen großen Sieg für Afrika und für die ganze Welt

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI
TÜSTAV

begrüßen, sehen wir uns heute immer noch voller Besorgnis und Abscheu der Furie des Imperialismus gegenüber, der um jeden Preis seine Existenz zu erhalten trachtet.

Genossen, selbst in dem Moment, in dem sich die Stunde der Unabhängigkeit aller Völker Afrikas nähert, erleben wir die niederträchtigsten Versuche, den heldenhaften Befreiungskampf Namibias und der Westsahara zu zerschlagen und die vergeblichen Versuche, die Existenz des Apartheidregimes, des hassenswertesten Herrschaftssystems, das wir kennen, zu verewigen.

Im Nahen Osten gehen die Machenschaften des Zionismus verbündet mit dem internationalen Imperialismus weiter, die darauf abzielen, die Selbstbestimmung und Unabhängigkeit des palästinensischen Volkes und die Anerkennung seiner nationalen Rechte, nämlich des Rechtes auf ein eigenes Vaterland, zu verhindern.

In Ost-Timor wird ein Volk, das unter der heroischen Fahne der FRETILIN um die Wiedereroberung seiner Würde kämpft, hingeschlachtet.

Genossen, wir erleben also überall Versuche, die Spannungen und die Destabilisierung zu verallgemeinern mit der irrationalen Zielstellung, das Rad der Geschichte zurückzudrehen.

Genosse Präsident !

Zum Abschluß möchten wir noch einmal unsere Überzeugung zum Ausdruck bringen, daß alle hier Anwesenden ihr Bestes zu einem erfolgreichen Verlauf dieser internationalen Konferenz geben werden.

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI
TÜSTAV

Internationale Wissenschaftliche Konferenz

„Der gemeinsame Kampf
der Arbeiterbewegung
und der nationalen Befreiungsbewegung
gegen Imperialismus,
für sozialen Fortschritt“

Rede von Sidiki Diarra

Mitglied des Nationalrates der Demokratischen
Union des Malinesischen Volkes

Berlin, 20. Oktober 1980 bis 24. Oktober 1980

TÜRKİYE SOSYAL TÜSTAV
TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

Sektion 2

Der Kampf gegen den Neokolonialismus, für eine demokratische
Organisierung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen

Werter Genosse Generalsekretär der Sozialistischen Einheits-
partei Deutschlands!

Werte Genossen Mitglieder des Zentralkomitees!

Werte Genossen Delegierte!

Zu Beginn meiner Ausführungen auf dieser vom Zentral-
komitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands or-
ganisierten internationalen wissenschaftlichen Konferenz
möchte ich allen Mitgliedern der SED sowie ihrem ruhmreichen
Generalsekretär, Genossen Erich Honecker, möchte ich den De-
legierten aller befreundeten Parteien im Namen des General-
sekretärs der Demokratischen Union des Malinesischen Volkes
die freundschaftlichen Grüße der Mitglieder der UDMF und
ihres Generalsekretärs, des Generals Moussa Traore, über-
bringen. Mit meinen Ausführungen möchte ich gleichzeitig
das Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutsch-
lands zur Organisierung dieser wissenschaftlichen Konferenz
beglückwünschen, die unter dem Thema "Der gemeinsame Kampf
der Arbeiterbewegung und der nationalen Befreiungsbewegungen
gegen Imperialismus, für sozialen Fortschritt" steht.

Für die Demokratische Union des Malinesischen Volkes
besitzt das Stattfinden dieser Konferenz eine symbolische
Bedeutung, denn sie bringt auf überzeugende Weise eine stän-
dig vorhandene, objektive Gegebenheit zum Ausdruck, nämlich
den weltweiten Klassenkampf. In der Tat leugnet niemand mehr
jenes Weltsystem, das auf der Unterdrückung von Klassen, auf
der Unterjochung und Beherrschung anderer Völker beruht. Der
Imperialismus beutet die Völker ökonomisch aus, er unter-
drückt sie moralisch und beherrscht sie auf sozialem und
kulturellem Gebiet. Als politisches System und als Gesell-
schaftsstruktur hat sich der Imperialismus im Verlaufe der
Geschichte bezüglich seiner Formen und Methoden gewandelt.

Welcher Form, welchen Methoden des Imperialismus stehen wir zum gegenwärtigen Zeitpunkt gegenüber?

Der Zweite Weltkrieg bedeutete das Ende der Epoche des Imperialismus als Kolonisator; mit dem Ende dieses Krieges begann ein neuer historischer Zeitabschnitt, der vom Zusammenbruch der Kolonialreiche gekennzeichnet wird. Zum damaligen Zeitpunkt gab es auf dem afrikanischen Kontinent nur zwei unabhängige Staaten; heute sind es mehr als fünfzig.

Im Klassenkampf auf der Ebene der internationalen Gemeinschaft wurde bereits unbestreitbar ein großer Sieg errungen, ein historischer Sieg der kämpfenden Kräfte der Völker. Obwohl dieser Sieg einen entscheidenden Fortschritt bedeutet, hat er der Ausbeutung, der Unterdrückung und der Beherrschung der Völker in der internationalen Gemeinschaft kein Ende gesetzt. Er hat den Imperialismus nicht vollständig vernichtet, der seit unseren ersten Siegen im nationalen Befreiungskampf neue Methoden und neue Formen entwickelt hat, um sein Überleben zu sichern. Es handelt sich dabei um die Methode des Neokolonialismus. Für den Imperialismus stellt sich die internationale Gemeinschaft als in zwei große Strömungen unterteilt dar:

- einmal die Staatenmetropolen als zentrale Kerne, die auf allen Ebenen die Macht ausüben;

- zum anderen die vom Neokolonialismus beherrschten Staaten, die an der Peripherie existieren, auf allen Gebieten beherrscht werden und deren Interessen nur so weit in Betracht gezogen werden, als sie in wesentlichem Maße zur Sicherung des Wohlstandes der zentralen Staaten beitragen.

Wir müssen hier unbedingt feststellen, daß jene peripheren Staaten nicht nur schlechthin für das Zentrum arbeiten, sondern daß ihre Existenz allein darauf gerichtet ist, das Zentrum am Leben und in Wohlstand zu erhalten. Auf Grund dieser internationalen Arbeitsteilung, dieser der Peripherie aufgezwungenen Funktion bedeutet jede Regung in einem Land einen Versuch, sich von den Forderungen der Staatenmetropolen zu lösen. Wenn demzufolge ein neuer Staat, der nach Erlangung der politischen Unabhängigkeit auf einem ehemals kolonisier-

ten Gebiet entstanden ist, versucht, eine Volkswirtschaft aufzubauen, die den Interessen seines Volkes entspricht, eine Kultur zu schaffen, die von jeglichem ausländischen Einfluß frei ist, wenn er eine Politik verfolgt, die das Volk zum unumschränkten Herrscher im Innern macht, und wenn dieser Staat somit zu einem Land wird, das entschlossen ist, sich nicht in die Rolle eines Bediensteten des Imperialismus drängen zu lassen und das Los nicht zu teilen, das ihm der Imperialismus vorschreiben möchte, wenn der neue Staat sich als unabhängiger und allseitig souveräner Staat beweisen will - dann bedient sich der Imperialismus unverzüglich Methoden zu dessen Destabilisierung. Er dringt auf allen Gebieten in das Leben des Volkes des jeweiligen Landes ein: in die Wirtschaft, die Wissenschaft und Technologie, die Gesellschaft und Kultur, ja in bestimmten Fällen kommt es zu einer regelrechten bewaffneten Aggression gegen das betreffende Land.

Gewiß ist es irrig, heutzutage anzunehmen, irgendein Land könne unabhängig von seinem politischen Regime und seinen Naturreichtümern, ökonomisch gesehen autark leben. Diese Behauptung wird durch die ökonomische, wissenschaftlich-technische und technologische Zusammenarbeit zwischen dem sozialistischen und dem imperialistischen Lager untermauert. Diese Zusammenarbeit erfolgt nicht mehr nur gelegentlich, sie trägt einen systematischen und gezielten Charakter. Worum es geht, ist nicht die Zusammenarbeit an sich, sondern der Charakter dieser Kooperation, die im Dienst der Befreiung und Entwicklung unserer Völker stehen muß; sie muß ein wirksames Mittel in unserem Kampf gegen jedwede Ausbeutung des Menschen durch den Menschen sein. Unter normalen Bedingungen bilden Wissenschaft, Technik und Technologie die größten Errungenschaften des Menschen zum Wohle der Völker; und unabhängig vom Charakter des Regimes in dem Lande, in dem sie zur Blüte gelangen, sollten sie ein Besitztum darstellen, das anderen Völkern vorzuenthalten ein Verbrechen ist. Getreu diesem Grundsatz ist unsere Partei, die Demokratische Union des Malinesischen Volkes, entschlossen, auf der Grundlage völliger Gleichheit und des gegensei-

tigen Vorteils mit allen Parteien und auf allen Gebieten zusammenzuarbeiten.

Seit ihrem Gründungsparteitag im März 197⁺) führte die Demokratische Union des Malinesischen Volkes das malinesische Volk entschlossen auf den Weg des Aufbaus einer demokratischen und gerechten Gesellschaft, einer Nation, die dem Fortschritt und der Zusammenarbeit aufgeschlossen gegenübersteht, jedoch fest entschlossen ist, ihre Unabhängigkeit zu festigen und ihre Souveränität zu bewahren. In diesem Zusammenhang entschied sich die Demokratische Union des Malinesischen Volkes für eine unabhängige und planmäßige Entwicklung der Volkswirtschaft sowie für einen Staat nationaler Demokratie, der seiner Natur nach die organisierte politische Macht der arbeitenden Massen, die für eine unabhängige und fortschrittliche Entwicklung eintreten, verkörpert.

In der Überzeugung, daß es nicht möglich ist, eine Sache zu wollen und gleichzeitig auf die Mittel zur Erreichung derselben zu verzichten, wird unsere Partei die notwendigen Schritte zur Verwirklichung ihres Programms wissenschaftlich begründen, wird sie sämtliche sozialen Kräfte, die an der Realisierung der jeweiligen Etappen interessiert sind, objektiv identifizieren und ihnen helfen, wird sie diejenigen sozialen Kräfte, die sich der Verwirklichung der demokratischen Aufgaben entgegenstellen, herausfinden und unschädlich machen. Unser Kampf gegen den Neokolonialismus, für eine bessere Organisation der internationalen Wirtschaftsbeziehungen fügt sich in diesen Gesamtrahmen ein. Dabei geht es uns im Lande selbst um die Erlangung der ökonomischen Unabhängigkeit (die jedoch keine Autarkie bedeutet) und um die soziale Befreiung, das heißt um die Verbesserung der ökonomischen und kulturellen Lage der Volksmassen, um die Beseitigung des Elends, um die Teilnahme der Werktätigen an der Leitung des Staates. Bestrebt, ihr Vorgehen stets mit der Realität in Übereinstimmung zu bringen, schuf die Demokratische Union des Malinesischen Volkes die politischen, ökonomischen und sozialen Bedingungen für tiefgreifende Umgestaltungen.

+) Jahreszahl im frz. Original unleserlich (d. Übers.).

Werte Genosse Generalsekretär der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands!

Werte Genossen Delegierte!

Vor zwei Wochen, genauer gesagt am 7. Oktober 1980, beging das Volk der Deutschen Demokratischen Republik den 31. Jahrestag seiner Staatsgründung. Anlässlich dieses Jubiläums übermittelte der Generalsekretär der Demokratischen Union des Malinesischen Volkes, General Moussa Traore, im Namen des malinesischen Volkes, seiner Partei und seiner Regierung ein Glückwunschsreiben an Genossen Erich Honecker, Generalsekretär der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, und an das gesamte Volk der Deutschen Demokratischen Republik. Gleichzeitig begrüßten alle demokratischen Organisationen der Republik Mali (Gewerkschaft, Jugendliche, Frauen) dieses bedeutsame Ereignis. Dies bringt sehr deutlich die ausgezeichneten Beziehungen zum Ausdruck, die seit der Erlangung der Unabhängigkeit seitens unseres Landes zwischen unseren beiden Völkern, unseren beiden Parteien sowie unseren demokratischen Organisationen bestehen.

Unsere Partei, die Demokratische Union des Malinesischen Volkes, begrüßt die Aktionseinheit mit der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands im Hinblick auf die Errichtung einer gerechteren, ausgewogeneren und lebensfähigeren Gesellschaft, einer Gesellschaft für den Menschen.

Unsere Partei schätzt die Grundsätze, auf denen die Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und den Staaten Afrikas, Asiens und Lateinamerikas beruhen, hoch ein. Dabei handelt es sich

- um das Recht eines jeden Volkes, selbst über sein politisches System zu entscheiden;
- um den Verzicht auf Gewaltanwendung und -androhung;
- um die Achtung der Souveränität und Unverletzlichkeit der Grenzen;
- um die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten;
- um Hilfe und solidarische Unterstützung sowie um Zusammenarbeit auf ökonomischem Gebiet sowie in anderen Bereichen auf der Grundlage völliger Gleichheit und des gegen-

seitigen Vorteils.

Diese Grundsätze bedeuten für unsere Partei und für alle auf dieser Konferenz anwesenden Parteien das Unterpfand für eine gerechte und ausgewogene Zusammenarbeit, bedeuten die Grundlage für eine demokratische Organisierung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen.

Zu einem Zeitpunkt, wo unsere Partei den Kampf um die Eroberung von Wissenschaft, Technik und Technologie aufnimmt und zu diesem Zweck ein technologisches Bildungswesen schafft, das Schule und Umwelt eng miteinander verbindet, gibt unsere Partei ihrem Wunsch nach einer weiteren Verstärkung der bereits zwischen unseren beiden Ländern auf dem Gebiet des Bildungswesens bestehenden Zusammenarbeit Ausdruck. Möge sich diese Zusammenarbeit auch auf andere Bereiche des Lebens unseres Volkes ausdehnen.

Werter Genosse Generalsekretär!

Werte Genossen Mitglieder des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands!

Noch einmal danke ich Ihnen für Ihre Einladung. Ich kann Ihnen im Namen des Generalsekretärs der Demokratischen Union des Malinesischen Volkes die völlige Bereitschaft unserer Partei versichern, an einer besseren Organisierung der Weltwirtschaftsbeziehungen, am Kampf für Frieden und sozialen Fortschritt mitzuwirken.

Wir wünschen umfangreiche und fruchtbringende Diskussionen, die es uns ermöglichen, sämtlichen Aspekten des Kampfes gegen den Neokolonialismus gerecht zu werden.

Es lebe die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands!
Es lebe der Kampf gegen Imperialismus, für sozialen Fortschritt!

Internationale Wissenschaftliche Konferenz

„Der gemeinsame Kampf
der Arbeiterbewegung
und der nationalen Befreiungsbewegung
gegen Imperialismus,
für sozialen Fortschritt“

Rede von Dr. Yussuf M. Dadoo,
Vorsitzender der Südafrikanischen
Kommunistischen Partei

Berlin, 20. Oktober 1980 bis 24. Oktober 1980

TÜRKİYE SOSYAL TÜSTAV
TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

Die Kommunistische Partei Südafrikas begrüßt die Initiative der Sozialistischen Einheitspartei und der Zeitschrift "Probleme des Friedens und Sozialismus" zur Einberufung dieser Konferenz zu Fragen, die für die gesamte Menschheit von außerordentlicher Bedeutung sind. Wir kommen zusammen zu einer Zeit, da der US-Imperialismus die Gefahr eines atomaren Weltbrandes heraufbeschwört. Die Frage nach Krieg oder Frieden überschattet alle anderen Probleme, und wir sind überzeugt, daß diese Konferenz mit ihren Mitteln den Kampf für Frieden, Abrüstung und gesellschaftlichen Fortschritt unterstützen wird.

Der Kampf für Entspannung und Weltfrieden erfordert die Aktionseinheit aller friedliebenden Kräfte, um einen Atomkrieg zu verhindern. Unsere wichtigste Aufgabe muß es sein, die Beendigung der imperialistischen Aggressionspolitik zu erreichen. Der Imperialismus spielt ein sehr gefährliches Spiel, indem er die Spannung verschärft und neue Konflikte heraufbeschwört und damit Frieden und Sicherheit in der Welt bedroht.

Liebe Genossen, wir möchten diese Gelegenheit benutzen, um der Sozialistischen Einheitspartei und dem Volk der DDR, den Erbauern des Sozialismus, für ihre großzügige und allseitige politische wie auch materielle Unterstützung für das kämpfende Volk von Südafrika unsere tiefe Hochachtung und unseren herzlichen Dank auszusprechen. Das ist ein praktisches Beispiel für die große Bedeutung des proletarischen Internationalismus.

Auf unserem Kontinent werden die Ideen des wissenschaftlichen Sozialismus in wachsendem Maße zur materiellen Gewalt. Wir sind jetzt Zeuge einer für Afrika beispiellosen breitangelegten und umfassenden Suche nach wissenschaftlichen Lösungen für derart dringende Probleme wie die wirtschaftliche Unterentwicklung, Hunger, Armut, Krankheiten und Analphabetentum. Die Siege, die die revolutionären Kräfte in Angola, Guinea-Bissau, Mocambique und Simbabwe mit der Waffe in der Hand errungen haben, und der zunehmende bewaffnete Kampf in Namibia und im rassistischen Südafrika haben diesen Prozeß positiv beeinflußt.

Der Kampf für nationale und soziale Befreiung im südlichen Afrika kommt in der weltweiten Auseinandersetzung zwischen den Kräften der nationalen Befreiung, des Sozialismus und Friedens und denen des Imperialismus, Neokolonialismus, des Krieges und der einheimischen Reaktion gewaltige Bedeutung zu.

Die Entwicklung Südafrikas zu einem monopolkapitalistischen Staat und zu einem Bestandteil des Weltimperialismus unterscheidet das Land von den anderen Ländern des afrikanischen Kontinents. Das gesamte Ausbeutungssystem ist in Südafrika jedoch von rassistischer und nationaler Unterdrückung gekennzeichnet. Das eine kann ohne das andere nicht sein. Hauptopfer der unmenschlichen und schrecklichen Auswirkungen der Apartheid-Politik ist die schwarze Arbeiterklasse. Nur durch die gewaltige Ausbeutung der Arbeitskraft der Schwarzafrikaner kann sich das rassistische und kapitalistische System reproduzieren. In diesem komplizierten und einzigartigen Wechselspiel zwischen rassistischer, nationaler und klassenmäßiger Unterdrückung in einem hochentwickelten kapitalistischen Land bleiben wir fest auf unserem Standpunkt stehen, daß der Hauptinhalt der Revolution die nationale Befreiung des afrikanischen Volkes sein muß. Wir können jedoch unter unseren Bedingungen das Ungeheuer 'Apartheid' nur dann wirksam vernichten, wenn wir das sozial-ökonomische

System, das es hegt und pflegt, grundlegend verändern.

Angesichts einer der grausamsten Schreckensherrschaften unserer Zeit gewinnt der aktive Kampf in Südafrika täglich an Stärke. In jeder Sphäre des Kampfes - des politischen, ökonomischen, sozialen und bewaffneten - manifestieren die Massen und ihre revolutionären Bewegungen ihren unbeugsamen Willen, frei zu sein. Es vergeht kein Tag ohne Streiks in einem oder mehreren Teilen des Landes, Streiks an Schulen und Widerstandsaktionen in ländlichen Gebieten, Städten und Ortschaften. Die illegale Tätigkeit des Afrikanischen Nationalkongresses und der Kommunistischen Partei Südafrikas konnte besser organisiert und ihre Wirksamkeit erhöht werden. Die Volksarmee, UMKHONTO WE SIZWE (Speer der Nation) hat mutige Angriffe auf Unterdrückungs-, Verwaltungs- und Industrieobjekte des Feindes unternommen. Unser Volk ist fester als je zuvor davon überzeugt, daß das System der nationalen Unterdrückung und klassenmäßigen Ausbeutung nur durch bewaffneten revolutionären Kampf beseitigt werden kann. Diese Strategie des bewaffneten Kampfes entwickelt sich gleichzeitig mit der Mobilisierung unseres Volkes in legalen und halblegalen Organisationen und Kämpfen. Die Initiative ist eindeutig in die Hände der Unterdrückten und ihrer revolutionären Organisationen übergegangen.

Als Antwort auf die beispiellose Intensität unseres Kampfes hat das Rassistenregime seinen Unterdrückungsapparat weiter ausgebaut. Das Wachstum des militärisch-industriellen Komplexes, die Verbreitung einer Kriegspsychose unter der weißen Bevölkerung, die militaristische Strategie des 'totalen Krieges', die brutalen Überfälle auf die Frontstaaten sowie die Drohung des Einsatzes von Atomwaffen zeigen deutlich das aggressive Wesen der herrschenden Klasse sowie die Gefahr, die sie für die Sicherheit und den Frieden in Afrika und in der ganzen Welt heraufbeschwört.

Wir begrüßen die Aktionen der Frontstaaten zur Durchkreuzung des rassistischen Planes einer "Konstellation der Staaten im südlichen Afrika", der ein großangelegtes Manöver

zur Einbeziehung der Nachbarstaaten in den Kontroll- und Herrschaftsbereich des südafrikanischen Imperialismus darstellt.

Wir möchten betonen, daß uns keinerlei Zwang und Gewaltanwendung von dem von uns gewählten Weg abbringen wird. Die KP Südafrikas, als untrennbarer Bestandteil des revolutionären Bündnisses für nationale Befreiung unter der Führung des ANC, wird ihre Aufgaben und Verpflichtungen gegenüber dem Volk von Südafrika und der internationalen Arbeiterbewegung erfüllen. Auf der letzten Tagung des ZK haben wir uns vorgenommen, für folgende Aufgaben verstärkt zu wirken:

- a) Stärkung der gesamten Befreiungsbewegung;
- b) Größtmögliche Verbreitung der freiheitlichen Ideen des Marxismus-Leninismus;
- c) Festigung der Reihen unserer Partei durch Gewinnung der politisch fortgeschrittensten Aktivisten, insbesondere aus den Reihen des Proletariats;
- d) Verbreitung der Erkenntnis vom Zusammenhang zwischen rassistischer Unterdrückung und kapitalistischer Ausbeutung und Erlangung der Unterstützung der Massen für die Perspektive einer künftigen sozialistischen Gesellschaft in Südafrika;
- e) Stärkung der Waffe des proletarischen Internationalismus und Kampf gegen jegliche Formen eines engstirnigen und rückständigen Nationalismus und Rassismus sowie
- f) Besondere Hinwendung zur politischen und gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiterklasse, insbesondere an den Arbeitsplätzen.

Auf dem gesamten Kontinent verschärft sich die Auseinandersetzung zwischen den Kräften des Imperialismus und denen der nationalen Unabhängigkeit. Auf der ersten historischen Zusammenkunft der kommunistischen und Arbeiterparteien aus

dem tropischen und südlichen Afrika waren sich deren Teilnehmer darin einig, daß der Kapitalismus nicht in der Lage ist, auch nur eines der vor unserem Volk stehenden grundlegenden Probleme zu lösen, und daß es in der Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus unmöglich ist, ohne den entschiedenen Vormarsch zum Sozialismus zu wahrer wirtschaftlicher Unabhängigkeit zu gelangen.

Für die weitere Entwicklung des revolutionären Prozesses in Afrika ist es von außerordentlicher Bedeutung, die auf einer breiten Basis beruhenden revolutionären Bewegungen in marxistisch-leninistische Parteien umzuwandeln. Das zeigt sich besonders in Angola und Mocambique. Wir betrachten sie als einen Bestandteil der marxistisch-leninistischen Vorhut auf unserem Kontinent. Diejenigen Staaten und Parteien, die standhaft und prinzipienfest eine antiimperialistische und gesellschaftlich fortschrittliche Politik verfolgen, können dabei mitwirken, einen bedeutsamen Beitrag zur schöpferischen Weiterentwicklung der Wissenschaft des Marxismus-Leninismus zu leisten. Sie sind ein lebendiger Beweis dafür, daß der Marxismus in Theorie und Praxis ebenso wie in anderen Teilen der Welt auch auf dem Boden Afrikas anwendbar ist.

Nach der entscheidenden Niederlage, die dem USA-Imperialismus durch das heldenhafte Volk Vietnams beigebracht worden ist, hat der Weltimperialismus noch weitere schwere Rückschläge im südlichen Afrika, in Indochina, Äthiopien, Jemen, Nikaragua, Afghanistan und Grenada hinnehmen müssen. Doch sein Vernichtungspotential sowie seine Fähigkeit zur Zuflucht in die Kanonenbootdiplomatie hat er - wenn es um die Sicherung seiner unrechtmäßig erworbenen Reichtümer geht - keineswegs eingebüßt. Zur Wiedererlangung seiner verlorengegangenen Positionen und unter dem Vorwand der Ereignisse in Afghanistan hat der USA-Imperialismus eine gefährliche Hetzkampagne des kalten Krieges gegen die Sowjetunion gestartet. Die Verschlechterung der internationalen Lage und

die schädliche Spirale des Wettrüstens sind unmittelbare Auswirkungen dieser Politik. Die fortschrittlichen Staaten Afrikas, des Nahen Ostens und Lateinamerikas gehören zu den Hauptzielscheiben der imperialistischen Destabilisierung, und die internationale Arbeiterbewegung sollte diesen Ländern sowie der nationalen Befreiungsbewegung und den Arbeiterbewegungen jede Unterstützung zuteil werden lassen.

Als Reaktion auf den ständig zunehmenden revolutionären Kampf in Namibia unter der Führung der SWAPO und in Südafrika unter der Führung des ANC haben die Imperialisten ihre Bemühungen zur Stützung des im Zerfall begriffenen faschistischen Rassistenregimes fieberhaft verstärkt. Sie setzen weiterhin die Versorgung des Feindes der Menschheit - das Botha-Regime - mit den nötigen finanziellen, politischen, diplomatischen und militärischen Mitteln fort, die er zur Ermordung, Verstümmelung, Folterung und Einkerkelung der Patrioten von Namibia und Südafrika sowie für seine Angriffe gegen die Frontstaaten braucht. Unter dem Deckmantel der Demokratie und mit Hilfe der Demagogie des Antisowjetismus und Antikommunismus versuchen sie, angesichts der zunehmenden internationalen Proteste ihre Unterstützung für dieses verhaßte Regime zu legitimieren und zu rechtfertigen. Ihnen ist bewußt, daß ein freies, unabhängiges und revolutionäres Südafrika die sozialpolitische Lage in Afrika grundlegend verändern und dem Imperialismus und Neokolonialismus im Weltmaßstab einen heftigen Schlag versetzen würde.

Selbstverständlich besteht ein enger Zusammenhang zwischen den politischen und ökonomischen Interessen der Arbeiterklasse in den Entwicklungsländern und ihren Klassenbrüdern in den kapitalistischen Industriestaaten, stehen sie doch beide dem gleichen Feind gegenüber - dem Monopolkapital und den multinationalen Konzernen. Die patriotischen und progressiven Kräfte in Afrika erkennen in zunehmendem Maße, daß ihr zuverlässigster, konsequentester und prinzipienfestester Verbündeter die internationale Arbeiterbewegung

ist, deren zentrale Kraft die Staaten der sozialistischen Gemeinschaft darstellen.

Mit zunehmender Stärke des sozialen Befreiungskampfes gewinnt die Theorie und Praxis des proletarischen Internationalismus immer mehr an Bedeutung. Aus den vielschichtigen Aspekten des proletarischen Internationalismus möchten wir nur eine Seite herausnehmen. Es handelt sich darum, daß diejenigen Staaten, in denen die Arbeiterklasse die Macht ausübt, die Aufgabe und Verpflichtung haben, im Rahmen ihrer Möglichkeiten allseitige Unterstützung, einschließlich militärischer Hilfe, zu leisten, wenn sie von den einheimischen revolutionären Kräften darum gebeten werden. Die militärische Hilfe zu Festigung, Verteidigung und Weiterentwicklung revolutionärer Errungenschaften kann und sollte niemals als Einmischung oder Intervention betrachtet werden. Ebenso tragen die einheimischen revolutionären Kräfte die Verantwortung dafür, daß den ideologischen und politischen Angriffen des Imperialismus und seiner Verbündeten gegen die sozialistischen Länder eine entschiedene Abfuhr erteilt wird. "Ein Zurückweichen vor dem Antisowjetismus", so stellt die Erklärung unseres Zentralkomitees fest, "ist gleichbedeutend damit, ein Opfer der imperialistischen Propaganda zu werden, sich vom revolutionären Weltprozeß zu lösen und sich an die Seite des Gegners zu stellen".

Um den Übergang von der nationalen Befreiung zur sozialen Befreiung abzuschließen, ist es für die Länder Afrikas unerlässlich, engste politische und wirtschaftliche Beziehungen zum beiderseitigen Vorteil mit der sozialistischen Gemeinschaft, geführt von der Sowjetunion, zu unterhalten. Ohne diese Beziehungen ist es auf lange Sicht nicht möglich, den Machenschaften, Manövern, Intrigen und Verschwörungen der imperialistischen Mächte, deren finanzieller und geheimdienstlicher Helfershelfer und der einheimischen Reaktion entgegenzutreten und ihnen eine Niederlage zu bereiten. In diesem Zusammenhang müssen wir die von China betriebene

Politik und Ideologie verurteilen, die danach trachtet, die fortschrittlichen Staaten Afrikas und die revolutionären Bewegungen von ihren natürlichen Verbündeten, die UdSSR und die sozialistischen Bruderländer, zu trennen.

In unserem Kampf genießen wir die bedingungslose allseitige Unterstützung der sozialistischen Staaten, einschließlich militärischer Hilfe. Wenn wir heute in der Lage sind, voller Zuversicht und mit der Waffe in der Hand gegen die Übermacht der faschistischen Rassistenarmee anzutreten, dann ist das in nicht geringem Maße auf die breite Unterstützung durch die Sowjetunion und die sozialistischen Bruderländer zurückzuführen.

Gestatten Sie uns, liebe Genossen, bei dieser Gelegenheit den afrikanischen Ländern, der internationalen Arbeiterbewegung in der kapitalistischen Welt und der Bewegung der Nichtpaktgebundenen unseren tiefempfundenen Dank für ihre Unterstützung und Solidarität zum Ausdruck zu bringen. In der abschließenden und entscheidenden Phase unseres Kampfes für die Befreiung unseres Vaterlandes von der Geißel des Rassismus, Faschismus, Kolonialismus und Imperialismus appellieren wir an Euch, Eure Solidaritätsaktionen dadurch zu verstärken, indem ihr dem ANC und der SWAPO noch mehr materielle Hilfe zukommen laßt und noch energischer den Feldzug für die Isolierung des rassistischen Südafrika auf allen Gebieten des internationalen Lebens führt.

In der auf unserer letzten Tagung des Zentralkomitees verabschiedeten Resolution zu internationalen Fragen haben wir betont:

"Ungeachtet aller Gefahren und Konflikte, die uns von allen Seiten bedrohen, ist die Einflußsphäre unserer Gegner in den zurückliegenden Jahrzehnten mehr und mehr zusammengeschrumpft. Ungeachtet der Rückschläge und des Abfallens hat die gemeinsame Front der sozialistischen Staaten, der nationalen Befreiungsbewegungen und der internationalen

Arbeiterklasse das Banner der sozialen und nationalen Revolution stets vorangetragen. Mit jedem Jahrzehnt kommen wir unserem Endziel, der Errichtung einer klassenlosen Gesellschaft im Weltmaßstab, in der die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beseitigt ist und in der - nach den Worten des Kommunistischen Manifest - die freie Entwicklung eines jeden die Voraussetzung für die freie Entwicklung aller ist, näher. Wir halten unbeirrt an dem erprobten und bewährten Bündnis fest, welches die Geschichte zum Wohle unserer Sache geschmiedet hat und ausgerüstet mit der ideologischen Waffe des Marxismus-Leninismus schreiten wir im Vertrauen auf den herannahenden Sieg voran".

18. 10. 1980

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMALARI
TÜSTAV

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI
TÜSTAV

Internationale Wissenschaftliche Konferenz

„Der gemeinsame Kampf
der Arbeiterbewegung
und der nationalen Befreiungsbewegung
gegen Imperialismus,
für sozialen Fortschritt“

Rede von
Dr. Naziha Dulaimi,
Mitglied des ZK der
Irakischen Kommunistischen Partei

Berlin, 20. Oktober 1980 bis 24. Oktober 1980

**TÜRKİYE SOSYAL TÜSTAV
TARİH ARAŞTIRMA VAKFI**

Liebe Genossen!

Wir schätzen uns glücklich, hier die Gelegenheit zum Meinungsaustausch über die Fragen der nationalen und sozialen Befreiungsbewegung wahrnehmen und über die konkreten Erfahrungen zahlreicher revolutionärer Bewegungen in verschiedenen Ländern diskutieren zu können. Unser Dank gilt der SED und der Redaktion der Zeitschrift "Probleme des Friedens und des Sozialismus" als den Initiatoren und Organisatoren dieser Konferenz.

Zu den wichtigsten Merkmalen unserer Epoche, der Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus, die durch die Große Sozialistische Oktoberrevolution eingeleitet wurde, gehört die Bereicherung des Inhalts der antiimperialistischen nationalen Befreiungsbewegung durch die sozialökonomischen Umwälzungen, die auf die soziale Befreiung abzielen. Die Herausbildung des sozialen Inhalts bringt ständig neue Aufgaben beim Voranschreiten der demokratischen Revolution und der Schaffung der materiellen Grundlagen für den Übergang zur sozialistischen Revolution mit sich. Gleichzeitig sind die reichen revolutionären Erfahrungen durch den Sieg des Sozialismus in zahlreichen Ländern ein Beweis für die einheitlichen Gesetzmäßigkeiten der sozialistischen Revolution, wenn auch die Formen des Übergangs zu ihr unterschiedlich sind.

Es steht außer Zweifel, daß der Kampf um die Weiterentwicklung der nationaldemokratischen Revolution und die Vertiefung ihres Inhalts nicht auf einer glatten Straße erfolgt, sondern unter den Bedingungen eines harten Klassenkampfes, der um so schärfer wird, je mehr sich die demokratische Revolution ihrer Vollendung nähert. Dieser verschärfte Klassenkampf spielt sich nicht nur zwischen den nationalen Kräften auf der einen und den proimperialistischen Kräften auf der anderen Seite, sondern er spielt sich zugleich zwischen den Kräften ab, die gestern im Kampf gegen den Kolonialismus noch Verbündete waren. Durch die Vertiefung der demokratischen Revolution und der Bereicherung ihrer Zielstellung durch die Ziele der sozialen Befreiung sind die Kräfte der Bourgeoisie

in das Lager der Konterrevolution übergewechselt. Sie begnügen sich gewissermaßen mit den revolutionären Maßnahmen, die nur so weit gehen, daß ihre unmittelbaren Interessen am Privateigentum nicht angetastet werden. Dieser Prozeß dauert während aller Etappen der Entwicklung der demokratischen Revolution und der Vertiefung ihres Inhalts an. Jedoch der Übertritt ins Lager der Konterrevolution erfolgt nicht immer klar, sondern vielfach verschleiert und begleitet von demagogischen Argumenten und scheinbar "revolutionären" Losungen.

Andererseits nähern sich die bewußtesten Mittelschichten der Gesellschaft unter bestimmten konkreten Bedingungen den Positionen der Arbeiterklasse an und machen sich ihre Zielstellung zu eigen, die darin besteht, die Aufgaben der demokratischen Revolution zu vollenden und die Voraussetzungen für den Übergang zur sozialistischen Revolution zu schaffen.

Im Verlaufe der sozialökonomischen Umwälzungen, die von diesem scharfen Klassenkampf begleitet sind, unterliegt das Kräfteverhältnis der Klassen in der Gesellschaft ständigen Schwankungen, was sich wiederum auf den Klassenkampf auswirkt und Siege oder Niederlagen, Fortschritte oder Rückschläge im Ablauf der demokratischen Revolution mit sich bringt.

Gestatten Sie mir, werte Genossen, kurz auf die praktischen Erfahrungen im Verlaufe der nationaldemokratischen Revolution im Irak einzugehen, um die aufgeworfenen Fragen anhand konkreter Beispiele zu untersuchen.

Der Front der antiimperialistischen und antifeudalen Kräfte, die bereits vor der Revolution von 1958 bestand, gehörten neben der Kommunistischen Partei Parteien der nationalen Bourgeoisie und Parteien des Kleinbürgertums an. Das blieb auch nach dem Sieg der Revolution so, bis zur Gründung der Republik Irak, dem Austritt des Irak aus dem Bagdad-Pakt und der Sterling-Zone und der Herstellung diplomatischer Beziehungen zur Sowjetunion und den Ländern des sozialistischen

Lagers, als der Widerspruch zwischen den innerhalb der Front der Nationalen Union verbündeten Kräften aufbrach. Der Widerspruch betraf die Frage, wie tiefgreifend die Agrarreform sein müsse, wie der Entwicklungsweg aussehen solle sowie Grundfragen der politischen Demokratie. Dieser Widerspruch führte rasch zum Auseinanderbrechen des politischen Bündnisses, das schon vor der Revolution bestanden hatte.

Da den antiimperialistischen Maßnahmen nicht genügend tiefgreifende wirtschaftliche und soziale Umwälzungen folgten und der Kampf um die Herstellung einer breiteren Demokratie für die Volksmassen und den Aufbau der Staatsmacht auf wahrhaft demokratischen Grundlagen nicht zum vollen Erfolg führte, spitzten sich die Faktoren für den Rückschlag der Revolution bereits gegen Ende des ersten Jahres nach der Revolution zu. Anstatt die reaktionären Kräfte und Reste der Feudalklasse zu unterdrücken, begann man damit, der Tätigkeit der Kommunistischen Partei und der übrigen nationalen Kräfte Beschränkungen aufzuerlegen. Dies führte dann zum tatsächlichen Rückschlag der Revolution im Jahre 1963, der mit dem Abschlachten der Kommunisten begann und mit der Unterdrückung der übrigen nationalen Kräfte und der Machtübernahme durch ein rechtsgerichtetes reaktionäres Regime endete.

Die revolutionären Kräfte setzten ihren Kampf fort, und im Jahre 1968 gelang es der Arabischen Sozialistischen Baath-Partei, die eine Partei des Kleinbürgertums ist, nach einem Militärputsch die Macht zu übernehmen.

In der ersten Zeit nach ihrer Machtübernahme vertiefte diese Partei angesichts des Kampfes der nationalen und progressiven Kräfte und der Volksmassen die sozialökonomischen Umwälzungen. Sie erließ ein Gesetz über die Agrarreform, das tiefgreifender war als das bisherige, und proklamierte den staatlichen Sektor als vorherrschende Form in der nationalen Wirtschaft. Sie betrachtete das Bündnis mit der UdSSR als ein strategisches Bündnis und schloß mit ihr einen Vertrag über Freundschaft und Zu-

sammenarbeit ab. Der Irak war das erste nichtsozialistische Land, das die DDR anerkannte. Es entwickelten sich die Beziehungen zu den übrigen Ländern der sozialistischen Gemeinschaft, und die Erdölvorkommen wurden nationalisiert. Die Baath-Partei folgte dem Aufruf unserer Kommunistischen Partei zur Gründung der Progressiven Nationalen Front und der Erarbeitung eines Programmentwurfs für diese Front.

Unsere Partei wertete diese Maßnahmen als eine Vertiefung der nationaldemokratischen Revolution. Die Front wurde tatsächlich gebildet, mit dem Ziel, den revolutionären Weg zu festigen, den kapitalistischen Entwicklungsweg abzulehnen, eine breite Demokratie für die Volksmassen herzustellen, die nationale Frage der Kurden durch Errichtung der Selbstverwaltung zu lösen und die Grundlagen für den Übergang zur sozialistischen Revolution zu schaffen. Diese und andere Ziele sind in der Charta der Front vom Juli 1973 enthalten.

Unsere Partei war sich darüber im klaren, daß die Zustimmung zur Charta der Front nur ein erster Schritt auf dem Wege des harten Ringens um ihre praktische Realisierung sein konnte und daß dieser Kampf, der die breitesten Massen, vor allem die Massen der Arbeiter und Bauern, sowie alle nationalen und progressiven Kräfte einbezog, dies durch Gewährung ihrer demokratischen Freiheiten realisieren mußte.

Die Auseinandersetzung, die sich im Anschluß an die Gründung der Front vollzog, betraf im wesentlichen die Durchführung der in der Charta enthaltenen Punkte. In der Frage der Verwirklichung der nationalen Rechte der Kurden wurde im Rahmen der Debatten über den Gesetzesentwurf über die Selbstverwaltung ein erbitterter Kampf geführt, in dessen Verlauf die chauvinistischen und eng nationalistischen Auffassungen der Baath-Partei zutage traten. Die Auseinandersetzung erstreckte sich auch auf die Frage der Rolle des staatlichen Sektors und des privaten Sektors in der Wirtschaft, die Bedeutung der zentralen Planung nach wissenschaftlichen Methoden, die Frage

der Rolle der Nationalen Front im politischen Leben, die Bedeutung der demokratischen Freiheiten und die demokratischen Grundlagen der Macht, die freie Betätigung in den bewaffneten Streitkräften, wo die herrschende Partei für sich allein die Betätigungsfreiheit in Anspruch nehmen wollte, sowie auf zahlreiche Fragen der Außenpolitik.

Auseinandersetzung ist etwas natürliches, diese Auseinandersetzung fand jedoch in einem sehr engen Rahmen statt, da die demokratischen Freiheiten eingeschränkt waren und die Betätigungsmöglichkeiten unserer Partei Schritt für Schritt begrenzt wurden.

Diese Tatsache muß unbedingt berücksichtigt werden, wenn man verstehen will, wie es dazu kam, daß die an der Macht befindliche Partei diese Auseinandersetzung mit Hilfe der Maßnahmen, die sie in Form von für alle geltende Gesetze ergriff, zu ihren Gunsten entscheiden konnte. Die Erscheinung des Alleingangs der Baath-Partei im Machtapparat und die Auflösungerscheinungen der Front traten immer deutlicher hervor und vertieften sich. Dies zeigte sich bereits in den Beschlüssen ihres 8. Kongresses, der knapp ein Jahr nach Bildung der Front im Jahre 1974 stattfand.

Bereits diese konkrete Situation war Anlaß für eine echte Beunruhigung hinsichtlich der Realisierung der Charta der Front und bezüglich der Zukunft des revolutionären Weges im Irak und der Errungenschaften der Massen. Seit Mitte der siebziger Jahre stellten sich negative Veränderungen in den Positionen der Baath-Partei, die sie mit ihren progressiven Maßnahmen zu Beginn der siebziger Jahre bezogen hatten, heraus. Diese Maßnahmen wurden - eine nach der anderen - durch rechtsgerichtete Schritte ersetzt.

Der private Sektor wuchs im Ergebnis der steigenden Erdöleinnahmen gewaltig an. Der staatliche Sektor verwandelte sich in einen kapitalistischen Sektor des bürokratischen Staates und wurde in den Dienst des Privatkapitals gestellt. Die parasitäre und bürokratische Bourgeoisie bildete sich in enormem

Tempo heraus und beherrschte bald nicht nur die wirtschaftliche Entwicklung, sondern auch alle Bereiche des politischen und gesellschaftlichen Lebens. Die Agrarbourgeoisie entwickelte sich ebenfalls äußerst rasch und verwandelte die Genossenschaften auf dem Lande in Unternehmen, die von der Agrarbourgeoisie betrieben werden. Die Selbstverwaltung für das kurdische Volk wurde aufs äußerste verstümmelt, und die Kurden werden blutig unterdrückt. Tausende kurdischer Familien mußten ihre Dörfer verlassen, und selbst das Recht der Kurden auf Unterricht in ihrer Muttersprache wurde annulliert.

Anstelle des Bündnisses mit den nationalen Kräften entfalten die Baathisten im Jahre 1978 eine finstere Kampagne gegen die Kommunistische Partei und ihre Organisationen und Mitglieder. Gleichzeitig unterdrückten sie auch alle übrigen nationalen Kräfte und gingen zu ihrer berüchtigten Baathisierungskampagne mit Hilfe von Vernichtungsgesetzen über und zerschlugen die Progressive Nationale Front. Die Unterdrückung richtete sich sogar gegen Kader und Mitglieder der Baath-Partei selbst. Der Machtapparat wurde zu einem Regime diktatorischer Alleinherrschaft. Der Niedergang in der Innenpolitik spiegelte sich auch in der Außenpolitik wider. Nachdem man Anfang der siebziger Jahre erklärt hatte, das Bündnis mit der UdSSR sei ein strategisches Bündnis, lancierte man jetzt die These von der "Unabhängigkeit von den beiden Supermächten" und stellte die USA und die UdSSR auf eine Stufe. Diese These fand ihren Niederschlag in der sogenannten Nationalcharta, und es wurde der Versuch unternommen, sie innerhalb der Bewegung der Nichtpaktgebundenen durchzusetzen. Anstelle der Einschränkung der Beziehungen zum kapitalistischen Weltmarkt und der Festigung der ökonomischen Unabhängigkeit beschritt man den Weg der Öffnung in den Wirtschaftsbeziehungen zu den entwickelten kapitalistischen Ländern und öffnete den internationalen Konzernen Tür und Tor für die Errichtung von Wirtschaftsprojekten im Irak.

Anstelle gutnachbarschaftlicher Beziehungen und der Lösung

von Streitfragen mit friedlichen Mitteln nahm das Regime Zuflucht zur Entfesselung des Krieges gegen den Iran zu einer Zeit, da dieser abscheulichsten Erpressungen durch den Imperialismus ausgesetzt ist und da die imperialistische Militärpräsenz in der Region des Golfs, der arabischen Halbinsel und des Indischen Ozeans eine ernste Gefahr nicht nur für den Frieden in der Region, sondern in der ganzen Welt darstellt. Anstatt eine progressive arabische Politik zu betreiben, stellt sich das gegenwärtige Regime an die Seite der reaktionären arabischen Kräfte gegen die Staaten der Standhaftigkeitsfront und mischt sich in deren innere Angelegenheiten ein.

Diese Erscheinungen machen deutlich, welche Rückschläge es gegeben hat, und zeigen klar, daß die herrschende Schicht von den Positionen der bewußtesten Schicht des Kleinbürgertums zu Positionen der entstandenen kapitalistischen und parasitären Schicht übergegangen ist. Damit wurde sie zu einem Hemmschuh für die Entwicklung der nationaldemokratischen Revolution. Dieser Rückschlag ist das Resultat vielfältiger Faktoren, vor allem der Tatsache, daß die nationaldemokratische Revolution so weit vorangeschritten ist, daß es schwer ist, den antiimperialistischen nationalen Kampf mit dem Kampf um die soziale Befreiung in Einklang zu bringen, ohne tiefergehende sozialökonomische Umwälzungen vorzunehmen, ohne die kapitalistische Entwicklung praktisch abzulehnen, ohne den werktätigen Massen breiteste demokratische Rechte zu gewähren und ihre Interessen zu verteidigen und ohne auf die Positionen des wissenschaftlichen Sozialismus, also die Positionen der Arbeiterklasse, überzugehen sowie ohne das Bündnis mit den sozialistischen Ländern.

Die sozialökonomischen Veränderungen haben nicht nur ein Anwachsen der Arbeiterklasse zur Folge gehabt, sondern zugleich auch ein Anwachsen der Schichten der parasitären Großbourgeoisie und des städtischen Kleinbürgertums. Dies schuf die soziale Basis für das bürgerliche Ideengut, das das Denken der Macht-

haber beherrscht. Die Baath-Partei war nicht mehr in der Lage, progressive Positionen zu beziehen, da die Mentalität der Kleinbürger keine tiefgehenden sozialökonomischen Veränderungen wünscht, die das Privateigentum antasten und mehr Demokratie erfordern, da sie um ihre gewaltsam errungenen Positionen fürchten.

Die Aufgabe, die das Leben uns im Irak stellt, besteht darin, alles zu überwinden, was sich der Weiterentwicklung der nationaldemokratischen Revolution und ihrer weiteren Vertiefung in den Weg stellt, um die Voraussetzungen für den Übergang zur sozialistischen Revolution mit Hilfe der Realisierung des revolutionärdemokratischen Staates, der sich auf das Bündnis der revolutionärdemokratischen Kräfte in einer Einheitsfront sowie auf breiteste Demokratie für die Werktätigen stützt, zu schaffen.

Diese Aufgabe ruht unter den konkreten Bedingungen des Irak in allererster Linie auf den Schultern der Kommunistischen Partei als der Partei der irakischen Arbeiterklasse.

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARŞİVİ

Internationale Wissenschaftliche Konferenz

„Der gemeinsame Kampf
der Arbeiterbewegung
und der nationalen Befreiungsbewegung
gegen Imperialismus,
für sozialen Fortschritt“

Speech by

Oliver Tambo, President,

African National Congress of South Africa, (ANC)

Section

Berlin, 20. Oktober 1980 bis 24. Oktober 1980

**TÜRKİYE SOSYAL TÜSTAV
TARİH ARAŞTIRMA VAKFI**

The struggle for the unity of the motive forces
of the national democratic revolution in South Africa

Comrade Chair,
Distinguished leaders and comrades in the common revolution-
ary movement,
Dear friends:

On behalf of the National Executive Committee of the African National Congress we wish to extend to all the comrades and friends attending this important scientific conference our fraternal and revolutionary greetings. We would also like to take this opportunity to express our gratitude to the Central Committee of the Socialist Unity Party which made it possible for us to meet under these most favourable conditions. We would also like to thank the Central Committee of the SED for taking the timely and important initiative of inviting all of us to this conference. Certainly the African National Congress feels greatly honoured to have been granted the opportunity to share ideas on the great questions before us with the revolutionary movements and organizations that are represented here.

Yesterday, we listened with great interest and attention to the speech of Comrade Erich Honecker, Secretary-General of the Socialist Unity Party and are convinced that his important observations provide a correct orientation for our work. The thought-provoking contributions of the leading representatives of the CPSU, Frelimo and the French Communist Party also provided us with a sound base for the continuation of our deliberations. We would like to express our thanks to all these comrades.

The African National Congress attaches great importance to this International Scientific Conference because we believe that the unity of the three elements of the world revolutionary process - the socialist system, the international working class movement and the national liberation movement - is an absolute precondition for the final victory over the evil forces of imperialism, colonialism, racism, fascism, zionism

and the exploitation of man by man. We therefore believe that it is the duty of all progressives and revolutionaries to work tirelessly for the consolidation of unity amongst these principal streams, as well as within each given detachment, both nationally and internationally.

We thought it best that we should base our contribution to this important discussion on our own efforts and experiences in the South African arena of struggle. We also thought that it might serve the purposes of the conference better if we concentrated on one rather than a whole series of questions that our movement has to solve in the struggle for a democratic, anti-imperialist and popular victory. The issue on which we shall concentrate is the struggle for the unity of the motive forces of the national democratic revolution in South Africa. We hope that our experience in this area of struggle will be of some interest to the delegates.

The unity of all national and class forces interested in the overthrow of the fascist Pretoria regime, the destruction of the apartheid system and the reconstruction of South Africa as a popular-democratic state with power in the hands of the people is a fundamental prerequisite of the victory of our revolution. The successful defence of that revolution and the realisation of its objectives will also require the maintenance and reinforcement of that unity. This confirms that this task is not of a tactical transient or temporary nature. Rather it is of strategic importance.

It is equally true that millions of people throughout the world stand opposed to and are engaged in active struggle against the tyrannical system of apartheid. The overwhelming majority of mankind is morally revulsed by racism, colonialism, exploitation and war all of which social ills characterise apartheid. Global interdependence provides the objective basis which necessitates that all those who are fighting for the democratic and socialist renewal of their own societies in conditions of world peace should be interested also that similar struggles elsewhere in the world should succeed. The unity of the world anti-imperialist movement, which includes the South African movement for national liberation, therefore constitutes a fundamental cornerstone of our outlook, a power-

ful factor which underscores the inevitability of our victory, and will, in future, be an impregnable, defensive bulwark protecting all popular gains.

Apartheid is an expression of the system of imperialist domination. The social force whose interests it serves is monopoly capital. Inherent within it consequently are the two central features of economic exploitation and political domination of the ordinary working people of our country.

In the South African context these features translate into a system which is characterised by:

- (a) The conscious and systematic denial of all democratic rights to the vast majority of our people on the basis of colour and nationality, in other words, consistent national oppression;
- (b) The super-exploitation of the black working people in the interests of big capital in particular;
- (c) The practice, as state policy, of rabid racism both as justification and a motive factor for the perpetuation of this oppressive and exploitative system;
- (d) The use of fascist methods of government not only against the oppressed but also against all democratic forces; and
- (e) The use of military force as an instrument to protect the system inside the country and to transform especially the neighbouring countries into vassals of racist South Africa.

Arising out of this, the specific tasks of the national democratic revolution in our country are clear. Among the major ones are:

- (a) the establishment of democratic, anti-fascist rule through the institution of a universal, adult franchise and the abolition and suppression of all national oppression and racial discrimination.
- (b) nationalisation of all monopoly industry, the mines and the banks, both locally and foreign owned, and the planned reconstruction and expansion of the economy for the continuous advancement of the all-round welfare of the people as a whole;

- (c) the restoration of the land to the tillers, to banish famine and land hunger;
- (d) the carrying through of a cultural revolution on the basis of universal literacy and the opening of the doors of learning and of culture to all;
- (e) the transformation of our country into a militant combatant for peace both by effecting the changes we have already mentioned and by educating our people and armed forces to value peace, friendship and mutually beneficial cooperation among nations.

It should therefore be obvious that the black people as a whole are directly and immediately interested in the victory of the national democratic revolution. Similarly the black section of the working class stands to benefit immediately from the changes that the democratic revolution will bring about as do the millions of black landless peasants. The black middle strata also stand to gain from this process in very concrete and immediate ways. But equally true is the fact that the majority of the white population also, whatever it recognises as its interests today, will benefit from the victory of the national democratic revolution. By virtue of the social positions they occupy which result in their being the section of the population in the most direct and sharpest daily contact with the dominant class and the regime that represents this class, the black workers must necessarily play the leading role in this broad alliance of national democratic forces.

In summary we can therefore say that an urgent and continuing task that faces the African National Congress is and has been the unification in action of all the black oppressed people, whatever their class origin, to fight for the victory of the democratic revolution. The ANC and its allies also have the task to build up the democratic movement among the white people and to strengthen the bonds of unity between the white people and the oppressed majority, in one common struggle for the liberation of this majority.

Naturally the struggle for the unity of the democratic forces of South Africa is neither easy nor straight-forward. The various national and class forces that have an interest in the victory of the democratic revolution and are engaged to one extent or another in the struggle to bring about this victory are not and have not been subject to exactly the same life experiences, politically, economically and otherwise. In many notable ways the daily and immediate issues that the various oppressed national groups confront differ as may the tactical responses to any specific issue say between the young and the old within even one national group.

Each people and indeed even each locality may have its own historical experience which in one way or another influences the forms and extent of participation in the struggle. In our practical activity, however, we continuously strive to avoid absolutising or overestimating this objective differentiation while also avoiding the other danger of underestimating it.

The forces of reaction are of course aware of the danger that a united popular democratic front poses to the racism regime. Consequently, in its strategy and tactics the enemy continuously strives to undermine, weaken and destroy this unity.

Ideologically, it relies on anti-communism, racism and tribalism to achieve its aims. Politically it seeks to use some from among the black oppressed to give the fraudulent impression that the racist regime itself has embarked on a process leading to what it describes as power-sharing, when all that is happening, in fact, is that the regime is attempting to strengthen itself by building up puppet forces. This process is represented by such schemes as the Bantustans and the so-called President's Council which is supposed to bring together Whites, "Coloureds" and "Indians" who will advise the apartheid President. In addition to this, the racists seek to build up reformist illusions among the people in the vain hope that this will isolate the revolutionary movement from the People and turn the masses away from the perspective of seizure of power by the people using all means including armed struggle. Organisationally the enemy seeks to destroy the ANC and its allies physically, to ensure that no

force exists within the country that has the influence and capacity to mobilise and unite the South African democratic forces. In place of the genuinely popular organizations and leaders of our people, the enemy is trying to create and sponsor his own to replace those whom years of extreme and brutal reaction have failed to destroy.

These are the principal directions that the enemy uses to try to deny us the unity that we need. Of course much more could be said on this score but suffice it to say that the ruling group in South Africa does not and has not hesitated to mobilise the entire state machinery to achieve this objective. This is a measure of the importance that he attaches to the accomplishment of this aim.

In the struggle to build up the strength and raise the level of unity of the movement for national liberation, the African National Congress relies first and foremost on the fact that the cause we represent is just and meets the fundamental aspirations of the masses of our people. Consistently therefore we have put forward the perspective of a democratic South Africa bringing to the fore the truth that it is the patriotic duty of the entire people to rid our country of the tyrannical rule of the racist and fascist regime. This is a perspective and an orientation which must necessarily infuse and fire the will of all the national and class forces whom we have already described as having an objective interest in the victory of the national democratic revolution.

This year the people of South Africa have been observing the 25th anniversary of the adoption of the Freedom Charter, the basic political programme that enjoys the support of the broad democratic movement of our country. Part of our struggle to defend and advance the unity of the national democratic forces of South Africa consists in the defence and propagation of the demands and ideals contained in the Freedom Charter. We consider this a very important task as the Freedom Charter constitutes an expression of the sovereign will of our people, a statement of demands that was adopted at what was a virtual constituent assembly of the people of South Africa. It is therefore a programme which contains demands reflecting the

aspirations of the black working people, both workers and peasants, of the middle strata, of women and youth, of all those who aspire towards a democratic South Africa, both black and white. It is also of cardinal importance that millions of people participated in the drawing up of this Freedom Charter by presenting their demands which were then finally agreed at an elected Congress of the People attended by nearly 3000 delegates drawn from all the national and class forces that constitute the motive force of our revolution.

It is clear that one of the consequences of the growth of the level of consciousness among the oppressed and the exploited is emergence from among the people of organisational formations which, in seeking to represent the interests of the people, necessarily adopt anti-apartheid positions. It has been our consistent policy to recognize as forming part of the broad democratic front any such organisational formations, regardless of their political or organisational weakness or any differences that they may express with regard to our own political, strategic and tactical positions. It then becomes our task that we, together with these bodies, work to strengthen them, to broaden and deepen their outlook and to help them develop into consistent and conscious combatants for a revolutionary democratic transformation of South Africa. On the surface this might appear as a process which encourages division through proliferation of organisations. Yet our experience shows that a correct approach of this question results in fact in the further expansion and unity of the broad democratic front.

It is also our belief that actual practical mass action is the best school in which to forge meaningful unity among the broad alliance of national and class forces and organisational formations which constitute the revolutionary mainstream. The task of mass mobilisation is therefore central to our whole strategic outlook. Consequently, the principal tactical slogan that we present to the people is - confront the enemy on all fronts! Our movement works to activise all sections of our population, to get them to engage the enemy on both particular and general issues, and at the local, regional and national

levels. We believe that it is in the course of struggle that the masses learn to generalise their particular experience, to appreciate in a thorough-going way the importance of the victory of the national democratic revolution for the solution of their problems and hence the importance of the unity in struggle of all the oppressed and exploited people.

The victories of the anti-imperialist forces throughout the world and especially in Southern Africa are a very important factor in the struggle to unite our people around the strategic positions of our movement headed by the ANC. This is so because the victories gained in Zimbabwe, Mozambique, Angola, Guinea-Bissau and in other parts of the world such as Vietnam, Afghanistan and Nicaragua serve as practical confirmation of the correctness of our own positions and the inevitability of our victory, in addition to inspiring our people. It is therefore a matter of great importance to us that we should at all times make available to our people the revolutionary experiences of other fraternal movements in a constant struggle with the forces of reaction which continuously seek to distort and misrepresent these experiences in an effort to demobilise the people.

The South African liberation movement, headed by the ANC, following the paths that we have mentioned, reinforcing mass political activity with growing military actions, has registered important advances in the task of mobilising and uniting the broad national and class forces that constitute the motive forces of the national democratic revolution.

The political situation in South Africa is today characterised by intensive mass activity drawing in workers, peasants, youth and students and women throughout our country and involving all the oppressed national groups. Increasingly many sections among the white population are beginning to break away or to disengage from the reactionary alliance and policies followed by the Pretoria regime. Together all these activities constitute one revolutionary mainstream which is actually and practically drawing the people together as an organised and conscious force committed to genuine liberation. It would therefore be true to say that in the main the enemy has failed

in his intentions to divide the people. The struggle must however continue to guard our unity like the apple of our eye, within our organisation, between ourselves and other organisations of the national democratic front and among the national and class forces that are in favour of the victory of the national democratic revolution.

That resolve of course extends to the whole anti-imperialist movement whose unity, as we have said, is a decisive factor for the victory of our revolution. In that respect we would like to take this opportunity to greet and salute our comrades in arms of SWAPO of Namibia, the PLO, Polisario and Frelilin as well as other peoples locked in heroic struggle for their liberation such as those of El Salvador, Bolivia and Chile. We would like to greet the heroic people of Zimbabwe and other Frontline States of Africa as well as the whole anti-imperialist movement convinced that this conference will make an important contribution to the further deepening of the cohesion of all the world forces that are fighting for a democratic and social renewal of the world.

Long live the unity of the world anti-imperialist movement!

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMALARI DERNEĞİ

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI
TÜSTAV

Internationale Wissenschaftliche Konferenz

„Der gemeinsame Kampf
der Arbeiterbewegung
und der nationalen Befreiungsbewegung
gegen Imperialismus,
für sozialen Fortschritt“

Rede von

Maurice Rakotobe, Mitglied des Politbüros
des Demokratischen Komitees zur Unterstützung
der Charta der Sozialistischen Madagassischen
Revolution - Partei des Unabhängigkeitskon-
gresses von Madagaskar

Berlin, 20. Oktober 1980 bis 24. Oktober 1980

**TÜRKİYE SOSYAL TÜSTAV
TARİH ARAŞTIRMA VAKFI**

Werter Genosse Präsident!

Werte Genossen und Freunde!

Die Delegation der Partei des Unabhängigkeitskongresses von Madagaskar schätzt sich glücklich, alle Teilnehmer an dieser Konferenz begrüßen zu können. Sie dankt der SED und ihrem Generalsekretär für diese bedeutsame Initiative sowie für den herzlichen Empfang.

Insbesondere dankt sie Genossen Erich Honecker, dessen Eröffnungsrede einen bedeutsamen Beitrag zur Arbeit dieses Seminars darstellt.

Genossen!

Das Thema unserer Konferenz lautet "Der gemeinsame Kampf der Arbeiterbewegung und der nationalen Befreiungsbewegung gegen Imperialismus, für sozialen Fortschritt". Die Delegation der AKFM hat Sektion I gewählt, die sich insbesondere mit der Beziehung zwischen dem Kampf für Frieden und Sozialismus und dem Kampf für nationale Unabhängigkeit, gegen Imperialismus befassen wird.

Genossen!

Befragt von französischen Journalisten, welches gegenwärtig sein Hauptanliegen sei, erklärte der Präsident der Demokratischen Republik Madagaskar kürzlich in einem Interview:

"Zunächst ist mein Hauptanliegen immer wieder Frieden und Entwicklung. In der Tat scheint Entwicklung ein neuer Name für Frieden zu sein. Ich bin sehr besorgt, denn ohne Frieden kann man sich nicht entwickeln. Und solange es Kriegsdrohungen gibt, bleiben selbst die Möglichkeiten der Industrieländer, den Ländern der Dritten Welt zu helfen und mit ihnen zusammenzuarbeiten, begrenzt."

Die internationale politische Lage rechtfertigt diese Besorgnis vollauf. Die führenden Verantwortlichen der Vereinigten Staaten von Amerika beschwören angeblich immer stärker werdende "sowjetische Drohungen", um damit ihre aggressive Politik zu rechtfertigen, um zum kalten Krieg zurückzukehren und eine neue Etappe des Wettrüstens einzuleiten.

- Auf die von Afghanistan ergriffenen legitimen Maßnahmen zur Verteidigung seiner Souveränität antworten die Vereinigten Staaten mit der Entsendung einer aus dreißig Schiffen bestehenden Kriegsflotte in den Persischen Golf und den Indischen Ozean.
- Der Nuklearstützpunkt auf Diego Garcia wird durch Basen in Somalia und Kenia verstärkt.
- Das Geiselnproblem in Iran wurde vom Imperialismus benutzt, um zu versuchen, die infolge des Sturzes des Feudalregimes in Iran erlittenen Verluste wettzumachen. Obwohl die Intervention von amerikanischen Luftlandekommandos auf der ganzen Linie gescheitert ist, stellt sie doch eine große Bedrohung dar, da sie den Willen der Vereinigten Staaten zum Ausdruck bringt, direkt in die inneren Angelegenheiten eines unabhängigen Landes einzugreifen.
- Die Schaffung einer schnellen Eingreiftruppe zur Verteidigung der amerikanischen Interessen wird überall verkündet, um die öffentliche Meinung in Amerika und in der ganzen Welt an den Gedanken einer Aggression in beliebigen Regionen der Welt zu gewöhnen.
- Der amerikanische Imperialismus versucht, seine Intervention im Persischen Golf, mit der angeblich der Zugang zum Erdöl verteidigt werden soll, als "internationale Aktion" hinzustellen.

- Die Streitkräfte der NATO fallen in das Gebiet des Indischen Ozeans ein, und die Vereinigten Staaten hoben das gegen Deutschland verhängte Verbot des Baus von Kriegsschiffen auf.
- Die Vereinigten Staaten bedienen sich des Konflikts zwischen Iran und Irak zur Schaffung eines permanenten Spannungsherd, der den Waffenhandel und die Kanonenbootpolitik begünstigt.
- In Südostasien stützt sich der amerikanische Imperialismus auf die Komplizenschaft der eine Hegemonialpolitik betreibenden Pekinger Führung.
- In Lateinamerika unterstützt der amerikanische Imperialismus die faschistischen Regimes in Chile, El Salvador, Bolivien und Argentinien.
- Die Stationierung von "Pershing"-Raketen in Europa ist auf den Bruch des Kräftegleichgewichts zwischen Ost und West gerichtet.
- Die neue Strategie eines begrenzten Atomkrieges soll die Öffentlichkeit an den Gedanken gewöhnen, es könne zu einem Krieg kommen, der die gesamte Welt in eine vernichtende Katastrophe reißt.
- Der im Todeskampf liegende Imperialismus versucht mit allen Mitteln, fortschrittliche sozialpolitische Prozesse in den Ländern Afrikas, des Mittleren Ostens und Südasiens zu verhindern, da diese für ihn gleichbedeutend mit dem Ende seines unbeschränkten Zugangs zu den Rohstoff- und Energiequellen sind.

Genossen!

Seit ihrer Gründung von nunmehr 22 Jahren erklärt die AKFM, daß positive Neutralität die Grundlage ist, auf der kleine Länder wie Madagaskar ihre internationalen Beziehungen gründen können. Dabei geht es um Beziehungen zu allen Ländern, unter Achtung der Souveränität und Unabhängigkeit.

Bei Respektierung dieser Prinzipien prangerte die AKFM in der Zeit des zwölf Jahre währenden neokolonialistischen Regimes, das in Madagaskar von der ehemaligen Kolonialmacht errichtet wurde, unermüdlich die verhängnisvolle Bilanz der "Kooperationsverträge" an, die allein darauf gerichtet waren, die Abhängigkeit unseres Landes auf politischem, ökonomischem, sozialem und kulturellem Gebiet fort dauern zu lassen.

Während dieses schwierigen Zeitabschnitts und angesichts des von gewissen Parteien unternommenen Diversionfeldzuges, der dem Volk die wirklichen Ziele verhehlen sollte, erklärte die AKFM als erste Partei, daß einzig die Verwirklichung der Prinzipien und Ziele des wissenschaftlichen Sozialismus unser Land zu einer wirklichen Unabhängigkeit und zu sozialem Fortschritt führen könne.

Die Entwicklung der nationalen Lage seit 1975 zeugt davon, daß die unermüdlich von der AKFM gegen Kolonialismus und Neokolonialismus geführte Aktion endlich positive Resultate zeitigte.

Die Nichtpaktgebundenheit und die Aufrechterhaltung der nationalen Souveränität sind die Leitgedanken, auf denen die Charta der Sozialistischen Madagassischen Revolution beruht, die vom Präsidenten der Demokratischen Republik Madagaskar befürwortet und vom madagassischen Volk am 21. Dezember 1975 angenommen worden ist. Darin heißt es ganz klar:

"Das unabhängige Madagaskar kann es sich nicht erlauben, isoliert von der übrigen Welt im Indischen Ozean unter zunehmender Bedrohung zu leben, noch sich ohne Öffnung nach außen auf das Innere seiner Grenzen zu beschränken. Das freie Madagaskar muß sich selbst treu bleiben. Es hat seine Unabhängigkeit dank seiner eigenen Anstrengungen erhalten, gewiß, aber auch dank der Opfer anderer Völker, die gegen den gemeinsamen Feind, den Imperialismus, gekämpft haben.

Diese Treue sich selbst gegenüber, hat Madagaskar veranlaßt, die gerechte Sache, den gerechten Kampf aller unterdrückten Völker zu unterstützen, die sich vom Kolonialjoch, von imperialistischer und rassistischer Herrschaft und Entfremdung befreien wollen...

Solange afrikanische Bruderländer noch unter imperialistischer und rassistischer Herrschaft leben, solange kann Madagaskar nicht völlig unabhängig sein.

Deshalb, trotz aller Schwierigkeiten, hat sich die madagassische Revolution die Aufgabe gestellt, die Befreiungsbewegungen Afrikas, Asiens, Lateinamerikas, des Mittleren Ostens zu unterstützen und wird das auch weiterhin tun."

Genossen!

Das madagassische Volk hat niemals und wird niemals die Bedeutung der internationalen Solidarität vergessen, die ihm im langen, schweren und bisweilen blutigen Kampf um seine nationale Unabhängigkeit zuteil geworden ist.

Dieser Kampf begann lange vor dem Verlust seiner staatlichen Unabhängigkeit.

Schon 1883 griff Frankreich die Westküste Madagaskars an. 1890 wurden die führenden Persönlichkeiten des damaligen madagassischen Staates von der britischen Regierung verra-

ten, die sie als ihren "Verbündeten" betrachteten. Die Imperialisten teilten damals Afrika untereinander auf.

Am 5. August 1890 tauschten der Botschafter Frankreichs in London und der Außenminister Großbritanniens eine Deklaration folgenden Inhalts aus:

- "1. - Die Regierung der französischen Republik verpflichtet sich, das britische Protektorat auf den Inseln Sansibar und Pemba anzuerkennen.
2. - Die Regierung Ihrer britischen Majestät erkennt das Protektorat Frankreichs auf der Insel Madagaskar an."

Am 17. November 1890 hatte der Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten Deutschlands dem Botschafter der Französischen Republik in Berlin ein Schreiben zugesandt, indem er ihm mitteilte, daß

"seine Regierung den Erklärungen zustimmt, denen zufolge die Regierung der Französischen Republik keinerlei Einwände gegen den Erwerb der Kontinentalbesitzungen des Sultans von Sansibar und der Insel Mafia durch Deutschland vorzubringen habe und daß Deutschland seinerseits das Protektorat Frankreichs auf Madagaskar anerkennt...."

(G. Grandidier - Vierzig Jahre Geschichte Madagaskars 1880 - 1920).

Am 30. September 1895 besetzten die französischen Kolonialtruppen Antananarivo.

Aber das madagassische Volk hat niemals die Niederlage hingenommen. Der Widerstand gegen den Okkupanten hat niemals aufgehört. Von 1896 bis 1905 hat die französische Kolonialverwaltung einen regelrechten Völkermord begangen.

"Savaron hat die Anzahl der Opfer der "Friedensstiftung" auf 100 000 geschätzt. Andere Autoren haben die Opfer der Hungersnot und der Repression im eigentlichen Sinne gezählt und von 300 000, ja sogar 700 000 Toten gesprochen. Diese Ziffern bezeugen das Ausmaß des Schreckens, das dieser lange Eroberungskrieg hervorrief, der sich gegen ein Volk von 4 Millionen Menschen richtete (Pierre Boiteau in "Beitrag zur Geschichte der madagassischen Nation").

Wenn der bewaffnete Widerstand unterdrückt worden ist, weniger als zehn Jahre danach und das trotz des von den Kolonisatoren erreichten Terrorregimes, führten junge Intellektuelle den Kampf durch die Gründung eines Geheimbundes zur Rettung der madagassischen Persönlichkeit. Die Bewegung wurde bald unterdrückt und ihre Mitglieder in die Verbannung geschickt.

Dank des von Ralaimongo geführten Kampfes, eines der besten Führer der Unabhängigkeitsbewegung in Madagaskar, wurden sie in den zwanziger Jahren begnadigt. Damit möchte ich Euch sagen, daß der Widerhall der siegreichen Oktoberrevolution von 1917 in Rußland bis zu den Ufern unserer Insel kam, und sich eine große Zahl internationalistischer Patrioten erhob.

Ralaimongo befand sich zu dieser Zeit gerade in Frankreich und kämpfte zusammen mit den französischen Gegnern des Kolonialregimes und anderen Patrioten, unter ihnen Ho Chi Minh, für die Begnadigung der Verurteilten der V.V.S. Nach seiner Rückkehr nach Madagaskar blieb er mit den französischen Demokraten in Verbindung. Diese Kampftradition zwischen den madagassischen Patrioten und den französischen Demokraten ist niemals unterbrochen worden. Und während der Unterdrückung, die der madagassischen Rebellion von 1947/48 folgte und die 100 000 madagassische Opfer kostete, befanden sich die französischen Kommunisten und

Demokraten an der Seite der madagassischen Patrioten und forderten die Amnestie für die politischen Gefangenen und unterstützten die Forderungen unseres Volkes für die Unabhängigkeit.

Der Ruf Lenins "Proletarier und unterdrückte Völker aller Länder vereinigt euch!" verhallte nicht ungehört.

In dem Maße wie das erste sozialistische Land der Welt erstarkte, schritt die nationale Befreiungsbewegung und die internationale Arbeiterbewegung voran. Die Hauptrichtung der sozialen Entwicklung wird in der gegenwärtigen Etappe bestimmt durch die Einheit der drei Hauptkräfte unserer Zeit, die sozialistische Gemeinschaft, das internationale Proletariat und die nationale Befreiungsbewegung.

Der Präsident der Demokratischen Republik Madagaskar erklärte auf der Konferenz der Nichtpaktgebundenen in Havanna:

"Wir müssen feierlich anerkennen, daß die sozialistischen Länder objektiv unsere Verbündeten im Kampf gegen den Imperialismus, den Neokolonialismus und den Rassismus sind. Es kommt hinzu, daß die Länder des sozialistischen Blocks uns niemals kolonialisiert haben. Ohne die Sozialisten hätten die Imperialisten die Dritte Welt buchstäblich zerstückelt und sich die Beute geteilt.

Die nationalen Befreiungsbewegungen hätten ohne die Unterstützung der sozialistischen Kräfte schwerlich all ihre Siege davongetragen."

Genossen!

Die AKFM ihrerseits hat immer an der Seite der unterdrückten Völker im Kampf gegen den Imperialismus gestanden und hat auf ihrem letzten Kongreß ihre Solidarität erneut bekräftigt:

- mit dem von der SWAPO geführten Volk von Namibia im Kampf für seine Unabhängigkeit
- mit dem vom ANC geführten Volk Südafrikas, das für die Abschaffung der Apartheid und der Macht der weißen Minderheit kämpft
- mit der PLO, die für das Recht auf ein Vaterland und für die Unabhängigkeit kämpft
- mit dem von der Polisario geführten Volk Sharaoui, das für seine Unabhängigkeit kämpft
- mit dem Volk von Korea, das für die friedliche Wiedervereinigung seines Vaterlandes kämpft
- mit dem chilenischen Volk, das gegen die Diktatur kämpft
- mit dem Volk Haitis, das für die Beseitigung einer grausamen Diktatur kämpft
- mit dem angolanischen Volk, das gegen die südafrikanischen Eindringlinge kämpft
- mit dem Volk^{von} Réunion in seinem Kampf für die Selbstbestimmung und demokratische Eigenständigkeit des Volkes
- mit dem Kampf der Völker der Insel Martinique, Guyanas, Guadeloupes für die Entkolonialisierung.

Die AKFM steht hinter dem Volke Vietnams in seinem Kampf gegen den Eindringling und für die Verteidigung seiner Souveränität.

Deshalb hat die AKFM, als sie vom Eindringen der chinesischen Armee in vietnamesisches Territorium erfuhr, eine Zusammenkunft mit den demokratischen madagassischen Organisa-

tionen veranstaltet, um erneut zu betonen, daß die Achtung der Unabhängigkeit, der Souveränität und der territorialen Integrität ein von diesen demokratischen Organisationen gebilligtes Prinzip in den Beziehungen mit anderen Ländern ist. Die AKFM hat so diesen, gegen das vietnamesische Volk geführten Krieg, verurteilt.

Die chinesischen Streitkräfte haben sich aus Vietnam zurückgezogen, aber wir müssen feststellen, daß die chinesischen Führer weiterhin entschlossen sind, Pol Pot und seine Leute zu unterstützen, die so schwere Verbrechen gegen das Volk von Kampuchea begangen haben. Die AKFM bekundet dem Volk von Kampuchea ebenfalls ihre Solidarität.

Die AKFM verurteilt die Machenschaften der Imperialisten in der UNO, um die Ereignisse in Afghanistan zu verfälschen.

Präsident Ratsiraka hat übrigens in seiner Erwiderung an die Zeitschrift Afrique - Asie unterstrichen, daß die Vereinten Nationen die USA nicht verurteilt hatten, als diese Vietnam und Kambodscha überfielen, und ebenfalls nicht Frankreich verurteilten, als die Söldner von Bob Denard Ali Sohli, den Präsidenten der Komoren, töteten.

Genossen!

In dem Bericht des Ständigen Sekretariats der OSPAA, der auf der Konferenz anlässlich des 25. Jahrestages der Bandung-Konferenz gehalten wurde, heißt es:

"Die vorrangigen Ziele der imperialistischen Aktivitäten im und um den Indischen Ozean sind: fortwährende Ausbeutung der Bodenschätze - z. B. des Erdöls -, um die Investitionen der multinationalen Konzerne zu sichern, Destabilisierung der progressiven Regierungen und Einschüchterung der gegen den Imperialismus kämpfenden fortschrittlichen Massenbewegungen.

Es ist von größter Wichtigkeit, den Indischen Ozean von allen Massenvernichtungswaffen, nuklearen und anderen, zu befreien, die in den Stützpunkten in diesen unzähligen Ländern stationierten militärischen Kräfte abzuziehen, den weiteren Ausbau und die Errichtung von Stützpunkten einzustellen und mit dem Abbau dieser Basen zu beginnen.

Die Versuche der Imperialisten, die SEATO zu schaffen, einen Militärpakt im Südatlantik, stehen damit in engem Zusammenhang. Dieser Pakt, so wie die Gesamtheit der aggressiven imperialistischen Kreise ihn sehen, steht in Zusammenhang mit den Militärbastionen im rassistischen und faschistischen Südafrika und in den reaktionären Ländern Lateinamerikas. Er wird den Süden des Erdballs in unheilvoller Weise umspannen mit seiner nuklearen Bedrohung und den repressiven Potentialitäten gegen den Befreiungskampf der Völker dieser Region. Alle Anstrengungen müßten darauf gerichtet sein, allen Plänen, die eine nicht abzusehende Gefahr für den Weltfrieden darstellen, Einhalt zu gebieten."

Wir haben von der amerikanischen Armada im Golf gesprochen. Kriegsschiffe der BRD sind auch im Indischen Ozean aufgetaucht, desgleichen französische Kriegsschiffe.

Genossen!

Der 9. Kongreß der AKFM, der im August 1980 in Antanarivo stattfand, unterstreicht:

"Die gegenwärtige internationale Lage macht es erforderlich, daß jeder einzelne, alle Staatsführer, alle Parteien und Organisationen, ihre Pflicht in der Verteidigung des Friedens, in den Bemühungen um die Abrüstung sehen.

Die von den Imperialisten in den internationalen Beziehungen beabsichtigte Rückkehr zum kalten Krieg ist die Ursache für die mit allen Mitteln erfolgende Einmischung der Imperialisten in die inneren Angelegenheiten bestimmter Länder:

- Errichtung von Militärbasen

- Entfesselung von Konflikten in den betreffenden Zonen
- Verstärkung der antikommunistischen und antisowjetischen Propaganda.

Diese Politik des kalten Krieges findet ihren direkten Niederschlag in den Entwicklungsländern, wie Madagaskar, denn enorme Summen, die in die Entwicklung hätten investiert werden können, werden vom Bau und der Ausrüstung von Kriegsmaterialien verschlungen.

Die Neue Wirtschaftsordnung, die die richtige und harmonische Entwicklung der Mehrheit der Völker der ganzen Welt gewährleisten wird, erfordert die Errichtung des Friedens, der friedlichen Koexistenz und der Abrüstung.

Die AKSM unterstreicht erneut ihre Besorgnis über die zunehmende Zahl von Streitkräften in der Zone des Indischen Ozeans und im Gebiet des arabisch-persischen Golfes. Der amerikanische Militärstützpunkt von Diego Garcia, Speerspitze der Aggression des amerikanischen Imperialismus im Indischen Ozean, und die soeben gebildete schnelle Eingreiftruppe rechtfertigen diese Besorgnis. Desgleichen verhält es sich mit der Hartnäckigkeit, mit der die französische Regierung die vier Inseln besetzt hält, die, wie von der ganzen Welt anerkannt, Madagaskar zugehören.

Folglich unterstützt die AKPM vorbehaltlos den Vorschlag des Präsidenten Ratsiraka, eine Konferenz der Staatschefs in Antananarivo abzuhalten, um den Indischen Ozean in eine Zone des Friedens zu verwandeln und ruft alle fortschrittlichen Kräfte der ganzen Welt auf, für den Erfolg dieser Initiative einzutreten. Wir hoffen, daß dieses internationale Seminar diesen Vorschlag unterstützt.

Genossen!

Wir haben Euch über unsere Auffassungen, unsere Stellungnahmen und unsere Tätigkeit informiert. Sie dienen alle dem

gleichen Ziel: Unabhängigkeit, Frieden und sozialer Fortschritt, Kampf gegen den Imperialismus, den Neokolonialismus, den Rassismus und die Apartheid. Für den Sieg ist mehr denn je die Stärkung der Einheit der revolutionären Kräfte der ganzen Welt erforderlich: der sozialistischen Gemeinschaft, der internationalen Arbeiterbewegung, der nationalen Befreiungsbewegung.

Es lebe der Sozialismus!

Es lebe der Frieden!

Es lebe der gemeinsame Kampf der Arbeiterbewegung und der nationalen Befreiungsbewegung gegen den Imperialismus, für sozialen Fortschritt!

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VEKİLİ
TÜSTAV

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

Internationale Wissenschaftliche Konferenz

„Der gemeinsame Kampf
der Arbeiterbewegung
und der nationalen Befreiungsbewegung
gegen Imperialismus,
für sozialen Fortschritt“

Rede von Klaus-Dieter Heiser,
Mitglied des Büros des Parteivorstandes der
Sozialistischen Einheitspartei Westberlins ^{Bah P.}

Berlin, 20. Oktober 1980 bis 24. Oktober 1980

**TÜRKİYE SOSYAL TÜSTAV
TARİH ARAŞTIRMA VAKFI**

Liebe Genossen!

Gestattet mir, im Namen des Parteivorstandes der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins dem Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands für die Ausrichtung und die Einladung zur Teilnahme an dieser internationalen wissenschaftlichen Konferenz herzlich zu danken, die gemeinsam mit der Redaktion der Zeitschrift "Probleme des Friedens und des Sozialismus" durchgeführt wird.

Wir messen dieser großen und weltweit beachteten Konferenz außerordentliche Bedeutung zu, weil angesichts der sich zuspitzenden internationalen Entwicklung immer deutlicher wird, daß das Zusammenwirken der drei revolutionären Hauptströme entscheidend ist, um die imperialistische Politik der Aggressionen, der konterrevolutionären Wühltätigkeit, der Drohungen, des Schürens von Spannungen und Konflikten in allen Teilen der Welt zu stoppen, um die Entfesselung eines nuklearen Weltkrieges durch den Imperialismus zu verhindern und Frieden und Fortschritt weltweit zum Durchbruch zu verhelfen.

Liebe Genossen!

Die SEW verfolgt mit großer Aufmerksamkeit die politischen Entwicklungen der Gegenwart und ist in ihrer Arbeit bemüht, alles zu tun, um auch von Westberlin aus in dieser Auseinandersetzung einen aktiven Beitrag im Sinne des Friedens und des Fortschritts zu leisten. In unserer Stadt, die als eine kapitalistische Insel inmitten der sozialistischen DDR liegt, hat schon immer die politische Großwetterlage in der Welt eine besondere Rolle gespielt. Hier, wo Sozialismus und Kapitalismus unmittelbar aufeinanderstoßen, steht die Frage des Kampfes für Frieden und Entspannung und gegen eine Politik der Konfrontation und der Schürung von Spannungen besonders scharf, hat Westberlin doch

Überhaupt nur eine Zukunft, wenn es gelingt, das Wettrüsten zu bremsen, die Rüstungen abzubauen und die gefährlichen Pläne des Imperialismus zum Scheitern zu bringen. Das heißt für uns als Kommunisten, vor allem energisch und beharrlich die Lüge des Klassegegners und seiner Medien von der angeblichen Bedrohung aus dem Osten zu zerschlagen, die wahren Ursachen für die internationale Zuspitzung und damit die Quelle der wachsenden Spannungen aufzudecken und die Erkenntnis der Arbeiter und Werktätigen zu entwickeln und zu stärken, daß der eigene Einsatz notwendig ist, um die Kriegspläne des US-Imperialismus zu durchkreuzen.

Bei der Entwicklung einer aktiven Friedensbewegung in Westberlin, bei der Entwicklung der Propaganda- und Agitationsarbeit der SEW in der Arbeiterklasse und unter den Bündnispartnern, hat unsere Partei nie einen Zweifel daran gelassen, daß Frieden und Sozialismus eine untrennbare Einheit bilden, ebenso wie Kriegsvorbereitung, Krieg und Imperialismus zusammengehören.

Das kann man auch an der Entwicklung der jüngsten Zeit deutlich machen. Tatsache ist doch, daß die Verschärfung der gegenwärtigen Situation seine Ursache in den krampfhaften Bemühungen des Imperialismus hat, die militärische Überlegenheit über den Sozialismus zu erlangen. Dieses Ziel haben sich die imperialistischen Kräfte gestellt, um zu einer Politik der Erpressung und der Durchsetzung der eigenen Absichten gegen die Sozialistische Staatengemeinschaft durch Waffengewalt übergehen zu können. Besonders der US-Imperialismus möchte wieder zurückkehren zur Kanonenbootpolitik und die alte Rolle des Weltgendarmen spielen, was sich zugleich gegen die jungen Nationalstaaten, gegen die gesamte sogenannte 3. Welt richtet. Das zeigt sich besonders deutlich in Lateinamerika, im Nahen und Mittleren Osten sowie in Asien, wobei er dabei auf die volle Unterstützung Pekings rechnen kann.

Nicht die Hilfe der Sowjetunion für Afghanistan ist also

die Ursache von wachsenden Spannungen in den internationalen Beziehungen, sondern die Ursachen liegen in der Politik des aggressivsten Teils des Imperialismus, insbesondere des US-Imperialismus, die Ausdruck findet im NATO-Langzeitprogramm von 1978, in der Nichtratifizierung des SALT-II-Abkommens durch die USA, im Beschluß der NATO, neue atomare Waffensysteme in Westeuropa zu stationieren, und in der berühmtesten Direktive 59 der USA-Regierung, die praktisch den atomaren Erstschlag beinhaltet und gleichzeitig benutzt wird, den Menschen weiszumachen, daß ein eventueller Atomkrieg begrenzt geführt werden kann. Das dies angesichts der heutigen Waffentechnik unmöglich ist, wird zynisch übergangen.

Große Sorge hat viele Menschen in unserer Stadt erfaßt angesichts der Tatsache, daß Westberlin inmitten der Zielgebiete atomarer NATO-Raketen liegt und von unserer Stadt bei einer nuklearen Auseinandersetzung zwischen NATO und Warschauer Vertragsstaaten nichts mehr übrigbleiben würde, obwohl Westberlin weder dem einen noch dem anderen Bündnis angehört. Auch deshalb fühlen wir uns besonders verpflichtet, alles zu tun, um die Bevölkerung unserer Stadt zum aktiven Handeln für einen Friedensbeitrag Westberlins zu ermuntern.

Es kann jedoch nicht verschwiegen werden, daß die Regierenden in Westberlin, einer SPD/FDP-Koalition, in unverantwortlicher Weise mehrfach offiziell ihre Sympathien für die Rüstungspolitik der NATO und der USA zum Ausdruck gebracht haben. Auch das bestärkt uns darin, daß nur durch den aktiven Kampf der Volksmassen Veränderungen im Interesse der Arbeiterklasse und der Werktätigen erreicht werden können.

Vor allem über die entspannungsfeindliche Politik der NATO entfaltet der Imperialismus seine Politik der Konfrontation in Europa. Das bekommen wir in Westberlin in besonderer Stärke zu spüren. Eine der Formen ist die Einmischung in innere Angelegenheiten sozialistischer Länder, wie sie

tagtäglich von unserer Stadt aus praktiziert wird. Gegenwärtig richtet sich wieder einmal eine Welle von Provokationen und Hetze von Westberlin aus gegen die DDR. Tatsache aber ist, daß die Deutsche Demokratische Republik seit Jahr und Tag eine konstruktive Politik des Friedens, der Entspannung und der Normalisierung der Beziehungen zu Westberlin betreibt und daß der Generalsekretär des ZK der SED und Vorsitzende des Staatsrates der DDR, Genosse Erich Honecker, gerade dieser Tage in Gera in einer weitbeachteten Rede erneut in diesem Sinne Vorschläge unterbreitete, deren Realisierung entscheidend zur Normalisierung des Verhältnisses zwischen der DDR und der BRD sowie zwischen der DDR und Westberlin beitragen würden. Daß das die volle Anerkennung der Souveränität der DDR und der Prinzipien der Nichteinmischung in ihre inneren Angelegenheiten einschließt, ist eine Forderung der DDR, die völlig in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht, der Schlußakte von Helsinki und allen zwischen der BRD und der DDR abgeschlossenen Verträgen und Abkommen steht.

Was unsere Stadt angeht, so ist es eine Tatsache, daß mit dem Vierseitigen Abkommen über Westberlin vom September 1971 eine gute Ausgangsposition für die Normalisierung der Beziehungen zur DDR und zugleich eine Grundlage für die vernünftige Entwicklung unserer Stadt geschaffen wurde. Diese Möglichkeiten wurden von den Regierenden unserer Stadt bisher nicht im Ansatz genutzt. Statt dessen versuchen sie, das Vierseitige Abkommen in seiner Kernaussage zu unterlaufen, daß Westberlin kein Teil der Bundesrepublik Deutschland ist und nicht von ihr regiert werden darf. Im Widerspruch zu Geist und Buchstaben dieses Abkommens unternehmen die Regierenden in Westberlin und Bonn "Tests" auf die Belastbarkeit, verstoßen sie gegen die Prinzipien des Abkommens. Auf dieser Linie hat erst in diesen Tagen wieder der Bundespräsident der BRD, Carstens, widerrechtlich Amtshandlungen in Westberlin vorgenommen und hat dort eine Kultusministerkonferenz der Länder der BRD veranstaltet. Jeder einigermaßen nüchtern denkende Mensch wird verstehen, daß das keine Beiträge zur Entspannung in Europa sind, sondern bewußte und gezielte

Belastungen der Beziehungen zwischen Westberlin und der DDR.

In unserer Stadt, deren Bevölkerung bittere Erfahrungen mit der Politik des kalten Krieges gemacht hat und der die Politik der Entspannung in den 70er Jahren viele Vorteile brachte, wächst das Engagement für Frieden und Abrüstung. Als ein Echo auf die Berliner Friedensinitiative, die der Generalsekretär des ZK der KPdSU und Vorsitzende des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, Genosse Leonid I. Breshnew, vor einem Jahr unterbreitete, fanden sich in unserer Stadt Kommunisten, Sozialdemokraten, Christen, Parteilose zusammen, um gemeinsam gegen die NATO-Raketenbeschlüsse aufzutreten. Seither hat sich dieses Zusammenwirken zu einer koordinierten Friedensbewegung entwickelt. Neue Initiativen haben sich in diesem Zeitraum entwickelt. So hat sich an allen Westberliner Hochschulen eine Bewegung "Hochschule für den Frieden" gebildet, in der Wissenschaftler, Professoren, Studenten, Angestellte und Arbeiter der Universitäten und Fachschulen zusammenarbeiten. Von einer Initiative "Künstler für den Frieden", an der sich namhafte Ensembles und Einzelkünstler aus Westberliner Theatern, der Oper, Schriftsteller, bildende Künstler u.a. beteiligen, werden für den Zeitraum November/Dezember 1980 mehr als 40 Veranstaltungen gegen die NATO-Rüstungspolitik vorbereitet. In einer Aktionsgemeinschaft "Jugend gegen Aufrüstung" haben sich Jugendorganisationen unterschiedlichster politischer und weltanschaulicher Orientierung zusammengefunden, die bereits mit Massenveranstaltungen gemeinsam in die Öffentlichkeit getreten sind. Viele Kirchengemeinden führen im November Friedenswochen durch.

In den Gewerkschaften, den zahlenmäßig größten Organisationen der Arbeiterklasse in unserer Stadt, verstärkt sich das Eintreten für Frieden und Abrüstung. Aus der Sicht vieler Gewerkschafter stellen sich Rüstungskontrolle und Abrüstung nicht nur als existentielles Problem für die gesamte Menschheit dar, sondern auch als ein Ziel, das den Arbeitern

und Angestellten in bezug auf die materiellen und sozialen Lebensbedingungen und die Sicherheit der Arbeitsplätze unmittelbaren Nutzen bringt. Dies kommt zum Ausdruck in Beschlüssen von Gewerkschaftskongressen und solchen Aktionen, wie z.B. der regelmäßigen Durchführung des Antikriegstages am 1. September in großen gewerkschaftlichen Veranstaltungen.

Unsere Partei sieht ihre Aufgabe vor allem darin, zur weiteren Verbreiterung und Zusammenarbeit dieser Bewegung beizutragen und auf ihre Zielstellung und ihren Inhalt Einfluß zu nehmen. Das entspricht zugleich dem Appell des Pariser Treffens kommunistischer und Arbeiterparteien Europas vom April dieses Jahres, dessen Wirksamkeit weit über die Reihen der Kommunisten in Westberlin hinaus spürbar ist.

Liebe Genossen!

Die Aufgaben, die in der Strategie des Imperialismus Westberlin zgedacht sind, umfassen auch auf spezifische Weise die Beziehungen des westdeutschen Monopolkapitals und die Konzeptionen führender Politiker der BRD und Westberlins hinsichtlich der Entwicklungsländer. In dieser Strategie ist, wie Vertreter der Westberliner Regierung selbst zugeben, Westberlin "zu einem entwicklungspolitischen Zentrum der BRD" geworden. Damit ist nicht etwa die Entwicklung und Sicherung von Arbeitsplätzen in unserer Stadt gemeint, sondern die Organisierung und Arbeit einer Vielzahl von Institutionen in Westberlin, die auf entwicklungspolitischem Gebiet arbeiten. Den Teilnehmern von Tagungen, Seminaren, Trainings- und Ausbildungskursen soll widerrechtlich demonstriert werden, daß Westberlin Bestandteil der BRD ist. Obligatorische Programmpunkte solcher Veranstaltungen enthalten eine antikommunistische Indoktrination, die die Teilnehmer gegenüber sozialistischen Entwicklungsalternativen in ihren Heimatländern immunisieren soll. Diese in unserer Stadt angesiedelten Institutionen sind demokratischer Kontrolle und Mitbestimmung entzogen und voll integriert in die Aufgaben zur Sicherung der Interessen der BRD in

Staaten wie Pakistan, Simbabwe, Türkei u.a. Derartige Institutionen sind vorrangig auf dem Gebiet der Fortbildung tätig und konzentrieren sich auf die verschiedenen Aufgaben des Ideologietransfers aus Ländern des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Entwicklungsländer.

Liebe Genossen!

In Westberlin leben gegenwärtig mehr als 200 000 ausländische Mitbürger, das sind etwa 12 Prozent der Gesamtbevölkerung. Es ist auch von daher sicher verständlich, daß in unserer Stadt die antiimperialistische Solidarität eine große Bedeutung hat. Kämpfe an unterschiedlichen Punkten der Erde widerspiegeln sich in Westberlin. Im gemeinsamen Kampf gegen den gemeinsamen Gegner - das Monopolkapital - manifestiert sich in unserer Stadt unmittelbar ein Zusammenwirken unterschiedlicher Kräfte der revolutionären Weltbewegung. Das gibt uns zugleich die Möglichkeit, über den proletarischen Internationalismus nicht nur zu reden, sondern ihn täglich direkt zu praktizieren.

Laßt mich versichern:

Wir werden an unserem Kampfplatz in Westberlin, an der Nahtstelle zwischen Sozialismus und Imperialismus, unsere internationalistische Pflicht im Kampf um Frieden und Sozialismus, gegen Imperialismus und Krieg stets erfüllen!

+++++

TÜRKİYE SOSYAL TÜSTAV TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

Internationale Wissenschaftliche Konferenz

„Der gemeinsame Kampf
der Arbeiterbewegung
und der nationalen Befreiungsbewegung
gegen Imperialismus,
für sozialen Fortschritt“

Rede von
Matiur Rahman, Sekretär des ZK der
Kommunistischen Partei Bangladeshs

Berlin, 20. Oktober 1980 bis 24. Oktober 1980

**TÜRKİYE SOSYAL TÜSTAV
TARİH ARAŞTIRMA VAKFI**

Liebe Genossen!

Gestatten Sie mir, allen in Erfüllung einer großen Aufgabe hier versammelten Genossen unsere revolutionären Grüße zu übermitteln. Unsere Grüße gelten auch der Sozialistischen Einheitspartei und dem Redaktionskollegium der Zeitschrift "Probleme des Friedens und des Sozialismus", dank deren Initiative wir uns hier zusammenfinden konnten, um die lebenswichtigsten Probleme zu diskutieren, denen sich alle Kommunisten und die anderen, für Demokratie, Frieden und gesellschaftlichen Fortschritt kämpfenden Kräfte gegenübersehen. Wir haben uns hier zu einer Zeit versammelt, da die Weltbevölkerung erneut davon bedroht ist, den todbringenden Plänen des Imperialismus und der Weltreaktion zum Opfer zu fallen, da Versuche unternommen werden, die Welt in die düsteren Tage des kalten Krieges zurückzusetzen. Die

Stationierung nuklearer Mittelstreckenraketen in Westeuropa, der Aufschub der Unterzeichnung des SALT-II-Vertrages, USA-Basen in Diego-Garcia und in anderen Gebieten, ständig neue Provokationen und die Herbeiführung von Spannungen, die Anheizung regionaler Konflikte, eine Welle antisowjetischer Hysterie, die das Afghanistanproblem zum Anlaß nimmt und vieles andere mehr untermauern diese Tatsache.

Bedeutet das jedoch, daß der Imperialismus an Stärke gewinnt? Sicher nicht. Vielmehr zeugen diese Tatsachen davon, daß die Kräfte des revolutionären Weltprozesses neue Angriffe gegen die imperialistischen und reaktionären Kräfte unternehmen.

In den vergangenen Jahren erreichten die Entwicklungsländer im antiimperialistischen Befreiungskampf bedeutende Ergebnisse. Das heroische Vietnam - der Vorposten des Sozialismus in Südostasien - ist trotz der verbrecherischen Angriffe des reaktionären Pekinger Regimes zu einer soliden Macht geworden.

Das blutige Pol-Pot-Regime in Kampuchea wurde beseitigt. In Afghanistan gewinnt die demokratische Volksrevolution immer mehr an Boden, Eine demokratische Revolution fand in Iran statt, wodurch das proimperialistische Regime des Schahs gestützt wurde. Fortschrittliche Regierungen in Angola, Mocambique, in der VDR Jemen und in Äthiopien haben ihre Positionen gefestigt. Die Erringung der Unabhängigkeit durch den jungen afrikanischen Staat Simbabwe hat der afrikanischen Befreiungsbewegung neuen Aufschwung verliehen. Die Befreiung Nikaraguas versetzte den Bastionen des Imperialismus in Lateinamerika einen wirkungsvollen Schlag. Die Arbeiterbewegung in den entwickelten kapitalistischen Ländern gewinnt zunehmend an Stärke. Um es kurz zu sagen, möchte ich Genossen Gus Hall zitieren, der äußerst treffend sagte: "Diese Eruptionen sind wie Rauchausbrüche aus Vulkanen, unter denen ein Lavameer brodelt." Die relativ vernünftig denkenden Teile der herrschenden Kreise der kapitalistischen Welt erkennen in zunehmendem Maße die Schädlichkeit der Bestrebungen der Monopole des militärisch-industriellen Komplexes. Es ist in der Tat schwer, die Notwendigkeit der friedlichen Koexistenz und der Entspannung vollkommen zu ignorieren.

Die ungemein wachsende Stärke des von der Sowjetunion geführten Weltsozialismus auf allen Gebieten hat in entscheidendem Maße den Weg für all diese positiven Veränderungen geebnet.

Die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Ländern stehen mit ihrer prinzipienfesten Politik, die auf den großen Lehren des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus beruht, immer freundschaftlich an der Seite der Völker der unterdrückten Länder, unterstützten sie in ihrem Kampf für nationale und soziale Befreiung, für Frieden, Entspannung und Sozialismus.

Im politischen Bericht, den der III. Parteitag unserer Partei im Februar 1980 annahm, wurden die Hauptmerkmale der gegenwärtigen Weltlage wie folgt beschrieben: "Während dieser

Zeit haben sich die wirtschaftliche, militärische und politische Stärke, die Macht und der Einfluß der Sowjeunion und des sozialistischen Lagers insgesamt weiter vergrößert. Die drei Kräfte des heutigen revolutionären Weltprozesses - das sozialistische Weltsystem, der revolutionäre Kampf des Proletariats in den kapitalistischen Ländern und die nationale Befreiungsbewegung - gewinnen weiter an Stärke. Ihre Einheit und Geschlossenheit nimmt zu, sie vergrößern ihre Stoßkraft und erzielen immer neue Siege durch die Zurückdrängung der Kräfte der Reaktion und des Imperialismus auf verschiedenen Gebieten.

Verehrte Genossen!

Was unsere Tagesordnung anbelangt, so möchte ich den Organisatoren dieses Treffens meine Anerkennung aussprechen. Sie wählten eine Thematik, die für uns alle von brennendem Interesse ist: "Der gemeinsame Kampf der Arbeiterbewegung und der nationalen Befreiungsbewegung gegen Imperialismus, für sozialen Fortschritt." Auf unserem Parteitag im Februar diskutierten wir damit im Zusammenhang stehende Probleme. Alle sind sich ebenso wie Sie der Tatsache bewußt, daß in Ländern wie dem unsrigen die fortschrittliche Bewegung, besonders die kommunistische Bewegung, bei der Verfolgung ihrer Ziele viele Schwierigkeiten zu überwinden hat. Unser letzter Parteitag fand in einer Atmosphäre wachsender Spannungen in den internationalen Beziehungen statt. Das "Afghanistanproblem" als Vorwand nehmend, versuchten der Weltimperialismus und die reaktionären Kreise unserer Region, die antikommunistische Propaganda anzuheizen und in dieser schwierigen Situation ihre Ziele zu realisieren. Unsere Partei bezog einen festen internationalistischen Standpunkt und erwies der afghanischen Volksrevolution ihre Solidarität. Wir erachten es als internationalistische Pflicht und wahrhaften Ausdruck des Internationalismus des bestehenden Sozialismus und seiner Vorhut, der UdSSR, eine wahrhafte Revolution

moralisch und materiell zu unterstützen, wenn diese von außen durch konterrevolutionäre Kräfte angegriffen wird. Dank dieser Einstellung befürworten wir auch voll und ganz die Präsenz der sowjetischen Truppen in Afghanistan, solange das von der afghanischen Regierung für notwendig erachtet wird. Die Haltung unserer Partei zum Afghanistanproblem erweckte den Zorn der reaktionären, religiösen und herrschenden Kreise unseres Landes. Aufgehetzt durch die Kreise in Washington und Peking starteten sie eine Verleumdungskampagne gegen unsere Partei. Jedoch dank der Standhaftigkeit und der festen Überzeugung unserer Genossen wurde der Parteitag zu einem Erfolg.

Aber nicht einmal zwei Wochen vergingen, da wurde unsere Partei von der Regierung scharf angegriffen. Etwa 50 unserer führenden Persönlichkeiten auf allen Ebenen, vom Zentralkomitee bis zu den örtlichen Leitungsgremien, wurden verhaftet, unter ihnen der Generalsekretär unserer Partei, Genosse Mohammad Farhad.

Man entstellte seine Rede auf einem Solidaritätsmeeting mit der afghanischen Volksrevolution dahingehend, daß er in Bangladesh eine "Revolution afghanischen Stils" anstrebe und erhob daraufhin gegen Genossen Mohammad Farhad Klage wegen "staatsgefährdender Äußerungen". Obwohl bis zum heutigen Tage andere Genossen wieder aus der Haft entlassen wurden, schmachtet Genosse Mohammad Farhad immer noch im Gefängnis.

Unter solch schweren Bedingungen führen wir unseren Kampf zur Durchsetzung der Aufgaben der nationaldemokratischen Revolution, wie sie auf unserem letzten Parteitag erarbeitet wurden.

Liebe Genossen!

Unser Land wird von einer schweren wirtschaftlichen und politischen Krise geschüttelt. In den neun Jahren unserer Unabhängigkeit hat es keinen wesentlichen Fortschritt bei der Entwicklung unserer Produktivkräfte gegeben. Unser Verbleiben in der Einflußsphäre des kapitalistischen Weltmarktes hat nur dazu geführt, daß wir die Lasten zu tragen haben, die der Niedergang des Kapitalismus mit sich bringt. Die Politik unserer derzeitigen Regierung hat die Probleme unseres Volkes nur noch verschärft. In der auf dem III. Parteitag unserer Partei beschlossenen politischen Resolution heißt es: "Die Regierung schützt die Interessen der Reichen und führt das Land auf einen kapitalistischen Weg. Die Klassenunterschiede und die klassenmäßige Ausbeutung haben sich unter der gegenwärtigen Regierung verschärft." Weiter heißt es: "Die Regierung ist unfähig, die Probleme der Nation oder die Probleme des Volkes einer dauerhaften Lösung zuzuführen. Im Gegenteil, die reaktionäre, gegen das Volk gerichtete Politik der Regierung sowie die von ihr eingeleiteten Schritte haben die Probleme zu einem unüberschaubaren Berg anwachsen lassen."

Ausgehend von den umfangreichen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Problemen und der gegenwärtigen Haltung der Regierung wurde auf dem III. Parteitag festgestellt, daß "die patriotischen, demokratischen und progressiven Kreise noch keine Alternativkraft gebildet haben, die in der Lage wäre, das Vertrauen des Volkes zu gewinnen, um das Land zumindest auf den progressiven Weg zurückzuführen und dem werktätigen Volk uneingeschränkte demokratische Rechte zu sichern". Und das ist auch gleichzeitig eines der wichtigsten politischen Probleme, denen wir im gegenwärtigen Stadium unserer Entwicklung gegenüberstehen.

Eine rückblickende Analyse zum besseren Verständnis der derzeitigen Krise soll uns helfen, die äußerst komplizierte

Entwicklung, die unser Land seit der Erringung seiner Unabhängigkeit durchgemacht hat, darzustellen.

Genossen!

Unser tapferes Volk stellte 1971, als es zu den Waffen griff, um dem Völkermord und den Greueln der pakistanischen Herrscher ein Ende zu setzen und sich von diesem Joch zu befreien, seine große Kraft unter Beweis. Durch die aktive Hilfe und Unterstützung seitens der sozialistischen Länder, vor allem der Sowjetunion, sowie der kommunistischen und fortschrittlichen Kräfte der ganzen Welt, hervorzuheben sei hier vorallem das demokratische Indien, gelang es unserem siegreichen Volk, die pakistanische Armee, die von den Vereinigten Staaten und China mit Waffen versorgt worden war, in die Knie zu zwingen. Im Verlaufe seines nationalen Befreiungskampfes erkannte unser Volk den verräterischen und reaktionären Charakter der Pekinger Politik.

Nach der Befreiung ging die politische Macht in die Hände von Vertretern der Mittelschicht über. Während des Befreiungskampfes hatte die Polarisierung der Kräfte im nationalen wie auch im internationalen Maßstab einige objektive Auswirkungen auf die Politik der von Sheikh Mujibur Rahman geführten Regierung der Awami League (Volkspartei).

Sowohl in der Innen- als auch in der Außenpolitik leitete die Regierung einige progressive Maßnahmen ein. Die Regierung nationalisierte verlassene Industrieobjekte und Banken, die vor der Befreiung pakistanischen Kapitalisten gehörten, sowie einige Unternehmen, die sich in den Händen bengalischer Kapitalisten befanden. Weiterhin nationalisierte sie den Außenhandel. Die Regierung verfolgte eine Politik der positiven Nichtpaktgebundenheit und Freundschaft mit der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Staaten.

Im Bereich der Landwirtschaft hat die Regierung jedoch keine

einschneidenden Maßnahmen ergriffen, um die Überbleibsel des Feudalismus zu beseitigen. So wurde die Landbevölkerung, die die übergroße Mehrheit der Bevölkerung ausmacht und die während unseres Befreiungskampfes die Massenbasis bildete, der Früchte unserer Unabhängigkeit beraubt. Das gleiche gilt auch für die überlebte, aus kolonialistischen Zeiten stammende Form der Verwaltung. Die Erweiterung der demokratischen Rechte der Werktätigen wurde unterlassen.

Auf unserem im Dezember 1973 abgehaltenen II. Parteitag wurde die gesamte Lage eingeschätzt und beschlossen, die Regierung generell zu unterstützen, ihre Mängel, Grenzen und Fehler aufzudecken und die Öffentlichkeit dagegen zu mobilisieren.

Gemeinsam setzten die proimperialistischen, maoistischen und die gegen die Unabhängigkeit eingestellten Kräfte ihre verschwörerische Tätigkeit offen und versteckt fort, um den gesamten Prozeß umzuwandeln. Gleichzeitig nahmen Korruption und die antisozialen Aktivitäten innerhalb und außerhalb der führenden Partei überhand. Die von oben eingeleiteten fortschrittlichen Maßnahmen und die Versuche, sie mittels unerfahrener und unfähiger Kader im Rahmen der alten kolonialen Verwaltungsstruktur zu realisieren, erwiesen sich als undurchführbar. Dem Volk wurden die Geschehnisse und die Möglichkeit, dabei eventuell mitreden zu können, vorenthalten. Im Gegenteil, alle Probleme des Volkes blieben ungelöst und die Krise im alltäglichen Leben spitzte sich von Tag zu Tag immer mehr zu. Die verheerende Überschwemmung im Jahre 1974 versetzte das Land in einen Zustand der Hungersnot. Die Krise griff auf das politische Leben im Land über.

In all den Jahren hat unsere Partei ihre Anstrengungen darauf ausgerichtet, die Massen zur Durchführung der fortschrittlichen Maßnahmen zu mobilisieren und die Öffentlichkeit auf die Versuche seitens der reaktionären Kräfte sowie auf das Unvermögen der Regierung, die dringendsten Bedürfnisse des Volkes zu befriedigen, aufmerksam zu machen.

Aus dem ständigen Bemühen unserer Partei heraus, mit allen patriotischen, demokratischen und fortschrittlichen Kräften eine vereinigte Front zu schaffen, wurde im Jahre 1974 ein Dreierbündnis gebildet. Doch dieses Bündnis war nicht in der Lage, die Angriffe der feindlichen Kräfte abzuwehren und das Volk für seine gute Sache zu gewinnen, da es an geeigneten Maßnahmen zur Beseitigung der innerhalb der führenden Partei existierenden Krise mangelte. Angesichts dieser kritischen Situation ergriff Sheikh Mujibur Rahman eigene Maßnahmen, um der Lage Herr zu werden. Anfang 1975 verbot er durch eine Verfassungsänderung alle politischen Parteien (deshalb wurde auch unsere Partei ihrer legalen Existenz beraubt) und verkündete die Bildung einer nationalen Einheitspartei mit der Bezeichnung "Awami-Liga der Bauern und Arbeiter Bangladeshs" (BAKSAL). Doch die nachfolgenden Ereignisse erlaubten dieser neuen Bewegung nicht, sich als gut oder schlecht zu erweisen. Am 15. August 1975 wurde Mujibur in einem Staatsstreich hinterhältig ermordet. Die Macht ging in die Hände reaktionärer, proimperialistischer Kreise über.

Seit 1975 hat unser Land viele Höhen und Tiefen durchlaufen, mehrere Staatsstrieche und Gegenstaatsstrieche erlebt und wurde es von einer ständigen Instabilität erfaßt.

Als Folge der Konterrevolution von 1975 zeichnet sich in allen Bereichen der Gesellschaft ein reaktionärer Prozeß ab. Die gegenwärtige Regierung baut eine positive Errungenschaft unserer Unabhängigkeit nach der anderen ab.

In den vergangenen neun Jahren unserer Unabhängigkeit hatte unsere Partei viele schwierige und turbulente Situationen zu meistern. In diesen Jahren hat unsere Partei umfangreiche und vielfältige Erfahrungen sammeln können. Sie kann Erfolge verbuchen, aber auch Fehler, Mißerfolge und Rückschläge. Wir sehen diese Erfahrungen als äußerst wertvoll für die Umgestaltung unserer Partei zu einer revolutionären, marxistisch-leninistischen Partei der Arbeiterklasse, des werktätigen Volkes an. Auf unserem III. Parteitag führten wir in dieser

Sache eine offene und selbstkritische Diskussion. In dem Abschnitt zwischen unserem III. Parteitag (Dezember 1973) und 1975, als Sheikh Mujibur die Macht innehatte, und dem nachfolgenden Abschnitt gewannen wir Erkenntnisse, die wir für den Verlauf unserer künftigen Aktionen als wertvoll erachten. Die bedeutendsten davon sind:

Erstens konnten wir gegenüber der Mittelschicht und dieser Partei keine klare Haltung beziehen. Im politischen Bericht des III. Parteitages wurde auf die Politik der Bildung einer vereinigten Front mit allen anderen patriotischen und demokratischen Kräften, die sich vorwiegend aus mittleren und kleinbürgerlichen Kreisen der Bevölkerung zusammensetzen, verwiesen. Doch waren wir nicht in der Lage, klar zu erkennen, daß der Kampf gegen die Grenzen und negativen Einflüsse dieser Kreise von keiner geringen Bedeutung ist. Man sollte immer daran denken, daß die Frage von Bündnissen mit anderen Kräften eine äußerst komplizierte und widersprüchliche Erscheinung ist. Jede Simplifikation oder Verabsolutierung dieses oder jenes Aspekts des gesamten Prozesses könnte negative Folgen haben.

Wir waren uns auch der Tatsache nicht voll bewußt, daß die Haltung gegenüber diesen Parteien der Mittelschicht aus dem dialektischen Entwicklungsprozeß dieser Parteien heraus bezogen werden sollte.

Zweitens, bei der Einschätzung der Rolle von Sheikh Mujibur Rahman innerhalb unseres nationalen Befreiungskampfes, neigten wir dazu, ihn über seine Klasse zu erheben. Diese falsche Ansicht aufdeckend, sagte der politische Bericht des Parteitages, daß die politischen Führer nicht über ihren Klassen stehen, wenngleich Kommunisten niemals die Rolle der Persönlichkeit in einem bestimmten Abschnitt der Geschichte verneinen. Die tragische Ermordung von Sheikh Mujibur hat wieder einmal bewiesen, daß eine bestimmte Partei und ihr Führer, wie volksverbunden sie auch sein mag, keine solide Grundlage für die

Massen bilden kann, wenn die lebensnotwendigen Bedürfnisse des Volkes unbefriedigt bleiben.

Drittens: Aus den oben genannten Tatsachen folgt, daß wir das Prinzip von "Einheit und Kampf" nicht wirksam verwirklichen konnten. Viel Aufmerksamkeit wurde der Frage der Einheit gewidmet, während die Notwendigkeit eines gleichzeitig verlaufenden Kampfes unterschätzt wurde.

Ein weiterer wesentlicher Aspekt in unserer Erfahrung ist die Notwendigkeit des Kampfes für die Wiederherstellung und Ausdehnung von Demokratie und demokratischen Rechten für die werktätigen Massen. Was diesen Punkt betrifft, so ist die Partei der Ansicht, daß jede Art von Einschränkung der demokratischen Rechte und demokratischen Institutionen von Schaden ist.

Viertens: Was das von Sheikh Mujib eingeführte Ein-Parteien-System betrifft, so sind wir der Meinung, daß eine selbständige Kommunistische Partei von entscheidender Bedeutung ist, und daß darauf stets Wert gelegt werden sollte. Es wurde auch aufgezeigt, daß das Ein-Parteien-System nicht unbedingt eine Voraussetzung für sozialen Fortschritt ist, es kann sogar von Schaden sein, wenn sich nämlich diktatorische Tendenzen in den Mittelschichten herausbilden. Gerade durch die kontinuierliche Entfaltung der revolutionären Initiative der Massen wird deren Bewußtseinsstand gehoben, erhöht sich ihr Organisationsgrad, was im Kampf für sozialen Fortschritt so wichtig ist.

Fünftens: Seit der Konterrevolution im Jahre 1975 sind die bewaffneten Kräfte direkt am Machtkampf und am politischen Leben des Landes beteiligt. Die Erfahrungen Bangladeshs und aller anderen jungen unabhängigen Staaten demonstrieren deutlich die Tatsache, daß die marxistisch-leninistischen und alle anderen fortschrittlichen Kräfte niemals die Bedeutung einer klaren Haltung gegenüber den wichtigen gesellschaftlichen Kräften außer acht lassen dürfen. Schließlich ist es

eine schwere Aufgabe, legale, halblegale und illegale Zusammenkünfte in kurzen Abständen oder auf einmal stattfinden zu lassen und miteinander zu verbinden, das muß für die Arbeit mit den Massen erlernt und praktiziert werden, und dafür muß die Massenbasis für die Partei geschaffen werden.

Liebe Genossen!

Seit 1975 setzt unsere Partei unter legalen und illegalen Existenzbedingungen ihre Arbeit fort. Angesichts des vorherrschenden Kräfteverhältnisses in unserem Lande hat der III. Parteitag unserer Partei die Aufgabe hervorgehoben, die patriotisch gesinnten, demokratischen und progressiven Kräfte zu mobilisieren, um aus der gegenwärtigen traditionellen bürgerlich-kleinbürgerlichen Politik herauszukommen. Unsere Partei ist der festen Überzeugung, daß sich eine solche alternative Kraft in konkreten Aktionen herausbilden wird. Um diese Mobilisierung der unterschiedlichen Kräfte und die damit zusammenhängende Bewegung weiter zu festigen, zu entwickeln und voranzubringen, müssen wir den erforderlichen politischen und ideologischen Kampf mit einer positiven Einstellung führen. Um jedoch eine solche Mobilisierung der Kräfte zu erreichen, ist es sehr wichtig, die Stärke der Partei selbst und ihr unabhängiges Handeln auszubauen. Deshalb muß die Partei Bewegungen zu einzelnen Fragen anregen, Aktionen der Arbeiter, Landarbeiter, der arbeitenden Bauernschaft und der Mittelschichten für die Lösung der Probleme und der Krise, vor die sie sich gestellt sehen, organisieren und auch an Aktionen teilnehmen, die von verschiedenen Gruppen der Bevölkerung spontan durchgeführt werden, und dort die Führung übernehmen.

Entsprechend diesem Ziel hat die Partei die Forderung "Nahrung, Kleidung, Boden und Arbeitsplätze" zu ihrer strategischen Losung gemacht. Die Partei bleibt weiterhin wachsam gegenüber Verschwörungen des Feindes, der gegen die nationale Unabhängigkeit und Souveränität arbeitet, um sie zurückzuwei-

sen. Die Partei mißt dem Schutz der bestehenden demokratischen Rechte und der Erweiterung und Entwicklung der Demokratie große Bedeutung bei. Man kann sagen, daß alle diese Fragen in der Tat einander ergänzen.

Genossen!

Im Kampf um die Befreiung vom Joch des Kapitals hat die Menschheit Großes vollbracht. Uns steht der reiche Schatz an Erfahrungen zur Verfügung, die die internationale kommunistische und Arbeiterbewegung, die Kämpfer für nationale Befreiung, Frieden und sozialen Fortschritt gesammelt haben. Ich bin zutiefst davon überzeugt, daß diese Diskussion und der hier mögliche Meinungs- und Erfahrungsaustausch ebenfalls in sehr positiver Weise zu unserem gemeinsamen Kampf beitragen werden. Unsere Partei steht stets fest für die gemeinsame Sache aller Kommunisten und progressiven Kräfte in der Welt ein. Auf unserem letzten Parteitag haben wir sogar die Notwendigkeit hervorgehoben, eine Weltkonferenz der Kommunisten zu diesem kritischen Zeitpunkt in der Geschichte einzuberufen. So ist es ganz selbstverständlich, daß wir dieser Konferenz, ihren Organisatoren und Teilnehmern unsere Hochachtung entgegenbringen. Vor uns liegen Schwierigkeiten, doch wenn wir gemeinsam vorgehen, werden wir feststellen, daß sie niemals unüberwindlich sind. Im Kampf für eine Welt frei von Ausbeutung und Unterdrückung ist der Sieg unser. Wir müssen unsere Anstrengungen vereinen, um jene Kräfte zurückzudrängen, die versuchen, der Neutronenbombe ein harmloses Gesicht zu geben.

Internationale Wissenschaftliche Konferenz

„Der gemeinsame Kampf
der Arbeiterbewegung
und der nationalen Befreiungsbewegung
gegen Imperialismus,
für sozialen Fortschritt“

Rede von Tom Mc Donald,
Mitglied des Sekretariats des ZK
der Sozialistischen Partei Australiens

Berlin, 20. Oktober 1980 bis 24. Oktober 1980

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

Die Grundlagen für Frieden, Sozialismus, nationale Unabhängigkeit und soziale Gerechtigkeit sind auf vielfache Weise miteinander verwoben, wie aus dem in Vorbereitung der Konferenz erarbeiteten Dokument hervorgeht.

Die Kräfte, die für diese Grundlagen kämpfen, sehen sich einem gemeinsamen Feind gegenüber, dem Imperialismus, auch wenn das großen Teilen der Bevölkerung noch nicht bewußt ist.

Jeder Fortschritt in diesem Kampf verschärft die allgemeinen Probleme des Imperialismus, schränkt seine Möglichkeiten und Fähigkeiten ein, seine Pläne für eine Weltherrschaft zu verwirklichen. So hilft jeder Teil in diesem Kampf direkt oder indirekt, den revolutionären Weltprozeß voranzubringen.

Die machtvolle Kraft des Sozialismus, die Arbeiterklasse der kapitalistischen Länder, die nationale Befreiungsbewegung und die demokratische und Friedensbewegung sehen sich in allen Teilen der Welt auf unterschiedliche Weise mit dem Imperialismus konfrontiert.

Die gemeinsame Kraft und das Zusammenwirken dieser Kampfaktionen dient dem historischen Interesse der Menschheit und hat das gesamte Kräfteverhältnis zugunsten der Arbeiterklasse verändert.

Wir begrüßen diese wissenschaftliche Konferenz, deren Ergebnisse dazu beitragen werden, die Einheit aller antiimperialistischen Kräfte zu stärken, die die Niederlage der Imperialisten und ihrer Pläne, ihre Herrschaft aufrechtzuerhalten und dort, wo es möglich ist, diese durch Neokolonialismus und militärischer Aggression zu erweitern, herbeizuführen.

Bei seinen Versuchen, das Kräfteverhältnis zu seinen Gunsten zu verändern, unternimmt der Imperialismus verzweifelte Anstrengungen, einen Keil zwischen die antiimperialistischen Kräfte zu treiben. Er versucht, die Kräfte der Sozialdemokra-

tie und einflußreiche Kreise der internationalen Arbeiterbewegung sowie die Völker der dritten Welt in seine Pläne gegen die sozialistische Welt einzuspannen.

Teil dieser Strategie ist es auch, die Gewerkschaftsbewegung in den kapitalistischen Ländern in Organisationen zu verwandeln, die seinen politischen Interessen dienen.

Dies geschieht in Form eines weltweit koordinierten und vorgebrachten Rufs nach "Menschenrechten" und "freien Gewerkschaften" in den sozialistischen Ländern - einem Aufruf zur verstärkten Unterstützung für die konterrevolutionären Kräfte, die der Imperialismus in der sozialistischen Welt zu entwickeln sucht.

Als Teil dieser Pläne werden "Dissidenten" aus sozialistischen Ländern im Westen als Helden gefeiert und als Kreuzritter von heute gegen die Welt des Sozialismus und die Sache des Sozialismus benutzt.

Der Imperialismus versucht auch, Antisowjetismus und das fehlende Wissen über den Klassencharakter der sozialistischen Gesellschaft auszunutzen, und bringt geschickt die haltlose Phrase vom "Sowjetimperialismus" in die breite progressive Bewegung, insbesondere die Friedensbewegung, und versucht, fälschlich die Rolle der UdSSR mit der der Vereinigten Staaten gleichzustellen.

Der Begriff der "zwei Supermächte" ist Ausdruck dieses Vorgehens.

Der Antisowjetismus ist die wichtigste ideologische Begründung für die schnell zunehmende Militarisierung der australischen Wirtschaft und Australiens umfassende Integration in die Militärmaschinerie der Vereinigten Staaten.

Die Niederlagen der Vereinigten Staaten in Südostasien sowie

die relative Stabilität des Kapitalismus in Australien haben dazu geführt, daß unser Land zu einem immer wichtigeren Bindeglied im umfassenden militärischen Netz wird, mit dem die Vereinigten Staaten den Indischen und Pazifischen Ozean überziehen.

Auf Grund seiner geographischen Lage nimmt Australien eine strategisch wichtige Position ein, und zwar eignet sich unser Land gut für den Ausbau der von den Vereinigten Staaten im pazifischen Raum sowie im Raum des Indischen Ozeans stationierten nuklearen Streitkräften.

Diese Entwicklungen haben den Charakter des seit langem zwischen Australien und den Vereinigten Staaten bestehenden Bündnisses verändert. Aus dem konventionellen militärischen Bündnis ist nun ein nukleares Bündnis geworden, das das australische Volk in einen atomaren Konflikt hineinziehen würde, eine Entwicklung, der sich die australische Bevölkerung eben erst bewußt zu werden beginnt.

Es gibt mehr als 30 Militärstützpunkte auf australischem Territorium. Einer dieser Stützpunkte ist Pine Gap, ein wichtiger Bestandteil des umfangreichen USA-Satellitensystems.

Die Vereinigten Staaten haben auf australischem Boden Marine- und Luftstützpunkte eingerichtet. Dies sowie die geplante Stationierung amerikanischer, mit Kernwaffen bestückter Schiffe und der jüngste Beschluß, amerikanischen nuklearen Bombern vom Typ B52 zu gestatten, von Australien aus zu operieren, bedrohen Australiens politische Unabhängigkeit.

Die Klasse der australischen Monopolkapitalisten hat sich dem USA-Imperialismus in der Hoffnung, die eigene Einflußsphäre in Südostasien weiter auszudehnen und die imperialistische Macht Australiens in dieser Region weiter festigen zu können, bereitwillig angeschlossen.

Schon heute ist Australien eine nicht unbedeutende imperialistische Macht, die sich in Papua Neuguinea sowie auf einigen Inseln im südostpazifischen Raum ihre wirtschaftliche Vorherrschaft sichern konnte.

Australien selbst unterliegt einer starken ökonomischen Kontrolle und politischen Einflußnahme durch die führenden Mächte Japans, Großbritanniens und vor allem und in zunehmendem Maße durch die Vereinigten Staaten, was dazu geführt hat, daß das Land die Rolle eines unterwürfigen Juniorpartners übernommen hat, die es auch akzeptiert.

Gegenwärtig gerät die Mehrzahl der für Australien lebenswichtigen mineralischen Rohstoffe und Energiequellen sowie andere Schlüsselbereiche der Wirtschaft in zunehmendem Maße unter die Vorherrschaft und Kontrolle von multinationalen Monopolen. Diese Vorherrschaft sowie der imperialistische Charakter von Australien selbst widerspiegeln sich in der reaktionären Politik der australischen Regierung. So unterstützt sie beispielsweise (obwohl es in dieser Frage Uneinigkeiten gibt) das diskreditierte Pol-Pot-Regime. Die australische Regierung gehörte auch zu den Initiatoren des gescheiterten Boykotts der Olympischen Spiele von Moskau und ist eine große Befürworterin des sich herausbildenden Bündnisses zwischen den USA, China und Japan.

Der Staatshaushalt für das laufende Jahr sieht eine wesentliche Erhöhung der Militärausgaben als einen ersten Schritt der langfristigen Beteiligung des australischen Volkes an den sich aus dem Militärbündnis mit den Vereinigten Staaten ergebenden Kosten vor, deren Anteil für Australien ständig wächst.

Die Sozialistische Partei Australiens verfolgt eine Politik der Entspannung, der Befürwortung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz und der allgemeinen und vollständigen Abrüstung. Sie ruft zur Distanzierung von den Plänen des USA-Imperialismus und zur Beseitigung der auf australischem Territorium be-

stehenden Militärstützpunkt auf.

Unter den neuen sich entwickelnden Umständen erachten wir es von größter Bedeutung, daß diejenigen ihre Opposition verstärken, die trotz der Unterstützung der seit langem bestehenden Partnerschaft mit den USA eine feste Haltung dagegen einnehmen, daß Australien sich zu einem militärischen Stützpunkt der Vereinigten Staaten entwickelt.

Die mächtige Bewegung der Kernkraftgegner, die ursprünglich ihren Kampf in Australien auf den Widerstand gegen die Förderung und den Export von Uran beschränkte, weitet sich immer mehr zu einer Anti-Kernkriegsbewegung aus, deren Forderungen sich auf den Widerstand gegen Kernwaffenstützpunkte, auf die Tests von nuklearen Sprengsätzen und Waffen im Pazifik und auf die Lagerung von Kernabfällen im Pazifik durch Japan und die Vereinigten Staaten ausdehnen.

Diese Probleme sind das gemeinsame Anliegen der Völker des Pazifik und des südostasiatischen Raumes. Als Folge davon nimmt der Widerstand eine zunehmend koordinierte und organisierte Form in diesem Teil der Erde an - bis hin zur Entwicklung von regionalen gewerkschaftlichen Kontakten und Organisationen, die sowohl Mitgliedsorganisationen des WGB als auch des IBFG umfassen.

In Australien zeigt sich der Widerstand gegen die sich neu entwickelnde Lage in einer wachsenden Breite und Unterstützung der Friedensbewegung.

Die Friedensbewegung in Australien unterhält weiterhin enge Verbindungen mit dem Weltfriedensrat und betrachtet den Kampf um den Frieden als ein weltweites Problem trotz aller Bemühungen, ihre Aktivitäten auf regionale Angelegenheiten zu beschränken.

Der Kampf um den Frieden und der Kampf gegen die Haupterschei-

nungen der wachsenden Beherrschung des wirtschaftlichen und ökonomischen Lebens in Australien durch den Imperialismus nimmt viele Formen an und erstreckt sich auf viele Forderungen. Diese schließen ausgedehnte Streik- und andere Aktionen ein, die sich auf den Lebensstandard, die öffentliche Wohlfahrt und andere soziale Belange beziehen. Es gibt viele Solidaritätsaktionen. Der Widerstand gegen den Rassismus, gegen Regime der militärischen Unterdrückung wie in Chile, gegen die indonesische Aggression in Ost-Timur sowie Chinas Aggression gegen Vietnam und die anderen Länder Indochinas sind nur einige wenige Beispiele.

Weitere Probleme, die das Volk von Australien in Widerspruch zum Imperialismus bringen, umfassen den Natur- und Umweltschutz, die Mitbestimmung über unsere nationalen Energiereerven und Bodenschätze, das Recht auf Arbeit, die Verteidigung der demokratischen Grundrechte sowie die Anerkennung der Eingeborenen, was auch die Anerkennung von deren Landrechten und politischen Rechten einschließt.

In Australien besteht ein echtes Bedürfnis, all diese Bewegungen in einen gemeinsamen Strom einmünden zu lassen, auf eine höhere Stufe des bewußteren Kampfes gegen den Imperialismus zu heben, was eine höhere Stufe im Kampf für ein sozialistisches Australien bereiten würde.

Der Dritte Parteitag der Sozialistischen Partei rief zur Schaffung einer breiten antiimperialistischen und antimonopolistischen Bewegung auf, in der die Arbeiterklasse eine entscheidende Rolle spielen würde.

Unter australischen Bedingungen erfordert dies eine wesentliche Voraussetzung - das ist die Schaffung einer geeinten Front zwischen Marxisten-Leninisten und Mitgliedern der Labor Party Australiens.

Als einen Schritt auf diesem Wege bemüht sich die Sozialistische Partei Australiens um Zusammenarbeit und gemeinsame Ak-

tionen der verschiedenen linken Kräfte, mit denen wir ernste ideologische Differenzen haben, die aber dennoch einen anti-imperialistischen Standpunkt vertreten.

Wir betrachten die Einheit der linken Kräfte als eine Stufe in der Entwicklung einer viel breiteren Einheit der Arbeiterklasse, der fortschrittlichen und demokratischen Kräfte, was zur Entwicklung einer echten Alternative in der Politik führt, die antiimperialistisch ist und sich auf die Bedürfnisse des Volkes stützt.

In der Entschließung des Parteitages der Sozialistischen Partei hieß es: "Eine antiimperialistische und antimonopolistische Bewegung auf einer solch breiten Grundlage wird dem Volk Australiens zum Nutzen gereichen. Die gesammelten Erfahrungen werden dann die Notwendigkeit nach viel weiterreichenden Veränderungen in Richtung zum Sozialismus aufzeigen, die allein in der Lage sind, die vom staatsmonopolistischen Kapitalismus geschaffenen Probleme zu lösen."

TÜRKİYE SOSYAL TARİH VE İKTİSADİyatları

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI
TÜSTAV

Internationale Wissenschaftliche Konferenz

„Der gemeinsame Kampf
der Arbeiterbewegung
und der nationalen Befreiungsbewegung
gegen Imperialismus,
für sozialen Fortschritt“

Rede von

Otto Janacek,

Mitglied des ZK

der ÖKP Österreichs

Berlin, 20. Oktober 1980 bis 24. Oktober 1980

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI
TÜSTAV

Österreich ist eines der kleineren Länder in Europa mit etwas über sieben Millionen Einwohnern. Unsere wirtschaftliche Verflechtung mit den Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas ist gering, wenn man von Energieimporten, das heißt im wesentlichen Erdöl- und Erdgasimporten und Projekten, die zur Kompensierung dieser Energieimporte dienen, absieht. Unter den industrialisierten kapitalistischen Ländern stehen wir zum Beispiel bei der sogenannten "Entwicklungshilfe" so ziemlich am unteren Ende der Weltkala. Aber da die "Entwicklungshilfe" ohnehin in erster Linie eine Hilfe für die Unternehmer der hochindustrialisierten Länder ist, haben wir Kommunisten uns nie für eine Vergößerung dieser "Entwicklungshilfe"-Quoten stark gemacht.

Dazu kommen historische Besonderheiten: Das alte Österreich war vor dem ersten Weltkrieg die einzige europäische Großmacht, die keine überseeischen Kolonien hatte. Die Arbeiterbewegung unseres Landes war bis in die jüngste Zeit fast ausschließlich auf die "europäische" Problematik orientiert, sofern sie sich überhaupt mit außerösterreichischen Problemen beschäftigte.

Wenn der Einfluß der österreichischen Arbeiterbewegung auf die Entwicklung in den Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas bisher gering war, so gilt das nicht auch im umgekehrten Sinn. Der Kampf der Befreiungsbewegungen gegen den Imperialismus und für den sozialen Fortschritt hat starken Einfluß auf die fortschrittlichen Kreise in unserem Land. Es begann in den sechziger Jahren mit der Solidaritätsbewegung für das gegen den amerikanischen Imperialismus kämpfende vietnameische Volk. Die Protestbewegung gegen die amerikanische Aggression in Vietnam erreichte bei uns nicht die Größe wie in anderen westeuropäischen Ländern, aber es gelang zum

ersten Mal, eine breite Front zustande zu bringen, die weit über die Reihen der Kommunistischen Partei hinaus ging. Dabei muß darauf hingewiesen werden, daß in der österreichischen Sozialdemokratie der Antikommunismus offizielle Doktrin ist und jede Zusammenarbeit von Mitgliedern der SPÖ mit Kommunisten von seiten der SPÖ-Führung unter Parteisanktionen gestellt ist. Diese Mauer, die von der SPÖ-Führung in unserem Land unmittelbar nach dem zweiten Weltkrieg errichtet wurde und nach Streikbewegungen in den fünfziger Jahren, in denen Sozialisten, Kommunisten und christliche Arbeiter gemeinsam kämpften, nochmals um ein beachtliches Stück erhöht wurde, begann im Verlauf der Vietnamdemonstrationen erstmals zu bröckeln. Gleichzeitig begann sich das Bild der USA in unserem Land zu wandeln. Das bis dahin recht positive Bild von den USA und selbst von der NATO erhielt einen kräftigen Knacks. Den bürgerlichen Massenmedien fällt es heute immer schwerer, den amerikanischen Imperialismus als eine Institution zu verkaufen, die es auf die "Verteidigung der Freiheit" abgesehen hat.

Es fällt ihnen besonders schwer seit dem Putsch der faschistischen Junta in Chile und dem Offenbarwerden der Rolle Washingtons bei diesem Putsch. Weite Kreise der Sozialistischen Partei in unserem Land, insbesondere die Jugend der Partei, aber auch viele linke Katholiken, hatten sich mit den Zielen und dem Kampf der chilenischen Demokraten unter Allende identifiziert. Der friedliche Weg in eine bessere Welt schien sich am chilenischen Beispiel in exemplarischer Weise zu bestätigen. Der Putsch kam wie ein Schock.

In der Chile-Solidaritätsfront, die unmittelbar nach dem Putsch in Chile dann in unserem Land entstand, arbeiten Kommunisten mit Sozialisten und Katholiken nun ganz offiziell zusammen. Es ist die erste Massenbewegung, in der das geschehen konnte. Die Führung der SPÖ wagte nicht mehr, ihren Mitgliedern mit

Saktionen zu drohen. Und diese Chile-Solidaritätsfront konnte vor einigen Wochen nun einen großen Erfolg verzeichnen, der Auswirkungen auf die gesamte österreichische Innenpolitik hat.

Es wurde aufgedeckt - und zwar von der kommunistischen Presse - daß Österreich eine recht umfangreiche Waffenlieferung an die faschistische Junta in Santiago plante. Die Verträge mit Chile waren schon unterzeichnet. Es ging um 112 Schützenpanzerwagen österreichischer Produktion, die "besonders für den Straßenkampf geeignet sind", wie österreichische Waffenhändler geschwätzig feststellten. Österreichs Unternehmer und die Bosse der verstaatlichten Industrie, die an dem Panzergeschäft beteiligt waren, aber auch Bundeskanzler Kreisky und der Vorsitzende des Österreichischen Gewerkschaftsbundes Benya argumentierten zunächst mit dem Schlagwort "Arbeitsplatzsicherung" für das Panzergeschäft, dann aber auch mit dem Hinweis "wenn nicht wir, dann eben ein anderer Staat, irgendwer wird sicher die Panzer liefern, warum also nicht wir..." Auch die österreichische Neutralität wurde ins Spiel gebracht. Wenn sich Österreich, so hieß es, keine eigene Waffenproduktion leisten könne, so sei die Neutralität gefährdet und wir könnten uns nur eine Waffenproduktion leisten, wenn wir eine genügend große Zahl von Abnehmern im Ausland fänden.

Als sich ein Sturm der Entrüstung gegen das Waffengeschäft bis tief in die Reihen der Sozialistischen Partei und der Gewerkschaftsbewegung hinein erhob (die Transportarbeiter drohten zum Beispiel damit, die Panzer für Chile nicht zu verladen), versuchte Bundeskanzler Kreisky, zunächst eine "Zusage der chilenischen Regierung zu erreichen, die Waffen nicht gegen die eigene Bevölkerung einzusetzen...". Dieser Versuch richtete sich durch seine Lächerlichkeit selbst. Und nach einer Demonstration in Wien, an der Tausende junge Kommunisten, Sozialisten und Katholiken teilnahmen, fiel das ganze Geschäft. Es wurde von der Regierung nicht mehr bewilligt.

Der einheitliche Kampf um die Verhinderung des Chile-Panzer-geschäftes hat deshalb für Österreich Bedeutung, weil hier der Kampf um Solidarität mit den nationalen Befreiungsbewegungen (es sind zum Beispiel auch zahlreiche Lateinamerikakomitees in der letzten Zeit in Österreich entstanden, die recht aktiv sind) mit starken Momenten des antifaschistischen Kampfes in Österreich selbst zusammenfällt. Dieser Kampf wird - bedingt durch Umtriebe der Neofaschisten und gefördert durch Laxheit der Behörden - immer mehr an Notwendigkeit und Bedeutung gewinnen.

Wenn ich hier die Person unseres Bundeskanzlers erwähnt habe, so gestatten Sie mir, noch einige Augenblicke bei ihm zu bleiben. Er hat sich in der internationalen Arena einen gewissen Namen gemacht, weil er sich in einigen außenpolitischen Fragen, insbesondere in Nahostfragen, spezialisiert hat. Die Rolle Kreiskys ist dabei eine zwiespältige. Positiv ist einerseits, daß er im Rahmen der Sozialistischen Internationale zunächst und dann auch auf anderen Ebenen mitgewirkt hat an einer Anerkennung der Rechte und Forderungen der Palästinenser und hier wieder an der Anerkennung der PLO. Andererseits muß man aber sehen, daß Kreisky doch im Rahmen einer Art internationaler Arbeitsteilung mit den imperialistischen Kräften wirkt. Kreisky und die Führung der SPÖ waren zum Beispiel intensiv mit dabei, als es Anfang der siebziger Jahre darum ging, Sadat "umzudrehen" und Ägypten für den Westen "zu öffnen". Es gab in dieser Zeit auch intensive Parteibeziehungen zwischen der ASU Sadats und der SPÖ. Ähnliches scheint Kreisky jetzt mit der Baath-Partei des Irak zu versuchen. Ein Besuch des österreichischen Bundeskanzlers in Bagdad fiel nur deshalb ins Wasser, weil inzwischen der irakisch-iranische Krieg ausgebrochen ist, aber bis Jordanien ist der Kanzler immerhin gekommen, und dort setzte er sich auf einmal dafür ein, die Frage der Palästinenser "im jordanischen Rahmen zu lösen" - eine Lösung, die auch von der israelischen Arbeiterpartei angestrebt wird. Der eigene

Staat der Palästinenser fiel bei Kreisky unter den Tisch. Erst als Abgesandte der PLO bei Kreisky um Aufklärung baten, stellte sich heraus, daß das ganze nur ein "Mißverständnis" gewesen sein sollte.

Es ist das Bestreben des österreichischen Bundeskanzlers, im Rahmen seiner Möglichkeiten - und als "Sozialist" und Regierungschef eines neutralen Landes hat er einige - daran mitzuwirken, daß Lösungen für den Nahen Osten gefunden werden, die die Völker dieser Länder von den sozialistischen Ländern, insbesondere von der UdSSR, isolieren sollen. Das Camp-David-Geschäft zwischen Carter, Sadat und Begin wurde von Kreisky zunächst begrüßt. Erst als ihm klar wurde, daß das Abkommen selbst bei den konservativen arabischen Ländern auf Widerstand stieß, begann auch er es zu kritisieren - wobei sich seine Hauptkritik gegen Begin richtet und er die Illusion zu verbreiten sucht, daß es unter einer Regierung der israelischen Arbeiterpartei ganz anders sein würde.

In diesem Zusammenhang möchte ich auch auf einen kennzeichnenden Sonderfall hinweisen, wo die sonst sehr zugeknöpften Taschen der österreichischen Bundesregierung für Entwicklungsländer sehr weit offen sind. Es handelt sich um die Türkei. Die reaktionären Regierungen der Türkei werden seit Jahren von NATO-Ländern, insbesondere der BRD, massiv mit Finanzhilfen unterstützt. Diese Finanzhilfen haben ausgesprochen strategisch-militärischen Charakter. Sie sollen verhindern, daß ein "Eckpfeiler" der NATO zerfällt. Österreich beteiligt sich ziemlich massiv an diesen Finanzhilfen und hat schon einige Milliarden Schilling in die Türkei gesteckt. Diese Finanzspritzen stehen im Widerspruch zur österreichischen Neutralität. Es ist bezeichnend, daß sie selbst nach der jüngsten Umwandlung des Landes in eine offene Militärdiktatur weitergehen sollen.

Es ist in diesem Rahmen wohl nicht sonderlich notwendig, auf die verhängnisvolle Rolle Pekings in der internationalen Politik insbesondere im Zusammenhang mit dem Kampf der nationalen Befreiungsbewegungen gegen den Imperialismus hinzuweisen. Peking hat jahrelang versucht, an die Stelle dieses Kampfes einen Gegensatz zwischen den Befreiungsbewegungen einerseits und den "Supermächten" andererseits zu schaffen. In der letzten Zeit haben Maos Nachfolger nun begonnen, offen mit der einen Supermacht gegen die Mehrheit der sozialistischen Länder und insbesondere gegen die UdSSR zusammenzuarbeiten - auch militärisch. Die maoistischen Organisationen, die eine Zeitlang unter den österreichischen Hochschülern eine gewisse Bedeutung hatten, versuchten sich immer wieder massiv in die Problematik der nationalen Befreiungsbewegungen zu drängen und hier ebenfalls Fronten zu schaffen, die gegen die UdSSR gerichtet waren. Man versuchte, Kundgebungen gegen die amerikanische Aggression in Vietnam oder gegen den Terror des Schahregimes im Iran zum Beispiel antisowjetisch "umzufunktionieren", wobei diese Versuche allerdings in der Regel mißglückten. Man ging dann offen zu einer Verteidigung der chinesischen Aggression gegen das vietnamesische Volk über, verleumdete den Kampf Angolas gegen die imperialistischen Interventionsversuche und arbeitete über sogenannte Eritrea-Komitees gegen die äthiopische Revolution.

Heute ist die Politik Pekings allerdings schon stark anrücklich geworden. Das hat auch zu einem Niedergang der Tätigkeit der Maoisten in Österreich geführt. Die meisten unter ihnen haben sich inzwischen eine neue Tarnfarbe zugelegt. Sie sind nicht mehr tiefrot, sondern grün und versuchen, bei Umweltschützern unterzukriechen. Das Phänomen dürfte "gesamteuropäisch" sein.

Die internationale Lage hat sich in den letzten Monaten verschärft. Maßgebende Kreise in den USA setzen wieder auf den kalten Krieg und versuchen, die Entspannung zu Grabe zu tragen.

Die Rüstungsspirale wird von den NATO-Staaten in bisher noch nicht gekannte Höhen geschraubt. Wenn man die Ausgaben für Rüstung mit Mitteln vergleicht, die den meisten Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas für die soziale Entwicklung zur Verfügung stehen, dann wird einem das verbrecherische jener Kreise klar, die aus Profitsucht die Waffenproduktion und den internationalen Waffenhandel anheizen. Gleichzeitig gibt es immer stärkere Versuche der imperialistischen Länder, die Politik des kalten Krieges auch in die internationalen Wirtschaftsbeziehungen hineinzugetragen und die Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas zu erpressen.

In dieser weltweiten Auseinandersetzung sind die sozialistischen Länder, ist vor allem die UdSSR, ein entscheidender Rückhalt für die nationalen Befreiungsbewegungen. In dieser Auseinandersetzung muß die Arbeiterbewegung der kapitalistischen Länder in noch viel stärkerem Maße als bisher ihre Solidarität mit den antiimperialistischen Befreiungsbewegungen ins Spiel bringen.

Österreichs Kommunisten stehen in ihrem Land an vorderster Front, wenn es um Entspannung und Abrüstung geht. Sie kämpfen darum, daß Waffenexporte aus unserem Land, die in die Hände der Schlächter der Völker gelangen sollen, unterbleiben. Wir führen einen Kampf gegen die reaktionären Massenmedien unseres Landes, die die Befreiungsbewegungen mit Methoden des Rassismus diskriminieren und verächtlich machen wollen. Wir führen einen Kampf dafür, daß sich Österreich seiner Aufgabe als neutrales Land in dem Sinne bewußt wird, daß es eine Stimme gegen das Wettrüsten der Blöcke erhebt, wobei konkret jene Kräfte genannt werden müssen, die das Wettrüsten anheizen - die US-Imperialisten, die NATO-Strategen. Wir werden in Zukunft wohl auch gegen immer stärker werdende Versuche kämpfen müssen, die NATO

in außereuropäische Konflikte einzuschalten, wie es gerade in diesen Tagen Carter am Persischen Golf versucht, und Österreich dabei eine "begleitende" Rolle zuzuweisen.

Wir sind sicher, daß sich das Kräfteverhältnis in der Welt weiter zugunsten des Fortschritts verändern wird, daß es immer mehr Völkern gelingen wird, die Fesseln der Ungleichheit und des Neokolonialismus abzuschütteln, daß die Solidarität der sozialistischen Länder, der antiimperialistischen Befreiungsbewegungen und der Arbeiterbewegung der kapitalistischen Länder über die Kumpanei der Imperialisten und ihrer Helfershelfer in den Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas den Sieg davontragen wird.

Es lebe der gerechte Kampf der Völker der Welt!

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMALARI
TÜSTAV

Internationale Wissenschaftliche Konferenz

„Der gemeinsame Kampf
der Arbeiterbewegung
und der nationalen Befreiungsbewegung
gegen Imperialismus,
für sozialen Fortschritt“

Rede von
Henry Winston,
Nationaler Vorsitzender der KP der USA
in der Sektion

Berlin, 20. Oktober 1980 bis 24. Oktober 1980

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI
TÜSTAV

Genossen!

Die Eröffnungssitzung war ein Beispiel für die Art der Einheit, deren wir auf weltweiter Ebene bedürfen. In der Frage der äußerst hohen Wertschätzung der programmatischen Rede des Genossen Erich Honecker sowie der tiefgreifenden und ausgezeichneten Ansprache des Genossen Boris Ponomarjow möchte ich mich den Genossen Viera und Gremetz - die im übrigen selbst hervorragende Beiträge geliefert haben - anschließen. Diese internationale wissenschaftliche Konferenz zum Thema "Der gemeinsame Kampf der Arbeiterbewegung und der nationalen Befreiungsbewegung gegen Imperialismus, für sozialen Fortschritt" ist eine Antwort auf das dringendste Erfordernis unserer Zeit. Gestattet mir, im Namen des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der USA sowie unserer Kandidaten für die Präsidenten- bzw. Vizepräsidentenwahl, Gus Hall und Angela Davis, der Sozialistischen Einheitspartei und der Zeitschrift "Probleme des Friedens und des Sozialismus" die herzlichsten Glückwünsche für ihre Initiative zur Einberufung dieser Konferenz zu übermitteln.

Berlin ist eine historische Stadt. Es ist die Hauptstadt der vor nunmehr 31 Jahren gegründeten Deutschen Demokratischen Republik. Es trifft sich gut, daß diese Konferenz 1980 in dieser Stadt stattfindet, in eben dieser Stadt, von der aus Hitler von 39 Jahren unter dem Vorwand des "Lebensraumes" die Wehrmacht gegen die Sowjetunion in Marsch setzte. Die Einheit der Völker, der Demokraten, der nicht faschistisch eingestellten Menschen, der Antifaschisten, Sozialisten, Kommunisten, formierte sich im größten Weltbrand aller Zeiten, im 2. Weltkrieg.

Millionen und aber Millionen von Menschen beteiligten sich am ruhmreichen Kampf gegen die faschistische Barberei, aber die Geschichte zeugt von der entscheidenden Rolle der Sowjetunion in diesem gigantischen Kampf, der zur Zerschlagung der Achse Rom-Berlin-Tokio geführt hat.

Unter den Millionen Menschen, die diesem Krieg zum Opfer fielen, befanden sich allein 22 Millionen Sowjetbürger. Das in der Einheit aller Völker zum Ausdruck kommende Heldentum war ein überzeugender Beweis dafür, daß der Schlüssel zum sozialen Fortschritt in einer Einheit liegt, die tief im Kampf um Frieden, Abrüstung und nationale Befreiung sowie in einem entschlossenen Widerstand gegen Faschismus und Imperialismus verankert ist. Diesem Zweck dient unsere Konferenz.

Im Zeitraum von 1946 bis 1979 gaben allein die Vereinigten Staaten über 2 Billionen Dollar für Rüstungszwecke - als "Verteidigungsausgaben" bezeichnet - aus. Das bedeutet, daß das Volk eines ganzen Jahres der gesamten Güterproduktion und der Dienstleistungen beraubt wurde. Mit dieser Summe könnten den Slums und Ghettos in den USA ein Ende bereitet und die 350-Mrd.-Dollar-Schuldenlast von den Schultern der Entwicklungsländer genommen werden. Es wäre ein erster wesentlicher Beitrag zum Programm einer Neuen Wirtschaftsordnung. Diese Zahl von schwindelerregender Höhe ermöglicht dem staatsmonopolistischen Kapitalismus in den USA, Atombomben, MX-Raketen, Flugraketen und Pershing-Raketen herzustellen und als Militärstützpunkte in der US-Kolonie Puerto Rico, auf Diego Gracia, in Somalia, faktisch in der ganzen Welt zu errichten. Einige tausend "Denkfabriken" sind damit beschäftigt, Viertel-lügen, Halblügen, Dreiviertellügen und ganze Lügen zu produzieren und Täuschungen und Heucheleien im In- und Ausland zu verbreiten - Lügen, die darauf abzielen, von den die Welt mit einem Nuklearkrieg bedrohenden Maßnahmen abzulenken. Diese Lügen werden von einer unmoralischen Minderheit propagiert, die sich selbst als die moralische Mehrheit bezeichnet. Der Falschheiten gibt es viele: die Schürung von Aggressionen unter dem Vorwand der "Neutralität", die Zusammenarbeit mit Peking zur Verbreitung des irrigen Konzepts von Unvermeidlichkeit eines Krieges, die angebliche militärische Überlegenheit der Sowjetunion (wodurch die USA Milliarden von Dollar aufwenden müssen, um "Schritt zu halten"), das Erfordernis, zur militärischen Nr. 1 zu werden, um die USA gegen einen

angeblichen sowjetischen Angriff zu verteidigen, die Stationierung von Raketenwaffen, der "begrenzte Krieg", die in Gefahr befindlichen "Lebensinteressen", die "nationalen Lebensinteressen" sowie die "nationalen Interessen", die Unterstützung unserer westlichen Verbündeten durch die Schaffung von Militärbündnissen wie das NATO-Bündnis, die SATO, SEATO, der "karibischen Einsatzgruppe" und die "schnellen Eingreiftruppen". Man faselt von "nationalen Interessen", wenn man die Macht und die Gewinne des staatsmonopolistischen Kapitalismus meint. Sie meinen damit weder die tatsächlichen nationalen Interessen der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas oder der Karibik. Die Hilfe der Sowjetunion und Kubas für Angola und Äthiopien steht dagegen für jene Art der Unterstützung, die die sozialistischen Länder allen unterdrückten Völkern gewähren. Der Kampf um Entspannung und friedliche Koexistenz bietet die Grundlage für eine noch umfassendere Unterstützung und verstärkt die Anstrengungen für neue, andersartige und auf Gleichheit beruhende Beziehungen in Wirtschaft, Politik, Kultur und im Rechtswesen.

Die grundlegende Haltung des US-Imperialismus in der Frage der Entspannung beinhaltet im wesentlichen folgendes: Wir sind bereit, die gegenwärtigen territorialen Grenzen des sozialistischen Systems anzuerkennen, wenn es seinerseits bereit ist, dafür die territorialen Grenzen des imperialistischen Systems - das demnach alles umfaßt, was nicht sozialistisch ist - zu akzeptieren. Walt Rostow brachte das gelegentlich ganz unverblümt zum Ausdruck - daß es sich bei jeder sozialistischen Unterstützung für eine Revolution, für nationale Befreiungsbewegungen, um eine Einmischung in "unsere Welt" handelt und damit gegen die friedliche Koexistenz verstoßen würde. Aus dem gleichen Vorwand, der Verteidigung dessen, was "unser" ist, leitet er das Recht ab, gegen revolutionäre und nationale Befreiungsbewegungen vorzugehen. Tatsächlich war es nach Auffassung Rostows - eines führenden Architekten der imperialistischen Politik der USA - eines der Hauptziele des Indochina-Krieges, der sozialistischen Welt und den nationalen Befreiungsbewegungen eine Lektion zu

erteilen, die USA hätten die Macht, militärisch zu intervenieren und nationale Befreiungsbewegungen, wo auch immer, selbst 9000 Meilen von den Küsten der USA entfernt, zu zerschlagen. Doch der Krieg in Vietnam bewies das völlige Gegenteil - die USA hatten keineswegs die Kraft, revolutionäre Befreiungsbewegungen zu zerschlagen. Nach der Niederlage in der Schweinebucht Kubas zeigt dies die Grenzen der USA, militärische Gewalt in der heutigen Welt anzuwenden. Die Niederlage in Vietnam öffnete auch dem Volk der USA die Augen; zugleich wurden damit militärische Abenteuer dieser Art erschwert. Die Folge war, daß eine Anpassung der Taktik vorgenommen wurde, die das gleiche Ziel verfolgte. Diese neue Taktik bestand in einem geringeren Beharren auf direkter militärischer Intervention und einer stärkeren Heranziehung von Vasallenstaaten, "subimperialistischen Mächten", die erforderlichenfalls die militärische Aufgabe übernehmen, sowie einer stärkeren direkten Nutzung der Wirtschaftskraft, von Anleihen, Krediten usw., um die jungen unabhängigen Staaten von der Seite der sozialistischen Staaten abzudrängen und in die Abhängigkeit des imperialistischen Machtbereiches, insbesondere von den USA, zu zwingen. Damit wurde jedoch eine Auseinandersetzung zwischen den Vertretern dieser Taktik und den Exponenten des einen oder anderen Kurses eingeleitet.

Der ehemalige UN-Botschafter, Andrew Young, und der frühere Außenminister, Cyrus Vance, vertraten stärker jene Kreise, die sich dafür aussprechen, mit der Realität Schritt zu halten und die bedeutende Wirtschaftsmacht der USA sowie den Wunsch der unterentwickelten Länder nach rascher industrieller Entwicklung auszunutzen, um sie mit den Interessen der multinationalen Konzerne zu verbinden. Gleichzeitig sprachen sich die Kissingers und die Zbigniew Brzezinskis für offene Interventionen aus und betrachteten die nationalen Befreiungsrevolutionen lediglich als Ableger oder gar Manipulationen von der sozialistischen Welt, insbesondere der Sowjetunion, gesteuerte Bewegungen. Für sie lief damit alles darauf hinaus, die Sowjetunion als den Feind und den Urheber aller ihrer Schwierigkeiten und Probleme herauszustellen.

Eine Zeitlang konnten beide Tendenzen nebeneinander durch einen Kompromiß bestehen, der starkes Gewicht auf die Rolle der sogenannten subimperialistischen Mächte legt, die willens sind, für den US-Imperialismus die militärische Schmutzarbeit auszuführen. Beispiele dafür sind Südafrika mit seiner Intervention in Angola, Moçambique usw., Israel und Iran im Nahen Osten, wobei Iran eine wichtige Rolle bei der militärischen Beherrschung der Erdölerzeugerzentren spielt, sowie Länder wie Brasilien in Lateinamerika u. a. Sie versuchten auch, die jungen unabhängigen Staaten mit Hilfe von Stammeszwist und Nationalismus und daraus erwachsende Auseinandersetzungen innerhalb dieser Nationen sowie die Befreiungsbewegung als Ganzes zu spalten, um die Aufmerksamkeit vom Hauptfeind, dem Imperialismus, abzulenken.

In jüngster Vergangenheit gab es eine erneute Hinwendung zur Haltung, die zur Zeit des Vietnam-Krieges dominierte, eine Betonung der militärischen Intervention - selbst der direkten militärischen Intervention. Zwei Entwicklungen waren die Ursache dafür: das Unvermögen der von den Imperialisten ausgehaltenen Guerilla-Bewegungen, die Siege in Angola, Moçambique und Äthiopien zu verhindern, und die unaufhörliche Ausbreitung der revolutionären Bewegung auf Nikaragua und andere mittelamerikanische Staaten.

Die Revolution in Iran war für den Wandel jedoch entscheidend. Darauf war der US-Imperialismus völlig unvorbereitet. Er hielt Iran für unbezwingbar, dessen Militär für die modernste militärische Speerspitze im Nahen Osten. Er hielt Irans militärische Potenz für ausreichend, um seine Interessen in diesem Teil der Welt zu garantieren. Der Zusammenbruch des Regimes und die Niederlage der Streitkräfte des Schahs zeigten, wie verkehrt es ist, auf ein repressives Regime zu setzen und daß selbst seine stärksten Verbündeten nicht gegen eine Revolution gefeit sind.

Der Sturz des Schahs war unmittelbarer Anlaß dafür, daß die USA mit der Formierung ihrer "schnellen Eingreiftruppe" begannen, ihre Unterschrift unter das SALT-II-Abkommen ad acta legten und eine bisher beispiellose Aufrüstung in Angriff nahmen. Das bezieht sich nicht nur auf Kernwaffen, wo die Fähigkeit des Erstschlages angestrebt wird, sondern auch auf konventionelle Waffen. Das Streben ist unverkennbar, die sozialistische Welt mit der Fähigkeit eines Erstschlages als eines Mittels, das auch bei aus den Fingern gleitenden Situationen in der dritten Welt zur Hand ist, einzuschüchtern.

Während die Politik der Carter-Administration zwischen der Taktik eines Brzezinski und eines Andrew Young schwankte, bewegt sie sich jetzt nahezu ausschließlich in die Richtung des Beharrens auf einer bewaffneten Intervention. Das ist eine Erklärung für die Amtsenthebung von Vance und auch Young (im Falle von Vance angesichts der Frage, ob im Iran Gewalt angewendet werden sollte oder nicht) und das anhaltend aggressive Gerede der Regierung. Was Ronald Reagan anbelangt, so vertritt er entschieden die aggressivsten militärischen Kreise, wie aus seiner Politik gegenüber Panama, Vietnam, Kuba, Iran und in der Frage des Wettrüstens ersichtlich ist. Damit eröffnet sich uns eine Phase beträchtlicher Gefahren für den Weltfrieden, in der das eine oder andere militärische Abenteuer seitens der US-Imperialismus mehr als möglich erscheint. Es kann kaum Zweifel darüber geben, daß der Krieg zwischen Iran und Irak vom US-Imperialismus geschürt wurde, der damit rechnet, daß sich im Verlauf dieses kriegerischen Blutvergießens eine Lage herausbildet, die eine Rückkehr zu den alten Zeiten gestattet. Auf Brzezinskis Liste angeblich von der Sowjetunion heraufbeschworener Krisenherde ist auch der Persische Golf. Das ist der springende Punkt.

Die Weltöffentlichkeit und nicht minder das Volk der USA sind in Sorge über die Konzentrierung von Washingtons See-, Luft- und Landstreitkräften im Nahen Osten. Die Gefahr kann nicht länger verschleiert werden, auch nicht vor dem Volk der USA.

Die vom Big Business beherrschten Pressemedien der USA versuchen daher, Washington so darzustellen, als verfolge es eine Politik der "Neutralität", und stacheln die Fortführung des Kriegskurses an, um die eigenen expansionistischen Zielstellungen leichter erreichen zu können.

Unter dem heuchlerischen Vorwand der Verteidigung des "freien Zugangs" zum "Welterdöl" und seines Schutzes gelang es Washington, für sich ein seit langem erstrebtes Ziel zu erreichen: die direkte Einmischung in Angelegenheiten des Nahen Ostens, und zwar mit Unterstützung der eigenen militärischen Kräfte auf dem Territorium einer Reihe von Staaten. Die USA streben nach Militärstützpunkten. Sie suchen mehr als nur eine stabile Basis. Das steht im Zusammenhang mit der strategischen Zielstellung des US-Imperialismus: strategischen Boden zu besetzen, um von da aus imperialistische Machenschaften vom Stapel zu lassen - damit sollen die antiimperialistische Einheit der arabischen Länder gespalten, der Bewegung in Richtung vollständiger und bedingungsloser Selbstbestimmung der Völker Einhalt geboten, das Bündnis befreiter Staaten mit anderen nicht-paktgebundenen Staaten zerschlagen, sollen die Befreiungsbewegungen unterwandert und möglichst zunichte gemacht und alles getan werden, um engere Bindungen zur Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern zu verhindern.

Washington betrachtete früher den Schah von Iran als seinen Gendarmen. Dieses Konzept ging nicht auf, da das iranische Volk seine Angelegenheiten in die eigenen Hände nahm. Das ist ein nachhaltiger Grund für das Streben des US-Imperialismus, direkt und mit eigenen Kräften die Kontrolle auszuüben. Er bedient sich auch der israelischen Kriegstreiberclique unter Premier Menachem Begin, um seine Interessen durchzusetzen, die eine tödliche Gefahr für die Interessen des israelischen Volkes im allgemeinen und der palästinensischen Araber im besonderen darstellen. Er hat Ägyptens Präsident Anwar El Sadat gekauft. Jetzt hat er auch den Krieg, den er geschickt eingefädelt hat und von dem er erhofft, daß er die Zerschlagung der demokratischen Revolution des iranischen Volkes erleichtert und den

Nahen Osten zur unbestrittenen Machtsphäre des US-Imperialismus werden läßt. Jener Teil der herrschenden Klasse in den USA, der besorgt ist über die neuen militärischen Abenteuer und einen Weltkrieg sowie über den möglichen Verlust der imperialistischen Verbündeten in Westeuropa, ist nicht zu unterschätzen. Die Entwicklungsländer haben nicht wenige Erfahrungen gemacht mit dem Internationalen Währungsfonds und ähnlichen "Welt"banken, die von den monopolkapitalistischen Bankiers der imperialistischen Mächte - insbesondere der Vereinigten Staaten - beherrscht wird. Innerhalb der USA selbst haben wir ähnliche Erfahrungen mit eben diesen Bankiers gesammelt.

Während diese Gruppierung gegenwärtig zumindest zeitweilig ins Hintertreffen geraten ist, wird jedes neue Debakel der US-Außenpolitik und jede Verschärfung des Klassenkampfes im eigenen Land in der Frage der Inflation und der Lastenverteilung für das verschärfte Wettüben sie wieder in den Blickpunkt rücken - insbesondere wenn sie sich der bewußten Unterstützung der Arbeiterklasse und des ganzen Volkes erfreut.

Es gibt einige Faktoren, die zu diesem größeren Bewußtsein beitragen:

1. Die steigenden Kosten des Wettübens können nur aus der Verschärfung der Inflation und der Senkung des Lebensstandards der Volksmassen, insbesondere der am stärksten ausgebeuteten Schichten, aufgebracht werden. Das ist eine Erklärung für den bewußten Widerstand seitens des größten Teils der schwarzen Bevölkerung gegen die Rüstungsausgaben.
2. Eine neue Kraft, die innerhalb der Arbeiterbewegung in Form einer machtvollen Gewerkschaft das Wettüben unter Beschuß nimmt - diese Gewerkschaft war bis vor kurzem eine konservative Kraft innerhalb der Arbeiterbewegung: die Nationale Vereinigung der Maschinenbauer, die auf zahlreiche Mitglieder unter den Arbeitern des militärischen Sektors der Flugzeugindustrie verweisen kann.

3. Die zunehmende antiimperialistische Haltung unter den jungen Menschen, wie sie im Widerstand gegen jegliche Form des Militärdienstes zum Ausdruck kommt, Selbst die bloße Registrierung der 19- und 20jährigen, wobei darauf verwiesen wurde, daß es sich nicht um eine Musterung handelt, wurde trotz der Androhung langer Gefängnisstrafen von 25 Prozent der Jugendlichen verweigert.

Die Lage im Kampf um eine völlige nationale Befreiung, die das Tor zur Entwicklung und zur Erhöhung des Lebensstandards in heute noch unerreichbarem Maße öffnet, wird durch die Tatsache kompliziert, daß die sogenannte dritte Welt selbst in ölexportierende Staaten und Länder ohne jegliche Erdöl-vorkommen gespalten ist. Die letztgenannte Gruppierung, die von einigen als die "vierte Welt" bezeichnet wird, befindet sich in einer hoffnungsloseren Lage als je zuvor, Aufgrund der rapiden Erhöhung der Erdölpreise und des folgenden Anstiegs der Kosten für alle Importgüter geriet sie in eine ausweglose finanzielle Misere. Sie schuldet den imperialistischen Staaten (der Weltbank) bereits etwa 350 Mrd. Dollar und kann nicht einmal die riesige Zinsenlast abtragen, ohne erneut um weitere finanzielle Unterstützung zu ersuchen.

Damit wird das Erfordernis einer stärkeren Unterstützung ohne stärkere Verschuldung, die Befreiung dieser Länder von ihren enormen Zinsschulden sowie die Neuverteilung der Weltressourcen zu einer immer dringenderen Notwendigkeit, um ihnen zu ermöglichen, mit den stärker entwickelten Ländern Schritt zu halten.

Gleichzeitig kann der US-Imperialismus, der heute mit nur 4 % der Erdbevölkerung mehr als 30 % der natürlichen Ressourcen verbraucht, nicht auf unbestimmte Zeit so weiterverfahen. Es ist dieser verschärfte Widerspruch zwischen dem sogenannten Norden und Süden, der auch der aggressiveren Politik des US-Imperialismus, der das Rad der Geschichte kraft seiner militärischen Macht zurückdrehen möchte, zugrunde liegt.

Ihm ist bekannt, daß die UdSSR von Osteuropa bis China, Kuba oder Vietnam oder in anderen Ländern die Kämpfe der Völker der Entwicklungsländer und der Befreiungsbewegungen stets unterstützt hat und noch unterstützt, daß sie wissenschaftliche, technische und kulturelle Hilfe gewährt, um starke und unabhängige Gesellschaften aufzubauen, um den nationalen und gesellschaftlichen Fortschritt zu fördern und Wirtschaftskriege, Sabotage und militärische Übergriffe seitens des US-Imperialismus zu überwinden.

Es gibt etwas, was die Menschen, die unsere Nation geschaffen haben, und die Nationen Asiens, Afrikas und Lateinamerikas verbindet. Es ist das Band des gemeinsamen Kampfes gegen die gemeinsamen Unterdrücker - gegen jene, die Schwarze, Puerto-rikaner, Chicanos, Indianer, Menschen asiatischer Herkunft und aus dem Raum des Pazifik in den Vereinigten Staaten, in Lateinamerika und Südafrika unterdrücken; gegen den Hunger in Afrika und Asien ebenso wie am Mississippi und im Bundesstaat Georgia, für die Einheit unserer Arbeiterklasse mit den nationalen Befreiungsbewegungen der Entwicklungsländer und den sozialistischen Ländern, dem Bollwerk des Friedenskampfes in der Welt.

Als Grundlage für den Sieg im Kampf um Frieden und nationale Befreiung ist die größere Einheit der drei bedeutenden revolutionären Kräfte der heutigen Zeit unumgänglich - der sozialistischen Länder, der Bewegung der Arbeiterklasse in den kapitalistischen Ländern und der nationalen Befreiungsbewegung.

Die Friedensbewegung verkörpert eine bedeutende Bewegung in den Vereinigten Staaten. Die Stärkung der internationalen Solidarität kommt der Stärkung dieser Bewegung gleich, und die Stärkung dieser Bewegung wiederum stärkt den proletarischen Internationalismus.

Festigen wir unsere Einheit, um zu weiteren Siegen für Frieden, nationale Befreiung und Sozialismus voranzuschreiten.

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA YAKETİMİ
TÜSTAV

Internationale Wissenschaftliche Konferenz

„Der gemeinsame Kampf
der Arbeiterbewegung
und der nationalen Befreiungsbewegung
gegen Imperialismus,
für sozialen Fortschritt“

Rede von
Pavel Auersperg
Mitglied des ZK der
Kommunistischen Partei
der Tschechoslowakei

Geb.

Berlin, 20. Oktober 1980 bis 24. Oktober 1980

Verfolgen wir die stürmische Ausbreitung der nationalen Befreiungsbewegung in den vergangenen zwanzig Jahren, so überzeugen wir uns davon, daß politische Umwälzungen in wenigen Stunden oder Tagen erfolgen. Um die entstandene Wirtschaftsstruktur zu verändern, sind Jahre, häufig sogar Jahrzehnte erforderlich. Vom Standpunkt der Aufrechterhaltung und Wahrung der Abhängigkeit der ehemaligen Kolonien von den Metropolen hat sich die "friedliche" Wirtschaftstätigkeit der Gesellschaften und verschiedenartigen Monopole als effektiver erwiesen als die Erschießungen von Sipahis in Indien oder die bewaffneten Kolonialexpeditionen ins Innere Afrikas. Das Erbe der Kolonialherrschaft - ein niedriger wirtschaftlicher Entwicklungsstand der abhängigen Staaten und der mißgestaltete und einseitige Charakter ihrer nationalen Wirtschaftsstrukturen - gestattete es den imperialistischen Mächten und den großen Monopolen, sich schnell auf den Neokolonialismus umzustellen und neue, nicht minder effektive Wege und Mittel zur Ausbeutung der Völker in den Entwicklungsländern ausfindig zu machen. Solche Methoden waren: die "Preisschere" für Rohstoffe und Fertigerzeugnisse, die für die jungen Nationalstaaten unvorteilhafte Handelsbedingungen schufen und zu einem nichtäquivalenten Austausch führten; das "Brain drain", die Abwerbung von qualifizierten Kräften aus den befreiten Ländern; der Transfer der von den privaten Gesellschaften erzielten Profite in die hochentwickelten kapitalistischen Staaten, die als Kapitalexporthure fungierten, und andere.

Besonders schwere Folgen für die sogenannte "Dritte Welt" zog die Tätigkeit der transnationalen Gesellschaften nach sich - Wirtschaftsgiganten, die in ihrer Stärke in der Regel das Potential selbst der größten Entwicklungsländer übertreffen. Diese Großkonzerne förderten die Verstärkung der strukturellen Asymmetrie und die unproportionale Verteilung der Produktivkräfte zwischen den schwachentwickelten und den hochentwickelten Teilen der kapitalistischen Weltwirtschaft.

Diese und mehrere andere Faktoren ermöglichten es den imperialistischen Mächten, die Staaten, die ihre politische Unabhängigkeit erlangt hatten, in hohem Maße im alten System der internationalen Arbeitsteilung und des Austausches von Waren und Dienstleistungen zu halten oder, mit anderen Worten, die Ausbeutung der wirtschaftlich schwächeren Länder aufrechtzuerhalten, wenn auch in etwas versteckter Form. Die Festigung der privilegierten Stellung der industriell entwickelten kapitalistischen Staaten im Weltwirtschaftssystem wird jedoch gestört durch das Vorhandensein einer realen Alternative: der gleichberechtigten und gegenseitig vorteilhaften Beziehungen der sozialistischen Länder untereinander und zu den jungen Nationalstaaten. Dieses Beispiel übt eine sehr große Anziehungskraft auf die Entwicklungsländer aus: Die Dynamik des Wirtschaftswachstums, die es mehreren Ländern der sozialistischen Gemeinschaft in historisch kurzer Zeit gestattete, ihren wirtschaftlichen Rückstand aufzuholen und dringende soziale Probleme zu lösen, kann selbst die bürgerliche Propaganda nicht bestreiten. Die von den bürgerlichen Politologen in Umlauf gebrachte Theorie der "Modernisierung", die die positive Bedeutung des sozialistischen Wirtschaftssystems lediglich auf die Überwindung der Unterentwicklung reduziert, findet keinen Widerhall in den ehemaligen Kolonien und Halbkolonien, wo die Beschleunigung des Wirtschaftswachstums nach wie vor ein extrem aktuelles Problem ist und der Imperialismus kraft seiner Natur nicht nur keine effektiven Mittel für dessen Lösung vorschlagen kann, sondern im Gegenteil noch dazu beiträgt, daß sich die Kluft zwischen den entwickelten und den Entwicklungsländern vertieft. Die Überwindung "lediglich" ihrer Unterentwicklung bedeutet für die jungen Nationalstaaten jedoch einen riesigen Sprung vorwärts auf dem Wege des sozialökonomischen Fortschritts.

Die sozialistische Alternative veranlaßte die imperialistischen Mächte und die transnationalen Gesellschaften, ihre Politik gegenüber den Entwicklungsländern etwas zu verändern: die "Wirtschaftshilfe" auszubauen und dem Streben der befreiten

Staaten nach Industrialisierung entgegentzukommen. Aber weder die transnationalen Gesellschaften noch die bürgerlichen Regierungen ähneln auch nur im geringsten philanthropischen Gesellschaften, die aus rein humanistischen Erwägungen Finanzhilfe leisten. Die meisten Entwicklungsländer kennen bereits aus eigener Erfahrung den Preis der neokolonialistischen "Industrialisierung", die allein ihre untergeordnete Stellung in der kapitalistischen Weltwirtschaft bestärkt und diese Länder innerhalb des Systems der weltweiten Arbeitsteilung in eine äußerst unvorteilhafte Lage versetzt. Tatsächlich ist es den jungen Nationalstaaten in den sechziger und siebziger Jahren nicht gelungen, eine größere Rolle im weltweiten Warenaustausch zu spielen: Auf sie entfällt nach wie vor etwa ein Fünftel desselben, obgleich in den Entwicklungsländern zwei Drittel der Erdbevölkerung leben.

Diese Realitäten des gegenwärtigen internationalen Lebens wurden bereits recht gut von Wissenschaftlern analysiert und von Politikern in Erwägung gezogen. Sie bildeten die objektive Grundlage für die umfassende Entfaltung der Bewegung für eine "neue Wirtschaftsordnung" und für den Zusammenschluß unter deren Losungen der jungen Nationalstaaten - ungeachtet aller Unterschiede in ihren politischen Regimes und ihrem wirtschaftlichen Entwicklungsniveau, ungeachtet der Nichtübereinstimmung ihrer Interessen usw. Diese Bewegung, die auf mehreren Kompromissen beruht, trägt jedoch ihrem Wesen nach einen definitiv antiimperialistischen Charakter, weshalb sich die sozialistischen Länder von Anfang an mit ihren Hauptzielen solidarisch erklärten. Die Staaten der sozialistischen Gemeinschaft, die auch früher in der Praxis der gegenseitigen Beziehungen die Prinzipien des gegenseitigen Vorteils, der Gleichberechtigung und der Achtung der nationalen Souveränität anwandten, unterstützten Dokumente der Bewegung wie die von der UNO angenommene "Charta der ökonomischen Rechte und Pflichten der Staaten" und die "Deklaration über die Schaffung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung".

In der zweiten Hälfte der siebziger Jahre hat sich jedoch der Prozeß der Umgestaltung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen ungeachtet der Versuche der Entwicklungsländer und der sozialistischen Länder, verschiedene internationale Organisationen zu seiner Lösung zu nutzen, deutlich verlangsamt. Bereits auf der VII. Sondersitzung der UN-Vollversammlung im Jahre 1975 erklärte ein Vertreter der USA, sein Land werde keinerlei Interpretationen akzeptieren, die die Welt darauf orientierten, was als "neue Wirtschaftsordnung" bezeichnet werde. Auf derselben Sitzung gab BRD-Außenminister H.-D. Genscher seiner Überzeugung Ausdruck, daß die Probleme der Entwicklungsländer nicht durch eine Flucht in einen weltweiten bürokratischen Dirigismus gelöst werden könnten, sondern nur durch eine Vervollkommnung der Wirkung des Marktmechanismus. Die Aufgabe, die Arbeitsteilung zwischen 150 Staaten mit unterschiedlichen Wirtschaftssystemen zu koordinieren, kann nach Genschers Auffassung nur durch das Prinzip der Marktregulierung gelöst werden.

Davon, wie dieser vom Dirigismus "freie" Marktmechanismus in der Praxis aussieht, zeugt eine vielsagende Zahl: Auf etwa ein Fünftel des weltweiten Warenumsatzes erstrecken sich gegenwärtig protektionistische Maßnahmen, was mehr ist als in der Zeit der "großen Depression" der dreißiger Jahre. Das bedeutet, daß die Vorstellungen, wonach man den Austausch unter den Bedingungen der gegenwärtigen langandauernden Wirtschaftskrise im Westen "frei und sich selbstregulierend" gestalten könne, sich als eine Utopie herausgestellt haben, der gegenüber die meisten entwickelten kapitalistischen Länder die vom Dirigismus weniger "freien", dafür aber unter Bedingungen, da in der Welt immer wieder "Handelskriege" ausbrechen, effektiveren protektionistischen Methoden vorziehen.

Die komplizierten Außenwirtschaftsbedingungen, die darauf zurückzuführen sind, daß die internationalen Monopole die von der Wirtschaftskrise bewirkten Verluste auf Kosten der Entwicklungsländer kompensieren, machen aktive kollektive Be-

mühungen ihrerseits erforderlich. Bekanntlich wurde bereits Mitte der siebziger Jahre eine Konzeption der "eigenen kollektiven Bemühungen" (collective selfreliance") der Länder der "Dritten Welt" aufgestellt. Sie orientiert darauf, die eigenen Ressourcen und das eigene Produktionspotential intensiver zu nutzen, die Entwicklung der Landwirtschaft zu forcieren, die Weiterverarbeitung der nationalen Rohstoffe, unter anderem auch der Agrarprodukte, zu erweitern, den Anteil der Fertigerzeugnisse und Zwischenprodukte am Export zu erhöhen und den Exporterlös zu steigern. Die Länder treffen auch Maßnahmen, um die gegenseitige wissenschaftliche Zusammenarbeit intensiver zu gestalten und das technische Niveau der hergestellten Erzeugnisse zu heben. Einen wichtigen Bestandteil der Konzeption der "collective selfreliance" bildet ferner bekanntlich auch die Entwicklung von Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Entwicklungsländern innerhalb wie auch außerhalb bestimmter Regionen.

Eine solche Politik eröffnet zweifellos Möglichkeiten, eine ganze Reihe der wirtschaftlichen Entwicklungsprobleme der jungen Staaten zu lösen und schwächt den negativen Einfluß des kapitalistischen Weltmarktes auf ihre Wirtschaft. Werden jedoch bei ihrer Verwirklichung alle wirtschaftlich durchschnittlich entwickelten und hochentwickelten Länder unabhängig von ihrer Gesellschaftsordnung dem reichen "Norden" zugerechnet, so riskiert man, daß die für die "Dritte Welt" nutzbringenden Handels- und Produktionsverbindungen mit sozialistischen Ländern, mit denen sich Außenwirtschaftskontakte in der Praxis bereits vollauf bewährt haben, abgebrochen werden.

Die sozialistischen Staaten sind nicht nur subjektiv die natürlichen Verbündeten der Entwicklungsländer.

Die sozialistischen Länder, die ihre Mitwirkung am Welthandel schnell ausbauen, verspüren ebenso wie die Entwicklungsstaaten den negativen Einfluß der Prozesse, die sich auf dem kapitali-

stischen Weltmarkt vollziehen. Wenngleich das System der zentralen Planung und Leitung der Volkswirtschaft, das große Ausmaß des gegenseitigen Handels und die Vorzüge der internationalen sozialistischen Arbeitsteilung die Wirkung der ungünstigen Außenwirtschaftsbedingungen stark abschwächen, suchen doch auch die Staaten unserer Gemeinschaft nach Möglichkeiten, stabilere, langfristige Wirtschaftsbeziehungen aufzunehmen, die sich leichter mit dem System der sozialistischen Wirtschaftsführung vereinbaren ließen. In jüngster Zeit gesellte sich zu diesen Erwägungen noch das Bestreben, den negativen Einfluß der protektionistischen Maßnahmen so gering wie möglich zu halten - hier offenbart sich somit eine objektive Übereinstimmung der Interessen der Entwicklungsländer und der sozialistischen Länder, die die Möglichkeit bietet, im Kampf gegen die "Handelspiraterie" der Monopole als Einheitsfront aufzutreten.

Welches sind die realen Perspektiven dafür, daß der gemeinsame Kampf der sozialistischen und der Entwicklungsländer gegen Diskriminierungen im Welthandel zu einer echten Demokratisierung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen und insbesondere zu einer Minderung des Protektionismus, zur Aufhebung der verschiedenen von politischen Erwägungen diktierten Hindernisse für die Entwicklung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit führen kann? Der Handel wie auch die anderen Formen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den Ländern der "Dritten Welt" und der sozialistischen Gemeinschaft mit den kapitalistischen Staaten spiegeln den objektiven Prozeß der Vertiefung der weltweiten Arbeitsteilung wider. Keine der Seiten arbeitet aus rein wohltätigen Zielen heraus mit der anderen zusammen, sondern sie erzielt einen durchaus realen, spürbaren Gewinn, der nicht nur für die Entwicklungsländer und die sozialistischen Länder, sondern auch für interessierte Kreise in den entwickelten kapitalistischen Ländern von Bedeutung ist. Führen wir nur ein ausdrucksstarkes Beispiel aus der jüngsten Vergangenheit an: Bekanntlich legten

die USA Anfang diesen Jahres bei der Auferlegung von Wirtschaftssanktionen besondere Aktivitäten an den Tag. Sie verhängten insbesondere ein Embargo über den Export von Getreide in die Sowjetunion. Dieser Extremismus in Fragen von Wirtschaftskontakten fand keine einstimmige Unterstützung von seiten der anderen nichtsozialistischen Länder, so daß nicht die USA, sondern andere Staaten aus diesen Lieferungen einen Gewinn zogen, den der amerikanische Senat insgesamt auf etwa 7 bis 10 Milliarden Dollar schätzte. Ein Kongreßabgeordneter erklärte während der Debatte, die amerikanische Regierung habe in der Entwicklung der nationalen landwirtschaftlichen Produktion eigenhändig ein Chaos angerichtet. Unter dem Druck der hartnäckigen Forderungen und Proteste der Getreideproduzenten stimmte der Senat unlängst für die Aufhebung der zuvor angenommenen Beschränkungen.

Die Geschichte kennt viele Fälle, da die imperialistischen Mächte Wirtschaftsblockaden und andere ökonomische Sanktionen gegen sozialistische Länder und gegen fortschrittliche Regimes, die dem Kapital nicht paßten, verhängten. Derartige Repressionsmaßnahmen fügten den Ländern, gegen die sie gerichtet waren, naturgemäß einen zeitweiligen, mitunter recht spürbaren Schaden zu. Aber keine der verhängten Blockaden war je vollständig oder besonders langanhaltend. Die objektiven Interessen, die sich aus der internationalen Arbeitsteilung ergeben, gewannen letztendlich die Oberhand. Man kann sagen, daß die Politik der bürgerlichen Regierungen gegenüber den sozialistischen Ländern und den Ländern mit sozialistischer und fortschrittlicher Orientierung ständig zwischen dem subjektiven Wunsch, die wirtschaftliche Entwicklung dieser Staaten größtmöglich zu bremsen, und der Nutzung jenes objektiven Gewinns, den der internationale Wirtschaftsverkehr bringt, hin- und herschwankte. Eben das meinte W. I. Lenin, als er, nachdem Sowjetrußland die Wirtschaftsblockade durchbrochen und die ersten Handelsverträge abgeschlossen hatte, schrieb: "All diese kapitalistischen Länder sind in

eine Situation geraten, daß sie von uns einen übermäßig hohen Preis fordern, daß wir sie überbezahlen, trotzdem aber helfen sie unserer Wirtschaft. Wie ist das alles gekommen? Warum handeln sie gegen ihren Willen?.. Sie erklären uns zu Verbrechern, aber sie helfen uns dennoch. So ergibt es sich, daß sie wirtschaftlich mit uns verbunden sind."

Eben diese zweiseitigen objektiv bestehenden internationalen Wirtschaftsbeziehungen, die den Prozeß der sich vertiefenden weltweiten Arbeitsteilung widerspiegeln, gestatten es, die Perspektiven für eine Demokratisierung der Weltwirtschaftsbeziehungen, die Perspektiven der Zusammenarbeit zwischen den sozialistischen und den Entwicklungsländern, ihrer gemeinsamen Aktionen gegen den Neokolonialismus, gegen alle Formen der ökonomischen Diskriminierung und des Protektionismus optimistisch einzuschätzen. In politischer Hinsicht entspringt dieser Optimismus dem übereinstimmenden politischen Willen der sozialistischen Gemeinschaft und der nationalen Befreiungsbewegung im Kampf gegen den Imperialismus, der die Gewähr seines Erfolges ist.

TÜRKİYE SOSYAL TARİHİ
TÜSTAN-İ İSLAMİ
TÜRKİYE TARİHİ

Internationale Wissenschaftliche Konferenz

„Der gemeinsame Kampf
der Arbeiterbewegung
und der nationalen Befreiungsbewegung
gegen Imperialismus,
für sozialen Fortschritt“

Rede von
Olavi Poikolainen,
Mitglied des Politbüros
der
Kommunistischen Partei Finnlands

Berlin, 20. Oktober 1980 bis 24. Oktober 1980

Liebe Genossen !

Die revolutionäre Arbeiterbewegung hat seit ihrer Entstehung für die Freiheit der Völker, für das absolute Selbstbestimmungsrecht und für die gesellschaftliche Befreiung, für die Befreiung des Menschen von Ausbeutung, Unterdrückung und Demütigung jeder Art gekämpft und wird weiter kämpfen. Dies sind feste Grundlagen der großen Ideen von Marx, Engels und Lenin. Auch in der heutigen Welt sind es aktuelle und zentrale Grundprinzipien der ganzen revolutionären Bewegung.

Als Vertreter der kommunistischen Partei eines kapitalistischen Landes möchte ich hier betonen, daß die Kommunistische Partei Finnlands danach strebt, den Kampf der Arbeiterklasse unseres Landes für die gesellschaftliche Befreiung zu vereinen und zu organisieren, den Kampf der Werktätigen unseres Landes gegen das Großkapital und die von ihm aufrechterhaltene Oligarchie, für die Erweiterung der Demokratie und für den Sozialismus zu führen. Wir unterstreichen das leninistische Prinzip, daß alle Völker dem Sozialismus entgegengehen, aber auf unterschiedlichen Wegen, daß keine Revolution in der gleichen Art und Weise verläuft. Gleichzeitig aber unterliegen Wesen und Inhalt der sozialistischen Revolution immer und überall gewissen allgemeingültigen Gesetzmäßigkeiten. Diese Gesetzmäßigkeiten sind keine vom Leben losgelöste "Regeln", sondern wissenschaftlich begründete und in der Praxis erprobte Richtlinien, die natürlich eine schöpferische Anwendung erfordern. Wir sind davon überzeugt, daß auch der Weg Finnlands zum Sozialismus gerade so sein wird, wie ihn der historische Verlauf des Revolutionsprozesses und der Wille der finnischen Arbeiterklasse bestimmen. Für diesen Kampf tragen

und fühlen wir unsere Verantwortung gegenüber der finnischen Arbeiterklasse.

Wir würden jedoch einen ernststen Fehler begehen, wenn wir uns vorstellten, daß uns einzig und allein das Großkapital und die Großkapitalisten unseres eigenen Landes gegenüberstünden.

Wir sind uns völlig bewußt, daß wir auch den Weltimperialismus zum Gegner haben, als dessen Hauptkraft heute der USA-Imperialismus auftritt. In diesen Imperialismus ist die Großbourgeoisie unseres Landes durch vielfältige Bande und Verbindungen integriert. Schon allein daraus folgt, daß wir finnischen Kommunisten auch unsere internationale Verantwortung kennen, die Verantwortung und Solidarität der revolutionären Kräfte der Welt im gemeinsamen Kampf gegen den Imperialismus.

Wir alle kennen die von Lenin erarbeitete gründliche Analyse des letzten und höchsten Entwicklungsstadiums des kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftssystems, des imperialistischen Stadiums. Der Lauf der Geschichte, das Leben selbst haben die Richtigkeit der Analyse Lenins bewiesen. Lenin konnte auch den Zusammenbruch des Kolonialsystems als wesentlichen Bestandteil des Imperialismus im Ergebnis des Befreiungskampfes der unterdrückten Völker voraussagen.

Der Sieg der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution und die Entstehung des ersten sozialistischen Staates, die Entstehung und Entwicklung der Sowjetunion, dann der Sieg der sozialistischen Revolution in vielen Ländern, die Herausbildung der sozialistischen Völkergemeinschaft und schließlich der siegreiche Befreiungskampf der Völker der Kolonialländer und der Zusammenbruch des Kolonialsystems bedeuteten, wie hier betont worden ist, eine entscheidende Veränderung des Kräfteverhältnisses in der Welt

zugunsten der Kräfte des Friedens, der nationalen Befreiung und des Sozialismus.

Das Bündnis der Kräfte des Sozialismus, der internationalen Arbeiterbewegung und der nationalen Befreiungsbewegung und ihr gemeinsamer Kampf gegen den Imperialismus haben in der heutigen Welt eine entscheidende Bedeutung im Kampf für die Sicherung des Friedens und für gesellschaftlichen Fortschritt.

Die internationale Situation ist jetzt ernst und besorgniserregend. Unsere Partei betont, daß die Schuld an der Zuspitzung und der Vergiftung der internationalen Atmosphäre allein der Imperialismus trägt, vor allem seine Hauptkraft, die Vereinigten Staaten von Amerika.

In diesem Zusammenhang möchte ich feststellen, daß wir große Achtung haben vor der Revolution des chinesischen Volkes und dessen Errungenschaften beim Aufbau des Sozialismus, aber wir halten es für notwendig, auch festzustellen, daß die Politik der chinesischen Führung in internationalen Fragen, ihr grundloser und verleumderischer Angriff gegen die Sowjetunion und andere sozialistische Länder sowie auch ihre Kritik an der Außenpolitik Finnlands dem Kampf der antiimperialistischen Kräfte der Völker für Frieden, Unabhängigkeit, Demokratie und Sozialismus schaden.

Unsere Partei - wie auch die anderen Kräfte des Friedens und des Sozialismus - betont, daß die friedliche Koexistenz zwischen den Staaten die einzige Alternative zu Krieg und Vernichtung ist. Das bedeutet die Verpflichtung, sich nicht in die inneren Angelegenheiten anderer Länder und Völker einzumischen, es bedeutet das Recht eines jeden Volkes, selbst über seine

gesellschaftliche und ökonomische Entwicklung, seine Kultur und seine friedlichen Beziehungen zu anderen Staaten - über sein Schicksal insgesamt zu entscheiden.

Die Prinzipien der friedlichen Koexistenz sind u.a. in der Schlußakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit der Staaten Europas, der USA und Kanadas im Jahre 1975 in Helsinki bestätigt worden. Bekanntlich haben die kommunistischen Parteien Europas diese Prinzipien vorbehaltlos unterstützt.

Es ist eine Notwendigkeit, daß die Prinzipien der friedlichen Koexistenz zu Grundnormen der zwischenstaatlichen Beziehungen werden. Das festigt die Unabhängigkeit der Völker, bedeutet Stabilität des politischen Entspannungsprozesses, fördert die militärische Entspannung und eröffnet der Abrüstung Möglichkeiten.

Die gegenwärtige Situation beweist, daß die imperialistischen Kräfte, vor allem der USA-Imperialismus, sich weigern, die in Helsinki bestätigten Prinzipien in der Praxis zu realisieren. Dieses Vorgehen des Imperialismus ist eine volksfeindliche und gefährliche Politik. Damit geht wesentlich das Anheizen der Rüstung und der Bau neuer Waffensysteme einher, wie der bekannte NATO-Beschluß über die Stationierung neuer Raketen in Westeuropa. Die Völker der Welt wollen Frieden und gesellschaftlichen Fortschritt. Mit dem wissenschaftlich-technischen Fortschritt haben sich neue Perspektiven für die materielle und soziale Entwicklung der Menschheit aufgetan. Auf dem heutigen Niveau des Wissens und der Technologie verfügt die Menschheit zum ersten Mal über die Möglichkeiten zur Befriedigung der menschlichen Grundbedürfnisse in der ganzen Welt.

Wettrüsten und Kriegsgefahr, die Gefahr der Milieuvernichtung und die Probleme der Entwicklungsländer sind zentral mit den ökonomischen und politischen Interessen des Imperialismus verbunden. Die Lösung dieser globalen Probleme setzt die unbedingte Verhinderung der Kriegsgefahr und der nuklearen Katastrophe, die Abwehr der imperialistischen und neokolonialistischen Unterwerfungsbestrebungen, die Begrenzung und Beseitigung der Macht des internationalen Monopolkapitals voraus.

Jedem Land und jedem Volk muß die Möglichkeit garantiert werden, seine eigene Gesellschaft und Wirtschaft von seinen eigenen Ausgangspunkten ohne Einmischung von außen zu entwickeln.

In der Weltwirtschaft sind unbedingt Regelungen notwendig, die den ökonomischen Fortschritt der Entwicklungsländer unterstützen und die Grundlagen des Welthandels zugunsten der Entwicklungsländer verändern. In den internationalen Wirtschaftsbeziehungen müssen gemäß den Prinzipien der UNO über die neue internationale Wirtschaftsordnung jegliche Diskriminierung und Ungleichheit beseitigt werden. Und mit alledem ist die entscheidendste Frage unserer Epoche verbunden: die Verhinderung eines Kernwaffenkrieges und die Sicherung des Friedens. Dies sind aktuelle und notwendige Ziele des antiimperialistischen Kampfes, edle Ziele des gemeinsamen Kampfes der Arbeiterbewegung und der nationalen Befreiungsbewegungen.

Werte Vertreter der nationalen Befreiungsbewegungen und Bruderparteien, liebe Genossen !

Gestatten Sie mir, den hier versammelten Vertretern der kommunistischen Bruderparteien die brüderlichen und solidarischen Grüße der Kommunistischen Partei Finnlands zu übermitteln!

Einen besonderen Solidaritätsgruß möchten wir den Repräsentanten der nationalen Befreiungsbewegungen entbieten, den Völkern, die sich durch den siegreichen Kampf von der Kolonialherrschaft befreit haben und unter schwierigen Verhältnissen eine neue, freie Zukunft aufbauen.

Möge sich unser gemeinsamer antiimperialistischer Kampf für die Freiheit der Völker, für Frieden, Entspannung, Abrüstung und gesellschaftlichen Fortschritt verstärken!

Im Namen unserer Partei möchte ich der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und der Redaktion der Zeitschrift "Probleme des Friedens und des Sozialismus" für die Organisation dieser nützliche und aktuelle Probleme behandelnden Konferenz herzlich danken ebenso wie für die uns erwiesene Freundschaft und Gastfreundschaft herzlich danken.

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMALARI VE YAYINLARI

Internationale Wissenschaftliche Konferenz

„Der gemeinsame Kampf
der Arbeiterbewegung
und der nationalen Befreiungsbewegung,
gegen Imperialismus,
für sozialen Fortschritt“

Rede des Vertreters der
Kommunistischen Partei
der Philippinen

fil

Berlin, 20. Oktober 1980 bis 24. Oktober 1980

Liebe Genossen!

Es ist eine große Freude, zu dieser bedeutenden theoretischen Konferenz kommunistischer, revolutionärer, nationaler demokratischer und Arbeiterparteien eingeladen zu sein, die zu einer Zeit stattfindet, da der Entwicklung in der Welt große Gefahr droht, gleichzeitig aber positive, progressive Möglichkeiten bestehen. Diese Entwicklung verläuft so rasch, daß eine bessere Koordinierung zwischen den verschiedenen Hauptströmungen des revolutionären Weltprozesses erforderlich wird.

Die Geschichte hat bewiesen, daß der Imperialismus zum Krieg neigt - entweder aufgrund der scharfen Widersprüche zwischen den Imperialisten selbst oder um sein Ziel zu erreichen, den Kapitalismus um jeden Preis zu erhalten und den Siegeszug des Sozialismus zu vereiteln, ihn zurückzudrängen und den Kapitalismus selbst dort wiederzuerrichten, wo der Sozialismus bereits gesiegt hat - wenn er nicht von machtvollen Friedenskräften aufgehalten wird. Gegenwärtig fährt der Imperialismus fort, formell unabhängige Völker zu unterdrücken, sie weiterhin durch indirekte neokolonialistische Methoden auszu-beuten und zu beherrschen, wie dies vor allem mit Hilfe der transnationalen Konzerne geschieht. Der Imperialismus unterstützt proimperialistische Regime und untergräbt die Stabilität antiimperialistischer Regierungen und die nationalen Befreiungsbewegungen in Entwicklungsländern, um sie in seinem Einflußbereich zu halten.

Es entspricht dem aggressiven und hegemonistischen Charakter des Imperialismus und seiner weltweiten Aktionen, den Kapitalismus zu einer Zeit, da sich die allgemeine Krise des Kapitalismus verschärft, nicht nur zu schützen und auszubauen, sondern auch seine Profite auf Maximalhöhen zu treiben, was zur Einheit und Geschlossenheit der drei Hauptströmungen des revolutionären Weltprozesses führt. Der Imperialismus versucht mit allen Mitteln, verdeckt und auch offen, ein solches Zusammengehen zu verhindern, aufzuhalten oder zu verzögern,

und diese Geschlossenheit zu stören oder zu brechen. Er versucht, Verwirrung zu stiften und Widersprüche im antiimperialistischen Lager für seine Zwecke auszunutzen, und bedient sich dabei aller Formen des rechten und linken Opportunismus, des Reformismus, Anarchismus und des nationalistischen sowie Großmachtchauvinismus.

Als die chinesische Führung aufgrund ihres großmachtchauvinistischen Nationalismus aus der kommunistischen Weltbewegung ausbrach, war es dem Imperialismus gelungen, einen ernsthaften Bruch in der Einheit des revolutionären Weltprozesses herbeizuführen. Jetzt stellt sich die Volksrepublik China an die Seite der reaktionärsten und kriegslüsternten Teile des Weltimperialismus mit dem militärisch-industriellen Komplex der USA an der Spitze in ihrem gemeinsamen und parallelen Kampf gegen die Sowjetunion und ihre engsten Verbündeten. Dieser Kampf hat einen solchen Punkt erreicht, daß sich die KPdSU kürzlich veranlaßt sah, die Völker der Welt vor der ernsthaften Gefahr eines Krieges und einer nuklearen Konfrontation zu warnen und die Friedenskräfte aufzurufen, ihre Anstrengungen zu verstärken, eine solche Katastrophe zu verhindern.

Diese Warnung der KPdSU verdient die ernste und dringende Aufmerksamkeit der kommunistischen Weltbewegung und der Friedenskräfte. Der Kampf um Frieden und Entspannung und für die Beendigung des Wettrüstens, vor allem auf dem Gebiete der strategischen Kernwaffen, ist nicht nur eine Aufgabe höchster Priorität aller Teile der revolutionären Weltbewegung. Die jüngsten Entwicklungen, insbesondere die neue Kernwaffenstrategie der Vereinigten Staaten, die die Möglichkeit eines "begrenzten Kernwaffenkrieges" einkalkuliert, verleihen dem Kampf um Frieden eine besondere Dringlichkeit, um den nuklearen Kriegstreibern Einhalt zu gebieten. Nur der weltweite, umfassende Kampf für den Frieden, an dem sich auch die aufrechten Staatsmänner unter den Führern imperialistischer Mächte beteiligen, kann verhindern, daß der gegenwärtige Krieg zwischen

Irak und Iran von den imperialistischen Kriegstreibern und ihren chinesischen Verbündeten für ihre egoistischen, hegemonistischen und expansionistischen Ziele ausgenutzt wird und schließlich sogar zu einer nuklearen Konfrontation zwischen den USA und der UdSSR führt.

In unserem Gebiet in Südostasien hat sich der US-Imperialismus noch nicht mit seiner Niederlage in Indochina abgefunden. China versuchte, seine Unterstützung für den nationalen Befreiungskampf in Indochina dazu auszunutzen, die Oberherrschaft über die Länder Indochinas zu gewinnen. Damit scheiterte es in Vietnam und Laos, erzielte aber Anfangserfolge in Kampuchea unter dem Pol-Sary-Regime. Die Politik des Völkermords und die Grenzprovokationen gegenüber Vietnam die dieses Regime mit chinesischer Ermunterung und Unterstützung durchgeführt hat, führten zu einer nationalen Erhebung der Patrioten Kampuchreas mit der Unterstützung Vietnams mit dem Ziel der Zerschlagung des verhaßten Regimes. Dies führte zu der chinesischen Invasion in Vietnam mit der Anmaßung, "Vietnam eine Lektion zu erteilen"; China war aber gezwungen, seine Streitkräfte zurückzuziehen, um noch größere Verluste zu vermeiden.

China und die USA stachelten die ASEAN-Länder an, den Abzug der vietnamesischen Streitkräfte aus Kampuchea zu fordern und weiterhin die Anerkennung des verhaßten Pol-Pot-Regimes durch die Vereinten Nationen zu praktizieren. Die Lage in Kampuchea ist jedoch unumkehrbar - trotz der fortgesetzten Drohungen und Machenschaften der USA und Chinas. Die ASEAN-Länder erkennen immer deutlicher die ihnen zugedachte Rolle als Handlanger von China und den USA. Vietnams konsequente Politik der friedlichen Koexistenz und der gutnachbarlichen Zusammenarbeit mit den ASEAN-Staaten, die weltweite Verurteilung des Pol-Pot-Regimes und die Unumkehrbarkeit der Lage in Kampuchea - all diese Faktoren tragen dazu bei, daß die Regierung Heng Samrins wachsende Anerkennung findet und daß die Anerkennung des von den USA, von China und den ASEAN-

Ländern unterstützten Pol-Pot-Regimes entsprechend abnimmt. Wenn der US-Imperialismus die Länder Indochinas (mit deren internationaler Unterstützung) schon nicht durch militärische Mittel unterwerfen kann, so streben seine transnationalen Gesellschaften eine beherrschende Rolle an und versuchen, die ASEAN-Länder weiterhin auszubeuten und diese als Instrument zur Destabilisierung der indochinesischen Länder zu mißbrauchen sowie sie von der engen Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und der sozialistischen Staatengemeinschaft abzubringen. In dieser Zielstellung arbeitet der US-Imperialismus eng mit den Pekinger Führern zusammen, und bedient sich auch der Unterstützung Japans.

Damit wird unsere Diskussion auf die Lage auf den Philippinen gebracht.

Mehr als ein viertel Jahrhundert nach Erringung der politischen Unabhängigkeit im Jahre 1946 hat es die abwechselnde bürgerlich-demokratische Herrschaft zweier proamerikanischer politischer Parteien nicht vermocht, die sich ständig zuspitzenden Probleme der Armut, Rückständigkeit, der wachsenden Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung, der niedrigen Produktivität, der ungleichen Handelsbedingungen, der Handels- und Zahlungsdefizite, der riesigen Auslandsverschuldungen, der importierten Inflation und der zunehmenden Kluft zwischen einer winzigen Schicht von ungeheuer Reichen und der großen Mehrheit von unterernährten Armen zu lösen. Es erübrigt sich zu erwähnen, daß diese Probleme zum großen Teil ein Erbe der kolonialen Vergangenheit darstellen.

Acht Jahre der "Neuen Gesellschaft" unter Kriegsrecht mit ihren Versprechungen zur Befreiung der Bauernschaft von den feudalen Fesseln und zur "Demokratisierung des Reichtums", zur Zerschlagung der Macht der Oligarchen der alten Gesellschaft, zur Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung, zur Erreichung eines schnellen ökonomischen Fortschritts haben es nicht vermocht, die meisten ihrer erklärten Ziele zu verwirklichen. Das herrschende Regime hat es jedoch erreicht, die Philippinen in den Rang eines Entwicklungslandes mit mittlerem Entwicklungs-

tempo zu erheben. Es sicherte die Eigenversorgung mit Reis ab, änderte die Struktur seiner Importe zugunsten von Produktionsgütern und lebenswichtigen Rohstoffen anstelle von Konsumgütern und veränderte seine Exporte in gewissem Maße, abgestimmt nach neuen Märkten sowie mit einem höheren Verarbeitungsgrad seiner exportierten Waren.

Der grundsätzlich neokolonialistische Charakter der Wirtschaft bleibt jedoch erhalten, wobei die mächtigen transnationalen Monopole ihren Zugriff nach strategisch wichtigen Sektoren der Wirtschaft verstärken. Die Entwicklung begünstigt am meisten die transnationalen Monopole, deren philippinische Juniorpartner bei gemeinsamen Unternehmungen, die bürokratischen Kapitalisten, die philippinischen Unternehmer, die eng mit dem herrschenden Regime verbunden sind, die früheren Grundbesitzer, die sich in Kapitalisten der Landwirtschaft verwandelt haben, eine kleine Schicht reicher Bauern, die durch Landreformen begünstigt wurden, und eine winzige Gruppe von leitenden Angestellten und technischen Mitarbeitern im Dienste der transnationalen Monopole. Von den Werktätigen, die Gehalts- oder Lohnempfänger bzw. selbständige Unternehmer sind, darunter Akademiker, Intellektuelle und Beamte, konnten nur wenige ihren Lebensstandard leicht verbessern. Die meisten konnten ihren Lebensstandard halten, während die Mehrheit eine Verschlechterung ihres ohnehin schon niedrigen Lebensstandards hinnehmen mußte. Ein hoher Prozentsatz der Bevölkerung lebt unterhalb der offiziell anerkannten Mindesteinkommensgrenze. Philippinische Klein- und Mittelunternehmer sowie jene, die nicht mit den multinationalen Konzernen oder dem herrschenden Regime verbunden sind, müssen die Geschäftstätigkeit einschränken, müssen alles verkaufen oder laufen Gefahr, Bankrott zu gehen. Die Aussichten sind so, daß eine weitere Verschlechterung auf dem Gebiet der Wirtschaft erwartet wird, die auf den Einfluß der Rezession in der Welt und in den USA zurückzuführen sein wird. Diese Rezession droht den Charakter eines "doppelten Rückgangs" anzunehmen, der durch einen scharfen Konjunkturrückgang, eine

kurze Phase der Erholung und durch einen erneuten jähen Rückgang gekennzeichnet ist.

Die Unruhe im Lande wächst. Selbst die reformistischen und kollaborationistischen Gewerkschaftsführer zeigen jetzt einen höheren Kampfgeist und höhere Aktivitäten, indem sie zur Erfüllung der minimalen Forderungen ihrer Mitglieder eine Erhöhung der Minimallöhne und die Wiedereinführung des Streikrechts fordern. Bürgerliche, proamerikanische Oppositionsführer im Lande willigten trotz persönlicher, rivalisierender Bestrebungen in eine Vereinigung ein. Bürgerliche Oppositionsführer, die in den USA aus sicherer Entfernung tätig sind, äußern sich klarer und drohender als ihre Kollegen in den Philippinen und fordern die sofortige Aufhebung des Kriegrechts, den Rücktritt des amtierenden Präsidenten und die Abhaltung allgemeiner Wahlen. Die USA versuchen, alle Kräfte auf dem einzigen Thema der Aufhebung des Kriegsrechts und der Abhaltung allgemeiner Wahlen zu einem und so ein breites Spektrum zu erfassen, das von den proimperialistischen reaktionären Kräften und der Hierarchie der katholischen Kirche bis zu den moslemischen Rebellen und Sezessionisten, den katholischen Linken, den Maoisten und bürgerlichen Libertarianern reicht.

Der USA-Imperialismus erkennt die noch bestehende Stärke und Stabilität des herrschenden Regimes und unterstützt es entsprechend. Da er sich jedoch auch der wachsenden Unzufriedenheit des Volkes und der anwachsenden Offenheit der bürgerlichen Opposition bewußt ist, unterstützt und ermutigt er gleichzeitig proamerikanische bürgerliche Oppositionsführer innerhalb und außerhalb des Landes und benutzt sie als Hebel, mit dem dem herrschenden Regime Zugeständnisse entzogen werden, und als Reservoir für proamerikanische Führer, die veranlaßt werden können, den Platz des herrschenden Regimes einzunehmen, sollten Massenunzufriedenheit und Massenaktionen bedrohliche Ausmaße annehmen. Vom Standpunkt des USA-Imperialismus sind außer unserer Partei und der von ihr angeführten

nationalen Befreiungskräfte und anderer nicht kommunistischer, jedoch auf festen antiimperialistischen Positionen stehender und bewußt patriotisch eingestellter Gruppen und Elemente alle anderen Oppositionskräfte in der vereinigten proimperialistischen Opposition willkommen.

Die Partido Komunista ng Pilipinas (PKP) - Kommunistische Partei der Philippinen - gewährte zunächst dem Konzept der "Neuen Gesellschaft" kritische Unterstützung, indem sie die Agrarreformen, die Beziehungen zu den sozialistischen Staaten, das Versprechen auf demokratische Verteilung des Reichtums, die Aufhebung des von den USA geerbten Zweiparteiensystems und die Einführung des "Barangay-Systems" mit seiner Möglichkeit für eine wahre Volksherrschaft unterstützte. Sie kritisierte und wandte sich jedoch gegen übermäßige Anreize für die Multis, das Verbot von Streiks und Massendemonstrationen. Die PKP änderte diese Politik in eine Politik der prinzipienfesten Opposition, da das Kriegsrechtregime nicht seine umfassende Macht einsetzte und die Werktätigen nicht in den Kampf zur Verwirklichung der gegebenen Versprechen einbezog. Die Opposition der PKP ist sowohl prinzipienfest als auch konstruktiv, denn sie erkennt die Größe und die Kompliziertheit der vor dem herrschenden Regime stehenden Probleme und die Stärke der gegen dieses Regime gerichteten Kräfte. Die PKP bietet die Möglichkeit, daß, sollte Präsident Marcos, der von den amerikanischen Monopolherren und den Pekinger Hegemonisten unterstützt wird, nicht durch Mordanschläge oder einen gegen seine Herrschaft gerichteten Staatsstreich getötet werden, er durch den gemeinsam von den verschiedenen Gegnern des Kriegsrechts ausgeübten Druck gezwungen wird, bei seiner ursprünglichen Konzeption zu bleiben, für wirkliche politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit kämpfen und in ernster Absicht die Werktätigen und alle patriotischen Kräfte um sich scharen, damit sie an einem nationalistischen Programm der unabhängigen nationalen Entwicklung teilnehmen und es unterstützen.

Wie die KPdPh bereits erklärt hat, besteht der Hauptwiderspruch in unserem Land im Widerspruch zwischen dem philippinischen Volk und dem Imperialismus, namentlich dem USA- und dem japanischen Imperialismus sowie deren transnationalen Gesellschaften. Zwar ist sich unsere Partei der historischen Mission der Arbeiterklasse als der führenden Kraft im Kampf gegen den Imperialismus und für nationale und gesellschaftliche Befreiung bewußt, so muß sie doch gleichzeitig erkennen, daß unsere Arbeiterklasse für diese Mission noch nicht reif genug ist. Die KP der Philippinen, die sich vornehmlich aus der Bauernschaft rekrutiert, ist sich jedoch darüber im klaren, daß diese Klasse die führende Rolle nicht übernehmen kann. Gleichzeitig erkennt sie die Möglichkeiten und die Grenzen der Kleinbourgeoisie sowie der nationalen Bourgeoisie. Ausgehend von dieser Einschätzung bemüht sich die KPdPh um eine Förderung und Festigung der Einheit der Gewerkschaftsbewegung, um die Erhöhung des politischen und des Klassenbewußtseins, die Festigung des Bündnisses der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft und der werktätigen Intelligenz sowie um die Bildung einer breiten patriotischen, antiimperialistischen, antimonopolistischen und antioligarchischen Front unabhängig von der politischen Überzeugung, der sozial-ökonomischen Orientierung und der religiösen Bindung ihrer Mitglieder.

Die KP der Philippinen erkennt die große Bedeutung der Einheit des Volkes sowie seiner Entschlossenheit im Kampf für nationale Befreiung und gesellschaftlichen Fortschritt, in dem es von seiner den Prinzipien des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus treu ergebenden Avantgarde geführt wird. Unsere Partei ist sich des weiteren bewußt, welche Bedeutung der bewußte Patriotismus bei der Förderung einer solchen Einheit und Entschlossenheit hat. Dabei unterschätzt sie nicht die bedeutende Rolle, die äußere Faktoren für den endgültigen Sieg im Kampf um die nationale

Befreiung und die Unterbindung der imperialistischen und hegemonistischen Unterstützung aus dem Ausland für die einheimische Konterrevolution spielen.

Die KP der Philippinen unterstützt die Initiative der KPdSU, mit der die Völker der Welt auf die zunehmende Kriegsgefahr und deren mögliche Ausweitung zu einer nuklearen Konfrontation aufmerksam gemacht werden, sowie die Notwendigkeit verstärkter Anstrengungen der Massen, um den Aktivitäten der imperialistischen Kriegstreiber und ihren Pekinger Kollaborateuren Einhalt zu gebieten und deren Pläne zu durchkreuzen. Sie unterstützt die Beteiligung Vietnams an der Befreiung des Volkes von Kampuchea vom völkermörderischen Pol-Pot-Regime und begrüßt die Politik Kampucheas, die auf die friedliche Koexistenz und gegenseitige Zusammenarbeit mit den benachbarten ASEAN-Ländern gerichtet ist. Sie unterstützt die sowjetischen Aktionen der Solidarität mit der Aprilrevolution von 1978 in Afghanistan und spricht sich gegen die subversiven und destabilisierenden Aktionen der USA, Chinas, Pakistans, Ägyptens sowie anderer reaktionärer Regimes in dieser Region aus. Sie unterstützt die Position der UdSSR, die Irak und Iran auffordert, deren Streitigkeiten mit Hilfe friedlicher Verhandlungen beizulegen, und die gegenüber den USA die Warnung ausspricht, den Konflikt nicht als Vorwand dafür zu nutzen, um sich in die inneren Angelegenheiten einer oder beider kriegführenden Seiten oder irgend eines anderen Staates der Golfregion einzumischen und damit ihre militärische Präsenz in dieser Region zu verstärken. Es erübrigt sich außerdem die Feststellung, daß sich die KP der Philippinen mit allen Kämpfen für nationale Befreiung in anderen Ländern Asiens, Afrikas, Lateinamerikas und im karibischen Raum ebenso wie mit allen Kämpfen gegen Faschismus, Rassismus, Apartheid und Zionismus sowie deren Opfern solidarisch erklärt. Die KP der Philippinen hat die haltlose Invasion Chinas in Vietnam scharf verurteilt und wird auch weiterhin die subversive Rolle, die China im Bunde mit den USA, Japan und

Befreiung und die Unterbindung der imperialistischen und hegemonistischen Unterstützung aus dem Ausland für die einheimische Konterrevolution spielen.

Die KP der Philippinen unterstützt die Initiative der KPdSU, mit der die Völker der Welt auf die zunehmende Kriegsgefahr und deren mögliche Ausweitung zu einer nuklearen Konfrontation aufmerksam gemacht werden, sowie die Notwendigkeit verstärkter Anstrengungen der Massen, um den Aktivitäten der imperialistischen Kriegstreiber und ihren Pekinger Kollaborateuren Einhalt zu gebieten und deren Pläne zu durchkreuzen. Sie unterstützt die Beteiligung Vietnams an der Befreiung des Volkes von Kampuchea vom völkermörderischen Pol-Pot-Regime und begrüßt die Politik Kampucheas, die auf die friedliche Koexistenz und gegenseitige Zusammenarbeit mit den benachbarten ASEAN-Ländern gerichtet ist. Sie unterstützt die sowjetischen Aktionen der Solidarität mit der Aprilrevolution von 1978 in Afghanistan und spricht sich gegen die subversiven und destabilisierenden Aktionen der USA, Chinas, Pakistans, Ägyptens sowie anderer reaktionärer Regimes in dieser Region aus. Sie unterstützt die Position der UdSSR, die Irak und Iran auffordert, deren Streitigkeiten mit Hilfe friedlicher Verhandlungen beizulegen, und die gegenüber den USA die Warnung ausspricht, den Konflikt nicht als Vorwand dafür zu nutzen, um sich in die inneren Angelegenheiten einer oder beider kriegführenden Seiten oder irgend eines anderen Staates der Golfregion einzumischen und damit ihre militärische Präsenz in dieser Region zu verstärken. Es erübrigt sich außerdem die Feststellung, daß sich die KP der Philippinen mit allen Kämpfen für nationale Befreiung in anderen Ländern Asiens, Afrikas, Lateinamerikas und im karibischen Raum ebenso wie mit allen Kämpfen gegen Faschismus, Rassismus, Apartheid und Zionismus sowie deren Opfern solidarisch erklärt. Die KP der Philippinen hat die haltlose Invasion Chinas in Vietnam scharf verurteilt und wird auch weiterhin die subversive Rolle, die China im Bunde mit den USA, Japan und

einigen NATO-Staaten in Indochina und Afghanistan spielt, entlarven. Sie wirft der Pekinger Führung Verrat und Preisgabe der internationalen kommunistischen Bewegung vor und beschuldigt sie der zynischen Zusammenarbeit mit den reaktionärsten Kreisen des Weltimperialismus und der Reaktion, vor der sie in ihrem Streben nach Großmachthegeemonie und Expansion nicht zurückschreckt.

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI
TÜSTAV

Internationale Wissenschaftliche Konferenz

„Der gemeinsame Kampf
der Arbeiterbewegung
und der nationalen Befreiungsbewegung
gegen Imperialismus,
für sozialen Fortschritt“

Rede von Benjamin Degen,

Mitglied des Politischen Büros der Partei der Arbeit der Schweiz

Berlin, 20. Oktober 1980 bis 24. Oktober 1980

Liebe Genossinnen + Genossen, liebe Freunde,

Als Mitglied des Politischen Büros des ZK der Partei der Arbeit der Schweiz möchte ich versuchen, unseren Standpunkt darzulegen zur Frage einer neuen Weltwirtschaftsordnung.

Die Schweiz hatte bekanntlich nie Kolonien in anderen Kontinenten, Die eroberten Gebiete von Nachbarstaaten, die in der alten Eidgenossenschaft jahrhundertlang als Kolonien verwaltet wurden, wurden 1803 infolge der Napoleonischen Kriegen vollwertige und gleichberechtigte Teilstaaten des schweizerischen Bundesstaates. Viele politische Kräfte in der Schweiz behaupten auch deshalb, die Schweiz sei kein imperialistischer Staat und sie würde auch keine Neokolonialistische Handelspolitik betreiben.

Wir Kommunisten der Partei der Arbeit sehen das anders, Imperialismus ist in unsrer Begriffswelt nicht irgend ein Schimpfwort für einen politischen Gegner, sondern das reale Herrschaftssystem des internationalen monopolistischen Kapitalismus. Bekanntlich haben die hochindustrialisierten Länder der kapitalistischen Staatengruppe nach dem Zusammenbruch des Kolonialsystems innerhalb von nur 30 Jahren mehr reale Werte aus den jungen Nationalstaaten heraus gepresst, als die ehemaligen Mutterländer in 300 Jahren aus ihren Kolonien. Der Neokolonialismus hat zu einer viel rascheren Vergrößerung des Abstandes im Entwicklungsstand der Länder geführt, trotz Entwicklungshilfe und trotz Umdenken in einigen bürgerlichen und kirchlichen Kreisen.

Dass auch die Schweiz massiv an der Ausbeutung der Dritten Welt beteiligt ist, möchte ich mit ganz wenigen Zahlen aufzeigen:

Infolge der durch die Erstarkung der antiimperialistischen Kräfte möglich gewordenen Erhöhung der Erdoelpreise Ende 1973 ist in der Schweiz eine wirtschaftliche Stagnation eingetreten.

Nimmt man die industrielle Produktion der Schweiz 1972 als Indexstand 100 an, so sank sie 1975 auf den Stand 88, in den folgenden Jahren stieg sie langsam, 1979 erreichten wir 96%. Die Zahl aller Arbeitsplätze fiel von 3,2 Millionen um 350'000 auf 2,85 Millionen. (Beschäftigte in der gesamten Volkswirtschaft) Trotzdem geschah etwas merkwürdiges:

		von Fr. 0,84 Milliarden
1972	hatte die Schweiz einen positiven Saldo in der Ertragsbilanz	
1976	einen solchen	von Fr. 8,40 Milliarden
1978	immer noch einen	von Fr. 7,90 Milliarden.

Trotz wirtschaftlicher Krise und Stagnation, trotz der leeren Arbeitsplätze nach dem Zurückschicken eines Teils der ausländischen Arbeiter, hatte die Schweiz im schwierigsten Jahr einen zehnmal höheren Ertragsbilanzsaldo als im besten Jahr der Hochkonjunktur.

Es strömten jährlich viele Dutzend Milliarden Franken in unser Land, ein Land mit stabilen Eigentumsverhältnissen und einem gutausgebauten Bankensystem. Die Schweizer Banken exportieren die Gelder und legen sie kurzfristig an, die Zinsen fließen in die Schweiz zurück. Bei den meisten Geldern handelt es sich um Spekulationskapital, um Gewinne aus der Ausbeutung der Dritten Welt.

Wir wissen in unserer Partei, dass ein Teil des hohen Lebensstandes der Schweizer Arbeiter und Angestellten aus dem nur für eine Seite vorteilhaften Geld- und Warenverkehr mit den Entwicklungsländern stammt. Es gehört zu den schwierigen Aufgaben einer Arbeiterpartei in Westeuropa, einerseits die Reallöhne gegen die Angriffe der Bourgeoisie zu verteidigen, andererseits den Werktätigen klar zu machen, dass der spezifische Verbrauch von Energie und

Rohstoffen in unseren Ländern gesenkt werden muss. Denn will man in 50 Jahren den dann ungefähr 8-9 Milliarden Menschen auch nur einen halb so hohen Verbrauch an Energie, Stahl, Papier, Zement und Fleisch garantieren, und zwar einigermaßen gleichmässig in allen Ländern, müssen wir deren Produktion mehr als vervierfachen, und das ist eine grosse, nur mit viel Anstrengungen zu erreichende Aufgabe. Langfristig bedeutet das aber die Senkung des Pro-Kopf-Verbrauchs in überindustrialisierten Länder. Zu erreichen ist das nur mit grösserer Arbeitsproduktivität und geordneter Redimensionierung zu grosser Kapazitäten. Der Kampf für eine neue, gerechte Weltwirtschaftsordnung wird sehr hart werden, auch in den Reihen der Arbeiterbewegung und der Gewerkschaften. Niemand verzichtet freiwillig und gerne auf Sonderprivilegien. Denn wir wollen mithelfen, dass zum Beispiel Afrika in 50 Jahren, mit dann circa 12% der Weltbevölkerung auch ungefähr 12% der Schüler, der Studenten, der Professoren und der Wissenschaftler stellt, dass Afrika dann auch ungefähr mit 12% an der Erzeugung und am Verbrauch der Güter dieser Erde teilhaben wird. Nicht aus Gründen der Gleichmacherei, sondern aus demokratischem Selbstverständnis und aus dem tiefen Wissen um Gleichwertigkeit kämpfen wir um solche Ziele.

Zu einem neuen Weltwirtschaftssystem gehört selbstverständlich auch ein neues Weltwährungssystem. Es muss endlich Schluss gemacht werden mit der Dominanz des Dollars, des Schweizer Frankens, der D-Mark und des Pfund Sterlings. Die Währungen müssen angebunden werden an Rohstoffe wie Kohle, Erze und Oel und an die effektive Produktivkraft der Staaten. Das Bretton Wood-System und das System der Sonderziehungsrechte haben zu einer einseitigen Abwälzung der Inflationsverluste der westlichen Industriestaaten auf die Staaten der Dritten Welt und auf die realen sozialistischen Staaten geführt

Internationale Wissenschaftliche Konferenz

„Der gemeinsame Kampf
der Arbeiterbewegung
und der nationalen Befreiungsbewegung
gegen Imperialismus,
für sozialen Fortschritt“

Rede von Giuliano Procacci,
Mitglied der Zentralen Revisionskommission der
Italienischen Kommunistischen Partei,
Senator, Professor an der Universität Florenz

Berlin, 20. Oktober 1980 bis 24. Oktober 1980 (französisch)

Chers camarades,

le Parti Communiste Italien a accepté l'invitation du Parti d'Unité socialiste d'Allemagne à cette rencontre, qui peut offrir une occasion utile pour un échange d'opinions et d'informations entre partis communistes et ouvriers et mouvements de libération, dans l'esprit des conclusions de la Conférence de Berlin de 1976. Cette conférence, en réaffirmant l'exigence d'une toujours plus large solidarité internationaliste, confirmait la nécessité de reconnaître la pleine autonomie de chaque parti dans la détermination de sa propre politique. C'est là un élément essentiel pour tout parti ou mouvement qui veut représenter effectivement les intérêts réels des travailleurs et des masses populaires de son pays et donner sa contribution au mouvement de libération et à la lutte pour le progrès et pour le socialisme.

Une rencontre telle que la nôtre, qui voit chacun donner son apport et qui reconnaît à chacun le droit d'affirmer ses propres positions politiques, d'éclairer des analyses et des jugements sur la crise en cours et sur les luttes pour en sortir, ne peut pas se baser sur des thèses préparées d'avance, et ne peut pas se référer, comme à des documents engageant d'autres partis, à des résolutions, propositions, délibérations d'un autre ou de plusieurs autres partis. C'est ainsi que nous avons considéré comme juste que la rencontre ne doive pas se conclure par des documents et des prises de positions en commun, qui ôteraient son utilité à la diversité des contributions et des interventions qui seront publiées, et qui reflèteront le déroulement du débat, y compris les divergences qui correspondent aux situations objectives et aux délibérations des organismes dirigeants de chacun des partis.

D'autre part, des documents et des résolutions ne seraient pas en harmonie avec le caractère de recherche et d'étude qui est celui de cette conférence.

Une question pour nous préliminaire, même si je la rappelle en dernier

lieu dans cette brève introduction, est que soient exclus du débat les polémiques et aussi bien des jugements qui pourraient sonner comme une critique ou même une condamnation de partis qui, parce qu'ils n'ont pas été invités, ou parce qu'ils ne sont pas venus, ne seraient pas en mesure de riposter, ni même d'éclaircir leurs positions.

Enfin, à mon avis, l'esprit et le souhait d'une confrontation et de rencontres plus larges que celle qui nous voit ici réunis, devraient animer notre travail.

L'essor toujours plus impétueux des mouvements de libération nationale en Asie, en Afrique et en Amérique Latine, après la révolution d'octobre, la défaite du fascisme et la révolution chinoise, a été et est encore, sans doute, le phénomène historique le plus important de notre siècle. Etre progressistes, au XX siècle, cela a dépendu et dépend par conséquent avant toute chose de l'attitude que l'on a pris et que l'on prend par rapport à ce grand fait historique: ce qui vaut également pour les forces et les partis du mouvement ouvrier.

En 1909, dans la conclusion de son ouvrage *Der Weg zur Macht*, Karl Kautsky, écrivait:

"Lorsque Marx et Engels écrivaient le manifeste du parti communiste, ils voyaient devant eux comme champ de bataille de la révolution prolétarienne uniquement l'Europe occidentale. Aujourd'hui c'est le monde entier qui l'est devenu. Aujourd'hui, les batailles de la lutte de libération de l'humanité ne sont pas combattues seulement sur la Sprée et sur la Seine, mais également sur l'Hudson et sur le Mississippi, sur la Nieva et sur les Dardanelles, sur le Gange et sur le Hoangho... Heureux celui qui est appelé à participer à cette noble bataille et à cette magnifique victoire!".

Il s'agit certainement de très belles paroles, mais il faut constater que le socialisme de la II Internationale, dont Kautsky fut un représentant éminent, n'a pas été à la hauteur de cette bataille, car il resta en substance

prisonnier d'une conception eurocentrique et réformiste du monde qui l'empêcha de se lier concrètement aux mouvements anticolonialistes. Je crois qu'on peut affirmer qu'au mouvement communiste revient le mérite historique d'avoir rompu avec les traditions eurocentriques de la II Internationale, ce qui lui a permis d'apporter une grande contribution au processus d'émancipation et de libération de notre siècle, qui a changé la face du monde. Il n'y a pas eu de bataille, sauf quelques exceptions, de cette grande lutte de libération - de la Chine à Cuba, au Viet-Nam - où les partis communistes n'ont pas été partie ou vers qui ils n'aient pas exprimé leur solidarité active, dans la mesure où ils sont parvenus à comprendre ses caractères originaux et nouveaux.

S'attarder dans la satisfaction des succès obtenus ne rentre point, cependant, dans la coutume du mouvement ouvrier. Nous savons, en effet, que la solution des anciennes contradictions engendre des contradictions nouvelles, ce qui pose aux partis ouvriers et aux mouvements mêmes la libération nationale des tâches nouvelles. Et c'est précisément sur ces contradictions nouvelles et sur ces tâches nouvelles que je voudrais m'arrêter dans cette intervention.

Pour celui qui considère aujourd'hui l'immense aire géographique des pays du tiers monde, elle apparaît comme une mosaïque d'états indépendants en des formes et à des degrés divers, grands et petits, régis par des systèmes politiques et sociaux différents. Il existe des états qui ont posé comme base de leur développement une option socialiste, d'autres qui ont en substance adopté un modèle de développement capitaliste, d'autres encore qui suivent des voies intermédiaires et ont essayé une combinaison entre des systèmes économiques et sociaux différents.

A ces options diverses de politique intérieure correspondent également, bien que d'une manière non mécanique, des options diverses de politique étrangère. Cette diversité de situations et de développements reflète naturellement une diversité analogue de traditions et de précédents historiques et reflètent surtout la manière diverse dont, en chacun des pays

tiers monde s'est réalisé le processus de conquête de l'indépendance nationale. Ce tableau général peut subir et subit en fait des modifications, suivant la façon dont se développe dans chacun des pays la lutte entre les forces de progrès et celles de la réaction; mais il subsiste dans l'ensemble comme une donnée de fait historique destinée à durer longtemps.

Les différences entre les peuples du tiers monde s'avèrent considérables également du point de vue du développement économique et du revenu national. Les différences de niveau sont particulièrement accentuées entre les pays producteurs de pétrole et ceux qui en sont dépourvus et contraints à l'importer. Une plus grande intégration entre les différentes économies nationales pourrait contribuer à atténuer ces inégalités, mais il faut constater qu'une telle intégration ne se réalise aujourd'hui que dans une mesure insignifiante.

L'existence de ces différences politiques et sociales et de ces inégalités économiques ne va pas sans conséquences négatives. Elle engendre en effet une série de frictions et de contrastes qui contribuent à déterminer un état général d'insécurité et d'instabilité. La preuve en est, entre autres, le fait qu'en ces dernières années la course aux armements est devenue toujours plus intense et qu'elle a intéressé, même si en mesure diverse, tous les pays du tiers monde en engloutissant ainsi en des dépenses improductives des sommes énormes qui auraient pu être allouées au développement. Il est également notoire que certains pays du tiers monde disposent des armes atomiques et que d'autres se préparent à en disposer.

Le fait de beaucoup le plus inquiétant est que ces armes ne restent pas toujours sans emploi, mais qu'elles sont de jour en jour plus utilisées. Ces dernières années, nous avons été les spectateurs d'une série de conflits et de guerres locales, dont la dernière est celle qui se combat actuellement entre l'Iraq et l'Iran. Ces conflits ont eu des conséquences tragiques sur les populations qui y sont impliquées. Que l'on pense aux millions de réfugiés dans une série de pays asiatiques et africains. Des foyers de nouveaux conflits possibles existent en outre en plusieurs autres parties du monde.

En une situation de ce type le sentiment national, que la conquête de l'indépendance a légitimement développé et exalté, risque de donner lieu, comme effectivement cela est arrivé, à des orientations et des attitudes de type nationaliste et chauvin. A son tour, le juste ressentiment à l'égard de la domination impérialiste, à laquelle dans le passé la plus grande partie des pays du tiers monde ont été soumis, et à l'égard de l'exploitation néo-colonialiste et de la part des multinationales à laquelle ils sont soumis aujourd'hui, risque de se transformer en une attitude d'hostilité sans discriminations vers tout l'ensemble des états industrialisés, en impliquant aussi les états socialistes; et de donner lieu à une vision déformée des problèmes internationaux et notamment des grandes questions de la détente et de la paix. En certaines interprétations extrêmes, ces dernières questions sont vues sous l'angle d'une conjuration des "superpuissances" et des peuples riches et nantis au désavantage des "damnés de la terre". Tout cela ne peut que introduire des éléments d'une détérioration ultérieure dans la situation internationale dans son ensemble.

Il existe donc dans les pays du tiers monde une série de phénomènes et de tendances négatives agissant dans le sens d'une désagrégation, sur lesquels il serait erroné de fermer les yeux et d'en sous-estimer le caractère dangereux. Il serait cependant encore plus erroné de ne pas voir qu'à ces tendances négatives d'autres tendances s'opposent, bien plus vigoureuses et consistantes, qui agissent en sens contraire, dans le sens de la solidarité et de la coopération économique et politique.

Elles sont fondées sur la conscience que la condition de sous-développement, héritage en grande partie de l'exploitation impérialiste, est une donnée de fait commune à tous les peuples du tiers monde, indépendamment de leur régime politique et social et du montant de leur revenu national, et que la lutte pour sortir de cette condition ne peut être, si elle veut avoir succès, qu'une lutte elle-aussi commune. Cette conscience et cette solidarité ont trouvé leur expression partielle en une série d'organisations et d'asso-

ciations entre différents pays, dont le but est de promouvoir une action coordonnée afin de sauvegarder les intérêts économiques de leurs associés sur le marché international. La plus connue de ces associations est sans doute l'OPEP. Il s'agit cependant en ce cas, comme en d'autres, d'associations groupant certains pays, sur la base d'intérêts économiques qui leur sont spécifiques, et qui par conséquent ne sont pas en mesure de s'acquitter d'une fonction de représentation générale. Une telle fonction s'efforce par contre d'exercer, même si de manière non permanente et non institutionnelle, le groupe dit "des 77", qui réunit la grande majorité des pays en voie de développement et qui en ces dernières années est devenu un interlocuteur autorisé dans les négociations internationales connues sous le nom de dialogue Nord-Sud.

Les états qui s'y rattachent demandent entre autres que soient stabilisés les prix des matières premières dont ils sont exportateurs, que les pays industrialisés suppriment ou pour le moins réduisent les barrières de protection visant à freiner l'importation de produits finis industriels du tiers monde, que l'on prenne des mesures afin de réduire l'effrayant endettement des pays en voie de développement à l'égard des pays industrialisés, et que soit réformé le système des grands organismes financiers internationaux (Banque mondiale, Fonds monétaire international), en le dégageant des conditionnements qu'exercent aujourd'hui sur lui les cercles impérialistes et les Etats-Unis. Le groupe des 77 se bat en outre pour une plus grande intégration économique entre les pays en voie de développement. Il s'agit d'objectifs dont la réalisation implique une révision radicale de l'actuelle division du travail internationale, dominée par les intérêts de l'impérialisme et des multinationales. Ce n'est point par hasard que l'ensemble de ces revendications constitue ce que l'on a coutume de définir le programme d'un nouvel ordre international.

Il est évident qu'un objectif aussi astreignant ne peut être poursuivi si entre les pays intéressés ne s'établit pas un rapport non seulement de coopération économique, mais aussi de coopération politique. C'est le but à quoi tra-

travaillent les différentes organisations régionales, telles que l'O.U.A., l'O.S.A., la Conférence islamique et la Ligue arabe. L'expression la plus haute et compréhensive de la volonté de coopération politique des pays du tiers monde est cependant représentée par le mouvement des pays non alignés, auquel adhèrent la quasi totalité des pays en voie de développement, indépendamment de leur régime social et politique. Du mouvement des non alignés font partie aussi quelques pays socialistes, et Cuba en détient actuellement la présidence. Il est superflu de rappeler à ce point que, en surmontant des déchirures et des contrastes qui pourtant existent et se reproduisent, ce mouvement est parvenu à réaliser un degré remarquable d'unité en des questions politiques de grande importance, telles que, par exemple, l'attitude envers le régime raciste de l'Afrique du Sud et la politique annexionniste d'Israël; et il arrive à faire entendre avec une autorité toujours plus grande sa propre voix et à faire sentir son poids dans les grands organismes internationaux, à commencer par l'ONU. Ce qui est plus important, toutefois, c'est que, dans la mesure où il réalise l'unité entre des pays à régimes politiques et sociaux différents dans la lutte pour un nouvel ordre économique international, ce mouvement constitue un rempart puissant contre les tendances de désagrégation qui oeuvrent soit à l'intérieur des pays qui y adhèrent, soit dans l'ensemble des relations internationales. Le mouvement des non alignés constitue donc un important facteur de détente et de paix, et c'est en cela que consiste sa grande fonction positive.

Le panorama du tiers monde apparaît donc comme sillonné par des tendances diverses et contradictoires. Aux poussées qui agissent dans le sens de la désagrégation s'opposent des poussées qui agissent dans un sens contraire en faveur de l'intégration économique et de la coopération politique.

Cette analyse serait cependant non seulement incomplète, mais même non crédible, si on ne prenait pas en considération le problème de l'attitude des états et des cercles impérialistes et du rôle qu'ils jouent en exerçant leur influence sur la situation que nous avons décrite et les diverses tendances qui agissent en elle. Il s'agit en effet d'un rôle essentiel. Se poser cette question équivaut

à se poser le problème des caractères et de la nature de l'impérialisme aujourd'hui, des changements qui se sont produits en son sein, et de ceux qui ne se sont pas produits. Une réponse sérieuse à cette question exige des marxistes un travail engagé de recherche, qui doit être conduit sans préjugés et sans schématismes. L'impérialisme des années '80, si d'un côté il présente des éléments de continuité avec ses phases antécédentes, présente aussi des aspects nouveaux non seulement par rapport à l'impérialisme classique analysé par Lenine dans son célèbre ouvrage de 1916, mais encore par rapport à l'impérialisme et au néo-colonialisme des années '60. Sans prétendre à anticiper sur les résultats d'une recherche qui est encore à faire, il me semble toutefois que l'on peut discerner dès maintenant quelques points d'orientation, et qu'on peut les soumettre à notre discussion.

Il me semble avant tout qu'une précision préliminaire est nécessaire. En ces derniers temps, en Italie et en d'autres pays de l'Europe occidentale, une voie a été ouverte à la tendance à donner une interprétation extensive et déformante au concept d'impérialisme, jusqu'à comprendre en lui toutes les manifestations de la politique de puissance et de sphères d'influence. Je pense qu'il s'agit là d'une interprétation tendancieuse et arbitraire et qu'il faut au contraire s'en tenir avec fermeté au concept marxiste, pour lequel un des traits essentiels de l'impérialisme est l'existence d'un rapport économique inégal, fondé sur le profit capitaliste, entre le pays qui exerce et le pays qui subit l'exploitation capitaliste: un rapport qui tire le plus souvent ses origines d'un passé de domination coloniale ou semi-coloniale. Ces distinctions entre impérialisme et politique de puissance sont importantes sous plusieurs aspects. C'est d'elle en effet que découle la conséquence que le concept d'impérialisme peut s'appliquer seulement à ces États capitalistes qui dans le passé ont bénéficié de l'exploitation coloniale et qui de toute façon bénéficient actuellement de ce rapport inégal. Il en découle d'autre part que l'on doit parler de politique de puissance ou de sphères d'influence pour les actes qui sont accomplis par des États non capitalistes,

ou même par des états socialistes revêtant ce caractère.

En entrant maintenant dans le fond de l'analyse sur l'impérialisme, il me semble qu'il faut avant tout relever que le degré d'influence politique et culturelle dont l'impérialisme disposait s'est considérablement réduit. Comme cl les paraissent lointains aujourd'hui les années où un des plus grands coryphées de l'idéologie américaine - Walt Rostow - publiait un prétentieux "manifeste non communiste" dans lequel il indiquait aux peuples de nouvelle indépendance le modèle du développement capitaliste. Ces ambitions et ces illusions ont subi un coup très dur à la suite de la défaite de l'agression américaine au Viet-Nam et les événements récents ont réservé d'autres amères désillusions à leurs porteurs. En Iran, un pays où le modèle de développement capitaliste avait été intégralement adopté, une révolution s'est vérifiée, et la Corée du Sud elle-même, un des bastions des multinationales, est secouée par de puissants mouvements de libération. Dans l'Amérique Latine grandit l'intolérance à l'encontre de l'exploitation USA et se renforce la lutte contre elle, par des vicissitudes alternatives qui ne font pas que répéter seulement les schémas du passé. Affaibli à l'égard de l'extérieur, l'impérialisme s'est affaibli également à l'intérieur. Ainsi que l'a prouvé l'expérience de la guerre du Viet-Nam, l'opinion publique et des secteurs non négligeables du monde politique lui-même peuvent en des circonstances déterminées exercer un poids considérable sur les gouvernements en vue de faire prévaloir des orientations plus raisonnables et une politique de détente. C'est un élément de grande importance, dont il faut tenir compte si on ne veut pas tomber en des interprétations schématiques.

En dépit des défaites subies et de leur capacité diminuée d'influence politique et culturelle, les cercles impérialistes gardent cependant toujours une force considérable et sont en mesure d'influer d'une manière déterminante sur leurs gouvernements respectifs. De plus, ils disposent aujourd'hui, par l'entremise des grandes compagnies internationales, d'instruments de contrôle et de pénétration économique (et non seulement économique) bien plus complexes et raffinés que dans le passé. A la différence de l'impérialisme classique,

pour qui les pays du tiers monde étaient uniquement des marchés d'où importer des matières premières et vers lesquels exporter des produits finis, l'impérialisme des multinationales place de massifs investissements dans certains pays du tiers monde, faisant surgir ainsi des activités productives in loco et un flux d'exportation de produits industriels vers le marché international. Certes, cela est possible grâce à l'exploitation sans scrupules des travailleurs locaux, mais il est tout de même difficilement contestable que les activités productives des multinationales contribuent à amorcer un certain type de développement, même s'il s'agit d'un développement aberrant. Mais si nous examinons plus attentivement les faits, nous ne tarderons pas à nous rendre compte que les activités productives des multinationales non seulement sont bornées à des aires restreintes et intégrées politiquement dans la sphère d'influence américaine, mais encore et surtout que par leurs caractéristiques intrinsèques elles ne sont pas à même de promouvoir un essor diffus et harmonieux à l'intérieur des pays dans lesquels elles agissent, notamment pour ce qui concerne les rapports entre industrie et agriculture. D'autant moins sont-elles en mesure de promouvoir des processus d'intégration économique en des aires plus vastes et entre des pays divers. Les produits industriels des multinationales ne sont pas en effet destinés au marché intérieur et les profits qu'ils permettent ne sont réinvestis que d'une façon insignifiante dans les pays de production. Les zones typiques où agissent les multinationales (Taïwan, Singapour, la Corée du Sud elle-même, Hong-Kong) apparaissent ainsi comme des "enclaves", où l'on pratique une "monoculture industrielle", qui n'est pas dissemblable sous certains aspects de la "monoculture agricole" pratiquée en son temps et encore aujourd'hui dans une série de pays de l'Amérique Latine.

L'impérialisme des multinationales porte donc préjudice aux possibilités d'un développement réellement autonome des zones où il opère et barre le chemin à toute perspective d'intégration économique. Il accentue l'isolement des pays où il agit, et de telle sorte qu'il accentue également leur

dépendance économique. Par toutes ces caractéristiques, non seulement il n'a point intérêt à travailler pour une autre division internationale du travail et pour un nouvel ordre économique international, mais au contraire, il a intérêt à ce que sur cette voie on ne fasse aucun pas en avant. C'est en cette résistance à modifier, même partiellement, les structures actuelles du marché international et à accepter les exigences d'un nouvel ordre économique qu'il faut rechercher la raison profonde de la faillite de la stratégie de la décennie pour le développement des années '70 et de l'enlisement du dialogue Nord-Sud.

La faillite substantielle de la dernière conférence CNUCED de Manille et de la conférence ONUDI de New Delhi et les débats de la récente session extraordinaire de l'ONU constituent les dernières confirmations de l'intransigeance des multinationales et des gouvernements des grandes puissances impérialistes qu'elles conditionnent dans leur opposition aux aspirations et aux revendications des peuples en voie de développement.

Dans leur méfiance à l'égard des aspirations visant à amorcer une plus grande intégration économique entre les pays en voie de développement et une révision des rapports injustes qui existent aujourd'hui entre ces pays et les pays industrialisés, les cercles impérialistes se montrent également méfiants à l'égard des aspirations à la coopération politique s'exprimant dans le mouvement des non alignés.

La conclusion que l'on peut tirer de cette analyse est que la logique de l'impérialisme des années '80 n'a pas renoncé au critère du divide et impera de l'impérialisme classique et du néo-colonialisme, mais l'a uniquement mise à jour. Même s'il n'a pas renoncé à l'usage de la force et du bâton, il pointe de préférence sur l'accentuation, sur le plan économique comme sur le plan politique, des éléments de désagrégation qui agissent au sein des pays du tiers monde, et sur la démoralisation, par contre, des auteurs des tendances à l'agrégation et à la solidarité. Dans cette logique rentrent des actes tels que les accords de Camp David, qui visent au sabotage de la coopération entre les pays arabes et à favoriser la politique expansionniste

israélienne, et même la politique de la dite "charte chinoise". Elle ne se propose pas en effet d'encourager la Chine dans son juste effort pour sa modernisation, mais plutôt de chercher à exacerber les contrastes en acte entre la Chine et l'URSS, avec les risques que cela implique pour l'ensemble des relations internationales.

En favorisant les forces centrifuges et de désagrégation, et en combattant les initiatives et les tentatives tendant à la construction d'un nouvel ordre économique international, les cercles impérialistes ne travaillent point en faveur de la détente et de la paix, mais ils contribuent à l'accroissement des dangers et des menaces qui pèsent aujourd'hui sur l'humanité.

Dans cette situation qui présente des aspects nouveaux et contradictoires, et en présence des changements intervenus dans la stratégie et la tactique des cercles impérialistes et des multinationales, le problème du rapport entre les mouvements ouvriers et les mouvements de libération nationale se pose lui-aussi en des termes nouveaux et un travail sérieux de recherche et d'analyse devient par conséquent nécessaire.

Une prémisse me semble avant tout nécessaire. Les partis qui sont l'expression du mouvement ouvrier sont différents et travaillent dans des conditions différentes. Il y a les partis ouvriers des pays socialistes qui détiennent le pouvoir dans leurs pays respectifs. Il y a les partis communistes des pays capitalistes parmi lesquels les partis eurocommunistes qui ont élaboré leurs propres stratégies d'avance vers le socialisme adaptées à la réalité des pays dans lesquels ils agissent et basées sur le pluralisme, et qui sur ces bases décident en pleine autonomie leurs options politiques. Il y a les partis socialistes et socialdémocrates qui en certains pays ont des responsabilités de gouvernement, et il y a enfin les partis socialistes et socialdémocrates qui ne sont pas au gouvernement, mais qui représentent la majorité ou une partie consistante de la classe ouvrière de leurs pays respectifs. Le mouvement ouvrier dans son ensemble, avec une cohérence plus ou moins grande suivant ses diverses composantes, entretient des rapports avec des mouvements

de libération nationale soit, comme cela se fait pour les partis communistes, en des formes bilatérales, soit, comme cela se fait pour certains partis socialistes, même par l'entremise d'organisations internationales (Internationale socialiste). A leur tour, les mouvements de libération nationale présentent aux-aussi des caractéristiques diverses suivant les conditions dans lesquelles ils travaillent. Quelques-uns d'entre eux détiennent le pouvoir, d'autres luttent pour l'obtenir. Quelques-uns se reconnaissent dans les idéals du socialisme et dans les enseignements du marxisme, d'autres se réclament de formes de socialisme sur une base nationale ou même religieuse; d'autres, enfin, ne s'en réclament pas du tout. Un cas qui mérite une mention à part pour sa spécificité et son importance est celui du parti indien du Congrès. Dans ces conditions se poser le problème du rapport entre mouvements ouvriers et mouvements de libération, pris dans leur ensemble, ne peut pas évidemment signifier poursuivre le dessein d'une unité organique et tenter d'élaborer un programme commun, ni d'autant moins avancer l'hypothèse d'un centre dirigeant et d'organisation.

Trop grandes sont les différences entre les traditions, les inspirations idéales et les orientations politiques des partis et mouvements divers qui devraient confluer dans ce front commun.

Trop nombreux sont les intérêts légitimes particuliers. Il faut surtout ne pas oublier que les partis ayant des responsabilités de gouvernement sont naturellement portés à tenir compte de ce qu'ils considèrent, à tort ou à raison, les intérêts de l'Etat qu'ils dirigent ou gouvernent, notamment lorsqu'il s'agit d'une grande puissance, et ces intérêts ne s'accordent pas toujours, mais peuvent même entrer en conflit, avec les aspirations de chacun des mouvements nationaux. Ce qui vaut également pour les états socialistes.

Est-ce affirmer qu'entre les différents partis ouvriers et les mouvements de libération nationaux il ne puisse y'avoir que des rapports bilatéraux? Certes, ces derniers représentent un élément essentiel, et en ce qui concerne les partis communistes, ils doivent, comme ils l'ont fait dans le passé, continuer à soutenir par cette voie les forces progressistes qui a-

gissent dans les divers pays, en développant et en renforçant leurs rapports sur la base du plein respect de l'autonomie des différents mouvements nationaux et en renonçant à toute attitude paternaliste ou pédagogique.

De l'analyse jusqu'ici faite il résulte aussi, cependant, que sur quelques grands thèmes existe la possibilité de convergences plus amples, soit entre les divers partis ouvriers des pays industrialisés, soit entre les mouvements de libération nationale, soit enfin entre les premiers et les seconds. Une telle convergence peut s'étendre également à des mouvements de nature et caractère divers. Je pense en premier lieu aux mouvements catholiques opérant en plusieurs pays d'Europe et de l'Amérique Latine et qui en de nombreux cas ont mûri un degré considérable de conscience anti-impérialiste. La possibilité de ces convergences, étant bien entendu le respect de l'autonomie de chaque parti et leur droit d'établir des rapports bilatéraux, peut découler, à mon avis, de la conscience qu'il va de l'intérêt commun de tous les partis ouvriers et de tous les mouvements de libération, qu'ils s'opposent aux forces centrifuges et de désagrégation qui oeuvrent dans le tiers monde et qui troublent le système des relations internationales, au profit des cercles impérialistes, et d'encourager par contre les forces qui vont dans le sens de l'agrégation et de la coopération économique et politique, dans l'intérêt de la détente, du désarmement et de la paix. Ce qui signifie concrètement qu'il y a un intérêt commun à soutenir les exigences et les revendications que les pays en voie de développement avancent dans la perspective d'un nouvel ordre économique international, et à soutenir en conséquence le mouvement des non alignés, qui est l'expression la plus autorisée de ces revendications. L'objectif final est même celui d'une véritable coopération politique entre le mouvement ouvrier dans son ensemble et le mouvement des non alignés. C'est à cela surtout que le PCI se réfère lorsqu'il parle d'un "nouvel internationalisme". Ce qui implique toutefois pour tous les partis des obligations et des engagements précis, le premier entre tous étant celui de respecter l'unité

et l'autonomie du mouvement des non alignés, de s'abstenir de toute tentative de fêler cette unité et de limiter cette autonomie, et de renoncer à interpréter le non alignement comme un mouvement constituant une sorte d'étape sur la voie d'un futur "alignement". Il en découle aussi que les rapports bilatéraux également, qui s'établissent entre les partis ouvriers pris séparément, surtout quand ils ont des responsabilités de gouvernement, et les mouvements de libération nationale, ne doivent pas déroger au principe général du respect de l'unité et de l'autonomie du mouvement non aligné et de chacun de ses adhérents et qu'ils doivent rigoureusement respecter les principes d'autodétermination, de non-ingérence dans les affaires d'autres états et de non exportation de la contre-révolution et de la révolution.

On ne saurait admettre aucune tentative d'aligner, sous n'importe quelle forme, soit par des pressions politiques et économiques, soit à plus forte raison par des interventions militaires, un pays non aligné. C'est sur la base de ces considérations et de ces principes que notre parti, au cours de son XV^e Congrès, a pris les positions bien connues sur l'intervention des troupes vietnamiennes en Cambodge et sur l'expédition punitive chinoise contre le Viet-Nam. Bien connue également, et nous la réaffirmons ici, est notre position de condamnation de l'intervention militaire soviétique dans l'Afghanistan et notre demande de retrait des troupes d'occupation, dans le cadre d'une solution politique qui puisse garantir l'indépendance et la souveraineté de l'Afghanistan et la sécurité des pays limitrophes.

L'objectif d'une coopération politique entre mouvements ouvriers et mouvement des non alignés, n'implique cependant pas seulement des obligations de caractère négatif, c'est-à-dire de choses qu'il ne faut pas faire, mais aussi des obligations de caractère positif, c'est-à-dire de choses qu'il faut faire.

Le principal et le plus compréhensif de ces engagements est naturelle-

ment celui d'une plus grande participation, surtout pour les partis qui ont des responsabilités de gouvernement, du dialogue Nord-Sud, et d'un appui plus résolu à la lutte des peuples en voie de développement pour un nouvel ordre économique international. Afin de pouvoir le réaliser, les partis ouvriers doivent s'efforcer de surmonter de vieux schèmes et d'anciennes divisions et d'élaborer de nouvelles approches à la réalité dramatique du monde contemporain. Il s'agit d'un travail de recherche et de mise à jour qui demande une forte absence de préjugés et capacité d'analyse et au cours duquel doivent se sentir engagés particulièrement les partis ouvriers oeuvrant dans les pays de capitalisme avancé. Pour sa part, le PCI ressent profondément cette exigence et s'est engagé dans ce but pour l'élaboration d'une charte de la paix et du développement; mon intervention utilise largement ses travaux préparatoires. Dans cette partie qui la conclut, je voudrais à ce propos rappeler votre attention sur quelques points qui me semblent particulièrement importants.

Les partis ouvriers qui luttent dans les pays capitalistes avancés doivent avant tout acquérir la pleine conscience que les transformations socialistes pour lesquelles ils se battent ne peuvent pas être conçues en-dehors du cadre d'un nouvel ordre économique international. Une telle conscience ne peut cependant pas être acquise sans une nette renonciation à des conceptions et des illusions propres à la tradition socialdémocrate, qui aujourd'hui encore circulent et sont bien enracinées. Je me réfère particulièrement à l'idée que le développement économique des pays du tiers monde peut se faire par une sorte de diffusion et d'irradiation de la "prospérité" des pays industrialisés et que par conséquent toute expansion de ces derniers, même une expansion capitaliste, soit la condition pour résoudre les problèmes du soi-disant sous-développement. De telles idées et de telles illusions, qui ont eu leur apogée dans les années '60, reçoivent aujourd'hui un dur démenti du fait de la crise actuelle de l'économie capitaliste. Le rapport récent de Brandt constitue sans doute un pas impor-

tant sur la voie de cette révision, bien qu'insuffisant dans la partie des propositions. On ne peut d'ailleurs ne pas constater que son esprit est contredit dans la pratique, comme on l'a vu à l'occasion de la récente session de l'ONU, où l'Allemagne fédérale s'est alignée sur les positions des USA pour repousser les propositions du groupe des 77.

Mais il ne suffit pas de se libérer des conceptions erronées et des illusions des années '60. Les partis ouvriers des pays capitalistes avancés doivent également prendre conscience du fait qu'une nouvelle et plus juste division internationale du travail et un nouvel ordre international impliquent des restructurations radicales du système actuel des échanges ainsi que des appareils mêmes de la production, et que ces restructurations impliquent à leur tour des coûts et des renonciations. Il en résulte que, si la classe ouvrière, et les partis qui sont son expression, entendent prendre en charge ces restructurations en les orientant en direction du socialisme, il faut qu'ils prennent également en charge les coûts et les renonciations que nécessairement elles impliquent. C'est en ce sens, et non pas seulement pour faire face aux problèmes de notre économie nationale, que le PCI, à la différence de ce qu'ont fait d'autres partis communistes de l'Occident, a avancé et assumé la responsabilité du mot d'ordre de l'austérité, entendu comme le refus de la société de consommation et du gaspillage des années '60, et comme affirmation d'un nouveau, plus moderne et plus rationnel mode de produire et de consommer, fondé sur la justice sociale.

Une autre conception dépassée, mais enracinée dont les partis ouvriers, et particulièrement les partis communistes, doivent définitivement se libérer est celle qui provient des résidus d'une vision catastrophique du capitalisme et de l'économie mondiale. Il s'agit d'une tâche urgente et actuelle.

L'économie capitaliste est entrée en effet, après le grand essor des années '60, en une période de récession prolongée et se trouve tou-

jours plus exposée aux périls de l'inflation, du chômage de masse et du désordre monétaire. Elle est en outre menacée par une crise énergétique qui fait peser sur elle de sombres perspectives.

Il serait cependant profondément erroné de penser que cette crise peut demeurer reléguée entre les frontières du monde capitaliste. Le monde contemporain a atteint en effet un degré d'interdépendance économique tel que la crise capitaliste ne peut pas ne pas investir l'ensemble des relations économiques internationales. Elle a depuis longtemps investi les pays du tiers monde et elle investit actuellement les pays socialistes eux-mêmes, ainsi que l'ont démontré aussi les récents et importants événements de Pologne, caractérisés par un ample mouvement de masses travailleuses, sur lesquels les communistes mêmes polonais se sont engagés pour une réflexion et un débat qui ont investi avec les problèmes de la conjoncture les problèmes des structures économiques et des rapports sociaux et politiques.

Ces événements et cette réflexion ont été suivis par nous avec l'intérêt et la confiance de celui qui pense que le développement ^{autonome et souverain} de la démocratie socialiste, basée sur la participation responsable des travailleurs et de leurs syndicats, sont des ^{conditions} ~~essentiels~~ essentiels pour la construction et la vie socialiste.

Si la crise économique devait ultérieurement s'aggraver, le système même des relations internationales en serait secoué, et la cause même de la détente et de la paix en résulterait ultérieurement atteinte.

En ces circonstances, les partis ouvriers commettraient une grave erreur, s'ils estimaient qu'une aggravation de la crise actuelle pourrait représenter un point de passage obligé sur la voie de l'instauration d'un nouvel ordre économique international. C'est le contraire qui est vrai: seulement des pas concrets sur la voie d'un ordre international plus équitable peut conjurer une aggravation de la crise de l'économie mondiale et favoriser une solution de la crise. Les partis ouvriers doivent

se rendre compte que la lutte pour éviter que la crise tombe dans un abîme et pour instaurer un nouvel ordre économique international est une des voies principales de travail pour ces objectifs de détente et de paix qui revêtent aujourd'hui une importance prééminente.

Nous, communistes italiens, estimons en effet que dans le monde contemporain, sur lequel pèse la menace terrible de l'extermination atomique, la défense de la paix représente une valeur absolue, à laquelle toutes les autres doivent être rapportées. C'est là un des enseignements fondamentaux que nous a laissés le camarade Togliatti et à cet enseignement nous nous référons constamment dans notre action. "La paix avant toute chose": c'est le mot d'ordre avec lequel nous nous présentons aujourd'hui aux masses de notre pays.

Certes, nous savons que le maintien de la paix s'est basé et se base encore aujourd'hui aussi sur l'équilibre des blocs militaires et des armements. En partant de cette constatation réaliste nous ne remettons pas en question l'appartenance de l'Italie à l'OTAN, et en même temps nous avons appuyé et nous appuyons tous les efforts pour une réduction parallèle des armements et nous avons voté contre les récentes décisions de réarmement de l'OTAN. Nous avons cependant avancé en même temps des propositions concrètes pour une réduction balancée et symétrique des missiles de portée moyenne installés ou de prochaine installation en Europe occidentale et en Europe orientale. Nous saluons avec satisfaction la reprise des négociations entre le Pacte Atlantique et le Pacte de Varsovie et nous souhaitons qu'une liaison s'établisse entre eux par l'approbation du traité Salt II et les négociations pour tous les types de désarmement.

Nous sommes cependant conscients que les destinées de la paix et de l'humanité ne peuvent pas être confiées indéfiniment à l'équilibre des blocs et des armements et qu'il faut par conséquent travailler

opiniâtement à rétablir et consolider un climat de confiance dans les relations internationales, qui soit fondé sur le rejet de la politique de puissance et des sphères d'influence et sur les principes de la coexistence pacifique et qui ne se limite pas seulement à la sphère militaire et politique, mais qui s'étende également à la vie culturelle en réalisant le principe de la libre circulation des hommes et des idées et en mettant un terme aux limitations et aux abus qui ont cours aujourd'hui en de nombreux états et même en quelques états socialistes à l'égard de manifestations de dissentiments.

Il faut surtout que ce climat de confiance pénètre tout le système des relations internationales, sans limitations géographiques. Il est en effet inconcevable que l'amélioration des rapports Est-Ouest puisse être dissocié d'une amélioration analogue des rapports Nord-Sud. Ce qui signifie concrètement que la consolidation de la détente et l'instauration d'un nouvel ordre international sont des processus qui s'entrecroisent et se conditionnent réciproquement et qu'ils doivent donc progresser du même pas. D'une manière plus générale on peut affirmer que les deux problèmes majeurs qui se posent à l'humanité d'aujourd'hui - le problème de la guerre et le problème de la faim et du sous-développement -, même s'ils ont des temps de solution différents, ne peuvent être résolus que conjointement. C'est le grand défi face auquel se trouve aujourd'hui le genre humain, et c'est sur ce défi que se mesure la force et la sagesse du mouvement ouvrier.

En posant au premier plan la lutte pour le désarmement, pour la détente et pour la paix, les partis ouvriers ne renoncent point à la lutte contre l'impérialisme, et ne lui imposent aucune sourdine. Inversement, ils posent les bases de cette lutte dans les termes les plus corrects, en rejetant la logique de division des cercles impérialistes et en se basant au contraire sur tout ce qui unit les forces de progrès et de paix. On ne combat pas l'impérialisme efficacement en

acceptant le terrain qu'il préfère, et qui est précisément celui de la désagrégation, des sphères d'influence, du divide et impera, mais en construisant un terrain unitaire où puissent se reconnaître et converger toutes les forces qui sont intéressées au désarmement, à la détente, à la démocratisation des relations économiques internationales et à la construction d'un nouvel ordre international.

Le terrain de la lutte pour la paix est le terrain par excellence sur lequel le socialisme peut avancer. Sa force principale ne consiste pas en effet dans la puissance militaire des états socialistes, mais dans la capacité inépuisable d'attraction des idéals de justice et de liberté qui ont animé des générations de militants ouvriers et dans la capacité que le mouvement ouvrier possède de réaliser ces mêmes idéals.

Giuliano Procacci

Berlin, le 21 octobre 1980

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARŞİVİ
TÜSTAV